Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3339

28. 11. 95

Antwort
der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Konrad Gilges, Gerd Andres, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 13/1527 —

Armut in der Bundesrepublik Deutschland

Unsere Gesellschaft verfügt über enormen Reichtum, gleichzeitig geraten jedoch immer mehr Menschen in existentielle Not. Armut ist also ein gesellschaftliches Problem, zugleich wird sie jedoch verschwiegen und verdrängt. Das Schicksal der ausgegrenzten Mitbürgerinnen und Mitbürger spielt in der gesellschaftspolitischen Debatte nur eine untergeordnete Rolle.

Wir leben in einer zweifach gespaltenen Gesellschaft: Sie ist gespalten zwischen Ost und West und – immer tiefer und gravierender – zwischen Oben und Unten. Die verfehlte Finanzpolitik der Bundesregierung und ihr Scheitern an den Herausforderungen der Deutschen Einheit haben zudem die Handlungsspielräume für notwendige sozialpolitische Verbesserungen des Staates drastisch geschmälert.

Die Auswirkungen dieser Spaltung können wir bereits in ihrer Sprengkraft erkennen. Private Resignation, individuelle Verelendung und sozialräumliche Ausgrenzung belasten unsere Gesellschaft, Stellvertreterkonflikte um Ausländerfragen und politische Apathie stellen unser politisches System auf eine schwere Probe.

Armut ist mehr als Einkommensarmut. Der Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz ist ein Indiz für Armut in unserer Gesellschaft. Allerdings reicht eine solche Sichtweise nicht aus, um Unterversorgung und Ausgrenzung in ihren gesamten Dimensionen deutlich zu machen. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Grenze der Einkommensarmut, die bei 50 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens in der Bundesrepublik Deutschland liegt, bietet dagegen die Möglichkeit, relative Einkommensarmut zu verdeutlichen und verteilungspolitische Ungerechtigkeiten transparent zu machen. Sie ist daher für eine Darstellung von Unterversorgung beim Haushaltseinkommen besser geeignet als die Orientierung an den Sozialhilfesätzen.

Um der Realität von Armut in unserer Gesellschaft näherzukommen, ist jedoch nicht nur das Einkommen zu berücksichtigen. Vielmehr ist es notwendig, die gesamte Lebenslage der von Armut Betroffenen zu betrachten. Erst dies ermöglicht eine ausreichende Erkenntnis über die Belastung dieser Menschen. Die zentrale Rolle, die das Einkommen in unserer Gesellschaft hat, und sein Einfluß auf andere wichtige Lebensbereiche werden so umfassend problematisiert. Diese Lebensbereiche sind insbesondere

— Wohnen,
— Gesundheit bzw. gesundheitliche Versorgung,
— Bildung/Ausbildung,
— Arbeit bzw. Qualität der Arbeit,
— soziale Eingebundenheit und soziale Anerkennung.

Insbesondere die steigende Arbeitslosigkeit, der Abbau sozialer Sicherungssysteme und die Ausrichtung am Leitbikld von vollzeitig und langfristig erwerbstätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führen seit Jahren zu einer Verschärfung der sozialen Ausgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland. Die vorrangigen sozialen Sicherungssysteme bieten keinen ausreichenden Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung. Sie sind vornehmlich auf Einzelfallhilfen ausgerichtet und ungeeignet, Massenarmutsrisiken, wie z. B. Arbeitslosigkeit, aufzufangen. In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums wurden sie konzipiert und ausgebaut, in der Krise jedoch nach und nach abgeschmolzen. Es wurde nicht nur das Niveau der sozialen Leistungen gesenkt, vielmehr haben zahlreiche Betroffene ihre Ansprüche verloren und sind damit in materielle und soziale Ausgrenzung gedrängt worden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit vom 13. Dezember 1995 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Bekämpfung der Armut in Deutschland ist zunächst und vor allem ein menschliches Anliegen. Es ist danach ein Anliegen, das sich aus dem Willen zur Erhaltung der sozialen und politischen Stabilität unserer Gesellschaft ergibt. Wer Armut effektiv bekämpfen will, braucht genaue Daten über die Lebenslage der Menschen, denen es zu helfen gilt. Dazu ist es notwendig, Daten zu erheben bzw. von den verschiedenen Gebietskörperschaften erhobene Daten zusammenzufassen.

Vorbemerkung

Armut und soziale Ausgrenzung stellen für die Politik der Bundesregierung eine besondere Herausforderung dar. Wie in der Vergangenheit wird die Bundesregierung auch in der Zukunft ihre Möglichkeiten nutzen, Armut und soziale Ausgrenzung wirkungsvoll zu bekämpfen.

Armut in der Bundesrepublik Deutschland ist allerdings nicht als Mangel an Mitteln zur Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Kleidung und Unterkunft zu verstehen. Die Sicherstellung dieser Grundbedürfnisse ist in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet.

Armut kann aber auch nicht – wie es die vorliegende Anfrage unterstellt – als Unterschreitung eines bestimmten gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens verstanden werden. Nach dieser Definition gäbe es in Ländern mit sehr niedrigem Einkommensniveau und geringer Einkommensstreuung – in denen also Armut tatsächlich weit verbreitet ist – keine Armut. Für die Beschreibung der sozialen Wirklichkeit in Deutschland ist dieser Maßstab unbrauchbar.

Auch die Zahl der Sozialhilfebezieher ist kein Armutsindikator. Die Sozialhilfe bekämpft Armut, sie schafft sie nicht. Wer die ihm zustehenden Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nimmt, ist nicht mehr arm. Als arm können im Gegenteil Personen angesehen werden, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, diesen Anspruch aber nicht geltend machen. Insbesondere ist die ansteigende Zahl der Sozialhilfeempfänger kein Hinweis auf wachsende Armut in unserer Gesellschaft. Wenn beispielsweise infolge einer über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten liegenden Anhebung der Regelsätze der Kreis der Leistungsberechtigten ausgeweitet wird, darf dies nicht als Anzeichen für eine steigende Armut interpretiert werden, sondern stellt eine Verbesserung der materiellen Situation von Sozialhilfebeziehern dar. Diese Verbesserungen beweisen vielmehr, daß in unserer Wirtschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft, Armut nachhaltig bekämpft wird.

Der Realwert der im Rahmen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt gewährten Regelsätze ist seit 1963 um über 80 Prozent gestiegen (vgl. hierzu die Antwort auf die Frage I. 15). Damit sind die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft gleichgewichtig beteiligt worden. Es kann aber keine Rede davon sein, daß durch diese erhebliche Leistungsverbesserung die Zahl der Armen vermehrt worden sei, weil die Zahl der Sozialhilfeberechtigten dadurch gewachsen ist. Auch die in den letzten Jahren stark gestiegenen Zahlen der Asylbewerber finden in der Entwicklung der Empfängerzahlen sowie der damit verbundenen Leistungen der Sozialhilfe ihren Niederschlag. Dieser Anstieg kann ebenfalls nicht als zunehmende Armut in Deutschland interpretiert werden, sondern ist Ausdruck der Wahrnehmung der sozialen Verantwortung durch die Bundesrepublik Deutschland auch gegenüber dieser Personengruppe.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß „Sozialhilfebezug" nicht immer mit niedrigem Einkommen verbunden sein muß. Betrachtet man beispielsweise die im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährte Unterstützung für Pflegebedürftige und Behinderte, so ist die Inanspruchnahme der Sozialhilfe hier weniger auf zu niedrige Einkommen als vielmehr auf die hohen Kosten stationärer Hilfsmaßnahmen zurückzuführen. Die nachfolgenden Daten der Sozialhilfestatistik dürfen daher auch nicht als Beschreibung von Armut in unserer Gesellschaft verstanden werden.

Die Ursachen für soziale Benachteiligungen sind sehr vielfältig. Als arm können nach Ansicht der Bundesregierung sinnvoll – nach einer in der Wissenschaft gebräuchlichen Definition – z. B. Menschen in Lebenslagen beschrieben werden, in denen sie aufgrund vielfältiger Benachteiligungen daran gehindert sind, ihre Grundanliegen in einem Maße zu verwirklichen, das innerhalb der Gesellschaft als Mindestmaß für eine menschenwürdige Existenz oder als Minimum der Teilhabe an den Ressourcen und Lebenschancen dieser Gesellschaft angesehen wird. Damit werden neben dem Einkommen auch andere, immaterielle Aspekte in die Armutsdefinition einbezogen. Die Sozialhilfe und die anderen öffentlichen Leistungssysteme können nicht jede Benachteiligung einzelner Personen oder Haushalte ausgleichen, da dies auch nicht deren Aufgabe ist.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Notlagenkommission wird untersuchen, wie spezifische Notlagen, z. B. Obdachlosigkeit, Suchtfolgen usw. zielgerichteter vermieden und bekämpft werden können.

Das in der Anfrage gezeichnete Bild einer zunehmenden Verarmung und Verelendung von Teilen der Bevölkerung ist daher falsch. Die von der Fraktion der SPD in ihrer Vorbemerkung zu dieser Großen Anfrage dargelegte Einschätzung einer zweifach (zwischen Ost und West und zwischen Oben und Unten) gespaltenen Gesellschaft, in der immer mehr Menschen in existentielle Not geraten, trifft deshalb nicht zu.

Soweit einkommensschwache Personen oder Haushalte Grundbedürfnisse nicht mit Hilfe von Erwerbseinkommen selbst befriedigen können, wird ihnen entsprechend einem allgemeinen sozialpolitischen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland durch die öffentliche Hand die Hilfe gewährt, die ein der Würde des Menschen entsprechendes Leben zu führen ermöglicht. Dazu steht ein vielfältig ineinandergreifendes System von sozialen Leistungen zur Verfügung.

Letztes Auffangnetz für alle, die über kein ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügen und

die mit den Leistungen des vorrangigen sozialen Sicherungssystems nicht genügend abgesichert sind, bildet dabei die Sozialhilfe. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, jedem eine menschenwürdige Existenz zu garantieren und soziale Benachteiligung abzubauen.

Über die Gewährung einer sozialen Mindestsicherung in Form der Sozialhilfe hinaus ist die Bundesregierung in vielfältiger Weise aktiv, um Armut zu verhindern. Besondere Bedeutung erlangen dabei die Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die sozial ausgerichtete Wohnungspolitik, der Familienleistungsausgleich, die Verbesserung der Lage der ostdeutschen Rentner, die Einführung der Pflegeversicherung, die verbesserte eigenständige soziale Absicherung der Frauen und die neu geordnete Schuldenregulierung mit Restschuldbefreiung für private Haushalte.

Das gegliederte System der sozialen Sicherung hat sich bewährt. Die Behauptung einer zunehmenden Ausgrenzung aus dem sozialen Sicherungssystem mit einer damit einhergehenden wachsenden Armut wird durch die o. a. Maßnahmen widerlegt.

Das soziale Netz in der Bundesrepublik Deutschland ist dichter als in den meisten anderen Staaten der Welt. Aus dem Sozialbericht der Bundesregierung geht hervor, daß 1993 jede dritte Mark für die soziale Absicherung ausgegeben wurde. Gegenüber 1989 hat sich – vor allem einigungsbedingt – im Jahre 1994 die Summe aller sozialen Leistungen um rd. 420 Mrd. DM auf 1 106 Mrd. DM erhöht. Das Netz der sozialen Sicherung ist jedoch nicht unabhängig von der Ertragsfähigkeit der Wirtschaft, der Entwicklung des Bruttosozialproduktes und der Belastungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger.

Angesichts nicht mehr vorhandener Verteilungsspielräume und stagnierender, teilweise sogar sinkender Nettoeinkommen der Beschäftigten kann das System der sozialen Sicherung auch nicht von Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen werden, zumal insbesondere im Bereich der Sozialhilfe die Transfereinkommen in den letzten zehn Jahren stärker gestiegen sind als die Erwerbseinkommen (Zunahme der Regelsätze 48 Prozent, Zunahme der Nettoeinkommen der beschäftigten Arbeitnehmer [Nettolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer] im gleichen Zeitraum: 35 Prozent). Angesichts des Abgabenniveaus ist eine Begrenzung der Abgabenbelastung notwendig. Ziel der Bundesregierung ist es, die Abgabenbelastung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt mittelfristig schrittweise deutlich abzusenken. Denn weiter steigende Abgaben würden die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland schwächen und den dringend notwendigen Abbau der Arbeitslosigkeit erschweren. Dies wäre im Hinblick auf die Bekämpfung von Armut kontraproduktiv und deshalb unsozial.

Die Bundesregierung beabsichtigt daher mit der vorgesehenen Reform des Bundessozialhilfegesetzes die bewährten Instrumente der Sozialhilfe zu sichern und zu erhalten.

Hierbei werden die Leistungen und Maßnahmen, insbesondere der Hilfe zum Lebensunterhalt, noch stärker auf die Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit ausgerichtet. Es müssen vor allen Dingen bestehende Instrumente zur Eingliederung oder Wiedereingliederung arbeitsloser Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger in eine (erneute) Berufstätigkeit verstärkt, neue Maßnahmen geschaffen und das planvolle Zusammenwirken zwischen den Sozial- und Arbeitsämtern und anderen Stellen ausgebaut werden.

Die Bundesregierung beabsichtigt auch keine – wie oft behauptet wird – Abkehr vom Bedarfsdeckungsprinzip, sondern verfolgt mit der vorgesehenen Reform eine Verstetigung der Regelsatzfortschreibung. Dabei ist darauf zu achten, daß Löhne und Gehälter einerseits und Sozialhilfe andererseits in einer sinnvollen Beziehung zueinander stehen.

In der Vorbemerkung zu dieser Großen Anfrage der Fraktion der SPD kommt zum Ausdruck, daß eine effektive Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung genaue Daten über die Lebenslage der Menschen, denen es zu helfen gilt, erfordert.

Die Bundesregierung hat diesem Anliegen bereits im Jahre 1993 Rechnung getragen. Damals wurden die erforderlichen Rechtsvorschriften für eine neustrukturierte Sozialhilfestatistik in dem Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms – FKPG verankert.

Auf der Grundlage dieser neustrukturierten Sozialhilfestatistik wird ab dem Erhebungsjahr 1994 eine verbesserte Informationsbasis für den Bereich der Sozialhilfe zur Verfügung stehen. Die Empfängerzahlen der neuen Sozialhilfestatistik liegen noch nicht vor und konnten daher nicht in die Beantwortung der Großen Anfrage einfließen.

I. Statistische Angaben zu Armut und Sozialhilfebedürftigkeit in Deutschland

1. Wie hat sich der Umfang der Sozialhilfeausgaben, differenziert nach laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) und Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL) nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG), in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, und wie groß war die Anzahl von Beziehern, differenziert nach den einzelnen Leistungen in diesen Jahren und getrennt dargestellt für die alten und neuen Bundesländer?

Die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben und der Empfängerzahlen, getrennt nach laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen, ist den nachstehenden Tabellen zu entnehmen.

Tabelle 1

Sozialhilfe nach dem BSHG
Ausgaben der Sozialhilfe nach Hilfearten

Jahr	Ausgaben		
	insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen
	1 000 DM		
	Früheres Bundesgebiet		
1985	20 845 591	8 024 564	12 821 027
1986	23 196 797	9 395 437	13 801 360
1987	25 199 036	10 269 621	14 929 414
1988	27 009 698	10 962 256	16 047 442
1989	28 774 515	11 810 711	16 963 804
1990	31 781 584	12 976 326	18 805 259
1991	34 118 504	13 265 324	20 853 180
1992	38 120 485	14 326 968	23 793 518
1993	43 035 479	16 484 922	26 550 557
1994[1])	43 034 891	15 408 363	27 596 528
	Neue Länder und Berlin-Ost		
1991	3 218 912	980 176	2 238 736
1992	4 482 123	1 397 684	3 084 438
1993	5 883 624	1 532 254	4 351 369
1994[1])	6 528 547	1 562 599	4 965 950
	Deutschland		
1991	37 337 416	14 245 500	23 091 915
1992	42 602 608	15 724 652	26 877 956
1993	48 919 103	18 017 177	30 901 927
1994[1])	49 563 438	16 970 962	32 562 477

1) Ergebnis der Vorwegberechnung.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Tabelle 2

Sozialhilfe nach dem BSHG
Empfänger(innen) von Sozialhilfe nach Hilfearten

Jahr	Empfänger(innen) von	
	Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende	Hilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb von und in Einrichtungen während des Jahres[1])
	Anzahl	
	Früheres Bundesgebiet	
1985	1 397 783	1 107 575
1986	1 468 186	1 195 770
1987	1 552 210	1 256 332
1988	1 619 229	1 348 274
1989	1 737 273	1 404 002
1990	1 772 481	1 510 426
1991	1 818 739	1 543 861
1992	2 049 550	1 629 526
1993	2 162 494	1 660 726
	Neue Länder und Berlin-Ost	
1991	217 348	167 372
1992	289 352	240 015
1993	287 877	254 618
	Deutschland	
1991	2 036 087	1 711 233
1992	2 338 902	1 869 541
1993	2 450 371	1 915 344

1) Zahlenwert am Jahresende nicht vorhanden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

2. Welche sind die fünf größten Leistungsbereiche innerhalb der Gesamtausgaben für Sozialleistungen, getrennt dargestellt für die alten und neuen Bundesländer?

Da die Frage im Kontext zu statistischen Angaben zur Sozialhilfebedürftigkeit steht, wird davon ausgegangen, daß hier nach den fünf größten Leistungsbereichen innerhalb der Gesamtausgaben für Sozialhilfeleistungen gefragt wird. Die Entwicklung ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 3

Sozialhilfe nach dem BSHG
Ausgaben der Sozialhilfe nach den wichtigsten Hilfearten

Ausgabeart	1993	1994[1])
	1 000 DM	
Früheres Bundesgebiet		
Sozialhilfeausgaben insgesamt	43 035 479	43 034 891
darunter:		
Hilfe zum Lebensunterhalt	16 484 922	15 408 363
Hilfe zur Pflege	13 756 278	14 638 075
Eingliederungshilfe für Behinderte	9 867 018	10 647 167
Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung	2 206 393	1 795 272
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	421 840	*
Neue Länder u. Berlin-Ost		
Sozialhilfeausgaben insgesamt	5 883 624	6 528 547
darunter:		
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 532 254	1 562 599
Hilfe zur Pflege	2 725 111	3 128 328
Eingliederungshilfe für Behinderte	1 342 398	1 644 822
Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung	149 775	164 061
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	10 695	*
Deutschland		
Sozialhilfeausgaben insgesamt	48 919 103	49 563 438
darunter:		
Hilfe zum Lebensunterhalt	18 017 177	16 970 962
Hilfe zur Pflege	16 481 389	17 766 403
Eingliederungshilfe für Behinderte	11 209 417	12 291 989
Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung	2 356 168	1 959 333
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	432 535	*

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

1) Ergebnis der Vorwegberechnung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

3. Wie hat sich seit 1985 die Einkommensarmut, getrennt dargestellt für die alten und neuen Bundesländer, quantitativ entwickelt?

   Dabei soll, wie auch bei den folgenden Fragen, die von der Kommission der EU vorgeschlagene Grenze der Einkommensarmut, die bei 50 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens eines jeweiligen Landes liegt, zur Definition von Einkommensarmut dienen.

Der Begriff „Armut" entzieht sich wegen seiner Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition. „Armut" kann unter einer Fülle von Gesichtspunkten – etwa im Zusammenhang mit sozialen Brennpunkten in Großstädten, mit Wohnraumversorgung bei Obdachlosenfamilien, mit Nichtseßhaftigkeit, mit Notlagen bei Überschuldung – beschrieben, kann aber wohl kaum umfassend exakt definiert werden (Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Armut und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland", Drucksache 10/6055 vom 24. September 1986).

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat in seinem Beschluß vom 22. Juli 1975 über das Programm von Modellvorhaben und Modellstudien zur Bekämpfung der Armut (ABl. Nr. L 199/34) in den einzelnen Mitgliedstaaten in Armut lebende Personen wie folgt beschrieben: „Einzelpersonen oder Familien, die über so geringe Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat als Minimum annehmbar ist, in welchem sie leben". Mittel im Sinne dieses Beschlusses sind „das Bareinkommen, das Vermögen und die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Leistungen".

Mit Beschluß des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2/24) wurden in diese Definition nichtmonetäre

Ressourcen stärker einbezogen. Als arm werden jene Personen definiert, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar sind". Der Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaft enthält jedoch keine exakte Definition der Armut, sondern eine Beschreibung der in Armut lebenden Personen. Sie ist nicht allein auf das Einkommen bezogen, sondern umfaßt auch Vermögen und öffentliche und private Leistungen sowie kulturelle und soziale Tatbestände.

Die Bundesregierung teilt die in dieser Begriffsbestimmung zum Ausdruck kommende Auffassung, Armut im internationalen Vergleich als eine relative Größe zu betrachten und nach dem Lebensstandard in den einzelnen Ländern, der sehr unterschiedlich ist, zu beurteilen.

Die in der (o. g.) Frage angesprochene Definition von Einkommensarmut, nach der „die Grenze der Einkommensarmut bei 50 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens eines jeweiligen Landes liegt", trägt der umfassenden Definition des Rates der Europäischen Gemeinschaften nicht nur unzureichend Rechnung, sie ist als Maßstab auch völlig ungeeignet. Denn die 50-Prozent-Schwelle (gleiches gilt für 40- bzw. 60-Prozent-Schwellen) mißt keine Armut (Einkommensarmut) oder Not; sie mißt vielmehr Ungleichheit bezogen auf einen variablen Parameter (durchschnittlich verfügbares Einkommen).

Ungleichheit und Armut haben zwar miteinander zu tun, sind aber keineswegs identisch. So ist denkbar, daß in einem Entwicklungsland weniger „Armut" nach diesem Maßstab gemessen wird, obwohl dort die Not so groß ist, daß Menschen verhungern. Wenn – und hier wird die Schwäche dieses Maßstabs augenfällig – alle Bürgerinnen und alle Bürger eines Staates gleichmäßig fast nichts haben, läßt sich nach dieser Definition Armut in diesem Land nicht feststellen. Demgegenüber führt diese Betrachtungsweise dazu, daß in einem verhältnismäßig reichen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt hohem Wohlstandsniveau und breiter Einkommensverteilung diese Schwelle relativ hoch ausfällt, so daß man sinnvollerweise nicht mehr von einer „Armutsschwelle" sprechen kann.

Über diesen Einwand hinaus gibt es eine Vielzahl von methodischen Aspekten und Bedenken, die gegen eine Verwendung der in der Frage angesprochenen Definition der Einkommensarmut sprechen. Die empirische Umsetzung dieses Meßkonzeptes würde eine Reihe von Spezifizierungen erfordern.

Erstens müßte festgelegt werden, welcher Einkommensbegriff zugrunde gelegt wird. Dabei besteht das systematische Problem, wie selbsterzeugte und konsumierte Produkte, das Bewohnen einer Sozialwohnung oder andere staatliche oder betriebliche Vergünstigungen bewertet werden sollen (vgl. Hauser, R.: „Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament B 31–32/95, 1995, S. 3 bis 13). Eine große Rolle kommt auch der Bewertung von selbstgenutztem Wohneigentum zu; da sich bei nominell gleich hohen verfügbaren Einkommen die ökonomische Situation von Wohneigentümern und Mietern in der Regel unterscheidet.

Zweitens müßte festgelegt werden, welcher Durchschnitt (Mittelwert) – arithmetisches Mittel, Median oder Modus – herangezogen werden soll. Die Entscheidung für einen bestimmten Mittelwert hat großen Einfluß auf Ausmaß und Zahl der von „Einkommensarmut" betroffenen Bevölkerungsgruppen.

Je unsymmetrischer eine Verteilung ist, desto ungeeigneter ist das arithmetische Mittel. Einkommen weisen typischerweise eine linkssteile Verteilung auf (vgl. Hauser R., a. a. O. 1995). Bei linkssteilen Verteilungen ist das arithmetische Mittel nicht nur nicht typisch, es kann geradezu irreführend sein (vgl. Flaskämper, P.: „Grundriß der sozialwissenschaftlichen Statistik", 1959).

Der Median ist der Zentralwert der Verteilung; d. h., daß 50 Prozent der Haushalte niedrigere Einkommen und 50 Prozent höhere Einkommen haben. Armutsquoten auf die 50-Prozent-Grenze des Median bezogen, liegen um etwa ein Drittel niedriger als wenn sie auf die 50-Prozent-Grenze des arithmetischen Mittels bezogen werden (vgl. Krause, P.: „Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 49/92, 1992, S. 3 bis 15).

In neueren Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften zum Thema Armut wird dem Median der Vorrang gegenüber dem arithmetischen Mittel eingeräumt (Eurostat [Hrsg.]: „Armutsstatistik Ende der 80er Jahre: Untersuchung auf der Basis von Mikrodaten", 1995).

Ebenso wie der Median ist auch der Modus nicht für Extremwerte anfällig. Der Modus ist derjenige Wert einer Merkmalsverteilung, der am häufigsten vorkommt, und er charakterisiert in einer Einkommensverteilung die bei einem Einkommenswert oder in einem Einkommensbereich dichteste Besetzung mit Haushalten. Er gibt somit den typischen Wert einer Merkmalsausprägung an und ist auch nicht anfällig für Extremwerte. Unter der Voraussetzung, daß die Einkommen aller Haushalte in Deutschland bekannt wären, ließe sich durch einfaches Auszählen das Einkommen ermitteln, über das die Mehrzahl der Haushalte in Deutschland verfügt (Modus der Einkommensverteilung). Dieses „am häufigsten" gezählte Einkommen entspricht eher dem typischen Einkommen in der Bevölkerung als das, welches mit Hilfe des arithmetischen Mittels über alle Einkommen – also auch extrem niedrige und hohe – ermittelt wurde.

Drittens müßte eine Äquivalenzskala ausgewählt werden, um das verfügbare Haushaltseinkommen von nach der Personenzahl unterschiedlich großen Haushalten in ein sogenanntes Äquivalenzeinkommen umzurechnen (vgl. Hauser, R.: „Armut als sozialpolitisches Problem der Europäischen Gemeinschaft?", in: Kleinhenz, G.: „Sozialleistungen in der Europäischen Union", erscheint demnächst).

Dieses Verfahren ist notwendig, um Haushalte unterschiedlicher Größe und unterschiedlicher Zusammensetzung miteinander vergleichen zu können. „Ein kopfteiliges Verfahren wäre zwar die einfachste Lösung, würde jedoch außer acht lassen, daß nicht jedes Haushaltsmitglied den gleichen Einkommensbetrag benötigt, um das gleiche Wohlstandsniveau wie die übrigen Haushaltsmitglieder zu erzielen. Ebenfalls würde aus dem Blick geraten, daß Mehrpersonenhaushalte gegenüber Einpersonenhaushalten günstiger wirtschaften können." (vgl. Hanesch, W. u. a., in: „Armut in Deutschland – Der Armutsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands", 1994, S. 130).

Dabei gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Äquivalenzskalen auszuwählen. In der empirischen Sozialforschung in Deutschland werden am häufigsten die Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (Haushaltsvorstand 1, weitere Erwachsene 0,8, Kinder zwischen 0,5 und 0,9) und eine von der OECD entwickelte Skala (Haushaltsvorstand 1, weitere Personen 0,7 und Kinder unter 15 Jahren 0,5) verwendet. Bei größeren Haushaltsgemeinschaften haben die Äquivalenzgewichte einen starken Einfluß auf die Höhe des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens. Hohe Gewichte führen zu einer niedrigeren Einkommensposition. Hiervon sind insbesondere Familien mit mehreren Kindern betroffen.

In vielen Fachveröffentlichungen der letzten Jahre wird die Ansicht vertreten, daß die OECD-Skala den weiteren Haushaltsmitgliedern relativ zu viel Gewicht verleiht. Die jüngste Untersuchung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften legt ihrer Armutsstatistik eine „modifizierte" OECD-Skala zugrunde, d. h. eine Skala, bei der der Haushaltsvorstand als 1, jedes weitere über 14jährige Haushaltsmitglied als 0,5 und jedes 14 Jahre alte und jüngere Haushaltsmitglied als 0,3 zählt (vgl. Eurostat, a. a. O., 1995).

Viertens wäre darüber zu entscheiden, ob die Berechnungen und Statistischen Analysen auf Basis der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder auf Basis von Stichprobenangaben durchgeführt werden sollen (vgl. Hauser, R.; a. a. O., 1995).

Stichprobenerhebungen aus der amtlichen Statistik z. B. die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, stellen einerseits sehr differenzierte Informationen über die Einkommenssituation der Bevölkerung zur Verfügung. Die Daten liegen allerdings nur im Turnus von fünf Jahren vor.

Andererseits liefern jährlich durchgeführte Erhebungen, wie beispielsweise der Mikrozensus, der als Mehrzweckstichprobe angelegt ist, keine ausreichend differenzierten Einkommensdaten (vgl. Mayer, H. L.: „Erhebung und Analyse der Arbeitseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland", in: Forschungsbericht, Band 162, Sozialforschung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung; 1988, S. 101 ff. und Scheurle, U.: „Statistische Erfassung von Armut", 1991, S. 160 ff.).

Stichprobenerhebungen außerhalb der amtlichen Statistik, die Einkommensinformationen liefern, sind entweder auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgerichtet (z. B. die Erhebung: „Alterssicherung in Deutschland" des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung), oder weisen in der Regel einen relativ kleinen Stichprobenumfang auf, wodurch die Analysemöglichkeiten im Hinblick auf „Einkommensarmut" und „Einkommensungleichheit" stark eingeschränkt werden.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden zwar Berechnungen zum verfügbaren Einkommen der Privathaushalte durchgeführt (vgl. Antwort zur Frage I. 4), detaillierte Schichtungsinformationen über die verfügbaren Einkommen und differenzierte Berechnungen für einzelne Haushaltstypen (Alleinerziehende, Eltern mit einem Kind usw.) liegen derzeit nicht vor.

Fünftens wird in der obigen Definition der Einkommensarmut auch die zeitliche Dimension vernachlässigt. Es müßte eine Aussage getroffen werden, wie lange der Tatbestand „niedriges Einkommen" vorliegen muß, um von „Einkommensarmut" zu sprechen; ob also Wochen-, Monats-, Jahres- oder Mehrjahres-Perioden der Einkommensermittlung zugrunde gelegt werden.

Die Ausführungen zeigen, daß das scheinbar „objektive" Meßkonzept, die „Grenze der Einkommensarmut bei 50 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens eines jeweiligen Landes" zu ziehen, bereits im Vorfeld eine Vielzahl von zu treffenden Annahmen und Wertungen erfordert.

Die jüngste Untersuchung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat, a. a. O., 1995) geht deswegen in ihrer Armutsstudie, unter Berufung auf die Armutsdefinition, wie sie in dem Ratsbeschluß vom 19. Dezember 1984 formuliert wurde, weiterhin von einem Ressourcenansatz aus; sie legt ihrem Armutskonzept nicht mehr die Einkommen, sondern die Ausgaben der privaten Haushalte zugrunde.

Die Bundesregierung zieht aus den dargestellten Problemen den Schluß, daß das in der Fragestellung angesprochene Meßkonzept derzeit keine verläßliche Grundlage bildet, den von Einkommensarmut betroffenen Personenkreis hinreichend genau zu bestimmen.

Nach Ansicht der Bundesregierung stellt der Ratsbeschluß neben dem relativen Charakter auch auf die Mehrdimensionalität von Armut ab. Armut bezieht sich demnach auf die Ungleichheit von Lebensbedingungen, ein Konzept zur Messung von Einkommensarmut ist damit aber nicht gegeben.

Die Bundesregierung teilt im übrigen die Auffassung, die in den Vorbemerkungen der Großen Anfrage zum Ausdruck kommt, daß das Einkommen nicht der einzige Faktor ist, der zu Belastungen führt, sondern daß die gesamte Lebenslage der Menschen in unserer Gesellschaft zu betrachten ist.

4. Wie hoch liegen nach Ansicht der Bundesregierung zur Zeit
   a) das durchschnittlich verfügbare Einkommen,

b) die Bemessungsgrenze von Armut bezogen auf a),

c) die Anzahl von Menschen, die auf der Grundlage von a) und b) in Deutschland als arm anzusehen sind?

zu a):

Auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes betrug im Jahr 1993 das durchschnittliche verfügbare Einkommen (ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) je Privathaushalt im früheren Bundesgebiet 59 000 DM, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 38 000 DM. Für Gesamtdeutschland betrug der Wert 55 100 DM.

zu b) und c):

Vergleiche hierzu Antwort zu Frage I. 3.

5. Wie hat sich in den letzten zehn Jahren die HzL, differenziert nach Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen, Bezieherinnen und Beziehern mit und ohne festen Wohnsitz und unterschieden nach Ausgaben für Regelsätze, einmalige Beihilfen und Mietkosten, quantitativ entwickelt?

Der Sozialhilfeaufwand wird aufgrund der während des Jahres vom Sozialhilfeträger durchgeführten Buchungen im Rahmen der Haushaltsrechnung erfaßt. Die Haushaltssystematik sieht eine getrennte Verbuchung nach den Regelsätzen und Kosten der Unterkunft nicht vor. Auch werden die Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nicht getrennt nach Personen mit und ohne festen Wohnsitz erfaßt. Außerdem richtet sich der Umfang der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bedarf des einzelnen, so daß jeweils nur die Höhe der Gesamt-Leistung, also Bedarf minus Einkommen verbucht wird.

Der Aufwand für die einmaligen und laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird in der Statistik getrennt dargestellt. In Einrichtungen werden die einmaligen Leistungen jedoch nur zusammen mit den dort gewährten laufenden Leistungen erfaßt.

Die im Rahmen der amtlichen Statistik erhobenen unterschiedlichen Ausgaben, die bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden, stellt nachfolgende Tabelle dar.

Tabelle 4

Sozialhilfe nach dem BSHG
Ausgaben nach ausgewählten Hilfearten

Jahr	Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt	Laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen	Einmalige Leistungen außerhalb von Einrichtungen	Laufende und einmalige Leistungen in Einrichtungen
	1 000 DM			
	Früheres Bundesgebiet			
1985	8 024 564	5 911 997	1 204 908	907 659
1986	9 395 437	7 020 655	1 437 215	937 567
1987	10 269 621	7 777 296	1 553 657	938 668
1988	10 962 256	8 376 228	1 630 742	955 286
1989	11 810 711	9 072 464	1 733 811	1 004 435
1990	12 976 326	10 031 067	1 803 440	1 141 818
1991	13 265 324	10 230 110	1 826 392	1 208 822
1992	14 326 968	10 988 205	2 038 318	1 300 445
1993	16 484 922	12 758 203	2 326 784	1 399 935
1994[1])	15 408 363	•	•	•
	Neue Länder und Berlin-Ost			
1991	980 176	386 380	83 908	509 889
1992	1 397 684	663 012	167 419	567 253
1993	1 532 254	836 566	202 227	493 461
1994[1])	1 562 599	•	•	•
	Deutschland			
1991	14 245 500	10 616 489	1 910 300	1 718 711
1992	15 724 652	11 651 217	2 205 737	1 867 698
1993	18 017 177	13 594 770	2 529 011	1 893 396
1994[1])	16 970 962	•	•	•

• Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

1) Ergebnis der Vorwegberechnung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

6. Wie verteilt sich die Einkommensarmut in Deutschland, regional differenziert nach Stadt- und Landkreisen?

Vergleiche hierzu Antwort zu Frage I. 3.

7. Wie verteilen sich die Bezieherinnen und Bezieher von HzL in Deutschland, regional differenziert nach Stadt- und Landkreisen?

Einen Überblick über die regionale Verteilung der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bietet die folgende Tabelle:

Tabelle 5

Sozialhilfe nach dem BSHG
Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
am Jahresende 1993

Land	insgesamt	davon	
		kreisfreie Städte	Landkreise
Baden-Württemberg	254 037	95 619	158 418
Bayern	199 965	107 864	92 101
Berlin	167 610	167 610	*
Berlin-West	125 292	125 292	*
Berlin-Ost	42 318	42 318	*
Brandenburg	49 125	12 038	37 087
Bremen	46 824	46 824	*
Hamburg	113 381	113 381	*
Hessen	235 362	86 711	148 651
Mecklenburg-Vorpommern	35 373	12 328	23 045
Niedersachsen	244 957	64 191	180 766
Nordrhein-Westfalen	687 390	370 610	316 780
Rheinland-Pfalz	108 392	40 610	67 782
Saarland	43 212	21 581	21 631
Sachsen	54 614	22 788	31 826
Sachsen-Anhalt	70 294	24 448	45 846
Schleswig-Holstein	103 682	43 271	60 411
Thüringen	36 153	9 532	26 621
Deutschland	2 450 371	1 239 406	1 210 965
Nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet	2 162 494	1 115 954	1 046 540
Neue Länder und Berlin-Ost	287 877	123 452	164 425

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

8. Wie hat sich die Anzahl der Einkommensarmen in der Altersgruppe von
   a) 0 bis 6 Jahren,
   b) 7 bis 14 Jahren,
   c) 15 bis 18 Jahren,
   d) 19 bis 25 Jahren,
   e) 26 bis 55 Jahren,
   f) 56 bis 65 Jahren,
   g) über 65 Jahren,

   jeweils differenziert nach Geschlecht, Familienstand und Familiengröße, seit 1985 entwickelt, und wie hoch war der jeweilige Anteil an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe?

Vergleiche hierzu Antwort zu Frage I. 3.

9. Wie hat sich die Anzahl der Bezieher von HzL in der Altersgruppe von
   a) 0 bis 6 Jahren,
   b) 7 bis 14 Jahren,
   c) 15 bis 18 Jahren,
   d) 19 bis 25 Jahren,
   e) 26 bis 55 Jahren,
   f) 56 bis 65 Jahren,
   g) über 65 Jahren,

   jeweils differenziert nach Geschlecht, Familienstand und Familiengröße, seit 1985 entwickelt, und wie hoch war der jeweilige Anteil an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe?

Auskunft über die Entwicklung der Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Familiengröße geben die Tabellen in der Anlage 1 bis Anlage 6.

Vergleiche der Sozialhilfehaushalte mit Ergebnissen der Haushalts- und Familienstatistik sind mit der Einschränkung möglich, daß im Haushalt lebende Personen, die nicht mit in die Bedarfsberechnung einbezogen sind, in der Sozialhilfestatistik nicht erfaßt werden.

10. Wie hat sich die Anzahl von Ausländern, die von Einkommensarmut betroffen waren, in der Altersgruppe von
    a) 0 bis 6 Jahren,
    b) 7 bis 14 Jahren,
    c) 15 bis 18 Jahren,
    d) 19 bis 25 Jahren,
    e) 26 bis 55 Jahren,
    f) 56 bis 65 Jahren,
    g) über 65 Jahren,

    seit 1985 entwickelt, und wie hoch war der jeweilige Anteil an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe?

    Bei der Beantwortung der Frage soll, ebenso wie bei der darauffolgenden Frage, die Gruppe der Ausländer nach Ausländern i. S. des § 1 Abs. 2 AuslG, Flüchtlingen nach Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention und Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen und nach der Art und Dauer der einzelnen Aufenthaltsberechtigungen differenziert werden.

Vergleiche hierzu Antwort zu Frage I. 3.

11. Wie hat sich die Anzahl von Ausländern und Flüchtlingen, die HzL und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen, in der Altersgruppe von
    a) 0 bis 6 Jahren,
    b) 7 bis 14 Jahren,
    c) 15 bis 18 Jahren,
    d) 19 bis 25 Jahren,
    e) 26 bis 55 Jahren,
    f) 56 bis 65 Jahren,
    g) über 65 Jahren,

    seit 1985 entwickelt, und wie hoch war der jeweilige Anteil an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe?

Die Sozialhilfestatistik unterscheidet bisher nur deutsche und nichtdeutsche Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Ab dem Berichtsjahr 1994 werden in der neustrukturierten Sozialhilfestatistik die ausländischen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger differenzierter dargestellt (z. B. Asylberechtigte, Bürgerkriegsflüchtlinge). Zudem sieht das Asylbewerberleistungsgesetz ab Berichtsjahr 1994 eine gesonderte Statistik über die Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach diesem Gesetz vor. Die ersten Ergebnisse dieser beiden neuen Statistiken werden allerdings voraussichtlich erst im Sommer 1996 vorliegen.

Wie sich die Zahl der Ausländer mit HLU-Bezug seit 1985 verändert hat, zeigen die Tabellen in der Anlage 7 und Anlage 8.

12. Wie lange hält die Bedürftigkeit von HzL in den Haushaltstypen
    a) Einpersonenhaushalt,
    b) Ein-Eltern-Haushalt mit einem Kind,
    c) Ein-Eltern-Haushalt mit zwei Kindern,
    d) Ein-Eltern-Haushalt mit mehr als zwei Kindern,
    e) Familie ohne Kinder,
    f) Familie mit einem Kind,
    g) Familie mit zwei Kindern,
    h) Familie mit mehr als zwei Kindern,

    differenziert nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes und Familienstand, an?

Zur Dauer des Bezugs der Hilfe zum Lebensunterhalt liegen Daten aus der Untersuchung der Universität Bremen (Leibfried, S., Leisering, L.: „Armutsrisiken in Deutschland", Bremen 1994) sowie (Jacobs, H., Ringbeck, A.: „Hilfen zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit" in Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren [Hrsg.], Bd. 31, Stuttgart 1994) vor.

In den Untersuchungen der Universität Bremen auf Basis einer 10-Prozent-Stichprobe wurden Sozialhilfeakten der Zugangskohorte 1983 im Zeitverlauf analysiert. Die Auswertungen erfolgten im Hinblick auf unterschiedliche Bezugsdauer insbesondere im Zusammenhang mit bestimmten Ursachenkonstellationen bzw. für bestimmte Problemgruppen. Betrachtet man die „Nettobezugsdauer" (d. h. die Phasen des tatsächlichen Bezugs unter Absehung von Unterbrechungen) über mehrere Jahre hinweg, so liegt die durchschnittliche Bezugsdauer aller untersuchten Fälle bei 17 Monaten. Bei 57 Prozent der Bezieher dauerte der Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt maximal ein Jahr, bei 21 Prozent über ein bis zu drei Jahren, bei 12 Prozent über drei bis zu fünf Jahren und bei 11 Prozent fünf Jahre und länger (Tabelle 6). Die Auswertung im Hinblick auf einzelne Problemgruppen geht von der „Bruttobezugsdauer" aus, hier werden also die Zeiten der Unterbrechung des Bezugs nicht abgezogen.

Tabelle 6

Dauer des Bezugs laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

	bis 1 Jahr	über 1 bis 3 Jahre	über 3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
	%			
Nettobezugsdauer insgesamt (N = 586)	57	21	12	11
Bruttobezugsdauer insgesamt (N = 586)	46	17	14	23
darunter:				
Arbeitslose (N = 337)	53	15	12	2
Frauen (N = 233)	43	16	12	28
Bezieher über 50 J. (N = 59)	44	10	9	37
Alleinerziehende (N = 59)	37	10	17	36
Bezieher mit Kindern unter 7 Jahren (N = 83)	35	18	20	27

Quelle: Bremer Längsschnittanalyse von Sozialhilfeakten, zitiert nach Leibfried/Leisering 1994.

Die Bremer Untersuchung hat zum Ergebnis, daß die Bezugsdauer bei der überwiegenden Zahl der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bis zu einem Jahr beträgt. Zu den Langzeitbeziehern zählen insbesondere die Alleinerziehenden, aber auch Ältere und Ehepaare mit Kindern. Eher kurze Bezugszeiträume überwiegen dagegen bei der Gruppe der Arbeitslosen, die zu einem erheblichen Teil (42 Prozent) sog. „Überbrücker" sind, die auf Hilfe zum Lebensunterhalt für den (Bearbeitungs-) Zeitraum zwischen Eintritt der Arbeitslosigkeit und Zahlung des Arbeitslosengeldes angewiesen sind.

In der ISG-Untersuchung wurde ein längerer durchschnittlicher Bezugszeitraum (25 Monate) ermittelt, was damit zu erklären ist, daß die Stichprobe unter der Perspektive der „Überwindung" des Sozialhilfebezugs konstituiert wurde: Sie umfaßt lediglich deutsche Bezieher unter 60 Jahren und schließt auch die „Überbrücker" aus. Die Studie weist allerdings die Bezugsdauer für unterschiedliche Haushaltstypen aus und differenziert weiterhin zwischen männlichen und weiblichen Hilfebeziehern. Da die absolute Dauer des Bezugs aufgrund der Stichprobenbildung überhöht ist, weist Tabelle 7 die jeweilige Dauer in Relation zum Durchschnittswert aus.

Tabelle 7

Durchschnittliche Dauer des Bezugs laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Geschlecht Haushaltstyp	Dauer in Monaten	Differenz zum Mittelwert	
		in Monaten	%
Bezieher insgesamt (N = 894)	25	*	*
darunter:			
Männer (N = 441)	21	–4	–16
Frauen (N = 453)	29	4	16
Alleinlebende Männer (N = 270)	19	–6	–24
Alleinlebende Frauen (N = 170)	24	–1	– 4
Ehepaare ohne Kinder (N = 35)	25	0	0
Ehepaare mit Kind/ern (N = 81)	29	4	16
Alleinerziehende (N = 227)	33	8	32
Sonstige (N = 62)	21	–4	–16

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Jacobs/Ringbeck 1994.

Der durchschnittliche Bezugszeitraum von Frauen liegt um 16 Prozent über dem Mittelwert, der der Männer um 16 Prozent unter der durchschnittlichen Bezugsdauer aller Fälle. In der Differenzierung nach Haushaltstypen zeigt sich, daß Alleinerziehende eine um 32 Prozent über dem Durchschnitt liegende Bezugsdauer aufweisen. Die Bezugsdauer von Ehepaaren ohne Kinder ist von durchschnittlicher Länge, die der Ehepaare mit Kindern liegt um 16 Prozent über dem Durchschnitt. Alleinlebende Männer, deren Hilfebezug maßgeblich durch Arbeitslosigkeit bedingt ist, weisen eine deutlich unter dem Durchschnitt liegende Bezugsdauer auf.

Im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik wurden bislang keine Daten zur Dauer der Hilfegewährung von BSHG-Leistungen erhoben. Diese Angaben werden seit dem Berichtsjahr 1994 in der neustrukturierten Sozialhilfestatistik erfaßt. Die ersten Ergebnisse werden allerdings voraussichtlich erst im Sommer 1996 vorliegen.

13. Welche Gründe führten bei den Betroffenen zum Ende des Bezugs von HzL?

In der Bremer Untersuchung steht das Einsetzen vorrangiger Leistungen mit 37 Prozent als Ursache der Beendigung des Sozialhilfebezuges an erster Stelle, gefolgt von einer Arbeitsaufnahme mit 20 Prozent (Tabelle 8). Weitere Gründe der Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit spielen eine deutlich nachgeordnete Rolle.

Tabelle 8

Ursachen für das Ende des Bezugs laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Einsetzen vorrangiger Leistungen	37 %
Arbeitsaufnahme	20 %
Ausbildungsbeginn	4 %
Wegzug aus dem Zuständigkeitsbereich	4 %
Heirat/Rückkehr zum Ehemann	2 %
Höheres Erwerbseinkommen	2 %
Höheres Transfereinkommen	1 %
Freiwilliger Verzicht	1 %
Verschiedenes	26 %

Quelle: Leibfried/Leisering, a. a. O. 1994, S. 83e; umgerechnet auf beendete Bezugsepisoden (89 % von 1 030 insgesamt untersuchten Episoden).

In der ISG-Untersuchung wurden die Kurzzeitbezieher nicht berücksichtigt, daher spielt dort das Einsetzen vorrangiger Leistungen mit 21 Prozent als Ursache der Beendigung des Sozialhilfebezuges eine geringere Rolle. Bei dieser Betrachtungsweise tritt die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit des Antragstellers oder eines Haushaltsmitglieds mit 32 Prozent als Ursache des Sozialhilfebezuges an die erste Stelle.

Im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik wurden bislang keine Angaben über den Grund der Leistungseinstellung erhoben. Die entsprechenden Angaben werden jedoch seit dem Berichtsjahr 1994 in der neustrukturierten Sozialhilfestatistik erfaßt. Die ersten Ergebnisse werden allerdings voraussichtlich erst im Sommer 1996 vorliegen.

14. Wie stellt sich die materielle Situation der Betroffenen bei Bezug von HzL – geordnet nach den verschiedenen Haushaltstypen – dar?

Die Mehrzahl der Haushalte mit HLU-Bezug verfügt über anrechenbare Einkommen, so daß die Sozialhilfe lediglich ergänzend in Anspruch genommen wird, wie nachfolgende Tabellen belegen.

Tabelle 9

Sozialhilfe nach dem BSHG
Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
nach in Anspruch genommenen Einkommen
1993

Typ des Haushalts oder Haushaltsteils	Haushalte oder Haushaltsteile insgesamt	davon		darunter	
		ohne Einkommen	mit angerechnetem Einkommen	Einkünfte aus Erwerbstätigkeit	Arbeitslosengeld oder -hilfe
	Anzahl			% von Sp.3	
	Früheres Bundesgebiet				
Außerhalb von Einrichtungen					
Einzelne Haushaltsvorstände					
Männer	469 688	221 518	248 170	11,3	20,3
Frauen	354 206	59 168	295 038	11,6	11,5
Sonstige einzelne Hilfeempfänger					
männlich	140 450	67 060	73 390	19,2	9,8
weiblich	113 944	40 602	73 342	16,9	4,8
Ehepaare ohne Kinder	106 419	20 072	86 347	13,5	28,2
Ehepaare mit Kind(ern)	227 894	25 687	202 207	24,0	39,0
mit 1 Kind	77 445	8 215	69 230	23,5	38,8
mit 2 Kindern	79 076	9 272	69 804	24,1	40,9
mit 3 und mehr Kindern	71 373	8 200	63 173	24,4	37,1
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)					
Männer mit Kind(ern)	13 373	1 446	11 927	17,7	26,5
mit 1 Kind	7 643	854	6 789	16,3	26,8
mit 2 Kindern	3 705	365	3 340	19,8	27,4
mit 3 und mehr Kindern	2 025	227	1 798	19,1	24,0
Frauen mit Kind(ern)	294 523	10 229	284 294	24,1	9,2
mit 1 Kind	165 884	5 255	160 629	23,5	10,5
mit 2 Kindern	90 131	3 275	86 856	26,5	8,3
mit 3 und mehr Kindern	38 508	1 699	36 809	21,3	5,8
Sonstige Haushalte mit 2 Personen	46 022	9 030	36 992	14,0	11,6
ohne Kinder	22 868	6 901	15 967	21,0	23,1
mit Kind(ern)	23 154	2 129	21 025	8,7	2,9
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen	44 498	6 777	37 721	21,4	21,3
ohne Kinder	7 014	2 149	4 865	22,5	24,4
mit Kind(ern)	37 484	4 628	32 856	21,2	20,9
Zusammen	1 811 017	461 589	1 349 428	17,2	17,8
In Einrichtungen	62 992	18 769	44 223	3,1	3,7
Insgesamt[1])	1 871 577	479 657	1 391 920	16,8	17,7

1) Haushalte, die Hilfe außerhalb von und in Einrichtungen erhalten haben, wurden in der Summe nur einmal gezählt.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Tabelle 10

Sozialhilfe nach dem BSHG
Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
nach in Anspruch genommenem Einkommen
1993

Typ des Haushalts oder Haushaltsteils	Haushalte oder Haushaltsteile insgesamt	davon		darunter	
		ohne Einkommen	mit angerechnetem Einkommen	Einkünfte aus Erwerbstätigkeit	Arbeitslosengeld oder -hilfe
	Anzahl			% von Sp.3	
	Neue Länder und Berlin-Ost				
Außerhalb von Einrichtungen					
Einzelne Haushaltsvorstände					
Männer	79 350	60 299	19 051	6,2	46,4
Frauen	32 993	15 455	17 538	8,9	32,9
Sonstige einzelne Hilfeempfänger					
männlich	11 946	8 918	3 028	11,0	29,8
weiblich	5 944	3 177	2 767	11,9	20,0
Ehepaare ohne Kinder	11 332	4 862	6 470	12,0	56,0
Ehepaare mit Kind(ern)	33 407	4 496	28 911	25,0	53,3
mit 1 Kind	11 188	1 817	9 371	22,3	49,9
mit 2 Kindern	12 575	1 746	10 829	24,7	52,6
mit 3 und mehr Kindern	9 644	933	8 711	28,3	57,7
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)					
Männer mit Kind(ern)	2 132	360	1 772	12,1	41,1
mit 1 Kind	1 256	234	1 022	9,0	39,6
mit 2 Kindern	578	83	495	13,1	42,2
mit 3 und mehr Kindern	298	43	255	22,7	44,7
Frauen mit Kind(ern)	58 047	1 621	56 426	10,5	36,3
mit 1 Kind	30 367	968	29 399	9,7	32,3
mit 2 Kindern	18 152	450	17 702	11,6	41,6
mit 3 und mehr Kindern	9 528	203	9 325	10,9	38,7
Sonstige Haushalte mit 2 Personen	4 853	773	4 080	12,7	42,9
ohne Kinder	3 585	731	2 854	15,8	56,6
mit Kind(ern)	1 268	42	1 226	5,7	10,8
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen	8 868	300	8 568	28,1	52,5
ohne Kinder	505	92	413	17,9	51,8
mit Kind(ern)	8 363	208	8 155	28,6	52,5
Zusammen	248 872	100 261	148 611	13,8	42,1
In Einrichtungen	36 808	15 329	21 479	0,8	2,0
Insgesamt[1])	285 611	115 567	170 044	12,1	37,0

1) Haushalte, die Hilfe außerhalb von und in Einrichtungen erhalten haben, wurden in der Summe nur einmal gezählt.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Tabelle 11

Sozialhilfe nach dem BSHG
Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
nach in Anspruch genommenem Einkommen
1993

Typ des Haushalts oder Haushaltsteils	Haushalte oder Haushaltsteile insgesamt	davon		darunter	
		ohne Einkommen	mit angerechnetem Einkommen	Einkünfte aus Erwerbstätigkeit	Arbeitslosengeld oder -hilfe
	Anzahl			% von Sp.3	
	Deutschland				
Außerhalb von Einrichtungen					
Männer	549 038	281 817	267 221	10,9	22,1
Frauen	387 199	74 623	312 576	11,4	12,7
Sonstige einzelne Hilfeempfänger					
männlich	152 396	75 978	76 418	18,8	10,6
weiblich	119 888	43 779	76 109	16,7	5,3
Ehepaare ohne Kinder	117 751	24 934	92 817	13,4	30,2
Ehepaare mit Kind(ern)	261 301	30 183	231 118	24,1	40,8
mit 1 Kind	88 633	10 032	78 601	23,4	40,1
mit 2 Kindern	91 651	11 018	80 633	24,2	42,5
mit 3 und mehr Kindern	81 017	9 133	71 884	24,8	39,6
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)					
Männer mit Kind(ern)	15 505	1 806	13 699	17,0	28,4
mit 1 Kind	8 899	1 088	7 811	15,3	28,4
mit 2 Kindern	4 283	448	3 835	19,0	29,3
mit 3 und mehr Kindern	2 323	270	2 053	19,5	26,5
Frauen mit Kind(ern)	352 570	11 850	340 720	21,9	13,7
mit 1 Kind	196 251	6 223	190 028	21,3	13,9
mit 2 Kindern	108 283	3 725	104 558	24,0	13,9
mit 3 und mehr Kindern	48 036	1 902	46 134	19,2	12,5
Sonstige Haushalte mit 2 Personen	50 875	9 803	41 072	13,9	14,7
ohne Kinder	26 453	7 632	18 821	20,2	28,2
mit Kind(ern)	24 422	2 171	22 251	8,5	3,3
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen	53 366	7 077	46 289	22,6	27,1
ohne Kinder	7 519	2 241	5 278	22,1	26,6
mit Kind(ern)	45 847	4 836	41 011	22,7	27,2
Zusammen	2 059 889	561 850	1 498 039	16,9	20,2
In Einrichtungen	99 800	34 098	65 702	2,3	3,1
Insgesamt[1])	2 157 188	595 224	1 561 964	16,3	19,5

1) Haushalte, die Hilfe außerhalb von und in Einrichtungen erhalten haben, wurden in der Summe nur einmal gezählt.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Soweit sich die Frage auf den durchschnittlichen Bedarf im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, siehe hierzu Antwort zu Frage I. 16.

15. Wie hat sich die Kaufkraft der HzL- und HbL-Bezieher und -Bezieherinnen seit 1970 entwickelt?

Die Frage der Kaufkraftentwicklung läßt sich sinnvoll nur für Privathaushalte in bezug auf die Hilfe zum Lebensunterhalt stellen. Die Bezieher von Hilfe in besonderen Lebenslagen „kaufen" dagegen keine Waren oder Dienstleistungen ein, die der Preisentwicklung für den privaten Verbrauch unterliegen würden. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen übernimmt vollständig die Kosten, die etwa im Falle der Pflege oder Betreuung in einer Einrichtung anfallen, soweit sie über das einzusetzende Einkommen (§§ 79 ff. BSHG) hinausgehen. (Da die Hilfe in besonderen Lebenslagen ergänzend oder vollständig bis zur Gesamthöhe der Kosten von der Sozialhilfe übernommen wird, läge die „Kaufkraft" der Bezieher, sofern davon in diesem Zusammenhang überhaupt die Rede sein könnte, immer bei 100 Prozent.)

Die Hilfe zum Lebensunterhalt besteht aus den Komponenten des Regelsatzes, der gegebenenfalls gewährten Mehrbedarfszuschläge, den Kosten für angemessene Unterkunft und Heizung sowie einmaligen Leistungen. Da die Kosten für eine angemessene Unterkunft und Heizung i. d. R. in vollem Umfang übernommen werden, spielt hier die Preisentwicklung keine Rolle. Ebenso kann bei einmaligen Leistungen, die großenteils zur Deckung eines besonders begründeten Bedarfs dienen, eine „Kaufkraft"-Entwicklung nicht thematisiert werden. Die Mehrbedarfszuschläge gelten nur für bestimmte Personengruppen (vgl. § 23 BSHG) und sind in prozentualer Relation an den Regelsätzen orientiert. Somit kann die Frage der Kaufkraftentwicklung im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt sinnvoll nur bezüglich der Regelsätze beantwortet werden.

Tabelle 12 gibt die Entwicklung der Regelsätze, die Entwicklung der Verbraucherpreise ohne Wohnungsmieten (Zweipersonenhaushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern) sowie die hiermit preisbereinigte Entwicklung des Eckregelsatzes im früheren Bundesgebiet für die Jahre 1963 bis 1994 wieder.

Betrachtet man die Entwicklung in den Jahren zwischen 1970 und 1994, so hat sich der jahresdurchschnittliche Eckregelsatz in diesem Zeitraum von 147 DM um 253 Prozent auf 519 DM erhöht. Der Preisindex für die Lebenshaltung ist (für den genannten Haushaltstyp) im gleichen Zeitraum um 130 Prozent gestiegen. Nach Preisbereinigung ergibt sich zwischen 1970 und 1994 ein Realwertzuwachs des Eckregelsatzes um 54 Prozent.

Tabelle 12

Entwicklung des Nominal- und Realwerts der Eckregelsätze

Früheres Bundesgebiet: 1963 bis 1994

Jahr	Eckregelsatz der Hilfe zum Lebensunterhalt		Preisindex 2-Pers.-Haushalt von Renten- und Sozialhilfe-empfängern ohne Wohnungsmieten	Realwert des Regelsatzes	
	Jahres-durchschnitt	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		in Preisen von 1963	Index
	DM	%	1963 = 100	DM	1963 = 100
1963	108	17,4	100,0	108	100,0
1964	110	1,9	102,2	108	99,7
1965	117	6,4	106,1	110	102,1
1966	124	6,0	109,0	114	105,3
1967	129	4,0	109,5	118	109,1
1968	131	1,6	110,0	119	110,3
1969	134	2,3	111,7	120	111,1
1970	147	9,7	115,3	127	118,0
1971	174	18,4	120,2	145	134,0
1972	196	12,6	127,0	154	142,9
1973	213	8,7	136,3	156	144,7
1974	237	11,3	146,7	162	149,6
1975	254	7,2	155,2	164	151,5
1976	270	6,3	162,5	166	153,8
1977	287	6,3	168,4	170	157,8
1978	290	1,0	171,5	169	156,6
1979	297	2,4	177,4	167	155,0
1980	310	4,4	187,1	166	153,4
1981	328	5,8	199,5	164	152,2
1982	338	3,0	210,9	160	148,4
1983	342	1,2	216,6	158	146,2
1984	351	2,6	221,2	159	146,9
1985	370	5,4	224,3	165	152,7
1986	389	5,1	223,6	174	161,1
1987	398	2,3	221,7	180	166,2
1988	407	2,3	222,9	183	169,1
1989	419	2,9	229,0	183	169,4
1990	436	4,1	235,3	185	171,6
1991	460	5,5	243,3	189	175,1
1992	491	6,7	251,8	195	180,6
1993	511	4,1	259,4	197	182,4
1994	519	1,6	265,7	195	180,9

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Angaben des Statistischen Bundesamtes.

16. Wie stellt sich das Verhältnis von HzL und unteren Lohngruppen für die Haushaltstypen
    a) Ein-Personen-Haushalt,
    b) Ein-Eltern-Haushalt mit einem Kind,
    c) Ein-Eltern-Haushalt mit zwei Kindern,
    d) Ein-Eltern-Haushalt mit mehr als zwei Kindern,
    e) Familie ohne Kinder,
    f) Familie mit einem Kind,
    g) Familie mit zwei Kindern,
    h) Familie mit mehr als zwei Kindern,

    dar?

Solange Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in etwa gleichem Maße an der Wohlstandsentwicklung partizipieren wie Bezieher unterer Arbeitseinkommen, ist davon auszugehen, daß sie einerseits von der Teilhabe am soziokulturellen Leben nicht ausgeschlossen werden, andererseits aber auch keine Überschneidung mit den Einkommen unterer Lohn- und Gehaltsgruppen erfolgt. Diese Parallelität würde durchbrochen, wenn die Kaufkraft der Hilfe zum Lebensunterhalt in stärkerem Maße anstiege als die der unteren Arbeitseinkommen. Die Folge wäre, daß einerseits für große Teile unterer Einkommensschichten ein Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe entstünde und andererseits der Anreiz, den Sozialhilfebezug zu überwinden und sich um einen Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit zu bemühen, geschwächt würde. Das in § 22 Abs. 3 BSHG formulierte Abstands-

gebot zielt darauf ab, für die Regelsatzfestlegung eine normative Orientierung zur Bestimmung des Mindestbedarfs (in gewissem Abstand zu unteren Einkommen) zu geben und für die Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt den Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu erhalten.

Die Einhaltung des Abstandsgebotes läßt sich mit einer haushaltsspezifischen Vergleichsrechnung zwischen verfügbaren Einkommen unterer Einkommensbezieher und den Bedarfen an laufender Hilfe zum Lebensunterhalt entsprechender Sozialhilfeempfängerhaushalte überprüfen („Bericht und Gutachten zum Lohnabstandsgebot", Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren (Hrsg.), Bd. 29, Stuttgart 1994). Auf der Ebene des verfügbaren Haushaltseinkommens sind dazu die Bruttolöhne und -gehälter unterer Einkommensgruppen um steuerliche Abzüge, Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und ggf. weitere Abgaben (wie z. B. „Solidaritätszuschlag") zu reduzieren sowie um die (je nach Haushaltstyp zu berücksichtigenden) Transferleistungen Kindergeld, Kindergeldzuschlag und Wohngeld zu ergänzen. Der so ermittelte Einkommensbetrag kann dann mit dem durchschnittlichen Bedarf der Hilfe zum Lebensunterhalt des jeweiligen Haushaltstyps verglichen werden. Sowohl die einmaligen Zahlungen an Arbeitnehmer als auch die einmaligen Leistungen an Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sind (bei monatlicher Berechnung anteilig) in den Vergleich einzubeziehen.

Die haushaltsspezifischen Bedarfe an laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ergeben sich aus Tabelle 13:

Tabelle 13

Durchschnittlicher Bedarf im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt (Stand: 1. Juli 1994)

Haushaltstyp	Regelsätze	Mehrbedarf	Kosten der Unterkunft	einmalige Leistungen	Summe
	DM				
	Früheres Bundesgebiet				
Alleinlebende/r	519	*	474	83	1 076
Ehepaar ohne Kind	934	*	637	154	1 725
Ehepaar mit					
einem Kind	1 270	*	741	221	2 232
zwei Kindern	1 606	*	806	288	2 700
drei Kindern	1 942	*	885	355	3 182
Alleinerziehende/r mit					
einem Kind unter 7 J.	804	208	637	140	1 789
zwei Kindern zw. 7 u. 12 J.	1 194	208	741	218	2 361
3 K. (1 u.7, 2 zw. 7 u.12 J.)	1 479	208	806	275	2 768
	Neue Länder und Berlin-Ost				
Alleinlebende/r	502	*	293	80	875
Ehepaar ohne Kind	904	*	378	149	1 431
Ehepaar mit					
einem Kind	1 229	*	442	214	1 885
zwei Kindern	1 554	*	499	279	2 332
drei Kindern	1 879	*	557	344	2 780
Alleinerziehende/r mit					
einem Kind unter 7 J.	778	201	378	135	1 492
zwei Kindern zw. 7 u. 12 J.	1 155	201	442	211	2 009
3 K. (1 u.7, 2 zw. 7 u.12 J.)	1 431	201	499	266	2 397

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

Die Berechnung der verfügbaren Einkommen entsprechender Arbeitnehmerhaushalte einschließlich der Transferleistungen Kindergeld und Wohngeld führt zu folgenden Werten (bei Ehepaaren wurde ein männlicher Alleinverdiener unterstellt, bei Alleinerziehenden eine weibliche Alleinverdienerin):

Tabelle 14

Durchschnittlich verfügbares Haushaltseinkommen (Stand: 1. Juli 1994)

Arbeiter/innen in der Industrie einschließl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk, Leistungsgruppe 3

Haushaltstyp	Bruttoarbeitsentgelt (einschl. anteilige einmal. Zahlungen)	Sozialversicherungsbeiträge	Steuern	Kindergeld und -zuschlag	Wohngeld	verfügbares Haushaltseinkommen
	DM					
	Früheres Bundesgebiet[1])					
Alleinlebender Mann	3 979	780	780	0	0	2 420
Alleinlebende Frau	3 234	634	553	0	0	2 047
Ehepaar ohne Kind	3 979	780	473	0	0	2 726
Ehepaar mit						
einem Kind	3 979	780	390	70	0	2 880
zwei Kindern	3 979	780	308	200	64	3 155
drei Kindern	3 979	780	135	420	135	3 619
Alleinerziehende/r mit						
einem Kind	3 234	634	330	70	0	2 341
zwei Kindern	3 234	634	242	200	67	2 625
drei Kindern	3 234	634	159	420	244	3 105
	Neue Länder und Berlin-Ost[2])					
Alleinlebender Mann	2 946	582	464	0	0	1 901
Alleinlebende Frau	2 284	451	283	0	0	1 550
Ehepaar ohne Kind	2 946	582	263	0	0	2 102
Ehepaar mit						
einem Kind	2 946	582	33	70	29	2 430
zwei Kindern	2 946	582	0	200	144	2 709
drei Kindern	2 946	582	0	420	201	2 986
Alleinerziehende/r mit						
einem Kind	2 284	451	0	70	51	1 954
zwei Kindern	2 284	451	0	200	178	2 211
drei Kindern	2 284	451	0	420	283	2 536

1) Miete: jeweils zuschußfähiger Miethöchstbetrag unterstellt nach dem Wohngeldgesetz (WoGG).

2) Miete einschließlich Heizkostenzuschlag nach dem Wohngeldsondergesetz (WoGSoG).

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

Führt man anhand dieser Werte die Vergleichsrechnung zur Überprüfung des Abstandes durch, so ergibt sich in allen betrachteten Haushaltstypen im früheren Bundesgebiet ebenso wie in den neuen Bundesländern ein positiver Abstand (Tabelle 15). Im früheren Bundesgebiet liegt er zwischen 264 DM bzw. 337 DM bei einer Alleinerziehenden mit zwei bzw. drei Kindern und 1 344 DM bei einem alleinlebenden Mann, in den neuen Bundesländern zwischen 139 DM bei einer Alleinerziehenden mit drei Kindern und 1 026 DM bei einem alleinlebenden Mann. Hieraus kann jedoch nicht abgeleitet werden, daß das Abstandsgebot in allen Bundesländern, insbesondere in den neuen Ländern, für den jeweiligen Bereich eingehalten ist. In dem Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts ist vorgesehen, den Mindestlohnabstand bei Haushaltsgemeinschaften von Ehepaaren mit drei Kindern auf 15 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgeltes einschließlich anteiliger einmaliger Zahlungen zuzüglich Kindergeld und Wohngeld eines alleinverdienenden Arbeitnehmers unterer Lohn- und Gehaltsgruppen festzulegen. In Anbetracht unterschiedlicher Lohnniveaus sind regionale und sektorale Besonderheiten mit einzubeziehen.

Tabelle 15

Abstand zwischen verfügbarem Haushaltseinkommen unterer Einkommensgruppen und dem Bedarf an laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
Stand: Juli 1994

Haushaltstyp	verfügbares Haushalts-einkommen	Bedarf an Hilfe zum Lebensunterhalt	Abstand vom Haushalts-einkommen	
	DM			%
	Früheres Bundesgebiet			
Alleinlebender Mann	2 420	1 076	1 344	56
Alleinlebende Frau	2 047	1 076	971	47
Ehepaar ohne Kind	2 726	1 725	1 001	37
Ehepaar mit				
einem Kind	2 880	2 232	648	23
zwei Kindern	3 155	2 700	455	14
drei Kindern	3 619	3 182	437	12
Alleinerziehende/r mit				
einem Kind	2 341	1 789	552	24
zwei Kindern	2 625	2 361	264	10
drei Kindern	3 105	2 768	337	11
	Neue Länder und Berlin-Ost			
Alleinlebender Mann	1 901	875	1 026	54
Alleinlebende Frau	1 550	875	676	44
Ehepaar ohne Kind	2 102	1 431	671	32
Ehepaar mit				
einem Kind	2 430	1 885	545	22
zwei Kindern	2 708	2 332	376	14
drei Kindern	2 985	2 780	205	7
Alleinerziehende/r mit				
einem Kind	1 954	1 492	462	24
zwei Kindern	2 211	2 009	202	9
drei Kindern	2 536	2 397	139	5

Nachrichtlich: durchschnittlich zu verschonendes Einkommen nach § 76 Abs. 2a BSHG (40 % des Eckregelsatzes)
früheres Bundesgebiet: 208 DM
neue Bundesländer: 201 DM.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

17. Welche Angaben können über die Anzahl der Leistungsberechtigten von HzL gegeben werden, die diese Leistungen nicht in Anspruch nehmen?

Über die Zahl der Personen, die – über die Zahl der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt hinaus – potentiell sozialhilfeberechtigt sind, liegen exakte Daten nicht vor. Terminologisch ist zu unterscheiden, ob jeweils die „Dunkelziffer" oder die „Ausschöpfungsquote" betrachtet wird. Bei einem (angenommenen) gleichen Anteil von Sozialhilfebeziehern und Sozialhilfeberechtigten Nichtbeziehern läge die Dunkelziffer bei 100 Prozent, die Ausschöpfungsquote bei 50 Prozent. Mit einem relevanten Anteil der Nichtausschöpfung ist in erster Linie bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt" zu rechnen (nur mit diesem Bereich befassen sich auch die vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen, s. u.), während die Quoten der Nichtausschöpfung der „Hilfe in besonderen Lebenslagen" vergleichsweise gering sind: Leistungen wie Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe für Behinderte und Krankenhilfe werden in der Regel wohl zu nahezu 100 Prozent ausgeschöpft.

Der Verzicht auf zustehende Hilfe zum Lebensunterhalt kann verschiedene Ursachen haben: Am häufigsten dürften fehlende Kenntnis der Anspruchsvoraussetzungen, Angst vor einer Stigmatisierung als Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger und vor sozialer Kontrolle eine Rolle spielen.

Im übrigen wird hierzu auch auf die Antwort zu Frage IV. 24 verwiesen.

Bei älteren Menschen, die eine ihnen zustehende Leistung nicht in Anspruch nehmen, kann dies auch durch die Sorge begründet sein, sie könnten ihre Kinder indirekt (über eine Heranziehung zum Unterhalt) belasten. Daher ist auch in erster Linie bei älteren Menschen, die sich zudem unsicher im Umgang mit Behörden fühlen, mit einer relevanten Dunkelziffer zu rechnen. Unter Hinweis auf den rückläufigen Anteil älterer Menschen an den Sozialhilfebeziehern sowie

auf ein gewandeltes Bewußtsein hinsichtlich der Inanspruchnahme zustehender Leistungen insbesondere unter jüngeren Berechtigten wird daher allgemein von einer tendenziell steigenden Ausschöpfung ausgegangen.

Auf zunehmende Ausschöpfung lassen auch Untersuchungen schließen, die auf Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beruhen (vgl. Semrau, P.: „Entwicklung der Einkommensarmut", in: Döring/Hanesch/Huster: „Armut im Wohlstand", Frankfurt 1990, S. 111 ff.): Der Ausschöpfungsgrad ist von 54 Prozent im Jahre 1969 auf 70 Prozent im Jahre 1983 gestiegen. Die dabei immer noch verbleibende Quote der Nichtausschöpfung von 30 Prozent ist jedoch differenziert zu betrachten: Eine Analyse der Altersstruktur führte zu dem Ergebnis, daß Personen im Alter von 65 Jahren und darüber eine geringe Ausschöpfung von nur 43 Prozent aufwiesen. Für Personen unter 65 Jahren ergab sich eine Ausschöpfungsquote von 75 Prozent, entsprechend nahm 1983 etwa ein Viertel der Sozialhilfeberechtigten dieser Altersgruppe die zustehende Leistung nicht in Anspruch. Eine weitere Zunahme der Ausschöpfung wird für die nachfolgenden Jahre angenommen; aktuellere Untersuchungen liegen nicht vor.

18. Wie viele Personen werden als Unterhaltspflichtige bei Sozialhilfebezug, differenziert nach HzL und HbL, in Anspruch genommen, welche Verwandtschaftsverhältnisse liegen bei diesen Fällen vor, und welche finanzielle Größenordnung erreicht diese Inanspruchnahme im Durchschnitt und insgesamt?

Personenbezogene Daten über die Inanspruchnahme von Unterhaltspflichtigen bei Sozialhilfebezug werden im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik nicht erhoben. Die Statistik liefert hierzu lediglich Angaben über die hieraus resultierenden Gesamteinnahmen der Sozialhilfe.

Tabelle 16

Sozialhilfe nach dem BSHG

Einnahmen der Sozialhilfe

Jahr	Einnahmen insgesamt	Darunter aufgrund übergeleiteter Ansprüche, insbesondere Leistungen Unterhaltspflichtiger (§§ 90,91 BSHG, § 292 Abs. 4 LAG)
	1 000 DM	
		Früheres Bundesgebiet
1985	4 553 947	355 593
1993	6 876 869	617 658
		Neue Länder und Berlin-Ost
1993	1 858 658	107 833
		Deutschland
1993	8 735 528	725 492

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

II. Daten zu den Ursachen von Armut und Sozialhilfebezug in Deutschland

1. Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die zehn wichtigsten Ursachen für Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland?

Im Zusammenhang der Analyse genereller gesellschaftlicher Kausalitätsbeziehungen gibt es nur geringfügige Unterschiede zwischen beiden Merkmalsausprägungen „Einkommensarmut" und „Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt".

Im übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen I. 3 und II. 2 verwiesen.

2. Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die zehn wichtigsten Ursachen für den Bezug von HzL?

Der bis zum Berichtsjahr 1993 gültige Fragebogen über die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe sieht nur acht Kategorien als Ursache für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt vor: Sieben unterschiedliche Einzelursachen sowie die Sammelposition „Sonstige Ursachen". Als Grund für den Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt kann derzeit nur eine Hauptursache angegeben werden.

Im Rahmen der neustrukturierten Sozialhilfestatistik wird es ab Berichtsjahr 1994 möglich sein, eine Ursachenkumulation für den Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt differenziert zu analysieren.

Tabelle 17

Sozialhilfe nach dem BSHG
Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
außerhalb von Einrichtungen
nach Hauptursache der Hilfegewährung

Hauptursache der Hilfegewährung	1993	
	Haushalte	
	insgesamt	%
Früheres Bundesgebiet		
Krankheit	92 181	5,1
Tod des/der Ernährer(s/in)	11 211	0,6
Ausfall des/der Ernährer(s/in)	160 591	8,9
Unwirtschaftliches Verhalten	7 721	0,4
Arbeitslosigkeit	548 916	30,3
Unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche	173 151	9,6
Unzureichendes Erwerbseinkommen	125 355	6,9
Sonstige Ursachen	691 891	38,2
Insgesamt	1 811 017	100
Neue Länder und Berlin-Ost		
Krankheit	4 593	1,8
Tod des/der Ernährer(s/in)	916	0,4
Ausfall des/der Ernährer(s/in)	2 141	0,9
Unwirtschaftliches Verhalten	1 704	0,7
Arbeitslosigkeit	134 607	54,1
Unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche	7 616	3,1
Unzureichendes Erwerbseinkommen	16 035	6,4
Sonstige Ursachen	81 260	32,7
Insgesamt	248 872	100
Deutschland		
Krankheit	96 774	4,7
Tod des/der Ernährer(s/in)	12 127	0,6
Ausfall des/der Ernährer(s/in)	162 732	7,9
Unwirtschaftliches Verhalten	9 425	0,5
Arbeitslosigkeit	683 523	33,2
Unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche	180 767	8,8
Unzureichendes Erwerbseinkommen	141 390	6,9
Sonstige Ursachen	773 151	37,5
Insgesamt	2 059 889	100

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Die bei weitem am häufigsten genannte Einzelursache ist Arbeitslosigkeit. Im früheren Bundesgebiet führt dies bei 30,3 Prozent, in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost sogar bei 54,1 Prozent aller Bezieherhaushalte dazu, daß sie auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind.

Zu einem erheblichen Teil dient die Hilfe zum Lebensunterhalt allerdings der kurzzeitigen Überbrückung der Bearbeitungszeit zwischen Antragstellung und dem Bescheid der Arbeitsverwaltung über zustehende AFG-Leistungen. Im Zuge der geplanten Sozialhilfereform ist vorgesehen, daß künftig vermehrt vorläufige Leistungen von der Arbeitsverwaltung erbracht werden.

An zweiter Stelle der Hauptursachenstatistik stehen in den alten Bundesländern unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche: Insbesondere Personen, die aufgrund vergleichsweise kurzer bzw. diskontinuierlicher Erwerbsbiographien keine oder lediglich geringe Rentenansprüche haben (etwa ledige oder verwitwete ältere Frauen), erhalten aus diesem Grunde (ergänzende) Hilfe zum Lebensunterhalt.

In den neuen Bundesländern steht unzureichendes Erwerbseinkommen an zweiter Stelle der Ursachenstatistik. Hier wirkt sich das (im Zeitraum der statistischen Erfassung im Jahre 1993 noch stärker als derzeit bestehende) West-Ost-Gefälle in der Entlohnung bei annähernd gleichen Eckregelsätzen (rd. 97 Prozent des West-Niveaus) aus.

Da in der Praxis u. U. auch andere – als die statistisch erfragten – Ursachen vorkommen oder häufig mehrere Ursachen kumulieren (wie z. B. Arbeitslosigkeit und Krankheit) führt dies im Ergebnis dazu, daß für mehr als ein Drittel aller Haushalte die nicht näher spezifizierte Kategorie sonstige Ursachen angegeben wird.

Sonstige Ursachen liegen nur da vor, wenn eine der vorstehend genannten speziellen Ursachen nicht zutrifft. Als sonstige Ursachen können in Betracht kommen:

— unzureichende oder fehlende Unterhaltsleistungen eines Unterhaltsverpflichteten, jedoch nicht des geschiedenen oder getrenntlebenden Ehegatten (diese Fälle sind der Ursache „Ausfall des Ernährers" zuzuordnen),
— unzureichende Einkünfte aus Kapitalvermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung,
— Asylantrag gestellt.

Bei einer differenzierteren Betrachtung, getrennt nach deutschen und ausländischen Beziehern, zeigt sich, daß bei deutschen Empfängerinnen und Empfängern mit 24 Prozent sonstige Ursachen zum Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt führen. Bei ausländischen Empfängerinnen und Empfängern sind dagegen mit fast 70 Prozent die sonstigen Ursachen der gewichtigste Grund für die Sozialhilfegewährung. Dies dürfte insbesondere darauf zurückzuführen sein, daß Asylbewerber häufig nicht über die erforderlichen eigenen Mittel zum Lebensunterhalt verfügen.

Als Folge des Asylbewerberleistungsgesetzes, das am 1. November 1993 in Kraft trat, ist zu erwarten, daß sich die sonstigen Ursachen in künftigen Statistiken zur Sozialhilfe reduzieren werden, weil für den Personenkreis, der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält, eine gesonderte Statistik geführt wird.

Die übrigen Ursachen (Krankheit, Tod des Ernährers oder Tod der Ernährerin und unwirtschaftliches Verhalten) spielen in der Sozialhilfestatistik eine deutlich nachgeordnete Rolle.

Neben den dargestellten Hauptursachen der Hilfegewährung im Rahmen der Sozialhilfestatistik kann die Überschuldung privater Haushalte als wesentliche Ursache angesehen werden (vgl. hierzu Antwort zur Frage IV. 23).

Arbeitslosigkeit

3. Wie hat sich seit 1985 die Zahl der registrierten Arbeitslosen und der sogenannten Stillen Reserve entwickelt, und wie viele Personen wurden davon insgesamt, differenziert nach Geschlecht, betroffen?

Die Entwicklung der jahresdurchschnittlichen Zahl der registrierten Arbeitslosen in Westdeutschland, differenziert nach Geschlecht, ist der nachfolgenden Tabelle 18 zu entnehmen. Für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost liegen die entsprechenden Daten ab 1991 vor. Danach stieg in der langfristigen Betrachtung die Zahl der Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet von rd. 2,30 Mio. im Jahresdurchschnitt 1985 auf rd. 2,56 Mio. im Jahresdurchschnitt 1994 an. In den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost waren 1994 jahresdurchschnittlich rd. 1,14 Mio. Personen arbeitslos registriert.

Tabelle 18

Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt
– differenziert nach Geschlecht –

Jahr	Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1985	2 304 014	1 289 055	1 014 959	*	*	*
1986	2 228 004	1 199 991	1 028 013	*	*	*
1987	2 228 788	1 207 430	1 021 358	*	*	*
1988	2 241 556	1 198 773	1 042 783	*	*	*
1989	2 037 781	1 069 803	967 978	*	*	*
1990	1 883 147	967 743	915 404	*	*	*
1991	1 689 365	897 677	791 688	912 838	382 877	529 961
1992	1 808 310	982 778	825 531	1 170 261	429 116	741 145
1993	2 270 349	1 277 088	993 261	1 148 792	414 472	734 320
1994	2 555 967	1 461 639	1 094 328	1 142 090	401 446	740 644

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Der Begriff der „Stillen Reserve" umfaßt Personen, die unter bestimmten Voraussetzungen eine Beschäftigung aufnehmen würden, jedoch nicht als Arbeitslose registriert sind. Die latente Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme – und damit die Arbeitsmarktnähe – hängt dabei von einer Vielzahl ökonomischer, gesellschaftlicher und individueller Faktoren ab, z. B. konjunkturelle Lage, Rollenverständnis, Dringlichkeit der Arbeitsaufnahme, Arbeitsplatzkonditionen, persönliche Gründe. Die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme der Personen innerhalb der „Stillen Reserve" ist deshalb recht unterschiedlich. Während z. B. Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen nach dem AFG als sehr arbeitsmarktnah einzustufen sind, werden andere Personen der „Stillen Reserve" nur bei Vorhandensein sehr „idealtypischer" Voraussetzungen zu einer Arbeitsaufnahme bereit sein.

Die „Stille Reserve" läßt sich statistisch nicht erfassen. Das Niveau der „Stillen Reserve" versucht man deshalb mit Hilfe von Schätzungen zu ermitteln. Dabei sind je nach den zugrunde gelegten Hypothesen unterschiedliche Ergebnisse möglich.

Gemäß den Schätzergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die aus nachfolgender Tabelle 19 entnommen werden können, stieg die „Stille Reserve" im früheren Bundesgebiet von rd. 1,2 Mio. im Jahresdurchschnitt 1985 auf rd. 1,9 Mio. im Jahresdurchschnitt 1994 an. Für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost wird die „Stille Reserve" im Jahresdurchschnitt 1994 auf rd. 1,1 Mio. geschätzt. Hiervon entfallen allein rd. 650 000 Personen auf Altersübergangs- und Vorruhestandsgeldempfängerinnen und -empfänger. Eine Differenzierung der „Stillen Reserve" nach Geschlecht liegt der Bundesregierung nicht vor.

Tabelle 19

Schätzergebnisse der „Stillen Reserve"
– Jahresdurchschnitte in 1 000 –

Jahr	Bundesgebiet West	Bundesgebiet Ost
1985	1 189	*
1986	1 223	*
1987	1 234	*
1988	1 259	*
1989	1 239	*
1990	1 164	197
1991	1 323	727
1992	1 496	1 273
1993	1 765	1 346
1994	1 903	1 130

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

4. Wie hat sich seit 1985 die Dauer der Arbeitslosigkeit entwickelt?

   Wie haben sich insbesondere die Anteile derjenigen Arbeitslosen entwickelt, die

   a) bis zu einem halben Jahr,

   b) bis zu einem Jahr,

   c) bis zu zwei Jahren,

   d) bis zu drei Jahren,

   e) bis zu vier Jahren bzw.

   f) mehr als vier Jahre

   arbeitslos sind?

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit wird von der Bundesanstalt für Arbeit nach zwei unterschiedlichen Betrachtungsweisen ermittelt. Zum einen wird die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit anhand der Abgänge an Arbeitslosen berechnet (Bewegungsbetrachtung), zum anderen erfolgt die Berechnung aus dem Bestand der Arbeitslosen (Stichtagsbetrachtung).

Grundlage für die Berechnung der abgeschlossenen Dauer der Arbeitslosigkeit ist die Sonderuntersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung über die Bewegungsvorgänge bei Arbeitslosen, die bis 1991 jeweils zehn Tage im Mai/Juni durchgeführt wurde, ab 1992 jeweils für den gesamten Monat Juni ausgewertet wird. Danach betrug im Jahr 1985 die durchschnittliche abgeschlossene Dauer im früheren Bundesgebiet 6,8 Monate. Im Jahr 1994 waren es 7,3 Monate. In den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost wurde diese Sonderuntersuchung bisher nicht durchgeführt.

Grundlage für die Berechnung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosen im Bestand ist die Sonderuntersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung über die Struktur der Arbeitslosen jeweils Ende September. Danach betrug die durchschnittliche Dauer im Arbeitslosenbestand im früheren Bundesgebiet 11,6 Monate im Jahr 1985. Im Jahr 1994 waren es 12,8 Monate.

Die Angaben über die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosen im Bestand und über die Anteile der Arbeitslosen nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit nach Jahren sind für das frühere Bundesgebiet der nachfolgenden Tabelle 21 zu entnehmen. Dabei wird eine weitere Aufgliederung der Kategorie „2 Jahre und mehr" in der Regel nicht vorgenommen. Derartige Differenzierungen konnten aus den gespeicherten Daten der Strukturanalyse der Arbeitslosen nur für die Jahre 1992 bis 1994 ausgewiesen werden.

Tabelle 20

Durchschnittliche Dauer der abgeschlossenen Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet West

Jahr	Dauer in Monaten
1985	6,8
1986	6,7
1987	6,7
1988	6,7
1989	6,7
1990	6,7
1991	6,7
1992	6,6
1993	6,5
1994	7,3

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Tabelle 21

Arbeitslose nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet West
– Anteile in % jeweils Ende September –

Jahr	unter 6 Monate	6 bis unter 12 Monate	1 bis unter 2 Jahre	2 Jahre und mehr	Zusammen	2 bis unter 3 Jahre	3 Jahre und mehr	Im Durchschnitt seit ... Monaten
1985	48,3	20,7	16,9	14,1	100	*	*	11,6
1986	47,8	20,2	16,3	15,6	100	*	*	12,5
1987	48,4	19,8	15,8	16,1	100	*	*	13,0
1988	47,8	19,6	16,1	16,5	100	*	*	13,6
1989	51,3	17,2	14,7	16,7	100	*	*	13,6
1990	51,4	18,8	13,8	15,9	100	*	*	13,3
1991	54,7	17,0	13,1	15,2	100	*	*	13,3
1992	55,1	18,3	13,4	13,2	100	5,1	8,1	12,4
1993	52,2	21,8	14,5	11,4	100	4,9	6,5	11,7
1994	46,8	20,7	19,3	13,2	100	6,4	6,8	12,8

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

In den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost wurde die Sonderuntersuchung über die Struktur der Arbeitslosen erstmals 1992 durchgeführt. Im Jahr 1994 betrug dort die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosen im Bestand 11,9 Monate. Die Angaben über die Anteile der Arbeitslosen nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit nach Jahren sind der Tabelle 22 zu entnehmen.

Tabelle 22

Arbeitslose nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet Ost
– jeweils Ende September –

Dauer der Arbeitslosigkeit	1992	1993	1994
	%		
unter 6 Monate	46,5	46,5	41,7
6 bis unter 12 Monate	29,1	22,8	23,6
1 bis unter 2 Jahre	19,5	20,7	20,0
2 bis unter 3 Jahre	4,8	7,7	9,1
3 Jahre und mehr	0,2	2,3	5,6
Zusammen	100	100	100
nachr.: Im Durchschnitt seit Monaten	8,7	10,3	11,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

5. Wie ist die regionale Verteilung von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit, und wie stellt sich diese regionale Verteilung für Ausländer gemäß § 5 des Ausländergesetzes sowie Aussiedler seit 1985 dar?

Die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit nach Landesarbeitsamtsbezirken und nach Bundesländern im früheren Bundesgebiet geht aus der Tabelle 23 hervor.

Tabelle 23

Arbeitslose nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern im Bundesgebiet West
Jahresdurchschnittszahlen 1985 bis 1994
Männer und Frauen

Landesarbeitsamtsbezirk	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Nord[1])	206 627	209 234	210 279	204 472	184 631	169 114	143 537	138 178	156 380	173 491
davon: Schleswig-Holstein	117 465	114 797	111 063	108 753	101 174	93 621	80 524	80 737	93 452	102 287
Hamburg	89 162	94 436	99 216	95 719	83 457	75 493	63 013	57 441	62 929	71 204
Niedersachsen/Bremen	386 303	365 916	361 667	364 395	334 496	313 730	275 912	281 324	343 485	380 977
davon: Niedersachsen	346 110	324 950	319 994	322 169	293 697	274 825	244 283	249 792	306 848	340 822
Bremen	40 193	40 966	41 673	42 226	40 799	38 905	31 629	31 532	36 638	40 155
Nordrhein-Westfalen	733 107	725 345	737 043	752 446	687 728	629 587	561 331	580 473	703 198	784 510
Hessen	164 540	155 348	155 351	154 642	142 991	134 391	123 264	136 825	177 061	208 675
Rheinland-Pfalz/Saarland	177 956	172 398	168 886	162 183	148 099	133 342	118 315	127 279	165 177	184 345
davon: Rheinland-Pfalz	124 496	119 433	116 602	111 804	101 666	93 064	82 334	88 985	117 703	132 876
Saarland	53 460	52 965	52 284	50 379	46 433	40 278	35 981	38 294	47 474	51 470
Baden-Württemberg	209 832	198 911	198 377	201 469	182 409	172 043	159 318	191 970	281 496	333 416
Bayern	344 681	316 039	306 574	305 268	265 553	240 745	214 780	243 224	322 667	360 862
davon: Nordbayern	166 190	149 731	144 141	145 764	129 125	120 147	107 953	120 980	160 155	179 505
Südbayern	178 491	166 308	162 433	159 504	136 428	120 598	106 827	122 245	162 513	181 358
Berlin/Brandenburg[2])	80 969	84 813	90 611	96 680	91 875	90 193	92 908	109 037	120 884	129 691
Bundesgebiet West	2 304 014	2 228 004	2 228 788	2 241 556	2 037 781	1 883 147	1 689 365	1 808 310	2 270 349	2 555 967

1) Ohne Mecklenburg-Vorpommern.
2) Ohne Berlin (Ost) und Brandenburg.
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1994 – Jahreszahlen.

In der Tabelle 24 und der Tabelle 25 ist die regionale Verteilung jeweils für Männer und Frauen dargestellt. Für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost (ab 1991) ist die Anlage 9 maßgebend.

Tabelle 24

Arbeitslose Männer nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern im Bundesgebiet West
Jahresdurchschnittszahlen 1985 bis 1994

Landesarbeitsamtsbezirk	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Nord[1])	121 992	120 643	121 693	117 816	105 279	95 369	82 742	80 164	91 667	102 892
davon: Schleswig-Holstein	68 980	65 681	63 939	61 820	56 646	51 515	45 261	45 660	53 381	59 102
Hamburg	53 012	54 961	57 754	55 996	48 634	43 854	37 481	34 504	38 286	43 790
Niedersachsen/Bremen	222 567	201 280	199 048	196 388	176 249	160 537	143 452	148 874	188 307	212 944
davon: Niedersachsen	198 736	177 734	175 146	172 518	153 211	138 464	125 489	130 618	166 327	188 748
Bremen	23 831	23 546	23 902	23 871	23 037	22 073	17 963	18 256	21 980	24 196
Nordrhein-Westfalen	413 912	394 784	405 618	409 680	368 528	328 814	300 740	319 956	403 748	461 153
Hessen	87 394	78 553	78 857	78 154	70 993	64 815	62 312	72 330	98 288	118 856
Rheinland-Pfalz/Saarland	102 344	95 739	94 052	88 525	79 280	69 449	63 677	70 612	95 989	108 445
davon: Rheinland-Pfalz	69 679	63 608	61 911	57 878	51 504	45 652	41 970	47 150	65 894	75 533
Saarland	32 665	32 131	32 140	30 647	27 776	23 798	21 707	23 462	30 095	32 913
Baden-Württemberg	106 667	96 588	98 397	100 784	89 224	81 837	78 974	100 576	156 783	188 531
Bayern	187 733	164 371	157 906	152 065	128 665	115 264	111 069	126 819	172 062	193 468
davon: Nordbayern	90 253	77 251	72 897	70 839	61 083	56 541	55 080	61 302	82 622	92 751
Südbayern	97 480	87 120	85 009	81 226	67 582	58 723	55 990	65 517	89 440	100 717
Berlin/Brandenburg[2])	46 446	48 033	51 860	55 360	51 586	51 659	54 711	63 447	70 245	75 349
Bundesgebiet West	1 289 055	1 199 991	1 207 430	1 198 773	1 069 803	967 743	897 677	982 778	1 277 088	1 461 639

1) Ohne Mecklenburg-Vorpommern.
2) Ohne Berlin (Ost) und Brandenburg.
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1994 – Jahreszahlen.

Tabelle 25

Arbeitslose Frauen nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern im Bundesgebiet West
Jahresdurchschnittszahlen 1985 bis 1994

Landesarbeitsamtsbezirk	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Nord[1])	84 635	88 591	88 586	86 655	79 352	73 745	60 794	58 013	64 713	70 598
davon: Schleswig-Holstein	48 485	49 116	47 124	46 933	44 529	42 106	35 263	35 077	40 071	43 185
Hamburg	36 150	39 475	41 462	39 722	34 823	31 639	25 531	22 937	24 643	27 413
Niedersachsen/Bremen	163 736	164 636	162 619	168 007	158 247	153 194	132 460	132 450	155 179	168 033
davon: Niedersachsen	147 374	147 216	144 848	149 652	140 485	136 362	118 794	119 173	140 521	152 074
Bremen	16 362	17 420	17 771	18 356	17 762	16 832	13 666	13 276	14 658	15 959
Nordrhein-Westfalen	319 195	330 562	331 424	342 767	319 200	300 774	260 592	260 517	299 450	323 356
Hessen	77 146	76 796	75 494	76 488	71 998	69 576	60 953	64 495	78 774	89 819
Rheinland-Pfalz/Saarland	75 612	76 658	74 835	73 658	68 820	63 893	54 638	56 668	69 189	75 900
davon: Rheinland-Pfalz	54 816	55 824	54 691	53 926	50 162	47 412	40 364	41 835	51 810	57 343
Saarland	20 795	20 834	20 144	19 732	18 658	16 481	14 273	14 832	17 379	18 557
Baden-Württemberg	103 165	102 324	99 980	100 686	93 185	90 207	80 344	91 394	124 713	144 885
Bayern	156 947	151 667	148 668	153 203	136 888	125 481	103 711	116 405	150 605	167 395
davon: Nordbayern	75 937	72 479	71 244	74 925	68 042	63 606	52 873	59 678	77 533	86 754
Südbayern	81 010	79 188	77 424	78 279	68 846	61 875	50 837	56 728	73 072	80 641
Berlin/Brandenburg[2])	34 523	36 780	38 751	41 319	40 289	38 535	38 196	45 590	50 639	54 343
Bundesgebiet West	1 014 959	1 028 013	1 020 358	1 042 783	967 978	915 404	791 688	825 531	993 261	1 094 328

1) Ohne Mecklenburg-Vorpommern.
2) Ohne Berlin (Ost) und Brandenburg.
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1994 – Jahreszahlen.

Die regionale Verteilung der arbeitslosen Ausländer im früheren Bundesgebiet ist in der Tabelle 26 dargestellt, die der arbeitslosen Aussiedler ab September 1989 in Tabelle 27.

Tabelle 26

Arbeitslose Ausländer nach Landesarbeitsamtsbezirken im Bundesgebiet West
Jahresdurchschnittszahlen 1985 bis 1994

Landesarbeitsamtsbezirk	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Nord[1])	20 016	20 837	22 290	22 081	18 198	15 832	14 980	15 316	17 292	20 420
Niedersachsen/Bremen	26 507	26 154	26 749	27 048	24 177	22 368	22 435	25 204	32 306	38 753
Nordrhein-Westfalen	83 607	83 395	90 047	94 946	83 741	74 093	73 074	83 747	110 162	129 083
Hessen	22 949	22 389	23 937	23 791	20 650	17 829	18 690	24 027	33 199	41 477
Rheinland-Pfalz/Saarland	12 565	12 549	12 913	12 586	11 052	9 722	10 138	11 783	16 455	19 375
Baden-Württemberg	37 411	34 997	36 198	37 899	31 667	26 421	28 275	40 173	63 192	76 890
Nordbayern	12 310	10 827	10 914	11 503	9 758	8 648	9 606	12 184	17 913	21 311
Südbayern	24 828	22 663	22 966	22 656	17 863	13 980	13 867	18 359	27 578	33 025
Berlin/Brandenburg[2])	13 002	14 190	16 083	17 011	15 406	14 082	17 030	23 409	26 743	28 776
Bundesgebiet West	253 195	248 001	262 097	269 521	232 512	202 975	208 095	254 202	344 840	409 110
Arbeitslosenquote in %	13,9	13,7	14,3	14,4	12,2	10,9	10,7	12,2	15,1	16,2
Männer	159 444	151 367	161 172	165 354	142 266	124 618	132 176	163 429	227 394	271 779
Frauen	93 751	96 634	100 925	104 177	90 246	78 357	75 919	90 772	117 446	137 331

1) Ohne Mecklenburg-Vorpommern.
2) Ohne Berlin (Ost) und Brandenburg.
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1994 – Jahreszahlen.

Tabelle 27

Entwicklung der arbeitslosen Aussiedler im Bundesgebiet West

Bundesland	jeweils im September						Juni
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Schleswig-Holstein	2 405	2 787	2 489	2 107	3 726	3 344	2 704
Hamburg	3 546	3 643	3 778	2 808	3 262	2 527	2 135
Niedersachsen	10 714	14 227	15 259	15 983	23 820	21 632	22 021
Bremen	2 790	3 076	2 647	2 634	3 103	2 880	2 447
Nordrhein-Westfalen	45 667	60 300	53 404	49 831	57 983	47 406	36 925
Hessen	8 092	11 495	10 048	10 454	14 559	12 884	11 381
Rheinland-Pfalz	5 504	7 377	6 614	7 664	11 588	10 330	9 143
Saarland	1 164	1 796	1 998	2 117	2 969	2 577	2 034
Baden-Württemberg	14 827	26 713	19 458	19 866	27 709	23 791	20 019
Bayern	12 323	20 603	14 622	14 740	21 599	18 318	15 667
Berlin	4 774	4 724	4 088	3 620	3 695	2 317	1 449
Bundesgebiet West	111 806	156 741	134 405	131 824	174 013	148 006	125 925

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost kann die regionale Verteilung der arbeitslosen Ausländer aus der Tabelle 28, die der arbeitslosen Aussiedler aus der Tabelle 29 entnommen werden.

Tabelle 28

Arbeitslose Ausländer nach Landesarbeitsamtsbezirken im Bundesgebiet Ost

Landesarbeitsamtsbezirk	jeweils im September					Juli
	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Nord[1])	264	1 026	983	834	682	750
Berlin-Brandenburg[2])	874	4 151	4 832	5 032	4 048	4 406
Sachsen-Anhalt/Thüringen	1 301	4 435	4 209	3 801	3 249	3 427
Sachsen	1 550	5 793	4 990	4 363	3 052	3 103
Bundesgebiet Ost	3 989	15 405	15 014	14 030	11 031	11 686

1) Nur Mecklenburg-Vorpommern.
2) Berlin (Ost) und Brandenburg.
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Tabelle 29

Arbeitslose Aussiedler nach Landesarbeitsamtsbezirken im Bundesgebiet Ost

Landesarbeitsamtsbezirk	jeweils im September				Juli
	1991	1992	1993	1994	1995
Nord[1])	276	533	836	540	458
Berlin-Brandenburg[2])	245	944	1 784	2 022	2 417
Sachsen-Anhalt/Thüringen	1 054	2 173	3 355	3 197	3 212
Sachsen	812	1 839	2 831	2 462	2 501
Bundesgebiet Ost	2 387	5 489	8 806	8 221	8 588

1) Nur Mecklenburg-Vorpommern.
2) Berlin (Ost) und Brandenburg.
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Tabelle 30 enthält die regionale Verteilung der Langzeitarbeitslosen für das frühere Bundesgebiet und das Bundesgebiet Ost. Die entsprechenden Angaben für Ausländer und Aussiedler konnten aus den gespeicherten Daten der Sonderuntersuchungen über Arbeitslose nur für die letzten drei Jahre und nur für das frühere Bundesgebiet ermittelt werden; sie können aus der Tabelle 31 und der Tabelle 32 entnommen werden.

Tabelle 30

Längerfristig (über ein Jahr) Arbeitslose nach Landesarbeitsamtsbezirken jeweils Ende September 1985 bis 1994

Landesarbeitsamtsbezirk	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Nord[1])	60 994	64 786	68 276	63 076	51 602	43 776	34 871	32 058	37 791	49 160
Niedersachsen/Bremen	123 044	115 992	114 794	118 630	103 680	92 132	79 546	78 856	97 131	126 521
Nordrhein-Westfalen	253 522	258 220	267 410	275 458	238 003	206 585	183 906	188 096	219 438	280 083
Hessen	41 789	38 342	38 840	37 214	32 598	29 470	26 489	28 529	38 536	58 272
Rheinland-Pfalz/Saarland	48 806	46 686	47 572	47 522	42 180	33 646	27 360	29 106	39 003	55 847
Baden-Württemberg	44 156	43 128	44 334	48 197	42 893	37 024	33 035	37 187	57 083	90 026
Nordbayern	39 268	34 606	32 788	35 420	30 588	26 915	25 227	26 302	35 365	50 046
Südbayern	34 478	31 846	31 098	32 534	27 506	21 704	18 738	20 880	29 400	41 723
Berlin/Brandenburg[2])	19 736	20 402	25 058	26 619	22 256	22 153	25 722	33 301	39 898	45 886
Mecklenburg-Vorpommern	•	•	•	•	•	•	•	36 920	46 784	39 185
Berlin/Brandenburg[3])	•	•	•	•	•	•	•	71 370	83 446	78 690
Sachsen-Anhalt/Thürigen	•	•	•	•	•	•	•	94 103	128 497	138 752
Sachsen	•	•	•	•	•	•	•	68 736	97 636	104 167
Bundesgebiet West	665 793	654 008	670 170	684 670	591 306	513 405	454 894	474 315	593 645	797 564
Bundesgebiet Ost	•	•	•	•	•	•	•	271 129	356 363	360 794

• Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.
1) Ohne Mecklenburg-Vorpommern.
2) Ohne Berlin (Ost) und Brandenburg.
3) Berlin (Ost) und Brandenburg.
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Tabelle 31

Arbeitslose Ausländer nach der Dauer der Arbeitslosigkeit nach Bundesländern im Bundesgebiet West

Bundesland	Dauer der Arbeitslosigkeit von ... bis unter ...						insgesamt
	bis 1 Monate	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 Jahre und länger	
	Ende September 1992						
Schleswig-Holstein	1 065	1 604	1 060	891	520	389	5 529
Hamburg	1 593	2 382	1 572	1 639	1 081	806	9 073
Niedersachsen	3 187	4 795	3 677	3 720	2 696	2 598	20 673
Bremen	636	975	746	875	536	422	4 190
Nordrhein-Westfalen	14 612	19 032	14 330	15 470	11 168	10 555	85 167
Hessen	4 203	6 825	4 771	4 561	2 478	1 439	24 277
Rheinland-Pfalz	1 882	2 319	1 529	1 470	727	462	8 389
Saarland	470	710	538	611	486	444	3 259
Baden-Württemberg	8 201	11 265	8 239	7 741	4 063	2 405	41 914
Bayern	6 484	8 026	5 563	5 282	2 523	1 465	29 343
Berlin	3 338	5 448	4 506	5 717	3 850	1 689	24 548
Bundesgebiet West	45 671	63 381	46 531	47 977	30 128	22 674	256 362
	Ende September 1993						
Schleswig-Holstein	1 196	1 763	1 261	1 164	787	396	6 567
Hamburg	1 528	2 708	2 065	2 282	1 407	763	10 753
Niedersachsen	3 696	6 205	5 116	5 761	4 013	2 860	27 651
Bremen	807	1 250	1 084	1 110	737	452	5 440
Nordrhein-Westfalen	16 360	24 116	19 706	24 248	16 381	11 592	112 403
Hessen	5 748	7 850	6 557	7 687	4 179	1 681	33 702
Rheinland-Pfalz	2 147	2 998	2 476	2 755	1 386	542	12 304
Saarland	530	894	733	900	648	558	4 263
Baden-Württemberg	9 781	15 275	12 889	15 576	8 366	3 214	65 101
Bayern	8 498	11 157	8 778	9 749	4 937	1 794	44 913
Berlin	3 361	5 708	4 306	5 413	4 695	2 438	25 921
Bundesgebiet West	53 652	79 924	64 971	76 645	47 536	26 290	349 018
	Ende September 1994						
Schleswig-Holstein	1 390	1 736	1 199	1 390	1 066	541	7 322
Hamburg	1 781	2 684	2 133	2 746	2 262	1 045	12 651
Niedersachsen	3 929	5 726	4 711	7 099	6 275	3 703	31 443
Bremen	867	1 079	956	1 176	1 123	570	5 771
Nordrhein-Westfalen	15 454	23 428	19 392	27 217	24 784	14 977	125 252
Hessen	5 470	8 162	7 058	9 420	7 366	2 697	40 173
Rheinland-Pfalz	1 975	2 984	2 483	3 006	2 243	826	13 517
Saarland	477	832	704	919	919	680	4 531
Baden-Württemberg	10 026	14 787	12 922	16 772	14 027	5 449	73 983
Bayern	8 547	10 492	8 040	10 904	8 104	2 861	48 948
Berlin	3 638	5 071	4 596	6 001	5 346	3 405	28 057
Bundesgebiet West	53 554	76 981	64 194	86 650	73 515	36 754	391 648

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Tabelle 32

Arbeitslose Aussiedler nach der Dauer der Arbeitslosigkeit nach Bundesländern im Bundesgebiet West

Bundesland	Dauer der Arbeitslosigkeit von . . . bis unter . . .						insgesamt
	bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 Jahre und länger	
	Ende September 1992						
Schleswig-Holstein	404	549	404	373	283	94	2 107
Hamburg	488	780	497	501	434	137	2 837
Niedersachsen	2 879	4 457	3 148	2 612	1 949	940	15 985
Bremen	388	562	521	571	391	201	2 634
Nordrhein-Westfalen	7 585	11 137	8 775	9 172	7 880	5 283	49 832
Hessen	1 732	3 048	2 263	1 858	1 117	436	10 454
Rheinland-Pfalz	1 732	2 234	1 484	1 280	620	314	7 664
Saarland	354	586	439	410	257	71	2 117
Baden-Württemberg	3 970	5 011	3 807	3 424	2 295	991	19 498
Bayern	3 337	4 213	2 566	2 290	1 585	807	14 798
Berlin	332	637	615	666	753	617	3 620
Bundesgebiet West	23 201	33 214	24 519	23 157	17 564	9 891	131 546
	Ende September 1993						
Schleswig-Holstein	770	1 072	685	513	282	101	3 423
Hamburg	331	918	634	532	333	141	2 889
Niedersachsen	3 907	6 685	4 458	4 122	2 233	1 005	22 410
Bremen	342	757	595	517	381	176	2 768
Nordrhein-Westfalen	7 549	12 738	9 148	10 842	7 313	4 399	51 989
Hessen	2 379	4 296	2 504	2 799	1 450	480	13 908
Rheinland-Pfalz	2 092	2 976	2 282	2 448	1 052	299	11 149
Saarland	432	760	595	576	397	112	2 872
Baden-Württemberg	4 412	6 446	5 873	5 701	3 063	1 249	26 744
Bayern	4 030	6 637	3 575	3 764	1 868	815	20 689
Berlin	278	893	464	381	348	261	2 625
Bundesgebiet West	26 522	44 178	30 813	32 195	18 720	9 038	161 466
	Ende September 1994						
Schleswig-Holstein	517	963	513	363	307	52	2 715
Hamburg	270	444	350	323	262	51	1 700
Niedersachsen	3 696	4 534	3 387	3 297	3 302	749	18 965
Bremen	376	495	433	448	345	79	2 176
Nordrhein-Westfalen	6 361	7 947	6 354	7 152	7 076	2 858	37 748
Hessen	1 913	2 932	2 131	2 147	1 957	473	11 553
Rheinland-Pfalz	1 661	2 273	1 768	1 620	1 708	339	9 369
Saarland	333	455	432	384	442	132	2 178
Baden-Württemberg	3 633	4 976	3 804	4 053	4 000	1 341	21 807
Bayern	3 042	4 187	2 910	2 942	2 792	733	16 606
Berlin	156	374	368	237	219	53	1 407
Bundesgebiet West	21 958	29 580	22 450	22 966	22 410	6 860	126 224

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Im übrigen wird auf die regelmäßig erscheinenden „Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit" verwiesen, die dem Deutschen Bundestag und den Bundestagsfraktionen vorliegen.

6. Wie hat sich seit 1985 die Zahl der Haushalte mit Arbeitslosigkeit entwickelt, die vorübergehend oder ständig HzL beziehen, darunter die Zahl der Arbeitslosen ohne eigenes Einkommen (auch ohne Transfereinkommen) und die Zahl der arbeitslosen Haushalte (Haushaltsvorstand arbeitslos) ohne eigenes Einkommen?

Ergeben sich hierbei Unterschiede zur ausländischen Wohnbevölkerung mit Aufenthaltserlaubnis (§§ 15, 17 AuslG), Aufenthaltsberechtigung (§ 27 AuslG) und Aufenthaltsbefugnis (§ 30 AuslG) – ersatzweise zur ausländischen Wohnbevölkerung – sowie zur Gruppe der Aussiedler?

Zu diesem Fragenkomplex liegen aus der Sozialhilfestatistik lediglich haushaltsbezogene, aber keine personenbezogenen Angaben vor.

Die Entwicklung ist den nachstehenden Tabellen 33 bis 35 zu entnehmen:

Tabelle 33

Sozialhilfe nach dem BSHG Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit Arbeitslosigkeit als Hauptursache

Jahr	Haushalte			
	insgesamt	mit Arbeitslosengeld oder -hilfe	ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe	dar. von Sp.1 ohne anzurechnendes Einkommen
	Früheres Bundesgebiet			
1985	309 068	•	•	•
1986	417 103	161 726	255 377	97 796
1987	438 143	172 321	265 822	104 381
1988	479 328	186 757	292 571	120 427
1989	519 706	201 312	318 394	137 273
1990	512 097	184 396	327 701	144 154
1991	465 150	147 205	317 945	126 419
1992	495 645	171 792	323 853	132 726
1993	550 869	202 605	348 264	135 195
	Neue Länder und Berlin-Ost			
1991	99 566	47 479	52 087	35 108
1992	120 809	58 717	62 092	41 576
1993	135 712	59 188	76 524	48 163
	Deutschland			
1991	564 716	194 684	370 032	161 527
1992	616 454	230 509	385 945	174 302
1993	686 581	261 793	424 788	183 358

• Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Tabelle 34

Sozialhilfe nach dem BSHG
Deutsche Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit Arbeitslosigkeit als Hauptursache

Jahr	Haushalte			
	insgesamt	mit Arbeitslosengeld oder -hilfe	ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe	dar. von Sp.1 ohne anzurechnendes Einkommen
	Früheres Bundesgebiet			
1985	275 190	•	•	•
1986	367 860	143 655	224 205	85 955
1987	384 874	151 342	233 532	91 936
1988	414 945	162 147	252 798	103 298
1989	448 513	175 454	273 059	118 598
1990	440 105	160 616	279 489	124 162
1991	387 689	125 903	261 786	104 031
1992	390 641	142 749	247 892	99 555
1993	429 141	162 028	267 113	99 520
	Neue Länder und Berlin-Ost			
1991	96 815	46 815	50 000	33 730
1992	117 140	57 639	59 501	39 723
1993	131 521	58 023	73 498	46 078
	Deutschland			
1991	484 504	172 718	311 786	137 761
1992	507 781	200 388	307 393	139 278
1993	560 662	220 051	340 611	145 598

• Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Tabelle 35

Sozialhilfe nach dem BSHG
Ausländische Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit Arbeitslosigkeit als Hauptursache

Jahr	Haushalte			
	insgesamt	mit Arbeitslosengeld oder -hilfe	ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe	dar. von Sp.1 ohne anzurechnendes Einkommen
	Früheres Bundesgebiet			
1985	33 878	*	*	*
1986	49 243	18 071	31 172	11 841
1987	53 269	20 979	32 290	12 445
1988	64 383	24 610	39 773	17 129
1989	71 193	25 858	45 335	18 675
1990	71 992	23 780	48 212	19 992
1991	77 461	21 302	56 159	22 388
1992	105 004	29 043	75 961	33 171
1993	121 728	40 577	81 151	35 675
	Neue Länder und Berlin-Ost			
1991	2 751	664	2 087	1 378
1992	3 669	1 078	2 591	1 853
1993	4 191	1 165	3 026	2 085
	Deutschland			
1991	80 212	21 966	58 246	23 766
1992	108 673	30 121	78 552	35 024
1993	125 919	41 742	84 177	37 760

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

7. Wie lange wird heute und in jedem Jahr seit 1985 durchschnittlich Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld bezogen, und wie lange wird heute und seit 1985 durchschnittlich HzL aufgrund von Arbeitslosigkeit geleistet, und zwar bezogen auf die deutsche Wohnbevölkerung, ausländische Wohnbevölkerung mit Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsberechtigung bzw. Aufenthaltsbefugnis und die Gruppe der Aussiedler?

Die Dauer des Bezuges von Lohnersatzleistungen wird statistisch nicht regelmäßig erfaßt. Aufgrund der einmal jährlich von der Bundesanstalt für Arbeit vorgenommenen Arbeitsmarktanalyse ergibt sich für das frühere Bundesgebiet folgende durchschnittliche Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.

Tabelle 36

Die durchschnittliche Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in den Jahren 1989 bis 1994 im Bundesgebiet West

Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche Dauer					
	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	in Wochen					
einer Arbeitslosigkeitsperiode	27,8	26,4	24,0	23,7	26,0	29,4
einer Leistungsperiode bei Arbeitslosen	23,9	22,9	22,8	22,9	27,1	31,8
darunter:						
– Arbeitslosengeld	16,4	17,7	16,8	17,3	20,2	22,7
– Arbeitslosenhilfe	42,9	40,1	38,4	35,2	35,4	37,6

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik wurden bislang keine Daten zur Dauer der Hilfegewährung von BSHG-Leistungen erhoben. Daher können auch keine Aussagen über die durchschnittliche Länge des Zeitraumes gemacht werden, für den laufende Hilfe zum Lebensunterhalt aufgrund von Arbeitslosigkeit gewährt wurde. Diese Angaben werden seit dem Berichtsjahr 1994 in der neustrukturierten Sozialhilfe-

statistik erfaßt. Erste Ergebnisse werden allerdings nicht vor Sommer 1996 zu erwarten sein.

Im Rahmen der „Bremer Studie" (Leibfried, S./Leisering, L., a. a. O., 1994) wurden Daten über die Bezugsdauer von laufender Hilfe aufgrund von Arbeitslosigkeit ermittelt (vgl. Antwort auf die Frage I. 12).

8. Wie hat sich seit 1985 die Zahl derjenigen von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte und Einzelpersonen entwickelt – getrennt nach deutscher Wohnbevölkerung, ausländischer Wohnbevölkerung mit einer Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsberechtigung bzw. Aufenthaltsbefugnis und Aussiedlern –, die aus dem Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe ausgegrenzt wurden, aber keine HzL beziehen?

Daten aus der amtlichen Statistik über die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte und Einzelpersonen, die die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe nicht erfüllen und keine Sozialhilfe beziehen, liegen der Bundesregierung nicht vor.

9. Wie hat sich die Anzahl der Personen – differenziert nach Aufenthaltsstatus bzw. Staatsangehörigkeit, Aussiedlerstatus, deutscher Wohnbevölkerung, bezogen auf das Geschlecht und nach Berechtigten mit und ohne Kinder – in den letzten zehn Jahren entwickelt, die ein monatliches Arbeitslosengeld

   a) unter 25 Prozent,
   b) 25 bis unter 50 Prozent,
   c) 50 bis unter 75 Prozent,
   d) 75 bis unter 100 Prozent

   der durchschnittlichen Nettolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer bezogen haben?

10. Wie hat sich die Anzahl der Personen – differenziert nach Aufenthaltsstatus bzw. Staatsangehörigkeit, Aussiedlerstatus, deutscher Wohnbevölkerung, bezogen auf Geschlecht, Familienstand, Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit – in den letzten zehn Jahren entwickelt, die eine monatliche Arbeitslosenhilfe

   a) unter 25 Prozent,
   b) 25 bis unter 50 Prozent,
   c) 50 bis unter 75 Prozent,
   d) 75 bis unter 100 Prozent

   der durchschnittlichen Nettolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer bezogen haben?

Daten aus der amtlichen Statistik über die Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, differenziert nach Aufenthaltsstatus bzw. Staatsangehörigkeit, Aussiedlerstatus, deutscher Wohnbevölkerung und Dauer der Arbeitslosigkeit, die diese Leistung in der hier genannten prozentualen Relation zur durchschnittlichen Nettolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer bezogen haben, liegen der Bundesregierung nicht vor.

Statistische Angaben über die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand, Leistungs- und Altersgruppen und Geschlecht zum Stichtag Ende Oktober 1985 und Ende Februar 1995 sind als Anlage 10 bis Anlage 33 beigefügt.

11. Wie entwickelte sich die Anzahl der Fälle – differenziert nach Aufenthaltsstatus bzw. Staatsangehörigkeit, Aussiedlerstatus, deutscher Wohnbevölkerung, bezogen auf Geschlecht, Familienstand, Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit –, deren Arbeitslosengeld bzw. -hilfe bei bzw. unterhalb von 50 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens in der Bundesrepublik Deutschland lag, in den letzten zehn Jahren?

Entsprechende Daten aus der amtlichen Statistik liegen nicht vor.

Im übrigen wird auf die Antwort zur Frage I. 3 verwiesen.

12. Wie entwickelte sich die Anzahl der Fälle – differenziert nach Aufenthaltsstatus bzw. Staatsangehörigkeit, Aussiedlerstatus, deutscher Wohnbevölkerung, bezogen auf Geschlecht, Familienstand, Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit –, deren Arbeitslosengeld bzw. -hilfe bei bzw. unter dem Regelsatz der HzL lag, in den letzten zehn Jahren?

Entsprechende Daten aus der amtlichen Statistik liegen nicht vor.

13. Wie entwickelte sich die Anzahl der Fälle – differenziert nach Aufenthaltsstatus bzw. Staatsangehörigkeit, Aussiedlerstatus, deutscher Wohnbevölkerung, bezogen auf Geschlecht, Familienstand, Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit –, bei denen aufgrund von Arbeitslosigkeit der Bezug von HzL das einzige Einkommen ist?

Daten für eine differenzierte Beantwortung dieses Fragenkomplexes hinsichtlich Aufenthaltsstatus, Aussiedlerstatus bzw. Spätaussiedlerstatus, Familienstand und Dauer der Arbeitslosigkeit liegen nicht vor.

Tabelle 37

Sozialhilfe nach dem BSHG
Deutsche Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit Arbeitslosigkeit als Hauptursache

Früheres Bundesgebiet

Alter von ... bis unter ... Jahre des Haushaltsvorstandes	1986			1993		
	Haushalte insgesamt	mit Arbeitslosengeld oder -hilfe	ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe	Haushalte insgesamt	mit Arbeitslosengeld oder -hilfe	ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe
	Insgesamt					
unter 18	2 653	575	2 078	2 112	280	1 832
18 bis 21	35 785	8 782	27 003	20 430	4 678	15 752
21 bis 25	61 796	24 131	37 665	48 524	16 643	31 881
25 bis 50	222 188	90 704	131 484	282 366	111 166	171 200
50 bis 60	39 273	17 407	21 866	59 952	23 900	36 052
60 bis 65	4 537	1 772	2 765	11 770	4 579	7 191
65 und älter	1 628	284	1 344	3 987	782	3 205
Insgesamt	367 860	143 655	224 205	429 141	162 028	267 113
darunter ohne angerechnetes oder in Anspruch genommenes Einkommen	85 955	•	85 955	99 520	•	99 520
	mit männlichem Haushaltsvorstand					
unter 18	1 294	276	1 018	1 066	148	918
18 bis 21	17 678	4 644	13 034	10 595	2 429	8 166
21 bis 25	34 536	13 845	20 691	28 211	9 586	18 625
25 bis 50	159 536	67 366	92 170	191 283	76 659	114 624
50 bis 60	28 692	13 147	15 545	40 969	16 486	24 483
60 bis 65	2 864	1 174	1 690	8 056	3 258	4 798
65 und älter	715	175	540	2 132	516	1 616
Zusammen	245 315	100 627	144 688	282 312	109 082	173 230
darunter ohne angerechnetes oder in Anspruch genommenes Einkommen	63 555	•	63 555	75 323	•	75 323
	mit weiblichem Haushaltsvorstand					
unter 18	1 359	299	1 060	1 046	132	914
18 bis 21	18 107	4 138	13 969	9 835	2 249	7 586
21 bis 25	27 260	10 286	16 974	20 313	7 057	13 256
25 bis 50	62 652	23 338	39 314	91 083	34 507	56 576
50 bis 60	10 581	4 260	6 321	18 983	7 414	11 569
60 bis 65	1 673	598	1 075	3 714	1 321	2 393
65 und älter	913	109	804	1 855	266	1 589
Zusammen	122 545	43 028	79 517	146 829	52 946	93 883
darunter ohne angerechnetes oder in Anspruch genommenes Einkommen	22 400	•	22 400	24 197	•	24 197

• Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Tabelle 38

Sozialhilfe nach dem BSHG
Ausländische Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit Arbeitslosigkeit als Hauptursache

1993

Alter von ... bis unter ... Jahre des Haushaltsvorstandes	Neue Länder und Berlin-Ost			Deutschland		
	Haushalte insgesamt	mit Arbeitslosengeld oder -hilfe	ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe	Haushalte insgesamt	mit Arbeitslosengeld oder -hilfe	ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe
	Insgesamt					
unter 18	17	3	14	1 200	103	1 097
18 bis 21	183	26	157	9 533	1 304	8 229
21 bis 25	517	116	401	19 266	4 379	14 887
25 bis 50	3 117	931	2 186	81 902	29 379	52 523
50 bis 60	240	66	174	10 682	5 330	5 352
60 bis 65	70	17	53	2 355	1 036	1 319
65 und älter	47	6	41	981	211	770
Insgesamt	4 191	1 165	3 026	125 919	41 742	84 177
darunter ohne angerechnetes oder in Anspruch genommenes Einkommen	2 085	•	2 085	37 760	•	37 760
	mit männlichem Haushaltsvorstand					
unter 18	9	1	8	800	54	746
18 bis 21	133	16	117	6 596	823	5 773
21 bis 25	369	79	290	15 017	3 342	11 675
25 bis 50	2 415	713	1 702	67 191	24 622	42 569
50 bis 60	166	52	114	8 369	4 501	3 868
60 bis 65	52	16	36	1 855	905	950
65 und älter	28	5	23	683	184	499
Zusammen	3 172	882	2 290	100 511	34 431	66 080
darunter ohne angerechnetes oder in Anspruch genommenes Einkommen	1 604	•	1 604	30 130	•	30 130
	mit weiblichem Haushaltsvorstand					
unter 18	8	2	6	400	49	351
18 bis 21	50	10	40	2 937	481	2 456
21 bis 25	148	37	111	4 249	1 037	3 212
25 bis 50	702	218	484	14 711	4 757	9 954
50 bis 60	74	14	60	2 313	829	1 484
60 bis 65	18	1	17	500	131	369
65 und älter	19	1	18	298	27	271
Zusammen	1 019	283	736	25 408	7 311	18 097
darunter ohne angerechnetes oder in Anspruch genommenes Einkommen	481	•	481	7 630	•	7 630

• Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

14. Wie hoch ist der Anteil des Einkommens eines Arbeitslosen an seinem früheren Nettoerwerbseinkommen
    a) nach einem Jahr,
    b) nach zwei Jahren,
    c) nach drei Jahren bzw.
    d) nach vier und mehr Jahren Arbeitslosigkeit,

    und wie sah dies in den letzten zehn Jahren aus?

Die Höhe des Arbeitslosengeldes betrug von 1985 bis 1993 für Arbeitslose mit einem Kind im Sinne des Steuerrechts 68 Prozent, für die übrigen Arbeitslosen 63 Prozent des pauschalierten Nettoentgelts. Das Nettoentgelt ergibt sich in der Regel aus der letzten Beschäftigung vor Eintritt der Arbeitslosigkeit. Ab 1994 wurde die Nettolohnersatzquote auf 67 bzw. 60 Prozent abgesenkt.

Die Dauer des Arbeitslosengeldbezugs betrug bis 1984 maximal ein Jahr. Ab 1985 wurde die Anspruchsdauer für Arbeitslose, die bei Entstehung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld das 49. Lebensjahr vollendet haben auf höchstens 18 Monate verlängert. Ab 1. Juli 1987 verlängert sich die Anspruchsdauer für ältere Arbeitslose auf maximal 32 Monate. Gleichzeitig wurde das Verhältnis der Dauer der beitragspflichtigen Beschäftigung innerhalb der Rahmenfrist zur Dauer des

Anspruchs auf Arbeitslosengeld von 3:1 auf 2:1 herabgesetzt. Das bedeutet, daß alle Arbeitslosen ab diesem Zeitpunkt länger als zuvor durch die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld gesichert sind.

Nach Erschöpfen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld besteht bei Bedürftigkeit Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Die Höhe der Arbeitslosenhilfe betrug von 1985 bis 1993 für Arbeitslose mit Kind 58 Prozent, für die übrigen Arbeitslosen 56 Prozent des pauschalierten Nettoarbeitsentgelts. 1994 erfolgte eine Absenkung der Nettolohnersatzquote auf 57 bzw. 53 Prozent.

Arbeitsentgelt im Sinne der Vorschriften über die Arbeitslosenhilfe ist grundsätzlich das Entgelt, das auch der Bemessung des Arbeitslosengeldes zugrunde gelegen hat. Nach Ablauf von drei Jahren nach dem Ende des der Bemessung der Leistung zugrunde gelegten Zeitraumes ist die Höhe der Arbeitslosenhilfe entsprechend dem aktuell erzielbaren Arbeitsentgelt neu festzusetzen. Statistische Daten, in wieviel Fällen ein höheres oder niedrigeres Arbeitsentgelt festgesetzt wird, liegen nicht vor.

15. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, wie viele deutsche und ausländische Personen einer geringfügigen versicherungsfreien Beschäftigung nachgehen und gleichzeitig HzL beziehen?

Entsprechende statistische Daten liegen der Bundesregierung nicht vor.

16. Wie wirkten sich nach Auffassung der Bundesregierung geringfügige versicherungsfreie Beschäftigungen qualitativ und quantitativ auf den Bezug von HzL bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter aus?

Entsprechende statistische Daten liegen der Bundesregierung nicht vor.

17. Sieht die Bundesregierung die vorrangigen Sicherheitssysteme bei Arbeitslosigkeit als ausreichend an, um im Falle von Arbeitslosigkeit Armut zu verhindern?

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sind Lohnersatzleistungen, die das durch Arbeitslosigkeit ausfallende Arbeitsentgelt teilweise ersetzen. Ihre Höhe richtet sich daher nicht nach dem Bedarf des Arbeitslosen und seiner Familie. Liegt die Höhe der Leistung unter dem für den Arbeitslosen maßgebenden Sozialhilfesatz, besteht bei Bedürftigkeit Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die Grundkonzeption der Sicherungssysteme bei Arbeitslosigkeit hat sich bewährt. Es besteht keine Notwendigkeit, diese Konzeption zu ändern.

Kinder und Jugendliche

18. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für Einkommensarmut und für den Bezug von HzL durch Kinder und Jugendliche, und ist sie der Meinung, daß gerade bei der ausländischen Wohnbevölkerung – und in steigendem Maße bei Aussiedlerfamilien – hier verstärkt migrationspolitische Maßnahmen ergriffen werden müßten?

Die soziale Situation von Kindern und Jugendlichen wird bestimmt durch die wirtschaftliche Situation der Familien bzw. der Haushalte, in denen sie leben. Zu den Ursachen des Bezuges laufender Hilfe zum Lebensunterhalt von Familien mit Kindern siehe nachstehende Tabelle 39 und Tabelle 40:

Tabelle 39

Haushalte mit Kindern unter 15 Jahren als Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Hauptursache der Hilfegewährung in Deutschland am Jahresende 1993

	Ein-Eltern-Familien mit ... Kind(ern)			Ehepaare mit ... Kind(ern)			Haushalte mit Kind(ern)	
	1	2	3 und mehr	1	2	3 und mehr	insgesamt	%
Krankheit	1 226	579	215	790	947	915	4 672	1,2
Tod des/der Ernährer(s/in)	640	620	420				1 680	0,4
Ausfall des/der Ernährer(s/in)	28 715	24 186	11 994	373	456	476	66 200	16,9
Unwirtschaftliches Verhalten	243	115	78	126	148	156	866	0,2
Arbeitslosigkeit	26 190	14 584	6 448	21 727	26 291	23 620	118 860	30,3
Unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche	1 446	967	516	910	881	942	5 662	1,4
Unzureichendes Erwerbseinkommen	13 894	9 657	3 573	5 656	6 820	6 291	45 891	11,7
Sonstige Ursachen	55 264	28 230	13 931	13 932	17 436	20 185	148 978	37,9
Insgesamt	127 618	78 938	37 175	43 514	52 979	52 585	392 809	100

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 13, Reihe 2, Sozialhilfe sowie eigene Berechnungen.

Tabelle 40

Haushalte mit Kindern unter 15 Jahren als Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Hauptursache der Hilfegewährung in Deutschland am Jahresende 1993 mit ausländischem Haushaltsvorstand

	Ein-Eltern-Familien mit ... Kind(ern)			Ehepaare mit ... Kind(ern)			Haushalte mit Kind(ern)	
	1	2	3 und mehr	1	2	3 und mehr	insgesamt	%
Krankheit	119	77	26	238	281	416	1 157	1,1
Tod des/der Ernährer(s/in)	104	120	101	•	•	•	325	0,3
Ausfall des/der Ernährer(s/in)	2 155	1 901	1 175	82	102	100	5 515	5,2
Unwirtschaftliches Verhalten	22	5	10	28	23	39	127	0,1
Arbeitslosigkeit	2 355	1 418	721	7 314	8 429	8 811	29 048	27,2
Unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche	147	115	73	354	383	468	1 540	1,4
Unzureichendes Erwerbseinkommen	1 078	903	413	2 349	2 798	2 652	10 193	9,5
Sonstige Ursachen	7 446	5 201	3 642	10 868	14 128	17 550	58 835	55,1
Insgesamt	13 426	9 740	6 161	21 233	26 144	30 036	106 740	100

• Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 13, Reihe 2, Sozialhilfe sowie eigene Berechnungen.

Weitere Informationen über den Bezug von Sozialhilfe erbrachte der vom Deutschen Jugendinstitut, München, im Herbst 1994 bei rd. 11 000 Personen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren durchgeführte „Familiensurvey". Der Familiensurvey erlaubt eine Auswertung dieser Angaben über Kinder und Jugendliche; er erlaubt zum Teil differenziertere Aussagen über soziale Zusammenhänge als die Zahlen der amtlichen Statistik.

Über Kinder, die in bestimmten von Sozialhilfebedürftigkeit betroffenen Familienformen (verheiratete Eltern, Alleinerziehende mit Partner, Alleinerziehende ohne Partner) aufwachsen, gibt die nachstehende Tabelle 41 Auskunft.

Tabelle 41

Anteil von Haushalten mit Kind(ern) und mindestens einer Person, die Sozialhilfe bezieht an allen Haushalten mit Kindern

Zahl der Kinder / Alter der Kinder	Haushalte verheiratete Eltern	Haushalte Alleinerziehender mit Partner	Hauhalte Alleinerziehender ohne Partner
	%		
1 Kind			
0 bis 6 Jahre	2,1	11,5	10,2
7 bis 14 Jahre	0,2	2,5	9,2
15 bis 18 Jahre	0,0	3,1	4,2
2 Kinder			
0 bis 6 Jahre	1,2	20,4	47,8
7 bis 14 Jahre	0,7	11,8	11,8
15 bis 18 Jahre	0,2	10,8	5,6
3 Kinder			
0 bis 6 Jahre	2,6	15,6	60,0
7 bis 14 Jahre	1,3	7,9	19,7
15 bis 18 Jahre	1,4	10,0	20,0
4 und mehr Kinder			
0 bis 6 Jahre	3,0	26,3	55,6
7 bis 14 Jahre	2,9	17,0	37,1
15 bis 18 Jahre	4,7	12,5	20,8
nachrichtlich: Anzahl der Kinder	6 944	887	621

Quelle: Deutsches Jugendinstitut, Familiensurvey 1994.

Statistische Angaben über jugendliche Aussiedler bzw. Spätaussiedler im Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt können nicht gemacht werden (vgl. Antwort zu Frage II. 13).

Spätaussiedler, ihre Ehegatten und Abkömmlinge sind Deutsche nach Artikel 116 des Grundgesetzes. An diesen Status knüpft die Aufnahme der Spätaussiedler an, der ein kriegsfolgenbedingter und in sich abgeschlossener Bereich ist.

19. Wie viele Ein-Eltern-Familien – differenziert nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes und der Anzahl der Kinder – leben in Einkommensarmut bzw. sind auf HzL angewiesen?

Am Jahresende 1993 bezogen insgesamt 266 622 Haushalte von Alleinerziehenden Hilfe zum Lebensunterhalt, davon 227 638 im früheren Bundesgebiet (20 Prozent der Bezieherhaushalte) und 38 985 Haushalte in den neuen Ländern (28 Prozent der Bezieherhaushalte). Der mit Kind/Kindern zusammenlebende Elternteil war in Ost wie West zu fast 97 Prozent eine Frau und lediglich in 3 bis 4 Prozent der Haushalte ein Mann. Die wachsende Zahl von Ein-Eltern-Familien mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ist im wesentlichen auf ungesicherte Unterhaltsverhältnisse zurückzuführen.

Zur Situation von Kindern in Ein-Eltern-Familien mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt vgl. die folgende Tabelle 42.

Tabelle 42

Ein-Eltern-Familien mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
Jahresende 1993

Haushaltstyp	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder		Deutschland insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ein-Eltern-Familien	227 638	19,8[1])	38 985	28,3[1])	266 623	21,0[1])
davon:						
mit 1 Kind	126 304	55,5	20 002	51,3	146 306	54,9
mit 2 Kindern	70 477	31,0	12 193	31,3	82 670	31,0
mit 3 und mehr Kindern	30 857	13,6	6 790	17,4	37 647	14,1
Haushaltsvorstand						
weiblich	219 289	96,3	37 834	97,0	257 123	96,4
männlich	8 349	3,7	1 151	3,0	9 500	3,6

1) Anteil bezogen auf alle Haushalte mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe, eigene Berechnungen.

In gut der Hälfte der Ein-Eltern-Familien mit Sozialhilfebezug wohnte 1993 ein Kind, in weiteren 31 Prozent der Haushalte wohnten zwei Kinder und in 14 Prozent (West) bzw. 17 Prozent (Ost) dieser Haushalte lebten drei und mehr Kinder. Die Zahl der Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden war (1993 noch) im Osten geringfügig höher als im Westen.

20. Wie viele Familien mit mehr als drei Kindern leben in Einkommensarmut bzw. sind auf HzL angewiesen, unterteilt nach deutscher Wohnbevölkerung, ausländischer Wohnbevölkerung mit gesichertem Aufenthaltsstatus und Aussiedlern?

Die Fragestellung bezieht sich auf die Lebenssituation kinderreicher Familien, von Ehepaaren mit Kindern und Alleinerziehenden, wobei als Kriterium eine Familie mit mindestens vier Kindern genannt wird. Im Tabellenprogramm der Statistik über Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sind die Haushaltstypen Alleinerziehende oder Ehepaare mit drei und mehr Kindern dargestellt. Die Zusammensetzung der Haushaltstypen mit mehr als drei Kindern kann nur durch eine zeitaufwendige Sonderauswertung bei den Statistischen Landesämtern aufgeschlüsselt werden. Im folgenden wird die Fragestellung (entsprechend der Kategorisierung in der Sozialhilfestatistik) auf „Familien mit drei und mehr Kindern" erweitert.

Tabelle 43

Kinderreiche Familien mit Kindern unter 15 Jahren mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
Jahresende 1993

Haushaltstyp	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder		Deutschland insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Familien mit drei und mehr Kindern	77 395	6,7[1])	12 365	9,0[1])	89 760	7,0[1])
davon:						
mit deutschem HH-Vorstand	42 009	54,3	11 554	93,4	53 563	59,7
mit ausländischem HH-Vorstand	35 386	45,7	811	6,6	36 197	40,3
Zahl der Kinder:	286 197	100	44 625	100	330 822	100
Deütsche	145 671	50,9	41 583	93,2	187 254	56,6
Ausländer	140 526	49,1	3 042	6,8	143 568	43,4

1) Anteil bezogen auf alle Haushalte mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe, eigene Berechnungen.

21. Ist nach Auffassung der Bundesregierung der derzeitig geltende Familienlastenausgleich ausreichend, um Armut bei Ein-Eltern-Familien und kinderreichen Familien verhindern zu helfen?

Nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Familienlastenausgleich wurde mit einer Reform und Verbesserung des Fördersystems der Weg zu einem gerechten Familienleistungsausgleich beschritten.

Das Kindergeld wird ab 1. Januar 1996 auf jeweils 200 DM für erste und zweite Kinder, auf 300 DM für dritte Kinder und auf jeweils 350 DM für vierte und weitere Kinder monatlich angehoben. Die Anhebung für erste und zweite Kinder auf 220 DM erfolgt bereits am 1. Januar 1997.

Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer ist ein Kinderfreibetrag abzuziehen, wenn das im laufenden Jahr gezahlte Kindergeld die verfassungsrechtlich gebotene Steuerfreistellung eines Einkommensbetrages in Höhe des Existenzminimums eines Kindes nicht in vollem Umfang bewirkt. In diesem Fall ist das erhaltene Kindergeld anzurechnen. Der Kinderfreibetrag beträgt 6 264 DM in 1996 und wird 1997 auf 6 912 DM erhöht. Mit dieser Regelung ist sichergestellt, daß das Existenzminimum aller Kinder steuerlich freigestellt wird. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind erfüllt.

Die Weiterentwicklung des Familienleistungsausgleichs wird u. a. unter Berücksichtigung der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern erfolgen. Nach dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 1995 (BR-Drucksache 304/95) ist die Bundesregierung beauftragt worden, alle zwei Jahre einen Bericht hierüber vorzulegen. Der Familienleistungsausgleich wird auch in Zukunft verfassungskonform weiterentwickelt werden. Durch die beschriebenen Maßnahmen wird sich das FLA-Finanzvolumen von rd. 36,5 Mrd. DM im Jahre 1995 über rd. 43,5 Mrd. DM im Jahre 1996 auf rd. 47,5 Mrd. DM im Jahre 1997 erhöhen.

Für die Sicherung des Lebensunterhalts von Kindern und des Lebensstandards von Familien kommt dem Familienleistungsausgleich eine erhebliche Bedeutung zu. Der kindbezogene Familienleistungsausgleich trägt mit dem Kindergeld bzw. dem Kinderfreibetrag dazu bei, die den Eltern durch den Kindesunterhalt entstehenden wirtschaftlichen Lasten auszugleichen. Von seinem Ansatz her kann es deshalb nicht Aufgabe des Familienleistungsausgleichs sein, Einkommenseinbußen aufgrund einer eingeschränkten Erwerbsbeteiligung der Eltern, sei es infolge einer Unterbrechung der Erwerbsbeteiligung zugunsten der Kindererziehung oder infolge von Arbeitslosigkeit, zu kompensieren.

22. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie viele Alleinerziehende – differenziert nach Geschlecht – als „nicht vermittelbar" nach dem Arbeitsförderungsgesetz gelten, weil ihre Kinder nicht bedarfsgerecht in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht werden können?

Entsprechende Angaben liegen der Bundesregierung nicht vor.

23. Wie hoch ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen der Altersgruppen

a) 0 bis 6 Jahren,

b) 7 bis 14 Jahren,

c) 15 bis 18 Jahren

in Familien, wo kein Erwachsener im Beschäftigungsverhältnis steht, unterteilt nach deutscher Wohnbevölkerung, ausländischer Wohnbevölkerung mit ungesichertem bzw. vorübergehendem Aufenthaltsstatus und Aussiedlern?

Über die Zahl von Kindern in Familien, in denen kein Erwachsener am Erwerbsleben beteiligt ist, geben für das Jahr 1993 die nachstehenden Tabellen 44 bis 46 Auskunft.

Tabelle 44

Ledige Kinder in Familien im April 1993 nach Staatsangehörigkeit, Erwerbsbeteiligung der Eltern sowie ausgewählten Altersgruppen*

Erwerbsbeteiligung der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 6	6–15	15 und mehr	dar.: 15–18
	1 000				
Früheres Bundesgebiet					
Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit					
Zusammen	15 589	3 622	5 153	6 815	1 587
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	2 066	300	350	1 416	115
davon:					
Kinder von Ehepaaren	13 142	3 219	4 469	5 454	1 351
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	987	102	125	761	53
Kinder von Alleinerziehenden	2 448	404	684	1 360	236
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	1 079	199	225	655	62
Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit					
Zusammen	2 244	644	824	776	302
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	441	132	155	154	54
davon:					
Kinder von Ehepaaren	2 022	595	746	682	271
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	326	102	114	110	40
Kinder von Alleinerziehenden	222	49	78	95	31
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	115	31	41	43	14
Kinder insgesamt					
Zusammen	17 833	4 266	5 976	7 591	1 889
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	2 507	433	505	1 570	169
davon:					
Kinder von Ehepaaren	15 164	3 813	5 215	6 136	1 622
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	1 313	203	239	871	93
Kinder von Alleinerziehenden	2 670	453	762	1 455	267
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	1 194	229	266	698	76

* Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 45

Ledige Kinder in Familien im April 1993 nach Staatsangehörigkeit, Erwerbsbeteiligung der Eltern sowie ausgewählten Altersgruppen*

Erwerbsbeteiligung der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 6	6 – 15	15 und mehr	dar.: 15 – 18
	1 000				
Neue Länder und Berlin-Ost – Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit					
Zusammen	4 447	903	1 943	1 601	562
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	641	126	164	351	52
davon:					
Kinder von Ehepaaren	3 494	663	1 582	1 250	463
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	266	35	56	175	23
Kinder von Alleinerziehenden	953	240	361	352	99
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	376	91	109	176	29
Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit					
Zusammen	23	10	9	[1])	[1])
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	8	[1])	[1])	[1])	[1])
davon:					
Kinder von Ehepaaren	19	9	8	[1])	[1])
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	7	[1])	[1])	[1])	[1])
Kinder von Alleinerziehenden	[1])	[1])	[1])	[1])	[1])
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	[1])	[1])	[1])	[1])	[1])
Kinder insgesamt					
Zusammen	4 470	913	1 952	1 605	563
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	649	130	166	353	53
davon:					
Kinder von Ehepaaren	3 514	672	1 590	1 252	464
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	272	39	57	176	23
Kinder von Alleinerziehenden	956	241	362	353	99
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	377	91	109	176	29

1) Keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug.

* Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 46

Ledige Kinder in Familien im April 1993 nach Staatsangehörigkeit, Erwerbsbeteiligung der Eltern sowie ausgewählten Altersgruppen*

Erwerbsbeteiligung der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 6	6 – 15	15 und mehr	dar.: 15 – 18
	1 000				
Deutschland					
Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit					
Zusammen	20 037	4 525	7 096	8 416	2 149
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	2 707	426	514	1 767	167
davon:					
Kinder von Ehepaaren	16 636	3 881	6 051	6 704	1 814
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	1 253	136	181	936	75
Kinder von Alleinerziehenden	3 400	644	1 045	1 712	335
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	1 454	290	333	831	92
Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit					
Zusammen	2 267	654	833	781	303
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	449	137	157	155	55
davon:					
Kinder von Ehepaaren	2 041	604	753	684	272
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	333	106	115	111	41
Kinder von Alleinerziehenden	226	50	79	96	32
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	116	31	42	44	14
Kinder insgesamt					
Zusammen	22 304	5 179	7 929	9 197	2 452
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	3 156	563	671	1 922	222
davon:					
Kinder von Ehepaaren	18 678	4 485	6 805	7 388	2 086
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	1 585	242	296	1 047	116
Kinder von Alleinerziehenden	3 626	694	1 124	1 808	367
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	1 570	321	375	875	105

* Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die neuesten Daten des Statistischen Bundesamtes können für das Jahr 1994 der Anlage 34 bis Anlage 36 entnommen werden.

24. Wie viele Kinder und Jugendliche der Altersgruppen
    a) 0 bis 6 Jahren,
    b) 7 bis 14 Jahren,
    c) 15 bis 18 Jahren

    wachsen in Mietverhältnissen, die von der Auflösung innerhalb eines halben Jahres bedroht sind, in Notunterkünften bzw. ohne festen Wohnsitz auf, unterteilt nach deutscher Wohnbevölkerung, ausländischer Wohnbevölkerung mit gesichertem Aufenthaltsstatus, ausländischer Wohnbevölkerung mit ungesichertem bzw. vorübergehendem Aufenthaltsstatus und Aussiedlern?

Die Bundesregierung verfügt über keine Angaben darüber, wie viele Kinder und Jugendliche der Altersgruppen 0 bis 6 Jahre, 7 bis 14 Jahre, 15 bis 18 Jahre in Notunterkünften, ohne festen Wohnsitz oder in von der Auflösung bedrohten Mietverhältnissen leben.

Das Fehlen einer Statistik zur Obdachlosigkeit führte u. a. dazu, daß in dem Beschluß des Deutschen Bundestages aufgrund der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (18. Ausschuß, BT-Drucksache 13/1848 vom 28. Juni 1995) empfohlen wurde, gemeinsam mit den Ländern die Grundlagen für bundesweite Wohnungslosenstatistiken zu schaffen.

25. Wie viele Kinder und Jugendliche der Altersgruppen
    a) 0 bis 6 Jahren,
    b) 7 bis 14 Jahren,
    c) 15 bis 18 Jahren

    wachsen in Ein-Eltern-Familien auf – differenziert nach der Anzahl von einem Kind, zwei Kindern, drei Kindern, mehr als drei Kindern –, und wie viele gelten davon als einkommensarm bzw. beziehen HzL?

Zur Beantwortung der Frage wird auf die Daten des Mikrozensus und der Sozialhilfestatistik zurückgegriffen, wobei die zeitliche Differenz zwischen den Erhebungszeitpunkten Mai und Dezember 1993 vernachlässigt wird. Für die Altersgruppe der 15- bis unter 18jährigen wäre für die gewünschte Differenzierung eine Sonderauswertung der Sozialhilfestatistik durch die statistischen Landesämter erforderlich gewesen. Die nachfolgende Tabelle 47 bezieht sich deshalb nur auf Kinder und Jugendliche bis unter 15 Jahren.

Tabelle 47

Kinder und Jugendliche in Ein-Eltern-Familien
Bevölkerung: April 1993, Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 1993

	Zahl der Kinder in Ein-Eltern-Familien mit			insgesamt	%
	1 Kind	2 Kindern	3 und mehr Kindern		
Gesamtbevölkerung	831 000	666 000	320 000	1 817 000	100
darunter im Alter von					
bis unter 6 Jahren	401 000	200 000	92 000	693 000	38,1
6 bis unter 15 Jahren	430 000	466 000	228 000	1 124 000	61,9
mit HLU-Bezug	127 616	144 342	108 803	380 761	21,0
darunter im Alter von					
bis unter 6 Jahren	83 531	61 924	37 491	182 946	48,0
6 bis unter 15 Jahren	44 085	82 418	71 312	197 815	52,0

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie1, Reihe 3, Haushalte und Familien 1993,
Fachserie 13, Reihe 2, Sozialhilfe sowie eigene Berechnungen.

Im Mai 1993 lebten ca. 1,8 Mio. Kinder in Ein-Eltern-Familien; am Jahresende 1993 lebten rund 380 000 Kinder in Ein-Eltern-Familien mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Sozialhilfequote der in diesen Haushalten lebenden Kinder und Jugendlichen (in Relation zu entsprechenden Haushaltstypen in der Gesamtbevölkerung) liegt demnach bei ca. 21 Prozent.

Unter den Beziehern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sind Kinder unter sechs Jahren überrepräsentiert: 48,0 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden mit Sozialhilfebezug gehören dieser Altersgruppe an gegenüber 38,1 Prozent aller Kinder dieses Haushaltstyps in der Bevölkerung. Kinder über sechs Jahren in Ein-Eltern-Haushalten sind dagegen in der Sozialhilfe unterrepräsentiert (52,0 Prozent mit Sozialhilfebezug gegenüber 61,9 Prozent in diesem Haushaltstyp). Dieser Befund dürfte dadurch zu erklären sein, daß die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit der Alleinerziehenden oder des Alleinerziehenden mit dem Alter der Kinder zunimmt. Insbesondere in Haushalten mit nur einem Kind wird der Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt höchst unwahrscheinlich, wenn das Kind 15 Jahre und älter ist.

26. Sieht die Bundesregierung Zusammenhänge zwischen schulischen Abschlüssen und sozialen Verhältnissen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, wenn ja, welche, und liegen ihr dabei besondere Rückschlüsse für die Gruppe der ausländischen Wohnbevölkerung sowie Aussiedlern vor?

Ein Zusammenhang zwischen schulischen Abschlüssen und sozialen Verhältnissen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, ist seit langem bekannt und vielfach belegt. Diese Problematik war und ist deshalb Gegenstand von Reformbemühungen von Bund und den für das Schulwesen zuständigen Ländern im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Hier ist insbesondere auf die Modellversuche von Bund und Ländern zu verweisen. Es ist davon auszugehen, daß die auf Dauer in Deutschland lebenden ausländischen – aber auch die Familien der Aussiedler bzw. Spätaussiedler – in beengteren sozialen Verhältnissen leben als die deutsche Durchschnittsfamilie. Hinzu kommt etwa bei türkischen Familien eine sprachliche und kulturelle Isolierung von der deutschen Umwelt. Dieser Sachverhalt spiegelt sich deutlich im Bildungsverhalten von ausländischen, insbesondere türkischen Kindern und Jugendlichen wider.

Ausländische, vor allem türkische Kinder und Jugendliche besuchen zwar häufiger als früher weiterführende Schulen, wie Realschulen und Gymnasien, sind aber gleichwohl weiterhin unterrepräsentiert, so 1993:

Tabelle 48

Relative Schüleranteile von ausgewählten Schularten 1993

Schüler	Hauptschule	Gymnasium	Sonderschule
	%		
Deutsche	12,87	23,86	3,47
Ausländische (ohne Türken)	21,54	12,04	5,35
Türken	30,84	6,63	6,82

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Bedeutend mehr ausländische Jugendliche als früher verlassen die Schule mit einem höheren Abschluß.

Im besonderen Maße angestiegen ist die Zahl ausländischer, speziell der türkischen Schüler, die einen Hauptschulabschluß erhalten.

1992 sind 79 100 ausländische und 726 877 deutsche Schüler aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen worden. Nach der Art des Schulabschlusses am Ende der Vollzeitschulpflicht ergeben sich folgende relative (in Prozent) Anteile:

Tabelle 49

Schulabschluß am Ende der Vollzeitschulpflicht 1992

Schulabschluß	ausländische Schulabgänger	deutsche Schulabgänger
	%	
Hauptschulabschluß	43,5	26,5
Realschulabschluß und entsprechende Abschlüsse	26,6	37,7
Hochschulreife	8,4	22,9
Fachhochschulreife	0,7	0,7
Ohne Hauptschulabschluß einschließlich Schulabgänger aus Sonderschulen	20,8	12,2
Summe	100	100

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Seit 1984 sind an den allgemeinbildenden Schulen die Anteile der Absolventen mit Realschulabschluß von 15,6 Prozent auf 26,6 Prozent, der Absolventen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife von 4,1 Prozent auf 9,1 Prozent gestiegen.

Die Bundesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Bildungs- und Ausbildungschancen der ausländischen Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Besondere Anstrengungen gibt es auch für Kinder von Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern.

Das Gutachten „Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland" (GP-Forschungsgruppe, München, 1990) sieht Zusammenhänge zwischen der Schulbildung und der Überschuldung von Menschen. Es führt dazu aus:

„Bereits von den Schuldnerberatern war darauf hingewiesen worden, daß Bildungsdefizite bei den Klienten nach Ansicht der Schuldnerberater häufig dazu führen, daß Klienten in eine Überschuldungssituation hineingeraten. Die Ergebnisse der Erhebung zeigen, daß zumindest nach dem Kriterium „Schulabschluß" in Relation zur Gesamtbevölkerung bei überschuldeten Menschen ein deutlich niedrigeres Ausbildungsniveau vorliegt.

23 Prozent aller Klienten haben überhaupt keinen Schulabschluß, 65 Prozent haben einen Hauptschulabschluß. Weiterführende Ausbildungsgänge (z. B. Realschulabschluß, Abitur oder Hochschulstudium) sind nur von 12 Prozent der Klienten erreicht worden."

Betreffend die Gruppe der Aussiedler bzw. Spätaussiedler ist durch die Beihilfen aus dem Garantiefonds eine hohe Wahrscheinlichkeit für qualifizierte schulische Abschlüsse der Kinder und Jugendlichen gegeben. Durch die 30 Monate dauernde Förderung bis zu fünf Jahren nach der Einreise ist gewährleistet, daß die Eingliederung in das deutsche Schul- und Ausbildungssystem erfolgreich vonstatten geht und damit

das Leben in normalen sozialen Verhältnissen ermöglicht wird.

27. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie viele Personen, die schon als Kinder oder Jugendliche HzL bezogen haben, auch als Erwachsene auf diese Leistungen angewiesen sind?

Wenn ja, in welcher Größenordnung ist dies der Fall?

Über kontinuierlichen Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt vom Kindes- und Jugendalter bis zum Erwachsenenalter liegen in der Bundesrepublik Deutschland keine Daten der amtlichen Statistik vor; die Beantwortung einer solchen Fragestellung würde ein über mehrere Jahrzehnte hin aufgebautes Panel voraussetzen. Zieht man in Betracht, daß ein kontinuierlicher Hilfebezug bei Personen im Rentenalter mit höherer Wahrscheinlichkeit auftritt (mit gravierenden Veränderungen der Lebenslage, etwa durch Erwerbstätigkeit oder den Antritt einer Erbschaft, ist hier nicht zu rechnen), so ist davon auszugehen, daß ein kontinuierlicher Hilfebezug vom Kindes- bis zum Erwachsenenalter lediglich bei einer kleinen Minderheit der Bezieher vorkommt.

Altersarmut

28. Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für Einkommensarmut bzw. für den Bezug von HzL für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger – differenziert nach Geschlecht und den Altersgruppen 58 bis unter 60 Jahre, 60 bis unter 64 Jahre, 64 und 65 Jahre sowie über 65 Jahre –, und erkennt sie hierbei auch Zusammenhänge, die in Verbindung mit Migration stehen könnten?

In der Sozialhilfestatistik lassen sich die Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Privathaushalten (am Jahresende 1993) nach Geschlecht und vier Altersgruppen sowie nach deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit differenzieren.

Die Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter von 60 und mehr Jahren stellen ca. 10 Prozent aller Hilfebezieher. Dieser Anteil variiert stark nach Geschlecht und Nationalität: Ältere Frauen sind in der Sozialhilfe mit 71 Prozent gegenüber Männern (29 Prozent) überrepräsentiert, auch wenn man den höheren Frauenanteil unter der Bevölkerung ab 60 Jahren (62 Frauen : 38 Männern) berücksichtigt. Der Anteil der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der entsprechenden Gruppe in der Bevölkerung der älteren Frauen liegt bei 1,7 Prozent, die der älteren Männer bei 1,1 Prozent (und damit deutlich unter der HLU-Quote der Bevölkerung insgesamt mit 3 Prozent). Dieser Befund tritt noch deutlicher hervor, wenn man die ausländischen Bezieher außer Betracht läßt (da unter älteren Ausländern Männer überwiegen): Von den älteren deutschen Hilfebeziehern sind sogar 74 Prozent Frauen.

Unter den ausländischen Beziehern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sind 4,7 Prozent im Alter von 60 und mehr Jahren. Die ausländische Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren weist mit 10 Prozent eine im Vergleich zur deutschen Bevölkerung sehr hohe, aber im Vergleich zur ausländischen Bevölkerung insgesamt (12 Prozent) etwas geringere HLU-Quote auf.

Hauptursache für den Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter sind nach der Sozialhilfestatistik unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche. Betroffen davon sind insbesondere Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand. Zur Verbesserung der Situation dieser Personengruppe hat die Bundesregierung seit mehr als zehn Jahren erhebliche Anstrengungen besonders im Hinblick auf die soziale Sicherung von Frauen unternommen. Einzelheiten hierzu sind aus der Antwort zu den Fragen IV. 15 und IV. 16 zu entnehmen.

29. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der älteren Menschen, die Ansprüche auf Leistungen nach dem BSHG hätten, diese aber aus den verschiedensten Gründen nicht beantragen?

(Antwort bitte differenziert nach Männern und Frauen, deutscher bzw. ausländischer Wohnbevölkerung.)

Nicht jeder, der sozialhilfeberechtigt wäre, nimmt die Leistungen nach dem BSHG in Anspruch. Es ist allerdings schwierig, das quantitative Ausmaß dieser Nichtbeanspruchung einzuschätzen, da keine genauen Informationen über die Personen verfügbar sind, die – über die Zahl der Sozialhilfebezieher hinaus – potentiell sozialhilfeberechtigt sind.

Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (vgl. Semrau, P., a. a. O., S. 118) haben ergeben, daß Personen im Alter von 65 Jahren und darüber eine geringere Ausschöpfung von nur 43 Prozent aufweisen als Personen unter 65 Jahren mit 75 Prozent (vgl. oben I.17). Eine geschlechtsspezifische Betrachtung macht deutlich, daß die Ausschöpfungsquote älterer Männer mit 29 Prozent deutlich niedriger ist als die älterer Frauen mit 48 Prozent. Bei der Interpretation dieses Befundes ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Einkommenslage älterer Männer insgesamt besser ist als die der älteren Frauen, so daß bei älteren Männern die Nichtausschöpfung in vielen Fällen mit der Geringfügigkeit des Anspruchs auf (ergänzende) Hilfe zum Lebensunterhalt begründet sein dürfte.

Eine Differenzierung nach deutscher und ausländischer Wohnbevölkerung ist auf dieser Datengrundlage nicht möglich, da in der EVS bis einschließlich 1988 nur Deutsche befragt wurden.

30. Sind nach Auffassung der Bundesregierung die Alterssicherungssysteme geeignet, um Armut im Alter zu verhindern?

Ja.

35. Wie bewertet die Bundesregierung die sozialen Sicherungssysteme im Fall von Invalidität, Behinderung und psychischer Erkrankung hinsichtlich ihrer Absicherung gegenüber Armut, und ergeben sich hier für die ausländische Wohnbevölkerung mit dauerndem Aufenthaltsstatus gleichbewertete Hilfeleistungen wie für die deutsche Wohnbevölkerung?

Das Risiko der Invalidität vor Erreichen der Altersgrenze wird im System der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit abgedeckt. Sie haben die Aufgabe, Einkommen zu ersetzen, wenn die Erwerbsfähigkeit des Versicherten in einem bestimmten Maße eingeschränkt oder ganz weggefallen ist.

Sie können eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit erhalten, wenn sie die Wartezeit von 240 Kalendermonaten mit Pflichtbeiträgen oder freiwilligen Beiträgen erfüllt haben.

Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit werden vergleichbar den Renten wegen Alters aufgrund der geleisteten Beiträge, der zurückgelegten Versicherungsjahre und zusätzlich evtl. einschließlich einer sogenannten Zurechnungszeit bis zum 60. Lebensjahr berechnet.

Besondere rentenrechtliche Regelungen gelten für den Personenkreis der in anerkannten Werkstätten für Behinderte Beschäftigten. Mit dem am 1. Juli 1975 in Kraft getretenen Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter wurden sie erstmals in die allgemeine Sozialversicherung einbezogen. Um diesen Behinderten in Anbetracht der i. d. R. geringen Arbeitsentgelte überhaupt eine angemessene Rente zu sichern, werden daher die Pflichtbeiträge nach einem fiktiven Arbeitsentgelt bemessen (siehe SGB VI).

Im übrigen kennt das Rentenversicherungsrecht des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) keine unterschiedlichen Regelungen für die deutsche und die ausländische Wohnbevölkerung mit dauerndem Aufenthaltsstatus.

Behinderte haben Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen und sonstigen Hilfen wie jede andere Bürgerin und jeder andere Bürger. Durch dieses Sozialleistungssystem, insbesondere durch die Sozialhilfe, sind sie – wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger – gegen Armut geschützt. Darüber hinaus haben sie nach § 10 des Ersten Buchs Sozialgesetzbuch ein Recht auf Hilfe, die notwendig ist, um

— die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern und
— ihnen einen ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gemeinschaft, insbesondere im Arbeitsleben, zu sichern.

Hierbei haben Ausländer grundsätzlich die gleichen Rechte wie deutsche Behinderte, wenn sie die jeweiligen Leistungsvoraussetzungen erfüllen.

Wenn wesentlich Behinderten die benötigten Hilfen nicht von vorrangig verpflichteten Sicherungssystemen gewährt werden, haben diese Personen Anspruch auf Eingliederungshilfe für Behinderte nach dem BSHG.

Das Risiko der Behinderung wird somit durch die Leistungen der Sozialhilfe als unterstes Netz des sozialen Sicherungssystems abgedeckt.

Die Eingliederungshilfe für Behinderte nach dem Bundessozialhilfegesetz ist das Leistungsgesetz, das zur Integration Behinderter ein alle Bereiche, die medizinische, berufliche und soziale Eingliederung umfassendes Hilfeangebot bereit hält. Anspruchsberechtigt sind alle Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert sind. Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und den Behinderten in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört vor allem, dem Behinderten die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihm die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen und ihn soweit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen.

Die Eingliederungshilfe unterliegt als Sozialhilfeleistung den Fürsorgeprinzipien, insbesondere dem Nachranggrundsatz und dem Grundsatz der individuellen Bedarfsdeckung. Das führt dazu, daß sie erst dann zum Tragen kommt, wenn die vorrangigen Leistungsbereiche wie Krankenkasse, Rentenversicherung, Arbeitsförderung und Schwerbehindertenrecht keine Leistungen vorsehen oder die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. Des weiteren sind die Leistungen vom Einkommen und Vermögen abhängig. Ausgenommen hiervon sind heilpädagogische Maßnahmen für Kinder im Vorschulalter und solche Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, die zu einer angemessenen Schulausbildung oder für eine sonst erreichbare Bildung zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft, zur Ausbildung für einen angemessenen Beruf oder für eine sonstige angemessene Tätigkeit durchgeführt werden.

Die Bedeutung, die der Eingliederungshilfe für Behinderte in der Sozialhilfe zukommt, macht insbesondere die Tabelle 3 weiter vorn deutlich. Über die Höhe der Ausgaben und die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger im ambulanten und stationären Bereich der Eingliederungshilfe gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist durch die gesetzliche Rentenversicherung abgesichert. Deshalb beschränken sich die nachfolgenden Ausführungen nur auf die gesetzliche Rentenversicherung.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist in erster Linie als Versicherungssystem für versicherungspflichtige Arbeitnehmer angelegt. Ihre Aufgabe ist es, Arbeitnehmern bei einem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben infolge Alters oder infolge vorzeitiger Invalidität eine Lohnersatzleistung und den Hinterbliebenen eine Unterhaltsersatzleistung entsprechend dem versicherten Lebensstandard zu gewährleisten.

In der gesetzlichen Rentenversicherung richtet sich die Höhe der Rente grundsätzlich nach der Anzahl der zurückgelegten Versicherungsjahre und nach der Höhe der versicherten Entgelte. Wer ein erfülltes Arbeitsleben zurückgelegt und immer seinem Einkommen entsprechend Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt hat, erhält im Alter regelmäßig eine Rente, die seinem Lebensstandard während des Erwerbslebens entspricht. Dem sozialen Charakter der Rentenversicherung entsprechend werden nicht nur mit Beiträgen belegte Zeiten bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Auch Zeiten, in denen ein Versicherter an der Entrichtung von Pflichtbeiträgen verhindert war, z. B. Kriegsdienstzeiten, Zeiten der Kriegsgefangenschaft, Zeiten der Krankheit und der Arbeitslosigkeit (Ersatz- und Anrechnungszeiten), und Zeiten, für die er wegen Frühinvalidität keine Beiträge mehr entrichten kann (Zurechnungszeit), können rentensteigernd angerechnet werden.

Nach dem geltenden Rentenrecht erhält ein Arbeitnehmer, der einschließlich angerechneter beitragsloser Zeiten 45 anrechnungsfähige Versicherungsjahre zurückgelegt und immer ein persönliches Arbeitsentgelt in Höhe des allgemeinen Durchschnittsentgelts versichert hat, eine Rente in Höhe von rund 70 Prozent des aktuellen Netto-Durchschnittsentgelts. Das jeweilige Rentenniveau wird durch die jährlichen Anpassungen an die Lohnentwicklung gehalten.

Über die dargestellten Maßnahmen des sozialen Ausgleichs hinaus kann die gesetzliche Rentenversicherung weitere Nachteile nicht ausgleichen. Aufgabe der Rentenversicherung ist auch nicht in erster Linie der Ausgleich solcher Nachteile, sondern die Absicherung des im Erwerbsleben tatsächlich erreichten Lebensstandards für die Zeit des Rentenbezuges.

Krankheit

Vorbemerkung zu den Fragen II. 31 bis 35:

Hierzu ist grundsätzlich anzumerken, daß die Vermeidung des Bezuges laufender Hilfe zum Lebensunterhalt kein Ziel der Rehabilitation oder des Schwerbehindertenrechts ist. Insoweit liegen entsprechende Angaben nicht vor.

31. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie viele Personen in Einkommensarmut – differenziert nach dem Geschlecht der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung – aufgrund von Invalidität leben bzw. wie viele aus diesem Grund auf HzL angewiesen sind?

32. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie viele Behinderte – differenziert nach dem Geschlecht der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung – aufgrund ihrer Behinderung in Einkommensarmut leben bzw. auf HzL angewiesen sind?

In bezug auf Einkommensarmut wird auf die Antwort zu Frage I. 3 verwiesen. Daten aus der amtlichen Statistik im Zusammenhang mit dem Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt liegen nicht vor. Im übrigen siehe hierzu Vorbemerkung zu den Fragen II. 31 bis II. 35.

33. Wie hoch sind die Einkommen für Behinderte in Werkstätten für Behinderte, und wie viele Behinderte, die in Werkstätten für Behinderte beschäftigt sind, sind – differenziert nach dem Geschlecht – auf ergänzende HzL angewiesen?

Die Arbeitsentgelte der Behinderten in Werkstätten für Behinderte belaufen sich nach Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte auf durchschnittlich 250 DM pro Kopf und Monat.

Da aber in vielen Werkstätten eine hochwertige Arbeitsleistung erbracht und Gewinne erwirtschaftet werden, ist im Zusammenhang mit der anstehenden Sozialhilfereform vorgesehen, diese Gewinne stärker als bisher den Behinderten zugute kommen zu lassen. Durch ein Bündel von Maßnahmen wie weitergehende Übernahme von Personal- und Sachkosten im Pflegesatz durch den Sozialhilfeträger, Verbot der Nettoerlösrückführung und überwiegende Verwendung des Arbeitsergebnisses der Werkstatt zur Entlohnung der Behinderten kann eine Verbesserung der Arbeitsentgelte der Behinderten erreicht werden.

Über den Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen von Personen, die in Werkstätten für Behinderte arbeiten, liegen keine Angaben vor.

34. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie viele psychisch Kranke – differenziert nach dem Gechlecht der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung – in Einkommensarmut leben bzw. auf HzL angewiesen sind?

Über die Gruppe der psychisch Kranken liegen nur wenige repräsentative Daten vor. Nach Angaben des Statistischen Jahrbuches machen unter den schwerstbehinderten Personen mit den Krankheitsbildern Psychosen, Neurosen sowie Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen lediglich 2,4 Prozent aus (Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1995, Tabelle 19.16.3). Über die Einkommens- und Vermögenslage dieses Personenkreises ist näheres nicht bekannt.

Tabelle 50

Empfänger und Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe 1993

Eingliederungshilfe 1993					
außerhalb von Einrichtungen		in Einrichtungen		außerhalb von und in Einrichtungen	
Empfänger	Ausgaben	Empfänger	Ausgaben	Empfänger	Ausgaben
absolut	in TDM	absolut	in TDM	absolut	in TDM
Früheres Bundesgebiet					
85 489	454 938	237 879	9 412 080	322 662	9 867 018
Neue Länder und Berlin-Ost					
5 997	20 479	48 268	1 321 920	54 188	1 342 398
Deutschland insgesamt					
91 486	475 417	286 147	10 734 000	376 850	11 209 417

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Obdachlosigkeit und Verschuldung

36. Wie viele Betroffene – differenziert nach arbeitslosen Personen mit einem Nettoeinkommen unterhalb der Sozialhilfeschwelle und Sozialhilfeempfängern – haben sich in den letzten zehn Jahren überschuldet oder sind insolvent oder obdachlos geworden?

Liegen der Bundesregierung hier Ergebnisse aus dem Bereich der ausländischen Wohnbevölkerung und der Gruppe der Aussiedler vor?

(Obdachlosenzahl bitte differenziert nach Männern und Frauen angeben.)

Statistisches Zahlenmaterial liegt nur über die Gesamtzahlen der Insolvenzen von natürlichen Personen vor. Die Verfahren werden nicht spezifisch nach weiteren persönlichen Merkmalen der Gemeinschuldner erfaßt.

Die Konkurse der natürlichen Personen bzw. die Verfahren nach der Gesamtvollstreckungsordnung haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:

Tabelle 51

Konkursverfahren nach der Gesamtvollstreckungsordnung in den Jahren 1985 bis 1994

Jahr	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insg. beantragte Konkursverfahren	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgelehnte Anträge	nach der Gesamtvollstreckungsordnung beantragte Verfahren		
				insgesamt	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgelehnte Anträge
1985	3 266	302	2 964	*	*	*
1986	3 251	273	2 978	*	*	*
1987	3 292	292	3 000	*	*	*
1988	3 149	252	2 897	*	*	*
1989	2 827	224	2 603	*	*	*
1990	2 495	231	2 264	*	*	*
1991	2 399	201	2 198	9	3	6
1992	2 348	190	2 158	93	26	67
1993	2 646	243	2 403	434	95	339
1994	3 014	233	2 781	791	211	580

* Zahlenwert nicht vorhanden bzw. Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Bundesministerium der Justiz.

Die Gesamtzahl der überschuldeten Haushalte in Deutschland ist für das Gebiet der alten Bundesländer durch das Gutachten der GP-Forschungsgruppe „Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland" ermittelt worden. Demnach betrug im Jahre 1989 die Anzahl der überschuldeten Haushalte 4,2 Prozent aller Haushalte (= 1,2 Mio. Haushalte). Rund die Hälfte der überschuldeten Haushalte erhält Arbeitslosengeld/-hilfe oder Sozialhilfe. Im übrigen wird auf die Antwort der Bundesre-

gierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Wirtschaftliche Situation von Familien und deren soziale Auswirkungen", Drucksache 12/6224, 24. November 1993) verwiesen.

Aktualisierte Informationen über die Überschuldungssituation in Deutschland sind durch ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten zu erwarten, das im Frühjahr 1996 vorliegen wird.

Über die Zahl der wohnungslosen Personen gibt eine Untersuchung in 82 Städten und Gemeinden Auskunft, die im Jahre 1992 von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung durchgeführt wurde (Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS), „Sicherung der Wohnungsversorgung für wirtschaftlich oder sozial benachteiligte Haushalte, Wohnungsnotfälle", Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und dem Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.), Bonn 1994). In Anlehnung an die Empfehlungen des Deutschen Städtetages wurden die Wohnungsnotfälle in drei Teilgruppen untergliedert. In Personen, die

- aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind oder
- unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder
- aus sonstigen Gründen in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben.

Eine Hochrechnung auf das frühere Bundesgebiet kommt zu dem Ergebnis, daß hier am 30. Juni 1992 ca. 260 000 Personen (0,4 Prozent der Bevölkerung) wohnungslos waren, davon ca. 192 000 (0,3 Prozent) ordnungsrechtlich versorgt (vgl. GISS, a. a. O., S. 45 f.). In dieser Zahl sind Ausländer, nicht aber Aussiedler bzw. Spätaussiedler enthalten. Deren Zahl, soweit sie in Aussiedlerunterkünften lebten, wird auf ca. 320 000 bzw. 0,5 Prozent der Bevölkerung geschätzt (früheres Bundesgebiet, 30. Juni 1992) (vgl. GISS a. a. O., S. 59). Die Gesamtzahl der von Wohnungslosigkeit betroffenen Personen im früheren Bundesgebiet wird demnach auf ca. 580 000 geschätzt.

Von den ordnungsrechtlich untergebrachten Personen waren 56 Prozent Männer und 44 Prozent Frauen. Die Altersverteilung zeigt, daß Familien mit Kindern darunter deutlich überrepräsentiert sind, während ältere Menschen in relativ geringem Maße betroffen sind: 33 Prozent der ordnungsrechtlich untergebrachten Personen waren Kinder unter 18 Jahren (gegenüber 19 Prozent in der Bevölkerung), 38 Prozent waren im Alter von 18 bis 39 Jahren, 23 Prozent im Alter von 40 bis 64 Jahren und lediglich 2 Prozent (gegenüber 15 Prozent in der Bevölkerung) im Alter von 65 und mehr Jahren (vgl. GISS, a. a. O., S. 81).

Die o. g. Untersuchung zeigt, daß Mietschulden häufig zur Obdachlosigkeit führen. Um einer solchen Entwicklung wirksam vorbeugen zu können, ist im Zuge der anstehenden Sozialhilfereform eine Änderung des § 15 a BSHG vorgesehen, die die Sozialhilfeträger verbindlicher als bisher zur Übernahme von Mietschulden verpflichtet.

37. Wie bewertet die Bundesregierung die wachsende Verschuldungsproblematik bei Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, und inwieweit spielt der Status der Betroffenen (deutsche Wohnbevölkerung, ausländische Wohnbevölkerung, Aussiedler) hier eine weitere Rolle?

Überschuldung ist eine wesentliche Komponente wirtschaftlich schwieriger Lebenslagen. Sie bedeutet den Zusammenbruch eigenständiger wirtschaftlicher Bewältigungskompetenz und ist mit psychosozialer Destabilisierung verbunden. Überschuldung bewirkt einen Verlust an Lebensqualität und eine Minderung des Lebensstandards auf das Niveau der Pfändungsfreigrenzen. Dabei sind die Übergänge von „normaler" Überziehung des Haushaltsbudgets (1989 war ein Drittel der westdeutschen Haushalte in Form von Dispositions-, Raten- und Rahmenkrediten verschuldet) zu „Überschuldung", bei der die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllt werden können, fließend: Kalkulierte Kreditaufnahme kann beim Eintritt kritischer Lebensereignisse (etwa bei Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung, Unfall oder Krankheit) in Überschuldung umschlagen.

Mit der Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen ebenso wie mit der Zahl der auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesenen Haushalte nimmt auch das Risiko eines solchen Umschlags in Überschuldung zu.

Damit ist allerdings nicht gesagt, daß auch innerhalb der arbeitslosen bzw. sozialhilfebeziehenden Bevölkerungsgruppen die Verschuldungsproblematik zugenommen habe, wie die Fragestellung unterstellt; für eine solche Tendenz liegen keine Anhaltspunkte vor.

Zu der gewünschten Differenzierung der von Überschuldung betroffenen Haushalte nach deutscher Wohnbevölkerung, Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern und ausländischer Wohnbevölkerung geben die vorliegenden Untersuchungen keine Auskunft.

38. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, wie viele Personen – differenziert nach Mietern in prekären Mietverhältnissen, Bewohnern in Notunterkünften und Menschen ohne festen Wohnsitz – als Folge von Wohnungsnotfällen als einkommensarm zu gelten haben bzw. auf den Bezug von HzL angewiesen sind?

Als „prekär" kann ein Mietverhältnis gelten, das von einer Räumungsklage aktuell bedroht ist. Nach der Untersuchung der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (vgl. Antwort zu Frage II. 36) waren im Verlaufe des Jahres 1992 im früheren Bundesgebiet schätzungsweise 86 000 Haushalte von Räumungsklagen betroffen, bei zwei Dritteln (ca. 58 000 Haushalten) war die Klage mit Zahlungsverzug begründet (was i. d. R. als Indikator für Einkommensschwäche zu interpretieren sein dürfte).

39. Wie vielen Personen, die Hilfe nach § 72 BSHG erhalten, wird eine sogenannte Entschuldungshilfe gewährt?

Die Statistik gibt lediglich Auskunft über die Gesamtzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§ 72 BSHG). Diese Hilfe umfaßt alle notwendigen Maßnahmen, vor allem Beratung, persönliche Betreuung des Hilfesuchenden und seiner Angehörigen sowie Hilfe bei der Beschaffung einer Wohnung. Ein entsprechend differenzierter Nachweis kann anhand der Statistik nicht erbracht werden.

Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach § 72 BSHG erhielten im Verlaufe des Jahres 1993 insgesamt 26 569 Personen, davon 9 861 außerhalb von Einrichtungen.

40. In wie vielen Fällen und in welcher Höhe werden Sozialhilfemittel zur Abwendung drohender Obdachlosigkeit auf der Grundlage des § 15 a BSHG zur Sicherung der Unterkunft geleistet?

Daten über Fallzahl und Ausgabenhöhe der Übernahme von Mietschulden nach § 15a BSHG liegen aus der amtlichen Statistik nicht vor.

Im Rahmen der Untersuchung der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung machten lediglich 14 Städte und Gemeinden diesbezügliche Angaben. In diesen Kommunen wurden im Laufe des Jahres 1992 in insgesamt 4 253 Fällen Mietschulden übernommen. Dividiert man die Summe der Aufwendungen (ca. 8 Mio. DM) durch diese Fallzahl, so errechnen sich jährliche Pro-Kopf-Kosten in Höhe von 1 856 DM, die – wie die Autoren anmerken – erheblich unter den Kosten einer ansonsten zu übernehmenden Einrichtungsunterbringung liegen.

41. Wie viele Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse, Zwangsvollstreckungen und sonstige Zwangsmaßnahmen haben sich in den letzten Jahren gegen Arbeitslose bzw. Sozialhilfeempfänger gerichtet, unterteilt nach deutscher und ausländischer Wohnbevölkerung mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus?

Die Vollstreckungsverfahren nach dem Achten Buch der Zivilprozeßordnung werden statistisch nicht nach persönlichen Merkmalen der Schuldner erfaßt, weil diese den Gerichten nicht bekannt sind. Lediglich im Verfahren der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach § 900 Zivilprozeßordnung erklärt sich der Schuldner zu seinen persönlichen Verhältnissen, ohne daß diese aber gesondert erfaßt werden. Bekannt ist nur der Geschäftsanfall bei den Vollstreckungsgerichten mit folgenden Differenzierungen:

Tabelle 52

Geschäftsanfall im Zusammenhang mit eidesstattlichen Versicherungen und sonstigen Vollstreckungssachen bei den Vollstreckungsgerichten in den Jahren 1985 bis 1991

Jahr	Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	abgegebene eidesstattliche Versicherungen	Haftanordnungen in Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	sonstige Vollstreckungssachen
1985	1 470 944	384 207	589 376	3 321 515
1986	1 499 730	388 543	602 328	3 426 102
1987	1 432 358	390 435	588 026	3 325 320
1988	1 409 154	388 189	578 316	3 319 204
1989	1 355 673	378 602	563 197	3 261 496
1990	1 310 532	366 173	555 794	3 238 536
1991	1 270 035	352 278	541 717	3 155 482

Quelle: Bundesministerium der Justiz.

Weitere statistische Daten liegen nicht vor.

III. Folgen von Einkommensarmut und Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt

1. Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Weise und in welchem Ausmaß sich Einkommensarmut bzw. Bezug von HzL auch in anderen Bereichen für die Betroffenen nachteilig auswirken, so in Form von
   a) geringeren Bildungs- und Ausbildungschancen,
   b) Beeinträchtigungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt,
   c) Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt,
   d) Beeinträchtigung der Gesundheit und Anfälligkeit für Suchtkrankheiten,
   e) Beeinträchtigungen in anderen Bereichen,

   und kann davon ausgegangen werden, daß daneben eine unzureichende Migrationspolitik zu einer Verstärkung dieser Folgen führen könnte?

Zu a)

Ziel der Bundesregierung im Rahmen der Förderung der beruflichen Ausbildung ist es, sicherzustellen, daß

Jugendliche auch bei nicht ausreichenden finanziellen Mitteln eine berufliche Ausbildung absolvieren können. Soweit Ausbildungsvergütung und ggf. Einkommen der Eltern nicht ausreichen, kann der Jugendliche Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten. Für Jugendliche, die noch nicht berufsreif sind oder besonderer Förderung bedürfen, kann vor Beginn einer Berufsausbildung auch die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme gefördert werden.

Zu b) bis e)

Direkte nachteilige Auswirkungen des Bezuges von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt auf den Zugang zum Arbeitsmarkt sind nicht bekannt.

Auf angespannten Wohnungsmärkten haben Haushalte mit niedrigem Einkommen oft Schwierigkeiten, eine angemessene Wohnung zu finden. Im Marktsegment für preisgünstigen Wohnraum besteht – auch aufgrund der anhaltend hohen Zahl von Zuwanderern – besondere Nachfrage.

Die Ausgestaltung des Anspruchs auf Hilfe zum Lebensunterhalt verfolgt das Ziel, daß das Angewiesensein auf die Hilfe nicht als persönliche Benachteiligung oder Ausgrenzung erfahren wird. Allerdings kann eine Kumulation defizitärer Lebenslagen dazu führen, daß Abhängigkeit von Sozialhilfe von einzelnen Betroffenen in seiner konkreten Situation als soziale Benachteiligung empfunden wird. Über unmittelbare nachteilige Auswirkungen des Bezuges von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt auf die Gesundheit und auf die Anfälligkeit für Suchtkrankheiten oder Beeinträchtigungen in anderen Bereichen sind der Bundesregierung nicht bekannt.

2. Inwieweit waren der Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Einkommensarmut in den letzten Jahren für die Betroffenen die Ursachen von Wohnungsnotfällen, d. h. von unzureichenden Mietverhältnissen, Aufenthalt in Notunterkünften oder dem Leben auf der Straße?

Die Sozialhilfe verhindert den Eintritt eines Wohnungsnotfalles, da sie in der Regel die Kosten für eine angemessene Miete in vollem Umfang übernimmt.

Der in der Fragestellung unterstellte kausale Zusammenhang zwischen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Wohnungsnotfällen ist deshalb nicht nachvollziehbar. Unbefriedigende Mietverhältnisse, der Aufenthalt in Notunterkünften oder das „Leben auf der Straße" sind i. d. R. durch das kumulierte Auftreten ökonomischer, wohnungsmarktspezifischer, familiärer und persönlicher Schwierigkeiten bedingt. Die Hilfe zum Lebensunterhalt dient als Instrument zur Prävention, Abmilderung oder Überwindung dieser Notlagen.

Mit der unmittelbaren Information des Sozialhilfeträgers über drohende Räumungsklagen, wie sie die Neufassung des § 15a BSHG vorsieht, soll diese Funktion verbessert und die Zahl der Personen, die sich trotz einer akuten Notlage (z. T. aus Unwissenheit) nicht an den Sozialhilfeträger wenden, reduziert werden. In keiner Weise kann jedoch die Sozialhilfe selbst als „Ursache" für das Eintreten einer schwierigen Lebenslage verantwortlich gemacht werden.

3. Gibt es Untersuchungsergebnisse, die darstellen, wie sich die Gewährungspraxis der Sozialämter bei der Hilfe zum Lebensunterhalt in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und wie diese Gewährungspraxis von den Betroffenen wahrgenommen wurde?

Untersuchungsergebnisse über Veränderungen der Gewährungspraxis der Sozialämter bzw. deren Wahrnehmung durch die Klienten in den letzten zehn Jahren liegen in systematischer Form nicht vor.

Die Gewährungspraxis der Sozialämter wurde Anfang der achtziger Jahre in einem umfangreichen Forschungsprojekt von einem Forschungsverbund (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftpolitik/ Sozialplanung und Sozialverwaltung e. V. / Institut für Psychologie der TU Berlin, „Bürgernähe der Sozialhilfeverwaltung", Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Bd. 174, Stuttgart 1985) untersucht. Auch im Rahmen der 1994 veröffentlichten Untersuchung „Hilfen zur Überwindung von Sozialhilfebedüftigkeit" wurde die Interaktion und wechselseitige Wahrnehmung von Klienten und Sachbearbeitern analysiert. In diesen Studien wird die Unterschiedlichkeit der Erwartungen beider Interaktionspartner und die Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdbild deutlich.

4. Gibt es Erkenntnisse darüber, welche Kosten (inklusive der Folgekosten) der Volkswirtschaft durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnotfälle und Sozialhilfebezug jährlich entstehen und wie sich die Höhe dieser Kosten in den letzten zehn Jahren entwickelt hat?

Im Hinblick auf die Wohnungsnotfälle wird die Frage dahin gehend verstanden, daß die Aufwendungen für solche Leistungen ausgewiesen werden sollen, die – wie das Wohngeld – bereits im Vorfeld verhindern, daß Wohnungsnotfälle überhaupt entstehen.

Die meßbaren direkten Kosten für Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosengeld und -hilfe haben sich in den letzten zehn Jahren von 44 Mrd. DM (1984, früheres Bundesgebiet) auf 119 Mrd. DM (1994, Deutschland insgesamt) erhöht (vgl. Tabelle 53). Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für die in der Volkswirtschaft erwirtschafteten Güter von Dienstleistungen sind diese Kosten relativ stabil geblieben und beliefen sich auf durchschnittlich 2,8 Prozent.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sozialhilfekosten nach der Öffnung des „Eisernen Vorhangs" durch die Ausgaben für Flüchtlinge und Asylbewerber gestiegen sind. Zudem gab es nach der Vereinigung Deutschlands aufgrund struktureller Schwächen in den neuen

Bundesländern mehr als eine Verdoppelung der Hilfen für Arbeitslose.

Die Ermittlung der volkswirtschaftlichen Kosten (inklusive der Folgekosten) erfordert z. B. die Berechnung der Steuermindereinnahmen und der Beitragsausfälle für die einzelnen Zweige der Sozialversicherung der vormals Beschäftigten sowie die Nutzeneinbußen der Gesellschaft durch das Brachliegen des Faktors Arbeit (Verzicht auf Güter und Dienstleistungen, die von Arbeitslosen produziert bzw. erbracht werden könnten). Diese Kostenkomponenten sind jedoch nicht exakt quantifizierbar und können daher nicht dargestellt werden.

Tabelle 53

Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe im Vergleich mit dem Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1983 bis 1994

Jahr	Leistungen der Sozialhilfe[1])			Wohngeld[2])	Leistungen des AFG[3])		Insgesamt (Sp. 3 bis 6)	Zum Vergleich
	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	Zusammen		Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe		Bruttoinlandsprodukt
Spalte	1	2	3	4	5	6	7	8
	Mrd. DM							
1983	6,1	11,4	17,5	2,6	17,1	7,1	43,3	1 668,5
1984	6,8	12,0	18,8	2,4	14,1	8,7	44,0	1 750,9
1985	8,0	12,8	20,8	2,5	14,1	9,1	46,5	1 823,2
1986	9,4	13,8	23,2	3,4	14,0	9,2	49,8	1 925,3
1987	10,3	14,9	25,2	3,7	15,3	9,0	53,2	1 990,5
1988	11,0	16,0	27,0	3,7	18,0	8,4	57,1	2 096,0
1989	11,8	17,0	28,8	3,7	17,5	8,2	58,2	2 224,4
1990	13,0	18,8	31,8	3,6	17,9	7,6	60,9	2 426,0
	Einschließlich Neue Länder und Berlin-Ost							
1991	14,2	23,1	37,3	4,6	23,8	7,1	72,8	2 853,6
1992	15,7	26,9	42,6	6,8	31,5	9,1	90,0	3 075,6
1993	18,0	30,9	48,9	6,5	42,6	14,0	112,0	3 159,1
1994[4])	17,0	32,6	49,6	5,7	45,9	17,4	118,6	3 321,1
	Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %							
1984	0,4	0,7	1,0	0,2	1,0	0,4	2,7	100
1985	0,4	0,7	1,1	0,1	0,8	0,5	2,5	100
1986	0,4	0,7	1,1	0,1	0,8	0,5	2,6	100
1987	0,5	0,7	1,2	0,2	0,7	0,5	2,6	100
1988	0,5	0,7	1,3	0,2	0,8	0,5	2,7	100
1989	0,5	0,8	1,3	0,2	0,9	0,4	2,7	100
1990	0,5	0,8	1,3	0,2	0,8	0,4	2,6	100
	Einschließlich Neue Länder und Berlin-Ost							
1991	0,5	0,8	1,3	0,2	0,8	0,2	2,6	100
1992	0,5	0,9	1,4	0,2	1,0	0,3	2,9	100
1993	0,6	1,0	1,5	0,2	1,3	0,4	3,5	100
1994[4])	0,5	1,0	1,5	0,2	1,4	0,5	3,6	100

Quelle:

1) Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

2) 1983 bis 1993: Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung 1993 (Drucksache 12/7153 vom 25. März 1994); 1993 und 1994: Haushaltsrechnung des Bundes.

3) Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Anmerkungen:

4) Leistungen der Sozialhilfe: Vorläufiges Ergebnis ohne Ausgaben für Asylbewerber.

____ = Methodischer Bruch.

IV. Bekämpfung von Armut

1. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Nationalen Armutskonferenz, führender Armutsforscher und verschiedener Bundesländer, daß die Einführung einer institutionalisierten Armutsberichterstattung im Rahmen einer lebenslagenorientierten Sozialberichterstattung ein wichtiger Schritt bei der effizienten Ausgestaltung einer Sozialpolitik zur Bekämpfung von Armut ist, und plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode die Einführung einer solchen Armutsberichterstattung?

Die Formulierung „institutionalisierte Armutsberichterstattung im Rahmen einer lebenslagenorientierten Sozialberichterstattung" umspannt die Pole einerseits einer regelmäßigen Befassung mit im wesentlichen gleichbleibenden Fragestellungen und andererseits die konkrete Reaktion und sozialpolitische Prävention angesichts aktueller Entwicklungen in einzelnen Lebenslagebereichen. Die Bundesregierung bearbeitet beide Problemstellungen auf jeweils spezifische Weise:

Zum einen werden im Rahmen der regelmäßigen Sozialberichterstattung Parlament und Öffentlichkeit über konkrete Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung auf dem Gebiet der Sozialpolitik informiert. So beschreibt beispielsweise der Sozialbericht ausführlich die Politik der Bundesregierung im Hinblick auf soziale Problemlagen und sozialpolitische Zielgruppen, erläutert und begründet diese und stellt damit jeweils konkrete Maßnahmen und Vorhaben auf dem Gebiet der Sozialpolitik vor. Der Sozialbericht beschäftigt sich ausführlich mit der Politik gegen Arbeitslosigkeit und für Arbeitslose, für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, für Behinderte, kranke Menschen und Pflegebedürftige, für alte Menschen, Frauen, Familien und Ausländer.

Das zusammen mit dem Sozialbericht erstellte Sozialbudget stellt die quantitative Dimension der Sozialpolitik in funktioneller und institutioneller Gliederung dar.

Zum andern informiert die Bundesregierung Parlament und Öffentlichkeit durch eine Reihe von Einzelberichten über besondere Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger (z. B. Wohn- und Mietenbericht, Familienbericht, Altenbericht etc.). Durch wissenschaftliche Untersuchungen und dokumentierte Fachtagungen etwa zu den Themen:

— Lebenshaltungskosten von Kindern

— Wohnungssicherung und Wohnungsversorgung für einkommensschwache Haushalte

— Überschuldungssituation und Schuldnerberatung

— Hilfe zur Arbeit

— Modellhafte Wege in der Altenhilfe

u. v. m. werden jeweils in Abstimmung auf aktuelle Klärungsbedarfe einzelne Lebenslagenproblematiken behandelt in dem Bemühen, gemeinsam mit Wissenschaftlern, Politikern und Öffentlichkeit Wege zur Problemlösung zu erarbeiten.

Dieser zweigleisige Ansatz garantiert einerseits eine regelmäßige Berichterstattung und andererseits eine sensibel auf aktuelle Entwicklungen reagierende Sozialpolitik. Von der zusätzlichen Institutionalisierung einer allgemeinen „Armutsberichterstattung" wäre kein substantieller Zugewinn an Informationen zu erwarten; allein schon der unspezifische Armutsbegriff im Titel eines solchen Berichtes würde eher zu theoretischen Diskussionen veranlassen, als die konkrete Suche nach Problemlösungen in einzelnen Schwerpunktbereichen fördern.

2. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine wirkungsvolle Bekämpfung von Einkommensarmut und dem Bezug von HzL nur möglich ist, wenn den arbeitsfähigen Betroffenen die Möglichkeit eröffnet wird, sich wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern?

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung, daß eine (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt die wirksamste Form der Hilfe ist. Aus diesem Grunde ist die „Hilfe zur Arbeit" eine wesentliche Komponente der Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Weiterentwicklung und Effektivierung dieses Instrumentes hat für die Bundesregierung bereits seit geraumer Zeit einen hohen Stellenwert. Sie bildet auch einen der Schwerpunkte der anstehenden Sozialhilfereform: Die Eingliederung auch schwer vermittelbarer Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger soll verstärkt unterstützt werden durch befristete Lohnkosten- und Einarbeitungszuschüsse an Arbeitgeber, durch Maßnahmen zur beruflichen Qualifikation im Zusammenhang mit Arbeitsgelegenheiten sowie durch befristete Zuschüsse mit Anreizfunktion für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Andererseits müssen die Maßnahmen bei Ablehnung einer angebotenen, zumutbaren Arbeitsgelegenheit von verbindlichen Sanktionen flankiert werden.

Mit der Weiterentwicklung des Instrumentes der „Hilfe zur Arbeit" wird die ohnehin praktizierte Beschäftigungspolitik speziell für besondere Problemgruppen verbessert.

3. Sieht die Bundesregierung zur Erreichung dieses Ziels ebenfalls die Notwendigkeit, einen eindeutigen Vorrang der aktiven Förderinstrumente vor den passiven Lohnersatzleistungen durch die Verankerung eines verbindlichen Regelmechanismus festzuschreiben?

Im Rahmen der Möglichkeiten und Grenzen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bejaht die Bundesregierung grundsätzlich den Vorrang der aktiven Förderinstrumente vor den passiven Lohnersatzleistungen. Der Einsatz aktiver Förderinstrumente, der eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht, ist nicht nur eine sinnvolle sozialpolitische Hilfe für einen Arbeitslosen zur Beendigung seiner Arbeitslosigkeit, sondern erspart darüber hinaus die weitere Zahlung von Lohnersatzleistungen. Der Einsatz aktiver

Förderinstrumente muß jedoch zielgerichtet auf die Integration der Arbeitslosen in den regulären Arbeitsmarkt erfolgen. Er muß die tatsächlichen Möglichkeiten und Grenzen auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigen und darf nicht zum Selbstzweck werden.

Die Festlegung eines verbindlichen Regelmechanismus, wie z. B. die Bindung der Mindestausgaben für aktive Förderinstrumente an die Höhe der passiven Ausgaben, läßt die Möglichkeiten und Grenzen aktiver Förderinstrumente außer Betracht. Derartige verbindliche Regelmechanismen sind zu abstrakt und werden den jeweiligen, sich stetig verändernden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt nicht angemessen gerecht. Sie führen zu einem ineffizienten Einsatz knapper finanzieller Mittel. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten besteht die Gefahr der Überlastung der Beitragszahler und des Bundeshaushalts mit all den damit verbundenen negativen volkswirtschaftlichen Folgen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

4. Wird von der Bundesregierung die Notwendigkeit gesehen, die bisherige individuelle Förderung durch kollektive wirtschaftsnahe Förderinstrumente, insbesondere für Projekte im öffentlichen Interesse zur Strukturverbesserung, kleine und mittlere Betriebe, arbeitslose Existenzgründerinnen und -gründer und vom technologischen Wandel oder Strukturproblemen besonders betroffene Betriebe, zu ergänzen?

Die bislang mit Erfolg eingesetzten Förderinstrumente wie Eigenkapitalhilfe zur Förderung selbständiger Existenzen, ERP-Programme, Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen, Überbrückungsgeld nach § 55 a AFG, ergänzt in regional benachteiligten Gebieten durch Investitionszuschüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur, setzen zwar bei Personen oder individuellen Unternehmen an, sind jedoch geeignet, positive externe Effekte zugunsten Dritter, wie neue Arbeitsplätze und Erleichterung des Strukturwandels, zu erzeugen.

Die bei der Finanzierung von Unternehmen ansetzende Wirtschaftsförderung des Bundes hat zum Ziel, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit von Unternehmensneugründungen oder bestehenden Unternehmen zu steigern. Diese Unternehmen sollen in die Lage versetzt werden, dauerhaft den künftigen Marktentwicklungen gewachsen zu sein und dementsprechend sichere und einkommensstarke Arbeitsplätze anbieten zu können.

Eine Kombination der individuell ausgerichteten arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit dem wirtschaftspolitischen Instrumentarium ist schon heute möglich.

Im Rahmen der anstehenden Reform des Arbeitsförderungsgesetzes wird die Bundesregierung prüfen, inwieweit durch aktive Arbeitsförderungsleistungen, die in erster Linie auf die Eingliederungsbedürfnisse der arbeitslosen Arbeitnehmer auszurichten sind, gleichzeitig sinnvolle Strukturmaßnahmen ergänzt und mit entsprechenden Mitteln der Länder und Kommunen noch besser verzahnt werden können. Das System der Arbeitsförderung wird jedoch auch in Zukunft vorrangig an der Hilfe für den einzelnen Beitragszahler ausgerichtet sein. Eine Finanzierung von allgemeinen Aufgaben aus anderen Bereichen aus dem Beitragsaufkommen zur Bundesanstalt für Arbeit ist mit der Beitragsfinanzierung der Arbeitsmarktpolitik nach dem Arbeitsförderungsgesetz nicht zu vereinbaren.

5. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß individuelle Hilfen für die arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen unter ausdrücklicher Einbeziehung von Migranten sowie der Gruppe der älteren Arbeitslosen und Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere für nicht oder nur gering ausgebildete Arbeitslose wichtige Instrumente bei der Eingliederung sind?

Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung. Individuelle Hilfen für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen sind unter anderem Gegenstand des Instrumentariums des Arbeitsförderungsgesetzes. Im übrigen wird auf die Antwort zur Frage IV. 6 verwiesen.

6. Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß der Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Arbeitslose, die nicht die Vorversicherungszeiten erfüllt haben, geöffnet werden muß?

Diese Frage muß bei einem Zweig der Sozialversicherung stets auch vor dem Hintergrund der Versichertengemeinschaft gesehen werden. Um den Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auch Arbeitslosen zu ermöglichen, die keine Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung besitzen, sieht die Reform des Sozialhilfegesetzes arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gesondert im Rahmen der Sozialhilfe vor. Durch befristete Lohnkosten- und Einarbeitungszuschüsse an Arbeitgeber, berufliche Qualifizierung und die Teilnahme an Arbeitsförderungsmaßnahmen soll die Arbeitsaufnahme von schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern unterstützt werden. Die Sozialhilfeträger können die Maßnahmen selbst organisieren oder damit das Arbeitsamt beauftragen.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Praxis der „Hilfe zur Arbeit" und der „Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage" nach den §§ 19, 20 und 30 BSHG unter dem Gesichtspunkt der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, und sieht sie die Notwendigkeit, dies durch längerfristige, die Reintegration in den Erwerbsprozeß erleichternde Arbeitsangebote zu forcieren, die sich an den beruflichen Fähigkeiten und Kenntnissen orientieren, Qualifizierungsmöglichkeiten in zukunftsorientierten Arbeitsfeldern beinhalten und entsprechend ihres Beschäftigungsfeldes tariflich entlohnt sind?

Zum hohen Stellenwert der genannten Maßnahmen aus der Perspektive der Bundesregierung sowie zu deren Maßnahmen zur Weiterentwicklung dieser Instrumente vgl. die Beantwortung der Frage IV. 2. Sämtliche geforderten Aspekte sind in dem Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts (BT-Drucksache 13/2440 vom 27. September 1995) berücksichtigt worden.

Die tarifliche Entlohnung einer nach § 19 BSHG angebotenen Arbeitsgelegenheit (Absatz 1 und Absatz 2, 1. Alternative) wird von der Bundesregierung im Interesse einer wirksamen Eingliederung in den Arbeitsmarkt im Grundsatz präferiert gegenüber der Entschädigung für Mehraufwendungen (Absatz 2, 2. Alternative); allerdings liegt die Entscheidung über die Intensität der Anwendung einzelner Beschäftigungsvarianten im Kompetenzbereich der örtlichen Träger der Sozialhilfe.

8. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß die Sozialhilfe, die ursprünglich als Hilfe in individuellen Notlagen konzipiert war, mit ihrer heutigen Aufgabe der Absicherung von massenhaft auftretenden Lebensrisiken überfordert ist?

Die Sozialhilfe war bei ihrer Ausgestaltung durch das Bundessozialhilfegesetz im Jahre 1961 in der Tat als letztes Auffangnetz für einzelne individuelle Notlagen konzipiert. Unter dem Eindruck einer linearen Wohlstandsentwicklung gab es die Überzeugung, daß zukünftig die Teilhabe an steigendem Wohlstand für nahezu alle Bevölkerungsteile die Regel sein werde und nur durch Verkettung ungünstiger Umstände im Einzelfall ein Eingreifen der Sozialhilfe notwendig werden würde. Nicht vorauszusehen war zu diesem Zeitpunkt eine Reihe struktureller Entwicklungen, die trotz einer allgemeinen Steigerung des Lebensstandards zu einer erweiterten Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch größere Bevölkerungsgruppen führte:

Mit den strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes seit Mitte der siebziger Jahre wurde die Zeit der Vollbeschäftigung durch eine kontinuierliche Sockelarbeitslosigkeit abgelöst, deren Ausmaß seit den achtziger Jahren ständig zunahm. Für einen Teil der von Arbeitslosigkeit Betroffenen muß neben den Lohnersatzleistungen ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt geleistet werden.

Vor allem die Zahl der ausländischen Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt hat deutlich zugenommen. Insbesondere schlägt sich in dieser Entwicklung der Empfängerzahlen die in den letzten Jahren stark gestiegene Zahl der Asylbewerber nieder.

Dies dürfte zum größten Teil erklären, weshalb der im Jahre 1970 noch unbedeutende Ausländeranteil von 1,3 Prozent über 10 Prozent in der Mitte der achtziger Jahre auf 33 Prozent der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 1993 (früheres Bundesgebiet) angewachsen ist.

Dieser Anstieg ist, soweit er auf diese Personengruppen zurückzuführen ist, Ausdruck der Wahrnehmung der sozialen Verantwortung durch die Bundesrepublik Deutschland. Die Erfüllung dieser zusätzlichen Aufgaben hat zu einer erheblichen Belastung der Sozialhilfe geführt. Der Gesetzgeber hat dieser Entwicklung Rechnung getragen. Die Ausländer, die in Deutschland um Asyl suchen, erhalten seit November 1993 Leistungen nach dem neu geschaffenen Asylbewerberleistungsgesetz.

Die demographische Entwicklung und der gesellschaftliche Wandel haben zu einer erheblichen Zunahme des Bedarfs an professioneller Pflege geführt. Aber auch die qualitative Weiterentwicklung der Pflege- und Betreuungsleistungen in Einrichtungen führten im Bereich der Alten- und Behindertenhilfe zu einer Kostenentwicklung, die von der Mehrzahl der Betroffenen auch bei durchschnittlicher Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung nicht mehr alleine bewältigt werden konnte.

Eine teilweise Destabilisierung traditioneller familiärer Strukturen, die etwa an gestiegenen Scheidungsraten deutlich wird, hat zu einer wachsenden Zahl von Ein-Eltern-Familien mit teilweise ungesicherten Unterhaltsverhältnissen geführt.

Diese neue Formierung von „Problemgruppen" und die unvorhergesehene Entwicklung von Hilfebedarfen für größere Bevölkerungsgruppen brachten einen Funktionswandel der Sozialhilfe mit sich, der über die ursprünglich konzipierte Hilfe in einzelnen individuellen Notlagen hinausgeht. Die Bundesregierung hat auf diese Entwicklung mit dem Ausbau vorgelagerter Sicherungssysteme reagiert.

Mit der Erweiterung des Systems der sozialen Sicherung um die Pflegeversicherung wurde in dem Hilfebereich mit der intensivsten Kostenentwicklung eine Entlastung geschaffen, die sich vor allem mit dem Inkrafttreten der Leistungen bei stationärer Pflege (ab 1. Juli 1996) spürbar auf die Sozialhilfe auswirken wird.

Durch kräftige Rentenanhebungen in den neuen Bundesländern konnte dort für ältere Menschen ein Wohlstandsniveau erreicht werden, das die (zusätzliche) Angewiesenheit auf Hilfe zum Lebensunterhalt auf vergleichsweise wenige Fälle reduziert. Im früheren Bundesgebiet wird der Bedarf in zunehmendem Maße durch Einkünfte aus Sicherungssystemen der Altersversorgung (insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung) gedeckt, was sich in einem Rückgang der Inanspruchnahme laufender Hilfe zum Lebensunterhalt durch ältere Menschen niederschlägt. In der Bundesrepublik Deutschland beziehen nur 1,5 Prozent der Rentner ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die im Zuge der Sozialhilfereform vorgesehene Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfeträger und Arbeitsverwaltung und insbesondere die Verpflichtung der letzteren zu Vorleistungen wird der Gruppe der sogenannten „Überbrücker", die bisher allein aufgrund der Bearbeitungszeiten der Arbeitsverwaltung vorübergehend auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen waren, den „Gang zum Sozialamt" ersparen.

Haushalten mit niedrigem Einkommen wird durch Gewährung von Wohngeld ein angemessenes und fami-

liengerechtes Wohnen ermöglicht. Insofern ist das Wohngeld die notwendige Ergänzung der marktwirtschaftlichen Mietenpolitik, sowohl bei den nicht preisgebundenen Wohnungen als auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

Mit einer Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ab Januar 1996 sowie der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern wird sich die Einkommenslage insbesondere von Familien aus unteren Einkommensschichten verbessern, so daß zum Teil ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nicht mehr erforderlich sein wird.

Allerdings wird sich auch zukünftig nicht vermeiden lassen, daß Sozialhilfe für größere Betroffenengruppen zeitweise erforderlich wird. So werden etwa Alleinerziehende künftig in größerem Umfang temporär Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt beanspruchen, da die Hilfe für diese Gruppe mit der Anerkennung eines Mehrbedarfs, der Einschränkung der Arbeitspflicht (in § 18 Abs. 3 BSHG) sowie der Nichtanrechnung von Erziehungsgeld bewußt so gestaltet wurde, daß in einer schwierigen Lebensphase wirksam geholfen wird.

9. Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, die Sozialhilfe zu entlasten, indem der Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt bei den Lebensrisiken Alter, Invalidität und Arbeitslosigkeit durch die Einführung einer steuerfinanzierten bedarfsorientierten Sozialen Grundsicherung innerhalb der zuständigen Standardsicherungssysteme der Sozialversicherungen vermieden wird?

Es besteht seitens der Bundesregierung keine Absicht, solche Maßnahmen einzuleiten. Die soziale Sicherung folgt den Gestaltungsprinzipien der Versicherung, der Versorgung und der Fürsorge. Hinzu tritt insbesondere der Familienleistungsausgleich. Kern des sozialen Sicherungssystems ist das Versicherungsprinzip, verwirklicht durch die Sozialversicherung. Die Sozialversicherung sichert die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegen die klassischen sozialen Risiken ab wie zeitweisen oder dauerhaften Verlust der Erwerbsfähigkeit, Alter, Tod des Ernährers, Verlust des Arbeitsplatzes und Pflegebedürftigkeit, unter Anwendung eines nach sozialen Kriterien modifizierten Versicherungsprinzips. Bei den nach dem Versorgungsprinzip gewährten Sozialleistungen werden Höhe und Umfang des Leistungsanspruchs – im Unterschied zur Sozialversicherung – nicht an eine vorausgehende Beitragszahlung geknüpft. Statt dessen erfolgt die Finanzierung dieser Sozialleistungen aus Steuermitteln. Anspruchsgrundlage sind entweder „erdiente" Ansprüche, beispielsweise bei Beamten, oder erlittene und in die Verantwortung der Allgemeinheit fallende gesundheitliche Schäden, beispielsweise bei Kriegs- und Wehrdienstopfern. Das Fürsorgeprinzip hingegen ist nur dann gefordert, wenn Bedürftigkeit vorliegt, d. h. wenn keine oder keine ausreichenden Ansprüche gegen Sozialversicherung oder Versorgungsträger bestehen und auch eigenes Einkommen bzw. Vermögen nicht ausreichend vorhanden ist. Im sozialen Sicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland arbeitet die Sozialhilfe nach dem Bedürftigkeitsprinzip als „unterstes soziales Netz".

Diese Differenzierung entspricht dem Subsidiaritätsprinzip. Sie hat sich bewährt.

Für eine grundlegende Änderung dieses Systems besteht kein Anlaß.

10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Kreis der unterhaltspflichtigen Personen – in Anlehnung an ausländische Vorbilder – auf Eltern gegenüber ihren minderjährigen Kindern einzuschränken ist, um dadurch unter anderem auch familien-soziologischen Gegebenheiten (Reduktion auf die Kernfamilie) Rechnung zu tragen?

Die der Bundesregierung vorliegenden Erkenntnisse widersprechen eindeutig der in der Frage zum Ausdruck kommenden Unterstellung, die Familiensolidarität sei auf die Kernfamilie beschränkt. Die vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführte Untersuchung „Eigeninteresse oder Solidarität? Beziehungen in modernen Mehrgenerationsfamilien" (Familiensurvey 3) hat ergeben, daß der familiäre Zusammenhalt zwischen den Generationen auch in modernen Familien stark ist – unabhängig davon, ob die Familienmitglieder in einem Haushalt zusammenleben oder nicht. Großeltern, Eltern und Kinder unterstützen sich gegenseitig in erheblichem Umfang, und zwar nicht nur durch zwischenmenschliche Kontakte, sondern auch durch den Austausch von Geld- und Dienstleistungen. Die Verfasser der Studie kommen zu dem Schluß, daß das familiale Netzwerk und die darin stattfindenden Leistungen in Zukunft eine noch stärkere Bedeutung erfahren werden, nicht zuletzt wegen der wachsenden Zahl von pflegebedürftigen alten Menschen, die weit überwiegend in ihren Familien betreut werden. Eine Beschränkung der Unterhaltspflicht auf Unterhaltsansprüche minderjähriger Kinder gegen ihre Eltern ließe sich nach Auffassung der Bundesregierung mit diesem familiensoziologischen Befund und mit den hergebrachten Vorstellungen über die Familie und der sich aus der familiären Verbundenheit ergebenden Solidaritätsverpflichtung nur schwerlich vereinbaren. Sie wäre auch unter dem Gesichtspunkt einer zusätzlichen Belastung der öffentlichen Haushalte nicht angezeigt.

Aus Entwicklungen im Ausland kann ein entsprechendes Reformbedürfnis nicht hergeleitet werden, da das deutsche Recht mit der umfassenden Unterhaltspflicht unter Verwandten im internationalen Vergleich keineswegs allein dasteht.

Das Gesetz (§ 1603 Abs. 1 BGB) gibt der Rechtsprechung die Möglichkeit, in den Fällen der Unterhaltspflicht gegenüber anderen Personen als minderjährigen Kindern dem Eigenbedarf des Unterhaltsverpflichteten in stärkerem Umfang als bisher Rechnung zu tragen. Mit dieser Lösung würde zum einen die Solidarität unter Familienangehörigen im Prinzip aufrechterhalten, diese aber andererseits nur eingefordert, wenn dem Unterhaltsverpflichteten selbst genug für eine angemessene Lebensführung verbleibt. Im übrigen enthält auch das Sozialhilferecht – insbe-

sondere mit den Vorschriften des § 91 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 2 Bundessozialhilfegesetz über den Ausschluß des Forderungsübergangs – Regelungen, die zu einer Entlastung der Unterhaltsverpflichteten führen, ohne daß das bewährte System der privatrechtlichen Unterhaltspflicht angetastet werden müßte.

11. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, damit die Möglichkeiten der Sozialhilfe zur Abwendung drohender Obdachlosigkeit auf der Grundlage des § 15 a BSHG zur Sicherung der Unterkunft verstärkt genutzt werden?

Die Bundesregierung beabsichtigt, im Rahmen der BSHG-Reform die Vorschrift des § 15 a BSHG auszuweiten. Der Gesetzesentwurf sieht vor, daß in Zukunft Hilfe zu Lebensunterhalt in Sonderfällen gewährt werden soll (statt bisher: kann), wenn die Mietschuldenübernahme gerechtfertigt und notwendig ist und ohne sie Wohnungslosigkeit einzutreten droht.

12. Welche Schritte plant die Bundesregierung, um den notwendigen Bau von Sozialwohnungen zu unterstützen und zu verstärken?

Die Bundesregierung hat seit Ende der achtziger Jahre eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um durch verbesserte Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau und gezielte Fördermaßnahmen das Wohnungsangebot auszuweiten. Für den sozialen Wohnungsbau werden jährlich erhebliche Finanzhilfen bereitgestellt; im Programmjahr 1995 sind es knapp 2,9 Mrd. DM. Der Bund wird die Länder, denen das Grundgesetz die originäre Zuständigkeit für die Wohnungsbauförderung zuweist, auch künftig mit Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau unterstützen. Mit dem Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 wurde eine umfassende gesetzliche Reform des sozialen Wohnungsbaues eingeleitet, die in dieser Legislaturperiode fortgesetzt wird. Durch die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für die einkommensorientierte Förderung und die Verankerung des kosten- und flächensparenden Bauens sind bereits wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen worden, die Kosten der öffentlichen Förderung pro Wohnung zu senken und damit eine höhere Zahl von Wohnungen zu fördern. Die Verbesserung der Effizienz der eingesetzten Mittel sowie die Erhöhung der sozialen Treffsicherheit ist neben anderen das Ziel der anstehenden Novelle.

13. Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, das Wohngeld zu einer bedarfsdeckenden Leistung auszubauen, solange der Bedarf an Sozialwohnungen noch nicht gedeckt ist?

Die Bundesregierung verfolgt dieses Ziel nicht, da es mit dem System und der Grundidee des geltenden Wohngeldrechts – auch im Verhältnis zur Sozialhilfe – nicht zu vereinbaren ist.

Der Charakter des Wohngeldes als Zuschuß und die Begrenzung der berücksichtigungsfähigen Miete oder Belastung verdeutlichen, daß es sich dabei nicht um eine vollständige Übernahme der Miete durch den Staat handelt. Vielmehr soll den Bürgern ein eigener Anteil an ihren Wohnkosten verbleiben, um einen Anreiz zur Inanspruchnahme möglichst preisgünstigen Wohnraumes zu erhalten. Insoweit unterstützt das staatliche Wohngeld die eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des betroffenen Haushaltes mit dem Ziel, zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens beizutragen.

Anders dagegen verhält es sich bei der Sozialhilfe. Sie greift dann ein, wenn eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreichen, um die Deckung des Existenzminimus (einschließlich Unterkunftskosten) zu gewährleisten. Daher berücksichtigt das Sozialhilferecht bei der Ermittlung des Bedarfs auch die gesamten Unterkunftskosten in der tatsächlichen Höhe, sofern sie im Einzelfall angemessen sind.

Damit ergänzen sich beide Systeme – Wohngeld als vorrangiger staatlicher Zuschuß und Sozialhilfe als nachrangige, an dem Bedarf zur Existenzsicherung im Einzelfall orientierte ergänzende Leistung des örtlichen Sozialhilfeträgers – in sinnvoller Weise. Eine Umwandlung des Wohngeldes von einem anteiligen Zuschuß zu einer bedarfsdeckenden Leistung würde den rechtssystematischen Unterschied von Wohngeld und Sozialhilfe bei der Deckung der Unterkunftskosten praktisch aufheben.

14. Welche Maßnahmen sind in den Augen der Bundesregierung notwendig, um einen wirksameren Schutz von Mieterinnen und Mietern gegen Wohnungsspekulationen zu gewährleisten?

Bei der Beantwortung wird davon ausgegangen, daß die Fragesteller den Begriff der „Wohnungsspekulation" auf die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen beziehen. Der Kündigungsschutz im Umwandlungsfall ist mit dem am 1. Mai 1993 in Kraft getretenen Sozialklauselgesetz erheblich verbessert worden. Werden vermietete Wohnräume nach der Überlassung an den Mieter in Eigentumswohnungen umgewandelt und veräußert, so besteht in den von den Landesregierungen zu bestimmenden Gebieten eine Kündigungssperrfrist bis zum Ablauf von zehn Jahren nach der Veräußerung. Auch nach diesem Zeitraum kann der Vermieter sich nicht auf die Kündigungsgründe Eigenbedarf oder Hinderung an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung berufen, wenn die vertragsmäßige Beendigung des Mietverhältnisses für den Mieter oder ein bei ihm lebendes Mitglied seiner Familie eine nicht zu rechtfertigende Härte bedeuten würde. Eine Ausnahme besteht, wenn der Vermieter dem Mieter angemessenen Ersatzwohnraum zu zumutbaren Bedingungen nachweist. Weitere Maßnahmen zum Schutz der Mieter im Umwandlungsfall sind nicht notwendig. Sie könnten darüber hinaus negative Auswirkungen auf das Wohnungsangebot haben.

15. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Ausrichtung der Systeme der sozialen Sicherheit in Deutschland auf eine durchgängige Erwerbstätigkeit in vielen Fällen nicht den Bedürfnissen von Frauen entspricht und daher eine eigenständige soziale Sicherung von Frauen notwendig macht?

16. Durch welche Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen beabsichtigt die Bundesregierung, eine eigenständige Sicherung von Frauen zu realisieren?

Die Bundesregierung war und ist bestrebt, die soziale Sicherung von Frauen nachhaltig zu verbessern. Insbesondere im Bereich der Alterssicherung wurden große Fortschritte erzielt.

Der erstmaligen Einführung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht im Jahre 1986 folgte bereits im Jahre 1989 ein weiterer Ausbau im Rahmen des Rentenreformgesetzes 1992. Obwohl das Rentenreformgesetz 1992 von der allgemeinen Zielsetzung bestimmt war, den Ausgabenanstieg in der Rentenversicherung zu dämpfen, dehnte es die Kindererziehungszeiten für Geburten ab 1992 auf drei Jahre aus. Zusätzlich führte es Kinderberücksichtigungszeiten bis zum 10. Lebensjahr des Kindes ein.

Ab 1. April 1995 ist die soziale Sicherung von Pflegepersonen erheblich verbessert worden. Zeiten der ehrenamtlichen Pflegetätigkeit (mindestens 14 Stunden in der Woche) eines Pflegebedürftigen wirken sich seitdem sowohl rentenbegründend als auch rentensteigernd aus. Dabei richtet sich die Bewertung der Pflegezeiten nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit und nach dem Umfang der Pflegetätigkeit. Die Pflegekasse entrichtet – abhängig von Pflegestufe und Pflegeaufwand – Rentenversicherungsbeiträge von etwa 200 bis 600 DM monatlich. Der monatliche Rentenertrag für ein Jahr Pflegetätigkeit liegt z. Z. in den alten Bundesländern zwischen 11,78 DM und höchstens 35,35 DM. Diese Regelung kommt überwiegend Frauen zugute.

Dem weiteren Abbau von kindererziehungsbedingten Nachteilen in der Alterssicherung wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer Gesamtpolitik auch künftig hohe Aufmerksamkeit widmen. Bei weiteren Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles müssen allerdings die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sowie die künftige Finanzsituation der Rentenversicherung beachtet werden. Auch vom Bundesverfassungsgericht wird dem Gesetzgeber ausdrücklich zugestanden, bei Maßnahmen zum weiteren Abbau von kindererziehungsbedingten Nachteilen in der Altersicherung die finanziellen Möglichkeiten des Bundes und der Sozialversicherungssysteme zu berücksichtigen. Die Schwierigkeiten, die sich in dem vorliegenden Zusammenhang unter Finanzierungsaspekten ergeben, werden sofort einsichtig, wenn man sich die Größenordnung vor Augen führt, um die es geht.

Die Anerkennung von drei Kindererziehungsjahren auch bei Geburten vor 1992 würde bei einer Einführung in diesem Jahr für Bestand und Zugang zu Mehrkosten in Höhe von 14 Mrd. DM jährlich führen. Weiterhin hätte die oftmals geforderte Anhebung der Bewertung der Kindererziehungszeiten auf 100 Prozent des Durchschnittseinkommens bei einer Einführung ab 1995 für Bestand und Zugang Mehrkosten in Höhe von 2,6 Mrd. DM pro Jahr zur Folge. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt würden sich also bei drei Kindererziehungsjahren pro Kind zusätzliche Kosten in Höhe von 7,8 Mrd. DM jährlich ergeben.

Ein Schwerpunkt der mit dem Agrarsozialreformgesetz 1995 (ASRG 1995) erfolgten Reform des Systems der landwirtschaftlichen Alterssicherung ist die zum 1. Januar 1995 in der Alterssicherung der Landwirte verwirklichte eigenständige soziale Sicherung der Bäuerin; die bisher unzureichende soziale Absicherung dieses Personenkreises ist damit beseitigt worden. Für die Bäuerin wurde mit dieser Regelung eine der sozialen Sicherung des Landwirts gleichwertige Absicherung in der Alterssicherung der Landwirte geschaffen. Für die Bäuerinnen, die bei Einführung der eigenständigen sozialen Sicherung in der Alterssicherung der Landwirte schon älter gewesen sind und deshalb nur noch für eine relativ kurze Zeit eigene Beiträge zur Alterssicherung der Landwirte zahlen, wird eine angemessene Höhe ihrer Rentenleistung dadurch erreicht, daß ihr die vom Landwirt vor 1994 in der Alterssicherung der Landwirte zurückgelegten, auf die Ehezeit entfallenden Beitragszeiten beitragsfrei angerechnet werden und sich damit rentenerhöhend auswirken.

In der gesetzlichen Krankenversicherung wird den Bedürfnissen und der Erwerbssituation von Frauen Rechnung getragen. Ein hinreichender Krankenversicherungsschutz ist auch dann gewährleistet, wenn keine Erwerbstätigkeit ausgeübt oder die Erwerbstätigkeit z. B. in der Phase der Kindererziehung unterbrochen wird.

Im Regelfall besteht in diesen Zeiten eine beitragsfreie Familienversicherung über die Mitgliedschaft des Ehegatten, die auch bei Aufnahme einer versicherungsfreien geringfügigen Beschäftigung bestehen bleibt (§ 10 SGB V). Ist der Ehegatte nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert, kann eine vor Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bestehende Mitgliedschaft regelmäßig als freiwillige Versicherung fortgesetzt werden (§ 9 SGB V). Eine freiwillige Mitgliedschaft ist ebenfalls bei Beendigung der Familienversicherung möglich.

Bei Bezug von Mutterschafts- oder Erziehungsgeld oder Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub bleibt eine Pflichtmitgliedschaft ebenfalls erhalten (§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V); Krankenversicherungsbeiträge werden von diesen Leistungen nicht erhoben. Während der Schwangerschaft bleibt die Mitgliedschaft versicherungspflichtiger Frauen auch dann erhalten, wenn das Beschäftigungsverhältnis vom Arbeitgeber zulässig aufgelöst oder die Beschäftigte ohne Arbeitsentgelt beurlaubt worden ist (§ 192 Abs. 2 SGB V). Wird die Beschäftigung durch Arbeitslosigkeit unterbrochen, entsteht für die Dauer des Bezugs von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz eine Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Auch bei Bezug von Sozialhilfe ist – sofern keine Familienversicherung besteht – in der Regel die Fortsetzung einer vorherigen Versicherung als freiwilliges Mitglied möglich. Vom 1. Januar 1997 an werden Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten, in die Krankenversicherungspflicht einbezogen (Artikel 28 Gesundheitsstrukturgesetz).

Bereits das geltende Krankenversicherungsrecht macht den Versicherungsschutz somit nicht von einer durchgängigen Erwerbstätigkeit von Frauen abhängig.

17. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß eine sozialere Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs als Eckpunkte
    a) die umgehende Steuerfreistellung des Existenzminimums von Kindern,
    b) ein einheitliches Kindergeld von monatlich 250 DM für jedes Kind und für kinderreiche Familien einen zusätzlichen Zuschlag von 100 DM pro Monat,
    c) die Streichung der Kinderfreibeträge, der einkommensabhängigen Kürzungen des Kindergeldes und der Kindergeldzuschläge,
    d) und die Anpassung der Freistellung des Existenzminimums von Kindern an die Entwicklung der Sozialhilfeleistungen

    beinhalten muß?

    Sollte sie dies nicht teilen, wie sehen die Vorstellungen der Bundesregierung zur sozialeren Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs aus?

Vergleiche hierzu Antwort zur Frage II. 21.

18. Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, die Kinderbetreuung auch bei Kindern im Schulalter auszubauen, um ihren Eltern die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen?

Dies ist schon geltendes Recht. Nach § 24 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe darauf hinzuwirken, daß das Betreuungsangebot für Kinder im schulpflichtigen Alter bedarfsgerecht ausgebaut wird. Die Verantwortung für die Umsetzung dieser Leistungsverpflichtung tragen die Jugendbehörden in den Ländern.

19. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß eine unterschiedliche Betrachtung von verschiedenen Lebensgemeinschaften (Ehe und Familie, nichteheliche Lebensgemeinschaften, Haushaltsgemeinschaften, Bedarfsgemeinschaften usw.) im BSHG und anderen Sozialleistungsgesetzen sowie im Familienrecht und der Steuergesetzgebung berechtigt ist?

    Plant die Bundesregierung, diese unterschiedliche Beurteilung zu ändern, und wie stellt sie sich dies in der Umsetzung vor?

Sozialhilfe knüpft an den Bedarf an, berücksichtigt aber auch tatsächlich geleistete Hilfe unabhängig von Unterhaltsansprüchen, wie sie insbesondere bei Zusammenlebenden erbracht werden (§§ 16, 122). Das SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe geht nicht von einem bestimmten Familienbild aus, es verzichtet bewußt auf einen bestimmten Familienbegriff. Es knüpft in seinen Aufgabenzuschreibungen, Ansprüchen und Leistungen an die individuelle Lebenssituation des jeweiligen Kindes an. Insofern ist die in der Frage unterstellte Problematik im Blick auf das SGB VIII nicht relevant. Das Steuerrecht berücksichtigt den grundgesetzlich garantierten besonderen Schutz von Ehe und Familie durch das Ehegattensplitting und knüpft dabei an die familienrechtlichen Voraussetzungen an.

20. Plant die Bundesregierung eine Harmonisierung der Unterhalts-, der Pfändungs- und Steuerfreibeträge?

Die einzelnen Rechtsgebiete des Unterhalts-, Pfändungs- und Steuerrechts arbeiten mit unterschiedlichen Freibeträgen, die für das jeweilige Rechtsgebiet das „Erforderliche" verkörpern. Die Abweichungen beruhen auf den unterschiedlichen Zielsetzungen der Regelungen.

21. Wie müßten die entsprechenden sozialen Sicherungssysteme im Fall von Invalidität, Behinderung und psychischer Erkrankung nach Auffassung der Bundesregierung weiterentwickelt werden, um sie armutsfest zu gestalten, und welche Maßnahmen müßten ergriffen werden, um auch den Personenkreis der Migranten (Ausländer und Aussiedler) enger und effektiv in dieses System mit einzubeziehen?

Wenn gefordert wird, ein soziales Sicherungssystem armutsfest zu gestalten, so bedeutet dies, daß unabhängig von irgendwelchen Beiträgen und sonstigen Vorleistungen eine Grundversorgung gewährleistet werden soll.

Bei der Vorbereitung der Rentenreform 1992 wurde die Frage diskutiert, ob das bestehende System der lohn- und beitragsbezogenen Rente zugunsten einer Grund- oder Einheitsrente aufgegeben werden sollte. Nach sorgfältiger Prüfung der verschiedenen Argumente hat sich die große Mehrheit des Deutschen Bundestages von CDU/CSU, SPD und FDP für die Erhaltung und Weiterentwicklung des bestehenden Rentensystems entschieden.

Eines der Hauptziele der Rentenreform ist es, den erreichten und vergleichsweise hohen Leistungsstand der gesetzlichen Rentenversicherung trotz der steigenden Belastungen aus der Bevölkerungsentwicklung zu erhalten und zu stabilisieren. Dagegen hätte die Einführung einer Grund- oder Einheitsrente im Ergebnis für die meisten Arbeitnehmer bedeutet, daß ihr Sicherungsniveau gesunken wäre. Andere Personengruppen, die nicht lebenslang Beiträge gezahlt und zusätzliche Einkommen haben, profitieren von der

Einführung von Grund- oder Einheitsrenten, obwohl sie häufig nicht einmal darauf angewiesen sind. Außerdem würde eine solche Systemumstellung aus Gründen des Vertrauensschutzes und der Finanzierbarkeit über Jahrzehnte dauern, die durch die Rentenreform zu lösenden Probleme vermehrt und das Vertrauen in die Rentensicherheit stark beeinträchtigt.

Im übrigen trifft das Rentenversicherungsrecht des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) keine Differenzierungen hinsichtlich der deutschen und der ausländischen Wohnbevölkerung mit dauerndem Aufenthaltsstatus.

22. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß bei einer Reform des BSHG folgende Gesichtspunkte Berücksichtigung finden müssen:
    a) Stärkung des Rechtsanspruchs auf Leistungen,
    b) Aufrechterhaltung des Bedarfsdeckungsprinzips,
    c) verstärkte und bedarfsorientiert gestaltete Pauschalierung von einmaligen Beihilfen,
    d) vorrangige Aufklärung und Beratung der Anspruchsberechtigten,

    und wie gedenkt sie, dies dann umzusetzen?

Die vorhandenen und die durch die derzeitige BSHG-Reform vorgesehenen Regelungen berücksichtigen die aufgeführten Gesichtspunkte.

Zu a)

§ 4 BSHG in Verbindung mit den jeweiligen Leistungsbestimmungen normiert bereits, daß ein Anspruch auf Sozialhilfe besteht. Durch die BSHG-Reform soll u. a. die Zielgenauigkeit der Hilfe erhöht, eine angemessene Regelsatzentwicklung längerfristig gesichert, der Ausgabenzuwachs der Sozialhilfe maßvoll begrenzt und die Akzeptanz in der Gesellschaft erhalten werden. Dies stärkt auf Dauer die Leistungsfähigkeit der Sozialhilfe und den Rechtsanspruch auf Leistung.

Zu b)

Das Bedarfsdeckungsprinzip bleibt erhalten. Dies wird durch weitergehende Anbindung der Regelsatzerhöhungen an die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter und ab 1. Juli 1999 durch eine Regelsatzformel gewährleistet, die Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten berücksichtigt.

Zu c)

Durch das FKPG vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944) wurden in § 21 BSHG die Absätze 1a und 1b eingefügt, die zum einen (1a) bestimmen, wozu einmalige Leistungen insbesondere gewährt werden, und zum anderen (1b), daß die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über den Inhalt, den Umfang, die Pauschalierung und die Gewährung der einmaligen Leistungen regelt. Die Verordnung wird z. Z. erarbeitet.

Zu d)

§ 8 BSHG normiert den Beratungsanspruch der Hilfeempfängerin und des Hilfeempfängers im Zusammenhang mit seinem konkreten Sozialhilfeanspruch. § 17 BSHG enthält darüber hinaus eigenständige Bestimmungen über Beratung und Unterstützung zur Vermeidung und Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit. Ein Ausbau dieser umfassenden Beratungspflichten ist derzeit nicht erforderlich.

23. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß ein privates Insolvenzrecht eingeführt werden muß, das den Vorrang eines außergerichtlichen Verfahrens zur Entschuldung mit Hilfe einer Schuldnerberatung vor einem Gerichtsverfahren festschreibt, die Begrenzung der Laufzeit eines Entschuldungsplans auf fünf Jahre unter Wegfall der Restschuld vorsieht und die Beteiligung mithaftender Familienmitglieder am Entschuldungsverfahren beinhaltet?

Die Beantwortung der Frage IV. 23 ergibt sich aus §§ 286 bis 314 der Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866):

Die außergerichtliche Schuldenregulierung hat bei der durch die neue Insolvenzordnung eingeführten Verbraucherinsolvenz bereits Vorrang vor der gerichtlichen Insolvenzbewältigung. Dieser Vorrang ist dadurch gewährleistet, daß der Schuldner mit dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens belegen muß, daß eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern innerhalb der letzten sechs Monate vor Antragstellung erfolglos versucht worden ist. Diese Bescheinigung muß von einer Person (Rechtsanwalt, Notar, Steuerberater etc.) oder einer geeigneten Stelle (etwa qualifizierte Schuldnerberatungsstelle) ausgestellt sein.

Im gerichtlichen Verfahren soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt noch einmal versucht werden, eine gütliche Einigung zwischen Schuldner und Gläubiger herbeizuführen. Diesem Ziel dient das Verfahren über den Schuldenbereinigungsplan, der mit einem Prozeßvergleich mit mehreren Beteiligten verglichen werden kann und der alle Regelungen enthalten soll, die im Einzelfall zu einer angemessenen Schuldenbereinigung führen.

Das – schriftliche – Verfahren ist so ausgestaltet, daß es das Gericht nur wenig belastet. Der Schuldner hat außer dem Schuldenbereinigungsplan geordnete Verzeichnisse seines Vermögens und seines Einkommens, seiner Gläubiger und seiner Verbindlichkeiten sowie die Bescheinigung über das Scheitern der außergerichtlichen Schuldenbereinigung einzureichen. Um dem Schuldner die Aufstellung des Plans und der Verzeichnisse zu erleichtern, wird ihm ein Auskunftsanspruch gegen die Gläubiger gewährt. Das Gericht stellt den benannten Gläubigern die Unterlagen zu. Wenn alle Gläubiger dem Plan zustimmen bzw. keine Einwendungen erheben, so ist der Plan angenommen. Wenn die Mehrheit der Gläubiger den Plan akzeptiert

und der Plan angemessen ist, ersetzt das Gericht die Zustimmung der übrigen Gläubiger.

Beim Scheitern des Verfahrens über den Schuldenbereinigungsplan wird ein vereinfachtes Verbraucherinsolvenzverfahren durchgeführt. Es wird regelmäßig nur eine Gläubigerversammlung abgehalten. Bei überschaubaren Vermögensverhältnissen des Schuldners und geringer Zahl der Gläubiger oder der Höhe der Verbindlichkeiten kann das Insolvenzgericht anordnen, daß das Verfahren oder einzelne seiner Teile schriftlich durchgeführt werden. Anstelle des Insolvenzverwalters wird im vereinfachten Verfahren ein Treuhänder tätig. Teile der Tätigkeiten des Verwalters werden auf die Gläubiger verlagert (z. B. Anfechtung und Verwertung von Sicherheiten). Zur weiteren Verfahrensvereinfachung kann das Insolvenzgericht anordnen, daß von einer Verwertung der Insolvenzmasse ganz oder teilweise abgesehen und dem Schuldner aufgegeben wird, einen Betrag, der dem Wert der Masse entspricht, an den Treuhänder zu zahlen.

Der Schuldner, der die Restschuldbefreiung beantragt hat, – ob Verbraucher oder Einzelkaufmann – muß nach der Durchführung eines Insolvenzverfahrens noch sieben Jahre lang den pfändbaren Teil seines Arbeitseinkommens an einen Treuhänder abführen. Dieser ist für die gleichmäßige Verteilung an alle Gläubiger verantwortlich. Der Schuldner muß zumutbare Arbeit annehmen und jeden Arbeitsplatzwechsel melden.

Zur Steigerung der Motivation des Schuldners, die siebenjährige Wohlverhaltensperiode durchzustehen, sieht die neue Insolvenzordnung vor, daß der Treuhänder von den Beträgen, die er durch die Abtretung des Schuldners erlangt, an den Schuldner in den letzten drei der sieben Jahre einen bestimmten Teil abführt. Im fünften Jahr sollen dem Schuldner 10 Prozent des pfändbaren Teils der Bezüge verbleiben, im sechsten 15 Prozent und im siebten 20 Prozent.

Zwangsvollstreckungsmaßnahmen einzelner Gläubiger wegen Altforderungen sind während der sieben Jahre unzulässig. Wenn der Lohn des Schuldners bereits gepfändet oder abgetreten ist, stellt dies kein Hindernis für die Restschuldbefreiung dar. Solche Pfändungen werden mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens unwirksam, Abtretungen drei Jahre nach diesem Zeitpunkt.

Nach Ablauf der siebenjährigen Wohlverhaltensperiode erläßt das zuständige Amtsgericht die bisherigen Schulden, falls der Schuldner sich redlich verhalten hat. Der Schuldner wird damit von Vermögensansprüchen, die gegen ihn zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bestanden, befreit. Von der Erteilung der Restschuldbefreiung ausgenommen sind lediglich die Verbindlichkeiten des Schuldners aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung, aus Geldstrafen, Geldbußen sowie Zwangs- und Ordnungsgeldern.

Der Antrag der Fraktion der SPD, die in § 287 Abs. 2 Insolvenzordnung festgelegte Dauer der Wohlverhaltensperiode auf „grundsätzlich fünf" Jahre zu kürzen und sie damit in die Entscheidungsbefugnis des Gerichts zu stellen, ist seinerzeit mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt worden.

Die Beteiligung mithaftender Familienmitglieder am Insolvenzverfahren ist nicht vorgesehen. Diese können ein selbständiges Insolvenzverfahren beantragen, um ebenfalls eine Restschuldbefreiung zu erlangen.

24. Welche Strategien hat die Bundesregierung, um Zugang zu den Einkommensarmen zu erhalten und ihre Aktivierung zu ermöglichen?

Die Bundesregierung ist seit langem darum bemüht, dem Eindruck entgegenzuwirken, der Bezug von Sozialhilfe sei „unehrenhaft" bzw. durch „persönliches Versagen" bedingt. Mit einer umfassenden Informationspolitik, etwa in Form der regelmäßig aktualisierten Broschüre „Sozialhilfe – Ihr gutes Recht" oder der Informationsschrift „Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe" trägt sie dazu bei, daß die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte besser kennenlernen und ihre gesetzlich garantierten Ansprüche geltend machen. Experten gehen davon aus, daß mit dieser Informationspolitik ein durchaus aufgeklärtes und anspruchsbewußtes Verhalten auf seiten der Betroffenen einhergeht: So lassen sich bei jüngeren Hilfebedürftigen stärkere Ausschöpfungsquoten der Hilfe zum Lebensunterhalt beobachten als bei den älteren Jahrgängen. Als nachgefragt und nützlich hat sich auch die Ratgeberbroschüre des Bundesministeriums für Familie und Senioren „Was mache ich mit meinen Schulden? – Hilfe für überschuldete Familien durch Schuldnerberatung" erwiesen, die zur Zeit aktualisiert wird. Die Broschüre vermittelt die Anschriften der in den alten und neuen Bundesländen tätigen Schuldnerberatungsstellen und gibt Verhaltenshilfen.

Darüber hinaus wurde eine Forschungstradition zur Verbesserung des Zugangs zur einkommensschwachen Bevölkerung begründet, die von dem Projekt „Theorie und Praxis der Sozialhilfe – zur Situation der einkommensschwachen alten Menschen", Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Bd. 56, Stuttgart 1978 über „Bürgernähe der Sozialhilfeverwaltung", Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Bd. 174, Stuttgart 1985 und „Hilfen zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit", a. a. O., 1994, bis zu dem derzeit durchgeführten Projekt „Maßnahmen zur Erfolgskontrolle im Bereich der Sozialhilfe (Modellsozialämter)" reicht. In diesen Projekten werden Forschung, Praxisreflexion und -beratung mit dem Ziel einer optimierten Umsetzung der Intention sowie der Weiterentwicklung der Sozialhilfe miteinander kombiniert.

Zur Einkommenssituation der älteren Bevölkerung hat die Bundesregierung bisher zwei Erhebungen (Alterssicherung in Deutschland 1986 und 1992) durchgeführt und beabsichtigt diese Erhebung, beginnend mit 1995, alle vier Jahre zu wiederholen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung jede Legislaturperiode – beginnend 1997 – einen Zusatzbe-

richt zum Rentenversicherungsbericht vorlegen, der einen detaillierten Einblick in die Einkommenssituation der Leistungsbezieher der Alterssicherungssysteme gibt.

25. Welche Maßnahmen zur Förderung von Selbsthilfe und Hilfe zur Selbsthilfe plant die Bundesregierung sowohl für die deutsche Wohnbevölkerung, die auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland lebende ausländische Wohnbevölkerung und die in Zukunft mit Migrationszwängen stärker behaftete Gruppe der Aussiedler?

Eine möglichst selbstbestimmte und eigenverantwortliche Betätigung der Menschen in allen Lebensbereichen gehört zu den Grundsätzen, denen die Politik verpflichtet ist. Deshalb ist die Stärkung von Selbsthilfe für die Bundesregierung ein wichtiges Ziel bei der Fortentwicklung unseres Sozialstaates.

Die unmittelbare Unterstützung konkreter Selbsthilfeaktivitäten ist grundsätzlich Aufgabe der dem örtlichen Geschehen am nächsten stehenden Ebenen, also der Kommunen und der Länder.

Als zentrale „Hilfe zur Selbsthilfe" betrachtet die Bundesregierung das Instrument der „Hilfe zur Arbeit", dessen Effektivierung unter anderem auch mit der anstehenden Sozialhilfereform verfolgt wird. In die Beratungen über Möglichkeiten zur Weiterentwicklung dieses Instrumentes bezieht die Bundesregierung auch Selbsthilfeorganisationen von Betroffenen mit ein in dem Wissen, daß Selbsthilfeinitiativen eine anerkennenswerte Arbeit leisten und aufgrund ihrer „Basisnähe" wichtige Gesichtspunkte zur Umsetzung von Hilfemaßnahmen beitragen können.

Mit der Neufassung des § 17 BSHG im Jahre 1993 wurde zudem die Bedeutung der Beratung in Richtung auf einen konstruktiven, auf die Mobilisierung von Selbsthilfepotentialen angelegten Umgang mit der Hilfebedürftigkeit hin hervorgehoben. Im Rahmen des o. g. Forschungs- und Beratungsprojektes „Modellsozialämter" werden – gemeinsam mit ausgewählten Kommunen – Wege zur Umstellung einer weitgehend reagierenden Leistungsgewährung auf eine stärker aktive, präventive und mobilisierende Sozialhilfepolitik erprobt und ausgewertet.

Die Bundesregierung will zur Schaffung möglichst selbsthilfefreundlicher Rahmenbedingungen beitragen. Dem dienen z. B. Modellprogramme im Bereich der Selbsthilfegruppenförderung, die bereits wichtige Impulse zum Aufbau einer Selbsthilfeförderungsinfrastruktur gegeben haben, in dem sie aufzeigen, wie Selbsthilfe konkret und nachhaltig „vor Ort" unterstützt werden kann.

Das laufende Programm „Förderung sozialer Selbsthilfe in den neuen Bundesländern" hat dazu beigetragen, daß sich in den neuen Ländern bereits 7 500 Selbsthilfegruppen gebildet haben, in denen sich ca. 200 000 Menschen engagieren.

Auch die Wohlfahrtsverbände sind der Selbsthilfeidee und ihrer Förderung verpflichtet. Sie erhalten ihrerseits staatliche Unterstützung: Die Bundesregierung wird die Wohlfahrtsverbände im Rahmen der bestehenden vertrauensvollen Zusammenarbeit weiterhin bei ihren Aktivitäten auf diesem Gebiet unterstützen.

Daneben sind wegen der vielfältigen und umfangreichen Leistungen von Selbsthilfegruppen für die gesundheitliche Versorgung im Bereich der Gesundheitsförderung und der Rehabilitation die Krankenkassen und unter dem Gesichtspunkt der Rehabilitation auch die sonstigen Rehabilitationsträger aufgerufen, der Selbsthilfeförderung ein größeres Gewicht beizumessen. Die hiermit zusammenhängenden Fragen werden bei der dritten Stufe der Gesundheitsreform erneut erörtert mit dem Ziel einer weiteren Stärkung der Selbsthilfeförderung.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt die Bundesregierung die Verbreitung und Stärkung von Selbsthilfe auch unmittelbar.

In der Kinder- und Jugendhilfe spielt die Idee der Selbsthilfe und der Selbstorganisation im Bereich der Jugendarbeit und Jugendbildung, insbesondere in der Jugendverbandsarbeit, eine hervorragende Rolle. Aber auch andere Tätigkeitsfelder können für Selbsthilfeaktivitäten in Betracht kommen – z. B. Selbsthilfeinitiativen zur Kindertagesbetreuung u. a.

Auch bei der Förderung von Selbsthilfe von bzw. zugunsten von Kindern und Jugendlichen, bestehen in diesem Rahmen für Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft grundsätzlich dieselben rechtlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten wie für Kinder und Jugendliche deutscher Staatsangehörigkeit.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert Seniorenorganisationen, die u. a. in den Bereichen Sozialhilfe tätig sind. So hat sich beispielsweise die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) gemäß ihrem Grundsatz „Humanes Leben im Alter" u. a. die Weiterentwicklung der Selbsthilfe zum Ziel gesetzt.

Ein weiteres Beispiel ist die Bundesseniorenvertretung (BSV), die als politische Interessenvertretung älterer Menschen Aktivitäten fördert, die ältere Menschen in die Lage versetzen, ihre gesellschaftlichen, politischen und sozialen Aufgaben besser mitzugestalten und zu vertreten.

Eine weitere Maßnahme zur Förderung von Selbsthilfe und Hilfe zur Selbsthilfe stellt das seit 1992 finanzierte Modellprogramm Seniorenbüro dar. Ziel dieses Modellprogramms ist es, das Engagement älterer Menschen zu fördern und neue Tätigkeitsfelder zu erschließen. In einigen Seniorenbüros sind Projekte speziell für ausländische Senioren und Seniorinnen entwickelt worden, die dem Erfahrungsaustausch und der Hilfe zur Selbsthilfe dienen. Auch die Integration von Aussiedlern ist in einigen Seniorenbüros Ziel von Einzelprojekten.

Hierdurch werden Erfahrungen gesammelt, die über das Modellprogramm hinaus eingesetzt werden kön-

nen. Die Bundesregierung hofft, daß es zu einem flächendeckenden Ausbau von Seniorenbüros im Anschluß an die Modellphase kommen wird.

In bezug auf Hilfen für überschuldete Familien hat die Bundesregierung bereits in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Wirtschaftliche Situation von Familien und deren soziale Auswirkungen" (Drucksache 12/6224 vom 24. November 1993, Antwort auf Frage 4.11) ausgeführt:

„Zur Zeit besteht das Hilfsangebot für überschuldete Familien vor allem in Form von Schuldnerberatung durch freie Träger und kommunale Stellen."

Zur Zeit wird eine Überarbeitung der genannten Ratgeberbroschüre vorbereitet. Die 5. Auflage wird Anfang nächsten Jahres verfügbar sein.

Aussiedler bzw. Spätaussiedler, ihre Ehegatten und Abkömmlinge sind Deutsche nach Artikel 116 des Grundgesetzes. An diesen Status knüpfen die Eingliederungshilfen an, die dazu beitragen sollen, Spätaussiedlern die Eingliederung in das berufliche, kulturelle und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern.

Der Bund unterstützt die Integration der Spätaussiedler vor Ort trotz der unumgänglichen Sparmaßnahmen weiterhin mit Leistungen in Milliardenhöhe: 1995 werden allein für Eingliederungshilfen und Sprachförderung 1,4 Mrd. DM bereitgestellt. Insgesamt stehen auf Bundesebene 1995 rd. 3,4 Mrd. DM für den Aussiedlerbereich zur Verfügung.

Hierin sind die allgemeinen Leistungen wie z. B. Wohngeld, Kindergeld, BAföG usw. nicht enthalten.

Der ganz überwiegende Teil der Bundesmittel fließt in das bewährte System der Aufnahme- und Eingliederungshilfen, deren Kern aus folgenden Leistungsbereichen besteht:

— Kostenübernahme für Rückführung und Erstaufnahme einschließlich der Unterhaltung aller Erstaufnahmeeinrichtungen,

— Sprachförderung und Eingliederungshilfe,

— Hilfen zugunsten jugendlicher Spätaussiedler,

— Ausbildungshilfen,

— Hilfen für die soziale Beratung und Betreuung von Wohlfahrts- und Vertriebenenverbänden,

— Förderung von Projekten zentraler Organisationen und Verbänden, die der Integration von Spätaussiedlern dienen.

Zusammen mit den Leistungen der Länder, Gemeinden, Kirchen, Verbände und vieler privater Institutionen stehen damit finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen zur Verfügung, die Gewähr dafür bieten, daß die jetzt nach Deutschland kommenden Spätaussiedler mit ihren großen Familien und zahlreichen Kindern in einem überschaubaren Zeitraum in das Leben in der Bundesrepublik Deutschland integriert werden.

Anlagen 1 bis 36

zur Antwort auf die Große Anfrage der Abgeordneten Konrad Gilges,
Gerd Andres, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD
„Armut in der Bundesrepublik Deutschland“
Drucksache 13/1527 vom 30. Mai 1995

Sozialhilfe nach dem BSHG
Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Altersgruppen

Jahr	Insgesamt			Davon nach Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren																				
				unter 7			7 bis 15			15 bis 18			18 bis 25			25 bis 50			50 bis 65			65 und älter		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Früheres Bundesgebiet																							
1985	1 397 783	580 912	816 871	175 671	88 988	86 683	211 422	107 144	104 278	83 522	41 009	42 513	174 717	72 358	102 359	462 430	192 276	270 154	147 037	55 017	92 020	142 984	24 120	118 864
1986	1 468 186	621 322	846 864	190 414	96 956	93 458	216 591	109 892	106 699	83 962	41 609	42 353	185 901	78 579	107 322	495 736	210 214	285 522	154 726	59 914	94 812	140 856	24 158	116 698
1987	1 552 210	660 192	892 018	209 803	107 093	102 710	231 293	117 271	114 022	84 568	42 049	42 519	188 477	77 758	110 719	532 136	225 016	307 120	165 908	66 161	99 747	140 025	24 844	115 181
1988	1 619 229	694 732	924 497	228 019	116 561	111 458	245 487	124 578	120 909	82 027	41 211	40 816	185 921	77 061	108 860	560 216	238 199	322 017	176 684	71 225	105 459	140 875	25 897	114 978
1989	1 737 273	760 300	976 973	253 921	130 391	123 530	261 557	133 297	128 260	82 249	41 856	40 393	195 225	84 357	110 868	605 703	261 708	343 995	193 038	79 803	113 235	145 580	28 888	116 692
1990	1 772 481	787 900	984 581	270 713	139 008	131 705	264 739	135 560	129 179	79 939	41 280	38 659	192 011	86 897	105 114	608 358	266 966	341 392	203 192	85 399	117 793	153 529	32 790	120 739
1991	1 818 739	805 822	1 012 917	298 015	152 684	145 331	275 871	141 197	134 674	82 576	42 152	40 424	189 615	85 778	103 837	619 883	266 752	353 131	202 844	86 050	116 794	149 935	31 209	118 726
1992	2 049 550	930 289	1 119 261	345 365	176 661	168 704	311 368	159 791	151 577	91 848	47 808	44 040	223 440	109 413	114 027	704 506	310 066	394 440	214 407	91 372	123 035	158 616	35 178	123 438
1993	2 162 494	969 484	1 193 010	370 964	190 115	180 849	327 157	167 915	159 242	97 225	49 789	47 436	218 048	99 585	118 463	758 568	324 181	434 387	229 823	99 915	129 908	160 709	37 984	122 725
	Neue Länder und Berlin-Ost																							
1991	217 348	101 536	115 812	47 674	24 214	23 460	34 680	17 735	16 945	8 236	4 040	4 196	30 024	11 336	18 688	76 473	35 458	41 015	16 462	8 159	8 303	3 799	594	3 205
1992	289 352	140 776	148 576	63 056	32 274	30 782	44 517	22 915	21 602	11 483	5 893	5 590	45 038	19 811	25 227	102 429	49 690	52 739	17 786	9 101	8 685	5 043	1 092	3 951
1993	287 877	137 221	150 656	63 347	32 412	30 935	44 042	22 619	21 423	12 442	6 297	6 145	40 307	15 431	24 876	102 907	49 267	53 640	18 235	9 381	8 854	6 597	1 814	4 783
	Deutschland																							
1991	2 036 087	907 358	1 128 729	345 689	176 898	168 791	310 551	158 932	151 619	90 812	46 192	44 620	219 639	97 114	122 525	696 356	302 210	394 146	219 306	94 209	125 097	153 734	31 803	121 931
1992	2 338 902	1 071 065	1 267 837	408 421	208 935	199 486	355 885	182 706	173 179	103 331	53 701	49 630	268 478	129 224	139 254	806 935	359 756	447 179	232 193	100 473	131 720	163 659	36 270	127 389
1993	2 450 371	1 106 705	1 343 666	434 311	222 527	211 784	371 199	190 534	180 665	109 667	56 086	53 581	258 355	115 016	143 339	861 475	373 448	488 027	248 058	109 296	138 762	167 306	39 798	127 508

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Anlage 2

Sozialhilfe nach dem BSHG
Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Altersgruppen

je 10 000 Einwohner *)

Jahr	Insgesamt			Davon nach Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren																				
				unter 7			7 bis 15			15 bis 18			18 bis 25			25 bis 50			50 bis 65			65 und älter		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Früheres Bundesgebiet																							
1985	229	199	257	424	419	429	426	423	428	298	285	312	236	190	285	212	172	253	137	110	160	157	77	198
1986	240	213	266	454	451	457	452	450	455	322	311	334	251	206	299	226	187	266	142	117	165	152	76	191
1987	254	225	281	499	497	502	493	487	499	350	340	362	260	209	313	241	199	284	149	124	173	149	77	186
1988	264	235	290	530	528	532	516	510	522	373	365	381	262	213	315	251	208	295	155	128	181	148	80	183
1989	280	254	304	571	572	571	534	530	538	404	400	408	281	237	327	267	226	311	164	138	190	151	88	184
1990	280	258	301	582	582	582	526	524	527	412	414	410	283	250	318	262	224	302	168	142	193	158	98	188
1991	284	259	307	616	615	617	537	536	539	433	429	436	293	258	329	263	220	308	164	139	189	152	92	184
1992	316	295	336	691	688	693	593	593	593	478	484	472	361	344	378	293	250	338	172	146	198	159	101	190
1993	330	304	355	725	724	727	608	608	608	503	500	506	374	334	417	309	256	364	184	159	208	158	106	187
	Neue Länder und Berlin-Ost																							
1991	138	134	141	365	361	368	200	200	201	163	156	171	219	161	281	137	125	149	53	54	51	18	9	22
1992	184	187	183	534	533	535	257	258	256	210	210	211	345	290	405	182	173	192	57	60	54	23	16	27
1993	185	182	187	600	598	602	255	256	255	210	206	214	321	232	420	183	171	196	58	62	55	30	25	32
	Deutschland																							
1991	254	234	272	555	553	556	452	451	454	375	371	379	280	241	320	237	200	276	142	123	160	128	78	153
1992	289	273	304	653	651	655	510	510	509	418	422	414	358	334	383	269	233	307	149	130	168	134	87	159
1993	301	280	321	700	699	701	522	523	522	433	430	436	365	315	417	283	239	331	158	140	176	135	92	159

*) Bevölkerungsstand: 31.12.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Sozialhilfe nach dem BSHG
Haushalte und Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Haushaltstyp

Typ des Haushalts oder Haushaltsteils	1985		1986		1987		1988		1989		1990		1991		1992		1993	
	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)
Früheres Bundesgebiet																		
Einzelne Haushaltsvorstände																		
Männer	155 551	155 551	174 407	174 407	183 374	183 374	184 409	184 409	203 774	203 774	221 338	221 338	218 717	218 717	256 569	256 569	242 614	242 614
Frauen	237 684	237 684	242 027	242 027	248 260	248 260	246 469	246 469	251 654	251 654	248 485	248 485	239 786	239 786	250 119	250 119	255 336	255 336
Sonstige einzelne Hilfeempfänger																		
Männlich	55 225	55 225	59 685	59 685	61 145	61 145	63 963	64 139	66 570	66 781	67 431	67 452	69 414	69 431	79 182	79 280	77 943	77 970
Weiblich	58 543	58 543	59 541	59 541	62 247	62 247	64 952	65 078	66 177	66 318	67 698	67 724	69 954	69 978	74 914	75 014	73 180	73 201
Ehepaare ohne Kinder	40 050	79 326	41 386	82 255	45 130	89 988	48 196	96 023	53 991	107 499	57 112	113 904	55 874	111 397	62 662	124 894	69 109	137 908
Ehepaare mit Kind(ern)	75 907	305 397	78 779	319 701	86 005	350 610	95 332	392 578	107 110	442 822	105 297	446 164	106 307	458 065	125 399	542 495	144 006	616 136
mit 1 Kind	29 115	86 600	29 785	88 743	32 762	97 849	35 081	104 679	38 733	115 483	36 180	108 080	35 060	104 970	40 890	122 095	47 405	141 890
mit 2 Kindern	27 142	108 014	27 643	109 789	29 983	119 438	33 446	133 118	38 005	151 410	35 963	143 569	35 218	140 253	41 191	164 216	49 137	196 222
mit 3 und mehr Kindern	19 650	110 783	21 351	121 169	23 260	133 323	26 805	154 781	30 372	175 929	33 154	194 515	36 029	212 842	43 318	256 184	47 464	278 024
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)																		
Männer mit Kind(ern)	5 465	14 305	5 748	15 015	6 063	15 755	6 314	16 352	7 130	18 585	7 551	20 022	7 097	18 938	8 224	22 005	8 349	22 236
mit 1 Kind	3 003	5 838	3 235	6 353	3 490	6 867	3 657	7 203	4 086	8 043	4 252	8 409	3 952	7 792	4 529	8 940	4 627	9 145
mit 2 Kindern	1 627	4 789	1 656	4 883	1 700	5 036	1 764	5 235	1 999	5 901	2 150	6 406	1 980	5 890	2 290	6 777	2 367	7 007
mit 3 und mehr Kindern	835	3 678	857	3 779	873	3 852	893	3 914	1 045	4 641	1 149	5 207	1 165	5 256	1 405	6 288	1 355	6 084
Frauen mit Kind(ern)	147 395	380 103	156 544	401 871	164 977	423 066	167 422	428 469	174 540	445 938	176 681	454 827	186 308	484 587	202 166	529 358	219 289	568 482
mit 1 Kind	80 971	159 743	87 669	173 608	93 779	186 138	95 739	190 021	100 266	198 133	100 705	199 477	104 275	207 249	110 940	220 127	121 677	241 162
mit 2 Kindern	47 001	138 637	48 952	144 108	51 105	151 212	51 365	151 894	52 889	156 136	53 522	158 571	57 026	169 232	62 769	185 885	68 110	201 320
mit 3 und mehr Kindern	19 423	81 723	19 923	84 155	20 093	85 716	20 318	86 554	21 385	91 669	22 454	96 779	25 007	108 106	28 457	123 346	29 502	126 000
Sonstige Haushalte mit 2 Personen																		
ohne Kinder	10 937	21 433	11 463	22 420	11 754	23 160	12 365	24 451	12 998	25 504	12 385	24 402	12 597	24 785	13 692	27 071	13 954	27 661
mit Kind(ern)	11 195	22 326	11 281	22 380	11 522	23 083	11 765	23 667	12 575	25 188	13 217	26 489	14 686	29 362	16 144	32 227	15 264	30 418
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen																		
ohne Kinder	3 048	9 639	2 947	9 345	2 916	9 272	3 134	10 231	3 552	11 593	3 291	10 939	3 866	13 070	4 564	15 582	4 361	15 030
mit Kind(ern)	15 494	58 251	15 676	59 539	16 271	62 250	17 376	67 363	18 282	71 617	17 685	70 735	20 285	80 623	23 723	94 936	24 108	95 502
Insgesamt	816 494	1 397 783	859 484	1 468 186	899 664	1 552 210	921 697	1 619 229	978 353	1 737 273	998 171	1 772 481	1 004 891	1 818 739	1 117 358	2 049 550	1 147 513	2 162 494

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Anlage 4

Sozialhilfe nach dem BSHG
Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Haushaltstyp

je 1 000 Haushalte *)

Typ des Haushalts oder Haushaltsteils	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Früheres Bundesgebiet									
Einzelne Haushaltsvorstände									
Männer	88	101	103	104	116	121	119	135	124
Frauen	49	50	52	51	52	52	49	51	52
Ehepaare ohne Kinder	6	7	7	8	8	9	8	9	10
Ehepaare mit Kind(ern)	9	9	10	11	12	12	12	14	16
mit 1 Kind	7	7	8	9	9	9	9	10	12
mit 2 Kindern	8	8	9	10	11	11	10	12	14
mit 3 und mehr Kindern	15	16	18	22	25	27	29	35	37
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)									
Männer mit Kind(ern)	20	20	21	21	25	26	23	27	26
mit 1 Kind	15	16	17	17	19	20	17	20	19
mit 2 Kindern	27	26	25	28	34	37	32	38	36
mit 3 und mehr Kindern	56	54	51	53	70	77	65	94	75
Frauen mit Kind(ern)	99	101	105	107	112	115	120	126	135
mit 1 Kind	78	81	84	86	89	92	94	97	106
mit 2 Kindern	142	138	146	148	156	156	166	174	183
mit 3 und mehr Kindern	173	181	191	197	223	231	260	287	286

*) Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Anlage 5

Sozialhilfe nach dem BSHG
Haushalte und Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Haushaltstyp

Typ des Haushalts oder Haushaltsteils	1991		1992		1993	
	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)	Haushalte	Empfänger (innen)
	Neue Länder und Berlin-Ost					
Einzelne Haushaltsvorstände						
Männer	28 205	28 205	44 082	44 082	38 024	38 024
Frauen	15 664	15 664	18 691	18 691	18 809	18 809
Sonstige einzelne Hilfeempfänger						
Männlich	2 373	2 376	3 962	3 965	5 792	5 794
Weiblich	1 250	1 256	2 379	2 382	3 406	3 408
Ehepaare ohne Kinder	4 886	9 735	6 355	12 679	6 102	12 179
Ehepaare mit Kind(ern)	14 923	62 904	19 013	79 367	18 180	76 620
mit 1 Kind	5 080	15 162	6 496	19 436	5 925	17 751
mit 2 Kindern	5 022	19 961	6 786	27 061	6 635	26 491
mit 3 und mehr Kindern	4 821	27 781	5 731	32 870	5 620	32 378
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)						
Männer mit Kind(ern)	936	2 451	1 282	3 364	1 151	3 020
mit 1 Kind	527	1 044	725	1 449	659	1 313
mit 2 Kindern	285	856	371	1 104	322	961
mit 3 und mehr Kindern	124	551	186	811	170	746
Frauen mit Kind(ern)	29 997	81 498	38 376	105 028	37 834	103 368
mit 1 Kind	15 665	31 261	19 520	38 973	19 343	38 602
mit 2 Kindern	9 132	27 287	12 079	36 113	11 871	35 502
mit 3 und mehr Kindern	5 200	22 950	6 777	29 942	6 620	29 264
Sonstige Haushalte mit 2 Personen						
ohne Kinder	1 359	2 699	1 578	3 129	2 110	4 192
mit Kind(ern)	284	567	552	1 109	832	1 664
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen						
ohne Kinder	148	490	215	725	315	1 077
mit Kind(ern)	2 486	9 503	3 922	14 831	5 127	19 722
Insgesamt	102 511	217 348	140 407	289 352	137 682	287 877
	Deutschland					
Einzelne Haushaltsvorstände						
Männer	246 922	246 922	300 651	300 651	280 638	280 638
Frauen	255 450	255 450	268 810	268 810	274 145	274 145
Sonstige einzelne Hilfeempfänger						
Männlich	71 787	71 807	83 144	83 245	83 735	83 764
Weiblich	71 204	71 234	77 293	77 396	76 586	76 609
Ehepaare ohne Kinder	60 760	121 132	69 017	137 573	75 211	150 087
Ehepaare mit Kind(ern)	121 230	520 969	144 412	621 862	162 186	692 756
mit 1 Kind	40 140	120 132	47 386	141 531	53 330	159 641
mit 2 Kindern	40 240	160 214	47 977	191 277	55 772	222 713
mit 3 und mehr Kindern	40 850	240 623	49 049	289 054	53 084	310 402
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)						
Männer mit Kind(ern)	8 033	21 389	9 506	25 369	9 500	25 256
mit 1 Kind	4 479	8 836	5 254	10 389	5 286	10 458
mit 2 Kindern	2 265	6 746	2 661	7 881	2 689	7 968
mit 3 und mehr Kindern	1 289	5 807	1 591	7 099	1 525	6 830
Frauen mit Kind(ern)	216 305	566 085	240 542	634 386	257 123	671 850
mit 1 Kind	119 940	238 510	130 460	259 100	141 020	279 764
mit 2 Kindern	66 158	196 519	74 848	221 998	79 981	236 822
mit 3 und mehr Kindern	30 207	131 056	35 234	153 288	36 122	155 264
Sonstige Haushalte mit 2 Personen						
ohne Kinder	13 956	27 484	15 270	30 200	16 064	31 853
mit Kind(ern)	14 970	29 929	16 696	33 336	16 096	32 082
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen						
ohne Kinder	4 014	13 560	4 779	16 307	4 676	16 107
mit Kind(ern)	22 771	90 126	27 645	109 767	29 235	115 224
Insgesamt	1 107 402	2 036 087	1 257 765	2 338 902	1 285 195	2 450 371

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Anlage 6

Sozialhilfe nach dem BSHG
Haushalte von Empfänger(n/innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Haushaltstyp

je 1 000 Haushalte*)

Typ des Haushalts oder Haushaltsteils	1991	1992	1993
Neue Länder und Berlin-Ost			
Einzelne Haushaltsvorstände			
Männer	61	94	77
Frauen	13	16	16
Ehepaare ohne Kinder	3	4	4
Ehepaare mit Kind(ern)	7	9	8
mit 1 Kind	5	6	6
mit 2 Kindern	5	7	7
mit 3 und mehr Kindern	24	29	30
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)			
Männer mit Kind(ern)	11	14	12
mit 1 Kind	8	11	10
mit 2 Kindern	15	21	17
mit 3 und mehr Kindern	41	37	34
Frauen mit Kind(ern)	51	65	63
mit 1 Kind	38	47	46
mit 2 Kindern	62	83	80
mit 3 und mehr Kindern	144	194	189
Deutschland			
Einzelne Haushaltsvorstände			
Männer	108	127	115
Frauen	42	44	45
Ehepaare ohne Kinder	7	8	9
Ehepaare mit Kind(ern)	11	13	15
mit 1 Kind	8	9	10
mit 2 Kindern	9	11	13
mit 3 und mehr Kindern	28	34	36
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)			
Männer mit Kind(ern)	20	24	23
mit 1 Kind	15	18	17
mit 2 Kindern	28	34	32
mit 3 und mehr Kindern	61	84	66
Frauen mit Kind(ern)	101	110	115
mit 1 Kind	79	84	90
mit 2 Kindern	135	148	154
mit 3 und mehr Kindern	229	263	262

*) Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Anlage 7

Sozialhilfe nach dem BSHG
Ausländische Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Altersgruppen

Jahr	Insgesamt			Davon nach Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren: unter 7			7 bis 15			15 bis 18			18 bis 25			25 bis 50			50 bis 65			65 und älter		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Früheres Bundesgebiet																							
1985	183 850	108 231	75 619	25 308	13 016	12 292	24 509	13 043	11 466	7 912	4 320	3 592	30 428	19 738	10 690	79 005	49 374	29 631	12 048	6 561	5 487	4 640	2 179	2 461
1986	239 209	141 281	97 928	34 685	18 136	16 549	33 046	17 583	15 463	10 965	6 025	4 940	39 880	25 724	14 156	100 926	63 602	37 324	14 566	7 795	6 771	5 141	2 416	2 725
1987	277 681	157 860	119 821	42 895	22 562	20 333	41 350	21 992	19 358	13 427	7 255	6 172	40 298	23 697	16 601	115 928	70 111	45 817	17 748	9 416	8 332	6 035	2 827	3 208
1988	348 035	194 830	153 205	57 063	29 880	27 183	54 092	28 626	25 466	17 231	9 559	7 672	48 166	27 419	20 747	142 843	84 822	58 021	21 364	11 151	10 213	7 276	3 373	3 903
1989	413 734	231 328	182 406	69 960	36 647	33 313	64 085	34 008	30 077	21 500	12 015	9 485	58 109	33 681	24 428	165 856	97 617	68 239	25 547	13 356	12 191	8 677	4 004	4 673
1990	483 342	274 820	208 522	82 138	42 969	39 169	73 367	38 870	34 497	24 830	14 075	10 755	72 865	44 147	28 718	190 203	114 712	75 491	29 133	15 143	13 990	10 806	4 904	5 902
1991	553 517	307 130	246 387	98 606	51 304	47 302	87 213	46 096	41 117	29 022	16 039	12 983	82 458	48 927	33 531	209 166	121 865	87 301	33 729	17 147	16 582	13 323	5 752	7 571
1992	713 235	401 700	311 535	125 592	65 145	60 447	110 080	57 925	52 155	36 768	20 829	15 939	116 219	72 735	43 484	266 868	157 059	109 809	41 255	20 834	20 421	16 453	7 173	9 280
1993	710 566	386 630	323 936	126 316	65 425	60 891	111 323	58 340	52 983	36 615	20 257	16 358	102 314	59 682	42 632	266 254	150 127	116 127	48 232	24 279	23 953	19 512	8 520	10 992
	Neue Länder und Berlin-Ost																							
1991	13 475	9 191	4 284	1 432	740	692	1 049	524	525	371	231	140	3 073	2 329	744	6 928	5 053	1 875	488	264	224	134	50	84
1992	44 959	31 075	13 884	4 551	2 352	2 199	3 944	2 063	1 881	1 542	994	548	12 064	9 505	2 559	21 371	15 401	5 970	1 145	630	515	342	130	212
1993	34 550	21 879	12 671	4 206	2 146	2 060	3 494	1 874	1 620	1 168	695	473	6 847	4 850	1 997	16 914	11 396	5 518	1 386	694	692	535	224	311
	Deutschland																							
1991	566 992	316 321	250 671	100 038	52 044	47 994	88 262	46 620	41 642	29 393	16 270	13 123	85 531	51 256	34 275	216 094	126 918	89 176	34 217	17 411	16 806	13 457	5 802	7 655
1992	758 194	432 775	325 419	130 143	67 497	62 646	114 024	59 988	54 036	38 310	21 823	16 487	128 283	82 240	46 043	288 239	172 460	115 779	42 400	21 464	20 936	16 795	7 303	9 492
1993	745 116	408 509	336 607	130 522	67 571	62 951	114 817	60 214	54 603	37 783	20 952	16 831	109 161	64 532	44 629	283 168	161 523	121 645	49 618	24 973	24 645	20 047	8 744	11 303

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe.

Anlage 8

Sozialhilfe nach dem BSHG
Ausländische Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Altersgruppen

je 10 000 Einwohner*)

Jahr	Insgesamt			Davon nach Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren																				
				unter 7			7 bis 15			15 bis 18			18 bis 25			25 bis 50			50 bis 65			65 und älter		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Früheres Bundesgebiet																							
1985	410	443	371	565	569	560	397	424	370	343	350	335	518	605	409	387	431	331	290	266	324	327	332	322
1986	513	557	461	762	780	744	537	572	501	436	455	416	633	736	505	478	539	401	327	294	374	334	341	329
1987	648	667	624	966	985	946	748	769	726	597	611	582	726	787	654	590	639	529	397	331	512	609	572	645
1988	753	768	734	1 188	1 207	1 168	928	947	908	704	740	665	786	845	719	683	729	625	428	353	557	652	614	690
1989	826	844	805	1 337	1 359	1 313	1 047	1 071	1 021	818	865	765	858	950	756	737	781	682	460	382	592	687	648	723
1990	887	919	848	1 432	1 454	1 408	1 149	1 172	1 123	893	956	821	963	1 114	798	781	843	702	469	389	602	756	710	798
1991	935	943	924	1 560	1 576	1 543	1 302	1 326	1 276	1 000	1 049	945	971	1 097	832	790	819	754	500	408	651	830	751	902
1992	1 103	1 122	1 079	1 813	1 829	1 796	1 567	1 588	1 544	1 232	1 314	1 138	1 195	1 397	962	924	957	880	562	459	728	935	858	1 005
1993	1 055	1 045	1 068	1 746	1 759	1 731	1 546	1 563	1 528	1 237	1 291	1 176	1 019	1 120	904	884	885	881	617	509	787	1 005	924	1 078
	Neue Länder und Berlin-Ost																							
1991	936	937	934	2 005	1 959	2 056	1 301	1 233	1 378	1 590	1 842	1 296	1 369	1 673	872	764	753	794	503	426	639	372	307	426
1992	2 200	2 193	2 217	3 451	3 397	3 511	2 958	2 918	3 003	3 610	4 268	2 822	3 637	4 173	2 463	1 732	1 666	1 929	915	772	1 185	766	654	857
1993	1 412	1 316	1 614	2 387	2 331	2 449	1 978	2 037	1 915	1 991	2 055	1 905	1 791	1 853	1 657	1 164	1 071	1 418	942	731	1 327	1 005	947	1 052
	Deutschland																							
1991	935	943	924	1 565	1 581	1 549	1 302	1 325	1 278	1 004	1 055	948	982	1 115	833	790	816	755	500	408	650	820	742	891
1992	1 137	1 163	1 104	1 844	1 859	1 828	1 593	1 613	1 571	1 265	1 357	1 161	1 276	1 514	996	957	995	906	568	465	735	931	853	1 001
1993	1 068	1 057	1 082	1 761	1 773	1 748	1 557	1 574	1 537	1 252	1 307	1 189	1 047	1 155	923	897	896	897	623	513	796	1 005	924	1 078

*) Bevölkerungsstand: 31. 12.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe

Anlage 9

Arbeitslose nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern im Bundesgebiet Ost Monatszahlen und Jahresdurchschnitte 1991 bis 1994

Landesarbeitsamtsbezirk	Ende des Monats												Jahresdurchschnitt
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
A. Nach Landesarbeitsamtsbezirken													
Männer und Frauen													
Nord[1])	166 329	166 718	161 187	153 040	142 440	137 340	138 266	136 772	129 352	125 417	124 872	130 280	143 600
Sachsen-Anhalt-Thüringen	474 825	477 894	460 961	444 387	424 893	405 358	410 034	399 460	379 281	362 068	352 639	364 534	415 840
Sachsen	365 941	366 936	355 445	342 755	328 054	318 916	327 124	316 035	293 768	281 086	274 843	287 130	323 370
Berlin-Brandenburg[2])	286 328	288 851	282 791	276 104	264 150	255 144	260 702	252 734	238 467	232 361	228 094	232 676	259 281
Bundesgebiet Ost 1994	1 293 423	1 300 399	1 260 384	1 216 286	1 159 537	1 116 758	1 136 126	1 105 001	1 040 868	1 000 932	980 448	1 014 620	1 142 090
1991	757 162	786 992	808 349	836 940	842 285	842 504	1 068 639	1 063 237	1 028 751	1 048 527	1 030 719	1 037 709	912 838
1992	1 343 449	1 290 375	1 220 138	1 195 962	1 149 140	1 123 202	1 188 234	1 168 732	1 110 751	1 097 452	1 086 464	1 100 749	1 170 261
1993	1 194 365	1 180 680	1 140 559	1 117 883	1 096 580	1 099 696	1 166 520	1 174 721	1 159 171	1 165 736	1 151 615	1 175 211	1 148 792
Männer													
Nord[1])	66 631	67 286	64 706	59 775	53 987	51 149	50 378	49 568	46 622	45 137	45 586	49 105	54 627
Sachsen-Anhalt-Thüringen	178 015	180 274	171 531	160 823	150 457	138 735	137 843	132 339	124 811	118 286	117 393	129 460	146 054
Sachsen	126 233	127 981	121 757	112 683	104 289	97 584	99 062	93 213	84 974	80 505	79 218	87 227	102 075
Berlin-Brandenburg[2])	111 799	114 315	111 788	107 312	101 393	95 727	96 417	93 046	87 912	85 640	84 941	89 199	98 690
Bundesgebiet Ost 1994	482 678	489 856	469 782	440 593	410 126	383 195	383 700	368 166	344 319	329 568	327 138	354 991	401 446
1991	342 212	356 546	361 826	367 811	365 466	360 112	443 146	432 692	411 259	407 161	399 587	402 999	382 877
1992	515 666	494 672	459 539	443 409	423 070	408 328	428 285	415 509	392 002	384 927	383 868	397 236	429 116
1993	451 323	450 800	433 014	411 927	396 514	391 741	414 836	414 052	401 594	400 638	397 873	421 471	414 472
Frauen													
Nord[1])	99 698	99 432	96 481	93 265	88 453	86 191	87 888	87 204	82 730	80 280	79 286	81 175	88 973
Sachsen-Anhalt-Thüringen	296 810	297 620	289 430	283 564	274 436	266 623	272 191	267 121	254 470	243 782	235 246	235 074	269 786
Sachsen	239 708	238 955	233 688	230 072	223 765	221 332	228 062	222 822	208 794	200 581	195 625	199 903	221 295
Berlin-Brandenburg[2])	174 529	174 536	171 003	168 792	162 757	159 417	164 285	159 688	150 555	146 721	143 153	143 477	160 591
Bundesgebiet Ost 1994	810 745	810 543	790 602	775 693	749 411	733 563	752 426	736 635	696 549	671 364	653 310	659 629	740 644
1991	414 950	430 446	446 523	469 129	476 819	482 392	625 493	630 545	617 492	641 366	631 132	634 710	529 961
1992	827 783	795 703	760 599	752 553	726 070	714 874	759 949	753 223	718 749	712 525	702 596	703 513	741 145
1993	743 042	729 880	707 545	705 956	700 066	707 955	751 684	760 669	757 577	765 098	753 742	753 740	734 320
B. Nach Bundesländern													
Männer und Frauen													
Mecklenburg-Vorpommern	166 329	166 718	161 187	153 040	142 440	137 340	138 266	136 772	129 352	125 417	124 872	130 280	143 600
Brandenburg	198 719	200 922	196 655	190 765	182 115	176 053	178 124	171 440	163 500	160 014	157 399	161 222	178 842
Sachsen-Anhalt	251 616	254 535	249 254	244 572	234 922	226 316	225 913	216 192	204 546	194 985	190 143	195 213	225 435
Sachsen	365 941	366 936	355 445	342 755	328 054	318 916	327 124	316 035	293 768	281 086	274 843	287 130	323 370
Thüringen	223 209	223 359	211 707	199 815	189 971	179 042	184 121	183 268	174 735	167 083	162 496	169 321	190 405
Berlin (Ost)	87 609	87 929	86 136	85 339	82 035	79 091	82 578	81 294	74 967	72 347	70 695	71 454	80 438
Bundesgebiet Ost 1994	1 293 423	1 300 399	1 260 384	1 216 286	1 159 537	1 116 758	1 136 126	1 105 001	1 040 868	1 000 932	980 448	1 014 620	1 142 090
1991	757 162	786 992	808 349	836 940	842 285	842 504	1 068 639	1 063 237	1 028 751	1 048 527	1 030 719	1 037 709	912 838
1992	1 343 449	1 290 375	1 220 138	1 195 962	1 149 140	1 123 202	1 188 234	1 168 732	1 110 751	1 097 452	1 086 464	1 100 749	1 170 261
1993	1 194 365	1 180 680	1 140 559	1 117 883	1 096 580	1 099 696	1 166 520	1 174 721	1 159 171	1 165 736	1 151 615	1 175 211	1 148 792
Männer													
Mecklenburg-Vorpommern	66 631	67 286	64 706	59 775	53 987	51 149	50 378	49 568	46 622	45 137	45 586	49 105	54 627
Brandenburg	71 635	73 529	71 618	67 948	63 815	59 752	59 217	56 331	53 653	52 319	52 013	55 305	61 734
Sachsen-Anhalt	95 669	97 299	94 695	90 946	85 684	79 571	78 253	73 666	69 127	65 806	65 532	71 860	81 212
Sachsen	126 233	127 981	121 757	112 683	104 289	97 584	99 062	93 213	84 974	80 505	79 218	87 227	102 075
Thüringen	82 346	82 975	76 836	69 877	64 773	59 164	55 590	58 673	55 684	52 480	51 861	57 600	64 842
Berlin (Ost)	40 164	40 786	40 170	39 364	37 578	35 975	37 200	36 715	34 259	33 321	32 928	33 894	36 956
Bundesgebiet Ost 1994	482 678	489 856	469 782	440 593	410 126	383 195	383 700	368 166	344 319	329 568	327 138	354 991	401 446
1991	342 212	356 546	361 826	367 811	365 466	360 112	443 146	432 692	411 259	407 161	399 587	402 999	382 877
1992	515 666	494 672	459 539	443 409	423 070	408 328	428 285	415 509	392 002	384 927	383 868	397 236	429 116
1993	451 323	450 800	433 014	411 927	396 514	391 741	414 836	414 052	401 594	400 638	397 873	421 471	414 472
Frauen													
Mecklenburg-Vorpommern	99 698	99 432	96 481	93 265	88 453	86 191	87 888	87 204	82 730	80 280	79 286	81 175	88 973
Brandenburg	127 084	127 393	125 037	122 817	118 300	116 301	118 907	115 109	109 847	107 695	105 386	105 917	117 108
Sachsen-Anhalt	155 947	157 236	154 559	153 626	149 238	146 745	147 660	142 526	135 419	129 179	124 611	123 353	144 223
Sachsen	239 708	238 955	233 688	230 072	223 765	221 332	228 062	222 822	208 794	200 581	195 625	199 903	221 295
Thüringen	140 863	140 384	134 871	129 938	125 198	119 878	124 531	124 595	119 051	114 603	110 635	111 721	125 562
Berlin (Ost)	47 445	47 143	45 966	45 975	44 457	43 116	45 378	44 579	40 708	39 026	37 767	37 560	43 482
Bundesgebiet Ost 1994	810 745	810 543	790 602	775 693	749 411	733 563	752 426	736 835	696 549	671 364	653 310	659 629	740 644
1991	414 950	430 446	446 523	469 129	476 819	482 392	625 493	630 545	617 492	641 366	631 132	634 710	529 961
1992	827 783	795 703	760 599	752 553	726 070	714 874	759 949	753 223	718 749	712 525	702 596	703 513	741 145
1993	743 042	729 880	707 545	705 956	700 066	707 955	751 684	760 669	757 577	765 098	753 742	753 740	734 320

1) Nur Mecklenburg-Vorpommern.
2) Nur Berlin (Ost) und Brandenburg.

Jahreszahlen 1994

Anlage 10

Empfänger von Arbeitslosengeld[1]) nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen

Ende Oktober 1985

– Insgesamt –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.		bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	2 470	1 026	418	192	166	181	69	1 444	1 291	76	30	26	21
200,– bis unter 400,–	52 914	25 772	8 039	6 879	3 449	4 751	2 654	27 142	24 873	914	321	482	552
400,– bis unter 600,–	104 871	65 366	11 317	25 069	9 954	11 959	7 067	39 505	30 423	3 679	1 375	1 858	2 170
unter 600,–	160 255	92 164	19 774	32 140	13 569	16 891	9 790	68 091	56 587	4 669	1 726	2 366	2 743
600,– bis unter 800,–	122 507	72 081	11 073	29 641	11 665	11 889	7 813	50 426	30 916	9 734	3 136	3 480	3 160
800,– bis unter 1 000,–	123 806	50 585	4 704	17 290	8 537	10 333	9 721	73 221	31 095	22 070	7 273	7 169	5 614
1 000,– bis unter 1 200,–	117 100	68 366	2 975	17 313	11 993	15 731	20 354	48 734	10 558	17 752	7 920	6 671	5 833
600,– bis unter 1 200,–	363 413	191 032	18 752	64 244	32 195	37 953	37 888	172 381	72 569	49 556	18 329	17 320	14 607
1 200,– bis unter 1 400,–	67 309	52 266	765	9 999	10 003	12 021	19 478	15 043	876	5 391	3 800	2 464	2 512
1 400,– bis unter 1 600,–	29 222	23 783	140	3 725	5 074	4 998	9 846	5 439	103	1 581	1 799	942	1 014
1 600,– bis unter 1 800,–	15 643	12 867	36	1 457	2 562	2 672	6 140	2 776	40	465	960	589	722
1 200,– bis unter 1 800,–	112 174	88 916	941	15 181	17 639	19 691	35 464	23 258	1 019	7 437	6 559	3 995	4 248
1 800,– bis unter 2 000,–	8 284	8 071	11	753	1 581	1 599	4 127	213	1	14	78	77	43
2 000,– bis unter 2 200,–	5 439	5 297	6	331	981	986	2 993	142	–	5	37	43	57
2 200,– bis 2 397,–	9 068	9 064	3	406	1 707	1 807	5 141	4	–	1	–	–	3
1 800,– bis 2 397,–	22 791	22 432	20	1 490	4 269	4 392	12 261	359	1	20	115	120	103
Summe [2])	658 633	394 544	39 487	113 055	67 672	78 927	95 403	264 089	130 176	61 682	26 729	23 801	21 701
Durchschnittsbetrag	918,–	981,–	630,–	838,–	1 027,–	1 012,–	1 239,–	823,–	661,–	955,–	1 045,–	979,–	982,–
					– Prozentzahlen –								
unter 200,–	0,4	0,3	1,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,5	1,0	0,1	0,1	0,1	0,1
200,– bis unter 400,–	8,0	6,5	20,4	6,1	5,1	6,0	2,8	10,3	19,1	1,5	1,2	2,0	2,5
400,– bis unter 600,–	15,9	16,6	27,7	22,2	14,7	15,2	7,4	15,0	23,4	6,0	5,1	7,8	10,0
unter 600,–	24,3	23,4	50,1	28,4	20,1	21,4	10,3	25,8	43,5	7,6	6,5	9,9	12,6
600,– bis unter 800,–	18,6	18,3	28,0	26,2	17,2	15,1	8,2	19,1	23,7	15,8	11,7	14,6	14,6
800,– bis unter 1 000,–	18,8	12,8	11,9	15,3	12,6	13,1	10,2	27,7	23,9	35,8	27,2	30,1	25,9
1 000,– bis unter 1 200,–	17,8	17,3	7,5	15,3	17,7	19,9	21,3	18,5	8,1	28,8	29,6	28,0	26,9
600,– bis unter 1 200,–	55,2	48,4	47,5	56,8	47,6	48,1	39,7	65,3	55,7	80,3	68,6	72,8	67,3
1 200,– bis unter 1 400,–	10,2	13,2	1,9	8,8	14,8	15,2	20,5	5,7	0,7	8,7	14,2	10,4	11,6
1 400,– bis unter 1 600,–	4,4	6,0	0,4	3,3	7,5	6,3	10,3	2,1	0,1	2,6	6,7	4,0	4,7
1 600,– bis unter 1 800,–	2,4	3,3	0,1	1,3	3,8	3,4	6,4	1,1	0,0	0,8	3,6	2,5	3,3
1 200,– bis unter 1 800,–	17,0	22,5	2,4	13,4	26,1	24,9	37,2	8,8	0,8	12,1	24,5	16,8	19,6
1 800,– bis unter 2 000,–	1,3	2,0	0,0	0,7	2,3	2,0	4,3	0,1	0,0	0,0	0,3	0,3	0,2
2 000,– bis unter 2 200,–	0,8	1,3	0,0	0,3	1,4	1,2	3,1	0,1	–	0,0	0,1	0,2	0,3
2 200,– bis 2 397,–	1,4	2,3	0,0	0,4	2,5	2,3	5,4	0,0	–	0,0	–	–	0,0
1 800,– bis 2 397,–	3,5	5,7	0,1	1,3	6,3	5,6	12,9	0,1	0,0	0,0	0,4	0,5	0,5
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Leistungsempfänger, die am Auswertungsstichtag, dem 29. Oktober 1985, im EDV-gestützten Zahlungssystem erfaßt waren. Weitere methodische Hinweise siehe ANBA Nr. 3/1985, S. 193.

2) Abweichungen gegenüber Übersicht II/8 aus auswertungstechnischen Gründen.

Anlage 11

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen

Ende Oktober 1985

– Männer –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	287	54	7	5	8	11	23	233	176	37	8	5	7
200,– bis unter 400,–	8 772	573	145	118	92	100	118	8 199	7 636	324	82	93	64
400,– bis unter 600,–	20 105	1 805	331	455	311	340	368	18 300	16 257	1 217	344	309	173
unter 600,–	29 164	2 432	483	578	411	451	509	26 732	24 069	1 578	434	407	244
600,– bis unter 800,–	23 492	6 200	756	1 857	1 225	1 275	1 087	17 292	11 071	3 707	1 163	920	431
800,– bis unter 1 000,–	65 273	18 143	1 386	4 604	3 215	4 414	4 524	47 130	22 440	13 924	4 594	4 078	2 094
1 000,– bis unter 1 200,–	83 289	48 464	1 783	9 487	8 182	12 123	16 889	34 825	9 072	12 019	5 505	4 731	3 498
600,– bis unter 1 200,–	172 054	72 807	3 925	15 948	12 622	17 812	22 500	99 247	42 583	29 650	11 262	9 729	6 023
1 200,– bis unter 1 400,–	53 463	44 131	627	6 788	8 171	10 500	18 045	9 332	729	3 327	2 269	1 541	1 466
1 400,– bis unter 1 600,–	24 371	20 978	128	2 735	4 307	4 512	9 296	3 393	91	964	1 127	600	611
1 600,– bis unter 1 800,–	13 828	11 825	33	1 171	2 261	2 481	5 879	2 003	37	319	685	438	524
1 200,– bis unter 1 800,–	91 662	76 934	788	10 694	14 739	17 493	33 220	14 728	857	4 610	4 081	2 579	2 601
1 800,– bis unter 2 000,–	7 774	7 653	11	623	1 464	1 517	4 038	121	1	4	27	48	41
2 000,– bis unter 2 200,–	5 243	5 134	6	294	933	956	2 945	109	–	3	20	33	53
2 200,– bis 2 397,–	8 936	8 933	3	388	1 661	1 775	5 106	3	–	–	–	–	3
1 800,– bis 2 397,–	21 953	21 720	20	1 305	4 058	4 248	12 089	233	1	7	47	81	97
Summe*)	314 833	173 893	5 216	28 525	31 830	40 004	68 318	140 940	67 510	35 845	15 824	12 796	8 965
Durchschnittsbetrag	1 136	1 331	975	1 191	1 343	1 310	1 423	895	736	993	1 068	1 082	1 129
– Prozentzahlen –													
unter 200,–	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3	0,1	0,1	0,0	0,1
200,– bis unter 400,–	2,8	0,3	2,8	0,4	0,3	0,2	0,2	5,8	11,3	0,9	0,5	0,7	0,7
400,– bis unter 600,–	6,4	1,0	6,3	1,6	1,0	0,8	0,5	13,0	24,1	3,4	2,2	2,4	1,9
unter 600,–	9,3	1,4	9,3	2,0	1,3	1,1	0,7	19,0	35,7	4,4	2,7	3,2	2,7
600,– bis unter 800,–	7,5	3,6	14,5	6,5	3,8	3,2	1,6	12,3	16,4	10,3	7,3	7,2	4,8
800,– bis unter 1 000,–	20,7	10,4	26,6	16,1	10,1	11,0	6,6	33,4	33,2	38,8	29,0	31,9	23,4
1 000,– bis unter 1 200,–	26,5	27,9	34,2	33,3	25,7	30,3	24,7	24,7	13,4	33,5	34,8	37,0	39,0
600,– bis unter 1 200,–	54,6	41,9	75,2	55,9	39,7	44,5	32,9	70,4	63,1	82,7	71,2	76,0	67,2
1 200,– bis unter 1 400,–	17,0	25,4	12,0	23,8	25,7	26,2	26,4	6,6	1,1	9,3	14,3	12,0	16,4
1 400,– bis unter 1 600,–	7,7	12,1	2,5	9,6	13,5	11,3	13,6	2,4	0,1	2,7	7,1	4,7	6,8
1 600,– bis unter 1 800,–	4,4	6,8	0,6	4,1	7,1	6,2	8,6	1,4	0,1	0,9	4,3	3,4	5,8
1 200,– bis unter 1 800,–	29,1	44,2	15,1	37,5	46,3	43,7	48,6	10,4	1,3	12,9	25,8	20,2	29,0
1 800,– bis unter 2 000,–	2,5	4,4	0,2	2,2	4,6	3,8	5,9	0,1	0,0	0,0	0,2	0,4	0,5
2 000,– bis unter 2 200,–	1,7	3,0	0,1	1,0	2,9	2,4	4,3	0,1	–	0,0	0,1	0,3	0,6
2 200,– bis 2 397,–	2,8	5,1	0,1	1,4	5,2	4,4	7,5	0,0	–	–	–	–	0,0
1 800,– bis 2 397,–	7,0	12,5	0,4	4,6	12,7	10,6	17,7	0,2	0,0	0,0	0,3	0,6	1,1
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Abweichungen gegenüber Übersicht II/9. aus auswertungstechnischen Gründen.

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 12

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen

Ende Oktober 1985

– Frauen –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	2 183	972	411	187	158	170	46	1 211	1 115	39	22	21	14
200,– bis unter 400,–	44 142	25 199	7 894	6 761	3 357	4 651	2 536	18 943	17 237	590	239	389	488
400,– bis unter 600,–	84 766	63 561	10 986	24 614	9 643	11 619	6 699	21 205	14 166	2 462	1 031	1 549	1 997
unter 600,–	131 091	89 732	19 291	31 562	13 158	16 440	9 281	41 359	32 518	3 091	1 292	1 959	2 499
600,– bis unter 800,–	99 015	65 881	10 317	27 784	10 440	10 614	6 726	33 134	19 845	6 027	1 973	2 560	2 729
800,– bis unter 1 000,–	58 533	32 442	3 318	12 686	5 322	5 919	5 197	26 091	8 655	8 146	2 679	3 091	3 520
1 000,– bis unter 1 200,–	33 811	19 902	1 192	7 826	3 811	3 608	3 465	13 909	1 486	5 733	2 425	1 940	2 335
600,– bis unter 1 200,–	191 359	118 225	14 827	48 296	19 573	20 141	15 388	73 134	29 986	19 906	7 067	7 591	8 584
1 200,– bis unter 1 400,–	13 846	8 135	138	3 211	1 832	1 521	1 433	5 711	147	2 064	1 531	923	1 046
1 400,– bis unter 1 600,–	4 851	2 805	12	990	767	486	550	2 046	12	617	672	342	403
1 600,– bis unter 1 800,–	1 815	1 042	3	286	301	191	261	773	3	146	275	151	198
1 200,– bis unter 1 800,–	20 512	11 982	153	4 487	2 900	2 198	2 244	8 530	162	2 827	2 478	1 416	1 647
1 800,– bis unter 2 000,–	510	418	–	130	117	82	89	92	–	10	51	29	2
2 000,– bis unter 2 200,–	196	163	–	37	48	30	48	33	–	2	17	10	4
2 200,– bis 2 397,–	132	131	–	18	46	32	35	1	–	1	–	–	–
1 800,– bis 2 397,–	838	712	–	185	211	144	172	126	–	13	68	39	6
Summe*)	343 800	220 651	34 271	84 530	35 842	38 923	27 085	123 149	62 666	25 837	10 905	11 005	12 736
Durchschnittsbetrag	718	706	577	719	747	706	773	741	580	901	982	882	879
– Prozentzahlen –													
unter 200,–	0,6	0,4	1,2	0,2	0,4	0,4	0,2	1,0	1,8	0,2	0,2	0,2	0,1
200,– bis unter 400,–	12,8	11,4	23,0	8,0	9,4	11,9	9,4	15,4	27,5	2,3	2,2	3,5	3,8
400,– bis unter 600,–	24,7	28,8	32,1	29,1	26,9	29,9	24,7	17,2	22,6	9,5	9,5	14,1	15,7
unter 600,–	38,1	40,7	56,3	37,3	36,7	42,2	34,3	33,6	51,9	12,0	11,8	17,8	19,6
600,– bis unter 800,–	28,8	29,9	30,1	32,9	29,1	27,3	24,8	26,9	31,7	23,3	18,1	23,3	21,4
800,– bis unter 1 000,–	17,0	14,7	9,7	15,0	14,8	15,2	19,2	21,2	13,8	31,5	24,6	28,1	27,6
1 000,– bis unter 1 200,–	9,8	9,0	3,5	9,3	10,6	9,3	12,8	11,3	2,4	22,2	22,1	17,6	18,3
600,– bis unter 1 200,–	55,7	53,6	43,3	57,1	54,6	51,7	56,8	59,4	47,9	77,0	64,8	69,0	67,4
1 200,– bis unter 1 400,–	4,0	3,7	0,4	3,8	5,1	3,9	5,3	4,6	0,2	8,0	14,0	8,4	8,2
1 400,– bis unter 1 600,–	1,4	1,3	0,0	1,2	2,1	1,2	2,0	1,7	0,0	2,4	6,2	3,1	3,2
1 600,– bis unter 1 800,–	0,5	0,5	0,0	0,3	0,8	0,5	1,0	0,6	0,0	0,6	2,5	1,4	1,6
1 200,– bis unter 1 800,–	6,0	5,4	0,4	5,3	8,1	5,6	8,3	6,9	0,3	10,9	22,7	12,9	12,9
1 800,– bis unter 2 000,–	0,1	0,2	–	0,2	0,3	0,2	0,3	0,1	–	0,0	0,5	0,3	0,0
2 000,– bis unter 2 200,–	0,1	0,1	–	0,0	0,1	0,1	0,2	0,0	–	0,0	0,2	0,1	0,0
2 200,– bis 2 397,–	0,0	0,1	–	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	–	0,0	–	–	–
1 800,– bis 2 397,–	0,2	0,3	–	0,2	0,6	0,4	0,6	0,1	–	0,1	0,6	0,4	0,0
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Abweichungen gegenüber Übersicht II/10. aus auswertungstechnischen Gründen.

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 13

Empfänger von Arbeitslosengeld[1]) nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Leistungsgruppen[2])

Ende Oktober 1985

– Insgesamt –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern) insgesamt	mit Kind(ern) Leistungsgruppe A	B	C	D	E	ohne Kinder insgesamt	ohne Kinder Leistungsgruppe A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	2 470	676	37	86	33	520	–	1 794	1 379	7	45	357	6
200,– bis unter 400,–	52 914	15 171	561	857	619	13 126	8	37 743	27 092	129	825	9 643	54
400,– bis unter 600,–	104 871	41 195	4 523	2 896	2 071	31 688	17	63 676	40 199	423	3 439	19 520	95
unter 600,–	160 255	57 042	5 121	3 839	2 723	45 334	25	103 213	68 670	559	4 309	29 520	155
600,– bis unter 800,–	122 507	42 921	7 170	4 609	3 757	27 364	21	79 586	54 522	979	5 043	18 971	71
800,– bis unter 1 000,–	123 807	26 920	10 064	5 393	5 968	5 473	2	96 887	84 445	1 969	9 491	961	1
1 000,– bis unter 1 200,–	117 102	33 973	11 889	6 269	15 693	122	–	83 129	59 623	2 977	20 458	71	–
600,– bis unter 1 200,–	363 416	103 814	29 143	16 271	25 418	32 959	23	259 602	198 590	5 925	34 992	20 023	72
1 200,– bis unter 1 400,–	67 310	29 410	5 292	4 513	19 605	–	–	37 900	17 986	1 328	18 586	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	29 223	13 845	1 670	1 633	10 541	1	–	15 378	6 119	419	8 840	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	15 643	6 690	575	581	5 534	–	–	8 933	3 196	165	5 592	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	112 176	49 945	7 537	6 727	35 680	1	–	62 231	27 301	1 912	33 018	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	8 284	4 419	285	275	3 859	–	–	3 865	–	123	3 742	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	5 439	2 740	–	187	2 553	–	–	2 699	–	–	2 699	–	–
2 200,– bis 2 397,–	9 068	5 503	–	–	5 503	–	–	3 565	–	–	3 565	–	–
1 800,– bis 2 397,–	22 791	12 662	285	462	11 915	–	–	10 129	–	123	10 006	–	–
Summe	658 638	223 463	42 086	27 299	75 736	78 294	48	435 175	294 561	8 519	82 325	49 543	227
Durchschnittsbetrag	918	966	969	992	1 366	567	577	894	841	1 045	1 275	458	509
					– Prozentzahlen –								
unter 200,–	0,4	0,3	0,1	0,3	0,0	0,7	–	0,4	0,5	0,1	0,1	0,7	2,6
200,– bis unter 400,–	8,0	6,8	1,3	3,1	0,8	16,8	16,7	8,7	9,2	1,5	1,0	19,5	23,8
400,– bis unter 600,–	15,9	18,4	10,7	10,6	2,7	40,5	35,4	14,6	13,6	5,0	4,2	39,4	41,9
unter 600,–	24,3	25,5	12,2	14,1	3,6	57,9	52,1	23,7	23,3	6,6	5,2	59,6	68,3
600,– bis unter 800,–	18,6	19,2	17,0	16,9	5,0	35,0	43,8	18,3	18,5	11,5	6,1	38,3	31,3
800,– bis unter 1 000,–	18,8	12,0	24,0	19,8	7,9	7,0	4,2	22,3	28,7	23,1	11,5	2,0	0,4
1 000,– bis unter 1 200,–	17,8	15,2	28,2	23,0	20,7	0,2	–	19,1	20,2	34,9	24,9	0,1	–
600,– bis unter 1 200,–	55,2	46,5	69,2	59,6	33,6	42,1	47,9	59,7	67,4	69,6	42,5	40,4	31,7
1 200,– bis unter 1 400,–	10,2	13,2	12,6	16,5	25,9	–	–	8,7	6,1	15,6	22,6	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	4,4	6,2	4,0	6,0	13,9	0,0	–	3,5	2,1	4,9	10,7	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	2,4	3,0	1,4	2,1	7,3	–	–	2,1	1,1	1,9	6,8	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	17,0	22,4	17,9	24,6	47,1	0,0	–	14,3	9,3	22,4	40,1	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	1,3	2,0	0,7	1,0	5,1	–	–	0,9	–	1,4	4,5	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	0,8	1,2	–	0,7	3,4	–	–	0,6	–	–	3,3	–	–
2 200,– bis 2 397,–	1,4	2,5	–	–	7,3	–	–	0,8	–	–	4,3	–	–
1 800,– bis 2 397,–	3,5	5,7	0,7	1,7	15,7	–	–	2,3	–	1,4	12,2	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Leistungsempfänger, die am Auswertungsstichtag, dem 29. Oktober 1985 im EDV-gestützten Zahlungssystem erfaßt waren. Weitere methodische Hinweise siehe ANBA Nr. 3/1985, S. 193.

2) Leistungsgruppen – Leistungsgruppe A: Nichtverheiratete Arbeitnehmer ohne Kinder und verheiratete Arbeitnehmer mit St.-Kl. IV; Leistungsgruppe B: Nichtverheiratete Arbeitnehmer mit mind. einem Kind und verheiratete Arbeitnehmer mit St.-Kl. I oder II; Leistungsgruppe C: Verheiratete Arbeitnehmer mit St.-Kl. III; Leistungsgruppe D: Verheiratete Arbeitnehmer mit St.-Kl. V; Leistungsgruppe E: Arbeitnehmer mit St.-Kl. VI.
Steuerklassen (Stand: 1985) Steuerklasse I gilt für ledige und geschiedene Arbeitnehmer sowie für verheiratete Arbeitnehmer, deren Ehegatte im Ausland wohnt oder die von ihrem Ehegatten dauernd getrennt leben. Verwitwete Arbeitnehmer gehören ebenfalls in die Steuerklasse I, wenn der Ehegatte vor 1984 verstorben ist; Steuerklasse II gilt für die zu Steuerklasse I genannten Arbeitnehmer, wenn mindestens ein Kind auf der Lohnsteuerkarte eingetragen ist; Steuerklasse III gilt für verheiratete Arbeitnehmer, wenn beide Ehegatten im Inland wohnen, nicht dauernd getrennt leben und der Ehegatte des Arbeitnehmers keinen Arbeitslohn bezieht oder Arbeitslohn bezieht und in die Steuerklasse V eingereiht wird. Verwitwete Arbeitnehmer gehören nur dann in Steuerklasse III, wenn der Ehegatte im Kalenderjahr 1984 verstorben ist, beide am Todestag im Inland gewohnt und nicht dauernd getrennt gelebt haben; Steuerklasse IV gilt für verheiratete Arbeitnehmer, wenn beide Ehegatten Arbeitslohn beziehen, im Inland wohnen und nicht dauernd getrennt leben; Steuerklasse V tritt für einen der Ehegatten an die Stelle der Steuerklasse IV, wenn der andere Ehegatte in die Steuerklasse III eingereiht wird; Steuerklasse VI ist auf der zweiten oder weiteren Lohnsteuerkarte von Arbeitnehmern zu bescheinigen, die nebeneinander von mehreren Arbeitgebern Arbeitslohn beziehen.

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 14

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Leistungsgruppen

Ende Oktober 1985

– Männer –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	287	23	5	1	15	2	–	264	238	1	18	6	1
200,– bis unter 400,–	8 772	205	31	10	91	71	2	8 567	8 267	16	111	164	9
400,– bis unter 600,–	20 105	735	155	43	337	194	6	19 370	18 599	78	411	301	21
unter 600,–	29 164	963	191	54	443	267	8	28 201	27 064	95	540	471	31
600,– bis unter 800,–	23 492	2 126	367	123	840	784	12	21 366	18 216	214	827	2 062	47
800,– bis unter 1 000,–	65 274	6 801	2 254	556	3 356	633	2	58 473	52 149	1 038	4 992	293	1
1 000,– bis unter 1 200,–	83 290	21 141	5 098	2 429	13 573	41	–	62 149	42 411	2 390	17 307	41	–
600,– bis unter 1 200,–	172 056	30 068	7 719	3 108	17 769	1 458	14	141 988	112 776	3 642	23 126	2 396	48
1 200,– bis unter 1 400,–	53 463	23 454	2 679	2 445	18 330	–	–	30 009	11 830	1 116	17 063	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	24 371	11 638	936	775	9 927	–	–	12 733	4 237	343	8 153	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	13 828	5 969	370	308	5 291	–	–	7 895	2 474	148	5 237	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	91 662	41 061	3 985	3 528	33 548	–	–	50 601	18 541	1 607	30 453	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	7 774	4 079	215	167	3 697	–	–	3 695	–	119	3 576	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	5 243	2 620	–	145	2 475	–	–	2 623	–	–	2 623	–	–
2 200,– bis 2 397,–	8 936	5 427	–	–	5 427	–	–	3 509	–	–	3 509	–	–
1 800,– bis 2 397,–	21 953	12 126	215	312	11 599	–	–	9 827	–	119	9 708	–	–
Summe	314 835	84 218	12 110	7 002	63 359	1 725	22	230 617	158 381	5 463	63 827	2 867	79
Durchschnittsbetrag	1 136	1 379	1 156	1 260	1 452	748	647	1 047	914	1 141	1 385	698	597
						– Prozentzahlen –							
unter 200,–	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	–	0,1	0,2	0,0	0,0	0,2	1,3
200,– bis unter 400,–	2,8	0,2	0,3	0,1	0,1	4,1	9,1	3,7	5,2	0,3	0,2	5,7	11,4
400,– bis unter 600,–	6,4	0,9	1,3	0,6	0,5	11,2	27,3	8,4	11,7	1,4	0,6	10,5	26,6
unter 600,–	9,3	1,1	1,6	0,8	0,7	15,5	36,4	12,2	17,1	1,7	0,8	16,4	39,2
600,– bis unter 800,–	7,5	2,5	3,0	1,8	1,3	45,4	54,5	9,3	11,5	3,9	1,3	71,9	59,5
800,– bis unter 1 000,–	20,7	8,1	18,6	7,9	5,3	36,7	9,1	25,4	32,9	19,0	7,8	10,2	1,3
1 000,– bis unter 1 200,–	26,5	25,1	42,1	34,7	21,4	2,4	–	26,9	26,8	43,7	27,1	1,4	–
600,– bis unter 1 200,–	54,6	35,7	63,7	44,4	28,0	84,5	63,6	61,6	71,2	66,7	36,2	83,6	60,8
1 200,– bis unter 1 400,–	17,0	27,8	22,1	34,9	28,9	–	–	13,0	7,5	20,4	26,7	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	7,7	13,8	7,7	11,1	15,7	–	–	5,5	2,7	6,3	12,8	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	4,4	7,1	3,1	4,4	8,4	–	–	3,4	1,6	2,7	8,2	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	29,1	48,8	32,9	50,4	52,9	–	–	21,9	11,7	29,4	47,7	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	2,5	4,8	1,8	2,4	5,8	–	–	1,6	–	2,2	5,6	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	1,7	3,1	–	2,1	3,9	–	–	1,1	–	–	4,1	–	–
2 200,– bis 2 397,–	2,8	6,4	–	–	8,6	–	–	1,5	–	–	5,5	–	–
1 800,– bis 2 397,–	7,0	14,4	1,8	4,5	18,3	–	–	4,3	–	2,2	15,2	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 15

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Leistungsgruppen

Ende Oktober 1985

– Frauen –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	2 183	653	32	85	18	518	–	1 530	1 141	6	27	351	5
200,– bis unter 400,–	44 142	14 966	530	847	528	13 055	6	29 176	18 825	113	714	9 479	45
400,– bis unter 600,–	84 766	40 460	4 368	2 835	1 734	31 494	11	44 306	21 640	345	3 028	19 219	74
unter 600,–	131 091	56 079	4 930	3 785	2 280	45 067	17	75 012	41 606	464	3 769	29 049	124
600,– bis unter 800,–	99 015	40 795	6 803	4 486	2 917	26 580	9	58 220	36 306	765	4 216	16 909	24
800,– bis unter 1 000,–	58 533	20 119	7 830	4 837	2 612	4 840	–	38 414	32 296	931	4 499	688	–
1 000,– bis unter 1 200,–	33 812	12 832	6 791	3 840	2 120	81	–	20 980	17 212	587	3 151	30	–
600,– bis unter 1 200,–	191 360	73 746	21 424	13 163	7 649	31 501	9	117 614	85 814	2 283	11 866	17 627	24
1 200,– bis unter 1 400,–	13 847	5 956	2 613	2 068	1 275	–	–	7 891	6 156	212	1 523	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	4 852	2 207	734	858	614	1	–	2 645	1 882	76	687	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	1 815	721	205	273	243	–	–	1 094	722	17	355	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	20 514	8 884	3 552	3 199	2 132	1	–	11 630	8 760	305	2 565	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	510	340	70	108	162	–	–	170	–	4	166	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	196	120	–	42	78	–	–	76	–	–	76	–	–
2 200,– bis 2 397,–	132	76	–	–	76	–	–	56	–	–	56	–	–
1 800,– bis 2 397,–	838	536	70	150	316	–	–	302	–	4	298	–	–
Summe	343 803	139 245	29 976	20 297	12 377	76 569	26	204 558	136 180	3 056	18 498	46 676	148
Durchschnittsbetrag	718	716	894	900	928	563	518	720	756	873	894	539	461
					– Prozentzahlen –								
unter 200,–	0,6	0,5	0,1	0,4	0,1	0,7	–	0,7	0,8	0,2	0,1	0,8	3,4
200,– bis unter 400,–	12,8	10,7	1,8	4,2	4,3	17,0	23,1	14,3	13,8	3,7	3,9	20,3	30,4
400,– bis unter 600,–	24,7	29,1	14,6	14,1	14,0	41,1	42,3	21,7	15,9	11,3	16,4	41,2	50,0
unter 600,–	38,1	40,3	16,4	18,6	18,4	58,9	65,4	36,7	30,6	15,2	20,4	62,2	83,8
600,– bis unter 800,–	28,8	29,3	22,7	22,1	23,6	34,7	34,6	28,5	26,7	25,0	22,8	36,2	16,2
800,– bis unter 1 000,–	17,0	14,4	26,1	23,8	21,1	6,3	–	18,8	23,7	30,5	24,3	1,5	–
1 000,– bis unter 1 200,–	9,8	9,2	22,7	18,9	17,1	0,1	–	10,3	12,6	19,2	17,0	0,1	–
600,– bis unter 1 200,–	55,7	53,0	71,5	64,9	61,8	41,1	34,6	57,5	63,0	74,7	64,1	37,8	16,2
1 200,– bis unter 1 400,–	4,0	4,3	8,7	10,2	10,3	–	–	3,9	4,5	6,9	8,2	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	1,4	1,6	2,4	4,2	5,0	0,0	–	1,3	1,4	2,5	3,7	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	0,5	0,5	0,7	1,3	2,0	–	–	0,5	0,5	0,6	1,9	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	6,0	6,4	11,8	15,8	17,2	0,0	–	5,7	6,4	10,0	13,9	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	0,1	0,2	0,2	0,5	1,3	–	–	0,1	–	0,1	0,9	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	0,1	0,1	–	0,2	0,6	–	–	0,0	–	–	0,4	–	–
2 200,– bis 2 397,–	0,0	0,1	–	–	0,6	–	–	0,0	–	–	0,3	–	–
1 800,– bis 2 397,–	0,2	0,4	0,2	0,7	2,6	–	–	0,1	–	0,1	1,6	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 16

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen sowie Leistungsgruppen im Bundesgebiet West

Ende Februar 1995

– Männer und Frauen –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	1 261	951	48	287	264	204	148	310	144	74	34	33	25
200,– bis unter 400,–	13 497	7 104	846	1 451	1 215	1 645	1 947	6 393	4 708	846	230	237	372
400,– bis unter 600,–	62 268	42 687	1 852	9 170	8 040	11 319	12 306	19 581	12 739	3 203	1 093	1 078	1 468
unter 600,–	77 026	50 742	2 746	10 908	9 519	13 168	14 401	26 284	17 591	4 123	1 357	1 348	1 865
600,– bis unter 800,–	115 942	69 500	2 283	13 821	13 546	18 625	21 225	46 442	22 773	10 560	3 776	3 857	5 476
800,– bis unter 1 000,–	120 822	65 171	2 148	14 339	12 553	16 558	19 573	55 651	14 286	20 094	7 236	6 578	7 457
1 000,– bis unter 1 200,–	183 906	68 163	1 587	13 913	12 317	17 462	22 884	115 743	19 887	46 193	17 697	15 320	16 646
600,– bis unter 1 200,–	420 670	202 834	6 018	42 073	38 416	52 645	63 682	217 836	56 946	76 847	28 709	25 755	29 579
1 200,– bis unter 1 400,–	207 810	103 056	1 580	14 024	14 341	24 057	49 054	104 754	10 439	39 376	17 787	15 410	21 742
1 400,– bis unter 1 600,–	193 755	129 445	1 378	19 557	19 963	26 793	61 754	64 310	2 283	20 186	12 016	10 733	19 092
1 600,– bis unter 1 800,–	134 015	106 682	449	10 728	13 125	20 009	62 371	27 333	254	6 201	5 580	5 189	10 109
1 200,– bis unter 1 800,–	535 580	339 183	3 407	44 309	47 429	70 859	173 179	196 397	12 976	65 763	35 383	31 332	50 943
1 800,– bis unter 2 000,–	91 947	76 446	125	6 348	9 182	13 181	47 610	15 501	67	2 549	3 543	3 068	6 274
2 000,– bis unter 2 200,–	51 372	43 906	25	2 348	4 569	6 989	29 975	7 466	25	847	1 636	1 744	3 214
2 200,– bis unter 2 400,–	39 462	30 531	13	1 090	2 900	4 793	21 735	8 931	26	695	1 419	2 064	4 727
1 800,– bis unter 2 400,–	182 781	150 883	163	9 786	16 651	24 963	99 320	31 898	118	4 091	6 598	6 876	14 215
2 400,– bis unter 2 600,–	19 502	18 682	11	679	1 844	2 830	13 318	820	–	38	194	248	340
2 600,– bis unter 2 800,–	17 001	16 140	6	333	1 318	2 297	12 186	861	–	38	161	294	368
2 800,– und darüber	43 962	43 310	5	526	2 742	6 781	33 256	652	–	16	84	137	415
2 400,– und darüber	80 465	78 132	22	1 538	5 904	11 908	58 760	2 333	–	92	439	679	1 123
Summe	1 296 522	821 774	12 356	108 614	117 919	173 543	409 342	474 748	87 631	150 916	72 486	65 990	97 725
Durchschnittsbetrag	1 410	1 524	956	1 229	1 367	1 414	1 711	1 214	872	1 190	1 312	1 329	1 406

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	1 261	685	22	71	29	562	1	576	246	–	24	303	3
200,– bis unter 400,–	13 497	2 839	132	289	153	2 263	2	10 658	6 299	1	614	3 711	33
400,– bis unter 600,–	62 268	18 331	536	1 358	959	15 469	9	43 937	18 923	7	2 607	22 260	140
unter 600,–	77 026	21 855	690	1 718	1 141	18 294	12	55 171	25 468	8	3 245	26 274	176
600,– bis unter 800,–	115 942	29 867	2 032	3 365	1 989	22 467	14	86 075	47 645	34	6 039	32 253	104
800,– bis unter 1 000,–	120 822	28 889	4 493	4 441	3 062	16 886	7	91 933	61 199	57	8 341	22 259	77
1 000,– bis unter 1 200,–	183 906	31 443	9 105	7 734	3 877	10 726	1	152 463	133 122	54	8 641	10 611	35
600,– bis unter 1 200,–	420 670	90 199	15 630	15 540	8 928	50 079	22	330 471	241 966	145	23 021	65 123	216
1 200,– bis unter 1 400,–	207 810	37 783	18 763	7 205	8 105	3 706	4	170 027	125 991	72	41 044	2 912	8
1 400,– bis unter 1 600,–	193 755	66 732	18 287	7 153	40 190	1 098	4	127 023	78 471	49	47 963	536	4
1 600,– bis unter 1 800,–	134 015	46 068	9 202	3 674	32 940	252	–	87 947	33 440	33	54 076	392	6
1 200,– bis unter 1 800,–	535 580	150 583	46 252	18 032	81 235	5 056	8	384 997	237 902	154	143 083	3 840	18
1 800,– bis unter 2 000,–	91 947	34 098	4 441	2 074	27 394	185	4	57 849	18 874	21	38 954	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	51 372	18 528	2 393	1 160	14 975	–	–	32 844	8 654	15	24 175	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	39 462	10 742	1 315	623	8 804	–	–	28 720	12 252	10	16 458	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	182 781	63 368	8 149	3 857	51 173	185	4	119 413	39 780	46	79 587	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	19 502	8 644	878	447	7 319	–	–	10 858	–	18	10 840	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	17 001	6 777	1 478	299	5 000	–	–	10 224	–	–	10 224	–	–
2 800,– und darüber	43 962	21 049	–	555	20 494	–	–	22 913	–	–	22 913	–	–
2 400,– und darüber	80 465	36 470	2 356	1 301	32 813	–	–	43 995	–	18	43 977	–	–
Summe	1 296 522	362 475	73 077	40 448	175 290	73 614	46	934 047	545 116	371	292 913	95 237	410
Durchschnittsbetrag	1 410	1 537	1 460	1 324	1 929	798	909	1 361	1 231	1 362	1 800	761	707

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 17

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen sowie Leistungsgruppen im Bundesgebiet West

Ende Februar 1995

– Männer –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	107	36	2	6	13	12	3	71	33	20	2	8	8
200,– bis unter 400,–	3 355	417	81	79	71	82	104	2 938	2 357	359	81	92	79
400,– bis unter 600,–	8 854	1 546	199	336	292	276	443	7 308	5 212	1 277	339	250	230
unter 600,–	12 316	1 999	282	421	376	370	550	10 317	7 602	1 656	422	320	317
600,– bis unter 800,–	25 687	3 773	452	938	703	756	924	21 914	14 345	4 626	1 364	893	686
800,– bis unter 1 000,–	33 476	9 349	430	2 420	1 893	2 126	2 480	24 127	7 476	9 559	3 367	2 157	1 568
1 000,– bis unter 1 200,–	96 318	23 516	661	5 104	4 396	5 637	7 718	72 802	14 891	30 342	11 597	8 604	7 368
600,– bis unter 1 200,–	155 481	36 638	1 543	8 462	6 992	8 519	11 122	118 843	36 712	44 527	16 328	11 654	9 622
1 200,– bis unter 1 400,–	138 670	61 554	1 156	8 771	8 439	13 567	29 621	77 116	9 235	30 475	12 826	10 565	14 015
1 400,– bis unter 1 600,–	154 086	106 462	1 278	16 702	16 028	20 801	51 653	47 624	2 126	15 910	8 243	7 350	13 995
1 600,– bis unter 1 800,–	114 531	95 713	434	9 706	11 403	17 104	57 066	18 818	230	4 538	3 645	3 300	7 105
1 200,– bis unter 1 800,–	407 287	263 729	2 868	35 179	35 870	51 472	138 340	143 558	11 591	50 923	24 714	21 215	35 115
1 800,– bis unter 2 000,–	80 541	70 238	122	5 781	8 191	11 585	44 559	10 303	59	1 815	2 253	1 985	4 191
2 000,– bis unter 2 200,–	45 847	40 809	25	2 091	4 042	6 172	28 479	5 038	20	585	1 084	1 150	2 199
2 200,– bis unter 2 400,–	35 288	28 421	13	927	2 553	4 212	20 716	6 867	21	494	1 017	1 558	3 777
1 800,– bis unter 2 400,–	161 676	139 468	160	8 799	14 786	21 969	93 754	22 208	100	2 894	4 354	4 693	10 167
2 400,– bis unter 2 600,–	18 586	17 959	11	621	1 688	2 649	12 990	627	–	28	113	190	296
2 600,– bis unter 2 800,–	16 418	15 660	6	299	1 204	2 172	11 979	758	–	31	128	253	346
2 800,– und darüber	43 308	42 758	5	480	2 611	6 654	33 008	550	–	8	46	101	395
2 400,– und darüber	78 312	76 377	22	1 400	5 503	11 475	57 977	1 935	–	67	287	544	1 037
Summe	815 072	518 211	4 875	54 261	63 527	93 805	301 743	296 861	56 005	10 067	46 105	38 426	56 258
Durchschnittsbetrag	1 627	1 828	1 258	1 541	1 699	1 764	1 935	1 276	934	1 237	1 350	1 409	1 532

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	107	26	6	1	15	4	–	81	70	–	5	5	1
200,– bis unter 400,–	3 355	133	37	5	49	42	–	3 222	2 980	–	100	140	2
400,– bis unter 600,–	8 854	662	137	24	310	188	3	8 192	7 408	–	334	428	22
unter 600,–	12 316	821	180	30	374	234	3	11 495	10 458	–	439	573	25
600,– bis unter 800,–	25 687	1 548	534	68	594	352	–	24 139	22 367	–	794	953	25
800,– bis unter 1 000,–	33 476	3 825	1 558	95	1 128	1 041	3	29 651	25 477	3	1 239	2 890	42
1 000,– bis unter 1 200,–	96 318	9 696	5 062	397	1 928	2 308	1	86 622	80 820	4	2 161	3 613	24
600,– bis unter 1 200,–	155 481	15 069	7 154	560	3 650	3 701	4	140 412	128 664	7	4 194	7 456	91
1 200,– bis unter 1 400,–	138 670	21 731	13 497	1 175	5 777	1 278	4	116 939	90 117	15	25 678	1 123	6
1 400,– bis unter 1 600,–	154 086	53 967	14 666	2 239	36 700	358	4	100 119	57 859	16	41 994	248	2
1 600,– bis unter 1 800,–	114 531	40 955	7 606	1 630	31 618	101	–	73 576	22 884	12	50 418	256	6
1 200,– bis unter 1 800,–	407 287	116 653	35 769	5 044	74 095	1 737	8	290 634	170 860	43	118 090	1 627	14
1 800,– bis unter 2 000,–	80 541	31 238	3 591	824	26 698	121	4	49 303	12 628	8	36 667	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	45 847	16 923	1 892	497	14 534	–	–	28 924	6 031	9	22 884	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	35 288	9 905	1 087	306	8 512	–	–	25 383	9 681	7	15 695	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	161 676	58 066	6 570	1 627	49 744	121	4	103 610	28 340	24	75 246	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	18 586	8 123	772	249	7 102	–	–	10 463	–	14	10 449	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	16 418	6 440	1 342	206	4 892	–	–	9 978	–	–	9 978	–	–
2 800,– und darüber	43 308	20 721	–	438	20 283	–	–	22 587	–	–	22 587	–	–
2 400,– und darüber	78 312	35 284	2 114	893	32 277	–	–	43 028	–	14	43 014	–	–
Summe	815 072	225 893	51 787	8 154	160 140	5 793	19	589 179	338 322	88	240 983	9 656	130
Durchschnittsbetrag	1 627	1 849	1 531	1 728	1 985	1 120	1 276	1 541	1 290	1 788	1 915	1 020	877

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 18

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen sowie Leistungsgruppen im Bundesgebiet West

Ende Februar 1995

– Frauen –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	1 154	915	46	281	251	192	145	239	111	54	32	25	17
200,– bis unter 400,–	10 142	6 687	765	1 372	1 144	1 563	1 843	3 455	2 351	487	149	175	293
400,– bis unter 600,–	53 414	41 141	1 653	8 834	7 748	11 043	11 863	12 273	7 527	1 926	754	828	1 238
unter 600,–	64 710	48 743	2 464	10 487	9 143	12 798	13 851	15 967	9 989	2 467	935	1 028	1 548
600,– bis unter 800,–	90 255	65 727	1 831	12 883	12 843	17 869	20 301	24 528	8 428	5 934	2 412	2 964	4 790
800,– bis unter 1 000,–	87 346	55 822	1 718	11 919	10 660	14 432	17 093	31 524	6 810	10 535	3 869	4 421	5 889
1 000,– bis unter 1 200,–	87 588	44 647	926	8 809	7 921	11 825	15 166	42 941	4 996	15 851	6 100	6 716	9 278
600,– bis unter 1 200,–	265 189	166 196	4 475	33 611	31 424	44 126	52 560	98 993	20 234	32 320	12 381	14 101	19 957
1 200,– bis unter 1 400,–	69 140	41 502	424	5 253	5 902	10 490	19 433	27 638	1 204	8 901	4 961	4 845	7 727
1 400,– bis unter 1 600,–	39 669	22 983	100	2 855	3 935	5 992	10 101	16 686	157	4 276	3 773	3 383	5 097
1 600,– bis unter 1 800,–	19 484	10 969	15	1 022	1 722	2 905	5 305	8 515	24	1 663	1 935	1 889	3 004
1 200,– bis unter 1 800,–	128 293	75 454	539	9 130	11 559	19 387	34 839	52 839	1 385	14 840	10 669	10 117	15 828
1 800,– bis unter 2 000,–	11 406	6 208	3	567	991	1 596	3 051	5 198	8	734	1 290	1 083	2 083
2 000,– bis unter 2 200,–	5 525	3 097	–	257	527	817	1 496	2 428	5	262	552	594	1 015
2 200,– bis unter 2 400,–	4 174	2 110	–	163	347	581	1 019	2 064	5	201	402	506	950
1 800,– bis unter 2 400,–	21 105	11 415	3	987	1 865	2 994	5 566	9 690	18	1 197	2 244	2 183	4 048
2 400,– bis unter 2 600,–	916	723	–	58	156	181	328	193	–	10	81	58	44
2 600,– bis unter 2 800,–	583	480	–	34	114	125	207	103	–	7	33	41	22
2 800,– und darüber	654	552	–	46	131	127	248	102	–	8	38	36	20
2 400,– und darüber	2 153	1 755	–	138	401	433	783	398	–	25	152	135	86
Summe	481 450	303 563	7 481	54 353	54 392	79 738	107 599	177 887	31 626	50 849	26 381	27 564	41 467
Durchschnittsbetrag	1 044	1 005	759	917	979	1 002	1 083	1 110	760	1 097	1 245	1 217	1 236

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	1 154	659	16	70	14	558	1	495	176	–	19	298	2
200,– bis unter 400,–	10 142	2 706	95	284	104	2 221	2	7 436	3 319	1	514	3 571	31
400,– bis unter 600,–	53 414	17 669	399	1 334	649	15 281	6	35 745	11 515	7	2 273	21 832	118
unter 600,–	64 710	21 034	510	1 688	767	18 060	9	43 676	15 010	8	2 806	25 701	151
600,– bis unter 800,–	90 255	28 319	1 498	3 297	1 395	22 115	14	61 936	25 278	34	5 245	31 300	79
800,– bis unter 1 000,–	87 346	25 064	2 935	4 346	1 934	15 845	4	62 282	35 722	54	7 102	19 369	35
1 000,– bis unter 1 200,–	87 588	21 747	4 043	7 337	1 949	8 418	–	65 841	52 302	50	6 480	6 998	11
600,– bis unter 1 200,–	265 189	75 130	8 476	14 980	5 278	46 378	18	190 059	113 302	138	18 827	57 667	125
1 200,– bis unter 1 400,–	69 140	16 052	5 266	6 030	2 328	2 428	–	53 088	35 874	57	15 366	1 789	2
1 400,– bis unter 1 600,–	39 669	12 765	3 621	4 914	3 490	740	–	26 904	20 612	33	5 969	288	2
1 600,– bis unter 1 800,–	19 484	5 113	1 596	2 044	1 322	151	–	14 371	10 556	21	3 658	136	–
1 200,– bis unter 1 800,–	128 293	33 930	10 483	12 988	7 140	3 319	–	94 363	67 042	111	24 993	2 213	4
1 800,– bis unter 2 000,–	11 406	2 860	850	1 250	696	64	–	8 546	6 246	13	2 287	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	5 525	1 605	501	663	441	–	–	3 920	2 623	6	1 291	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	4 174	837	228	317	292	–	–	3 337	2 571	3	763	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	21 105	5 302	1 579	2 230	1 429	64	–	15 803	11 440	22	4 341	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	916	521	106	198	217	–	–	395	–	4	391	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	583	337	136	93	108	–	–	246	–	–	246	–	–
2 800,– und darüber	654	328	–	117	211	–	–	326	–	–	326	–	–
2 400,– und darüber	2 153	1 186	242	408	536	–	–	967	–	4	963	–	–
Summe	481 450	136 582	21 290	32 294	15 150	67 821	27	344 868	206 794	283	51 930	85 581	280
Durchschnittsbetrag	1 044	1 021	1 286	1 222	1 337	771	651	1 053	1 134	1 230	1 264	731	628

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 19

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen im Bundesgebiet Ost

Ende Februar 1995

– Männer und Frauen –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	103	38	3	3	3	13	16	65	55	5	2	2	1
200,– bis unter 400,–	7 218	3 927	226	660	839	1 287	915	3 291	2 910	137	70	94	80
400,– bis unter 600,–	27 893	16 323	502	3 449	3 700	5 149	3 523	11 570	9 521	906	414	402	327
unter 600,–	35 214	20 288	731	4 112	4 542	6 449	4 454	14 926	12 486	1 048	486	498	408
600,– bis unter 800,–	68 811	43 640	790	9 087	9 598	14 258	9 907	25 171	10 390	6 050	2 850	3 385	2 496
800,– bis unter 1 000,–	125 804	78 858	912	16 648	19 300	24 397	17 601	46 946	9 825	15 453	7 946	7 895	5 827
1 000,– bis unter 1 200,–	148 839	87 609	566	15 634	20 824	28 035	22 550	61 230	7 222	22 423	11 874	11 443	8 268
600,– bis unter 1 200,–	343 454	210 107	2 268	41 369	49 722	66 690	50 058	133 347	27 437	43 926	22 670	22 723	16 591
1 200,– bis unter 1 400,–	105 287	71 778	300	10 956	17 213	21 813	21 496	33 509	2 280	12 681	7 781	6 323	4 444
1 400,– bis unter 1 600,–	54 404	40 654	173	6 879	11 791	11 883	9 928	13 750	490	4 585	3 774	3 029	1 872
1 600,– bis unter 1 800,–	20 916	16 369	36	2 021	4 343	5 096	4 873	4 547	99	1 135	1 297	1 183	833
1 200,– bis unter 1 800,–	180 607	128 801	509	19 856	33 347	38 792	36 297	51 806	2 869	18 401	12 852	10 535	7 149
1 800,– bis unter 2 000,–	10 528	8 458	5	796	1 967	2 726	2 964	2 070	29	424	564	643	410
2 000,– bis unter 2 200,–	5 593	4 550	1	283	893	1 524	1 849	1 043	16	144	223	373	287
2 200,– bis unter 2 400,–	3 636	3 287	1	128	437	968	1 753	349	1	50	102	127	69
1 800,– bis unter 2 400,–	19 757	16 295	7	1 207	3 297	5 218	6 566	3 462	46	618	889	1 143	766
2 400,– bis unter 2 600,–	794	679	1	58	187	267	166	115	–	20	22	46	27
2 600,– bis unter 2 800,–	828	813	–	57	193	294	269	15	–	1	6	4	4
2 800,– und darüber	177	170	–	10	40	49	71	7	–	1	–	5	1
2 400,– und darüber	1 799	1 662	1	125	420	610	506	137	–	22	28	55	32
Summe	580 831	377 153	3 516	66 669	91 328	117 759	97 881	203 678	42 838	64 015	36 925	34 954	24 946
Durchschnittsbetrag	1 109	1 140	872	1 076	1 149	1 135	1 190	1 051	789	1 095	1 149	1 136	1 125

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	103	17	3	5	1	8	–	86	64	–	7	15	–
200,– bis unter 400,–	7 218	1 704	143	204	81	1 275	1	5 514	3 288	–	267	1 956	3
400,– bis unter 600,–	27 893	8 428	1 122	911	408	5 987	–	19 465	11 880	2	916	6 659	8
unter 600,–	35 214	10 149	1 268	1 120	490	7 270	1	25 065	15 232	2	1 190	8 630	11
600,– bis unter 800,–	68 811	22 227	6 623	2 340	848	12 416	–	46 584	33 639	9	2 330	10 600	6
800,– bis unter 1 000,–	125 804	50 016	26 549	5 996	2 229	15 242	–	75 788	62 620	60	4 939	8 164	5
1 000,– bis unter 1 200,–	148 839	64 573	37 152	15 842	3 707	7 872	–	84 266	74 443	95	6 813	2 911	4
600,– bis unter 1 200,–	343 454	136 816	70 324	24 178	6 784	35 530	–	206 638	170 702	164	14 082	21 675	15
1 200,– bis unter 1 400,–	105 287	53 322	32 716	12 380	6 186	2 040	–	51 965	34 063	45	17 331	526	–
1 400,– bis unter 1 600,–	54 404	35 217	18 029	5 795	10 990	403	–	19 187	12 558	17	6 515	97	–
1 600,– bis unter 1 800,–	20 916	12 919	6 847	1 663	4 337	72	–	7 997	4 449	8	3 534	6	–
1 200,– bis unter 1 800,–	180 607	101 458	57 592	19 838	21 513	2 515	–	79 149	51 070	70	27 380	629	–
1 800,– bis unter 2 000,–	10 528	6 284	3 182	778	2 316	8	–	4 244	1 912	2	2 330	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	5 593	3 056	1 338	271	1 447	–	–	2 537	1 191	4	1 342	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	3 636	1 791	915	120	756	–	–	1 845	98	–	1 747	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	19 757	11 131	5 435	1 169	4 519	8	–	8 626	3 201	6	5 419	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	794	752	54	111	587	–	–	42	–	–	42	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	828	788	38	1	749	–	–	40	–	–	40	–	–
2 800,– und darüber	177	121	–	8	113	–	–	56	–	–	56	–	–
2 400,– und darüber	1 799	1 661	92	120	1 449	–	–	138	–	–	138	–	–
Summe	580 831	261 215	134 711	46 425	34 755	45 323	1	319 616	240 205	242	48 209	30 934	26
Durchschnittsbetrag	1 109	1 183	1 213	1 190	1 502	842	382	1 048	1 029	1 151	1 340	738	699

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 20

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen im Bundesgebiet Ost

Ende Februar 1995

– Männer –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	38	5	1	–	–	1	3	33	30	–	1	1	1
200,– bis unter 400,–	1 195	87	13	16	20	24	14	1 108	1 000	57	24	17	10
400,– bis unter 600,–	4 004	485	27	77	123	148	110	3 519	3 051	257	120	61	30
unter 600,–	5 237	577	41	93	143	173	127	4 660	4 081	314	145	79	41
600,– bis unter 800,–	15 350	4 176	60	503	818	1 576	1 219	11 174	5 308	2 864	1 455	1 015	532
800,– bis unter 1 000,–	45 031	19 875	122	2 573	4 731	6 885	5 564	25 156	5 630	9 039	4 990	3 551	1 946
1 000,– bis unter 1 200,–	64 655	33 706	141	4 326	8 002	11 199	10 038	30 949	4 315	11 622	6 289	5 375	3 348
600,– bis unter 1 200,–	125 036	57 757	323	7 402	13 551	19 660	16 821	67 279	15 253	23 525	12 734	9 941	5 826
1 200,– bis unter 1 400,–	50 542	34 600	150	4 165	8 111	10 679	11 495	15 942	1 419	6 061	3 710	2 963	1 789
1 400,– bis unter 1 600,–	30 280	23 482	135	3 736	6 433	6 911	6 267	6 798	344	2 383	1 715	1 486	870
1 600,– bis unter 1 800,–	13 532	11 085	30	1 325	2 705	3 474	3551	2 447	73	667	639	628	440
1 200,– bis unter 1 800,–	94 354	69 167	315	9 226	17 249	21 064	21 313	25 187	1 836	9 111	6 064	5 077	3 099
1 800,– bis unter 2 000,–	7 341	6 190	4	563	1 321	1 956	2 346	1 151	21	244	290	369	227
2 000,– bis unter 2 200,–	4 206	3 549	–	208	660	1 134	1 547	657	12	91	132	243	179
2 200,– bis unter 2 400,–	3 011	2 781	1	96	358	790	1 536	230	1	35	65	82	47
1 800,– bis unter 2 400,–	14 558	12 520	5	867	2 339	3 880	5 429	2 038	34	370	487	694	453
2 400,– bis unter 2 600,–	636	595	–	50	157	234	154	41	–	3	5	20	13
2 600,– bis unter 2 800,–	741	726	–	47	171	267	241	15	–	1	6	4	4
2 800,– und darüber	166	163	–	9	36	47	71	3	–	–	–	3	–
2 400,– und darüber	1 543	1 484	–	106	364	548	466	59	–	4	11	27	17
Summe	240 728	141 505	684	17 694	33 646	45 325	44 156	99 223	21 204	33 324	19 441	15 818	9 436
Durchschnittsbetrag	1 224	1 329	1 154	1 295	1 321	1 316	1 366	1 074	849	1 099	1 137	1 174	1 190

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	38	1	–	1	–	–	–	37	34	–	–	3	–
200,– bis unter 400,–	1 195	47	26	–	11	10	–	1 148	1 118	–	14	16	–
400,– bis unter 600,–	4 004	256	121	6	62	67	–	3 748	3 553	–	70	121	4
unter 600,–	5 237	304	147	7	73	77	–	4 933	4 705	–	84	140	4
600,– bis unter 800,–	15 350	1 779	1 181	26	172	400	–	13 571	12 528	–	390	650	3
800,– bis unter 1 000,–	45 031	12 141	10 178	169	881	913	–	32 890	30 316	–	1 545	1 025	4
1 000,– bis unter 1 200,–	64 655	22 536	18 746	830	2 168	792	–	42 119	38 338	7	3 197	575	2
600,– bis unter 1 200,–	125 036	36 456	30 105	1 025	3 221	2 105	–	88 580	81 182	7	5 132	2 250	9
1 200,– bis unter 1 400,–	50 542	22 821	17 039	943	4 408	431	–	27 721	17 457	2	10 028	234	–
1 400,– bis unter 1 600,–	30 280	18 757	9 400	646	8 537	174	–	11 523	7 383	2	4 081	57	–
1 600,– bis unter 1 800,–	13 532	8 117	4 373	229	3 472	43	–	5 415	2 846	–	2 563	6	–
1 200,– bis unter 1 800,–	94 354	49 695	30 812	1 818	16 417	648	–	44 659	27 686	4	16 672	297	–
1 800,– bis unter 2 000,–	7 341	4 222	2 208	132	1 878	4	–	3 119	1 304	1	1 814	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	4 206	2 252	996	57	1 199	–	–	1 954	841	1	1 112	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	3 011	1 410	723	30	657	–	–	1 601	72	–	1 529	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	14 558	7 884	3 927	219	3 734	4	–	6 674	2 217	2	4 455	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	636	596	50	27	519	–	–	40	–	–	40	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	741	703	32	1	670	–	–	38	–	–	38	–	–
2 800,– und darüber	166	111	–	3	108	–	–	55	–	–	55	–	–
2 400,– und darüber	1 543	1 410	82	31	1 297	–	–	133	–	–	133	–	–
Summe	240 728	95 749	65 073	3 100	24 742	2 834	–	144 979	115 790	13	26 476	2 687	13
Durchschnittsbetrag	1 224	1 350	1 276	1 356	1 580	1 035	–	1 141	1 071	1 338	1 465	925	764

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 21

Empfänger von Arbeitslosengeld nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen im Bundesgebiet Ost

Ende Februar 1995

– Frauen –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	65	33	2	3	3	12	13	32	25	5	1	1	–
200,– bis unter 400,–	6 023	3 840	213	644	819	1 263	901	2 183	1 910	80	46	77	70
400,– bis unter 600,–	23 889	15 838	475	3 372	3 577	5 001	3 413	8 051	6 470	649	294	341	297
unter 600,–	29 977	19 711	690	4 019	4 399	6 276	4 327	10 266	8 405	734	341	419	367
600,– bis unter 800,–	53 461	39 464	730	8 584	8 780	12 682	8 688	13 997	5 082	3 186	1 395	2 370	1 964
800,– bis unter 1 000,–	80 773	58 983	790	14 075	14 569	17 512	12 037	21 790	4 195	6 414	2 956	4 344	3 881
1 000,– bis unter 1 200,–	84 184	53 903	425	11 308	12 822	16 836	12 512	30 281	2 907	10 801	5 585	6 068	4 920
600,– bis unter 1 200,–	218 418	152 350	1 945	33 967	36 171	47 030	33 237	66 068	12 184	20 401	9 936	12 782	10 765
1 200,– bis unter 1 400,–	54 745	37 178	150	6 791	9 102	11 134	10 001	17 567	861	6 620	4 071	3 360	2 655
1 400,– bis unter 1 600,–	24 124	17 172	38	3 143	5 358	4 972	3 661	6 952	146	2 202	2 059	1 543	1 002
1 600,– bis unter 1 800,–	7 384	5 284	6	696	1 638	1 622	1 322	2 100	26	468	658	555	393
1 200,– bis unter 1 800,–	86 253	59 634	194	10 630	16 098	17 728	14 984	26 619	1 033	9 290	6 788	5 458	4 050
1 800,– bis unter 2 000,–	3 187	2 268	1	233	646	770	618	919	8	180	274	274	183
2 000,– bis unter 2 200,–	1 387	1 001	1	75	233	390	302	386	4	53	91	130	108
2 200,– bis unter 2 400,–	625	506	–	32	79	178	217	119	–	15	37	45	22
1 800,– bis unter 2 400,–	5 199	3 775	2	340	958	1 338	1 137	1 424	12	248	402	449	313
2 400,– bis unter 2 600,–	158	84	1	8	30	33	12	74	–	17	17	26	14
2 600,– bis unter 2 800,–	87	87	–	10	22	27	28	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	11	7	–	1	4	2	–	4	–	1	–	2	1
2 400,– und darüber	256	178	1	19	56	62	40	78	–	18	17	28	15
Summe	340 103	235 648	2 832	48 975	57 682	72 434	53 725	104 455	21 634	30 691	17 484	19 136	15 510
Durchschnittsbetrag	1 027	1 025	804	996	1 048	1 022	1 045	1 030	729	1 092	1 163	1 105	1 085

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	65	16	3	4	1	8	–	49	30	–	7	12	–
200,– bis unter 400,–	6 023	1 657	117	204	70	1 265	1	4 366	2 170	–	253	1 940	3
400,– bis unter 600,–	23 889	8 172	1 001	905	346	5 920	–	15 717	8 327	2	846	6 538	4
unter 600,–	29 977	9 845	1 121	1 113	417	7 193	1	20 132	10 527	2	1 106	8 490	7
600,– bis unter 800,–	53 461	20 448	5 442	2 314	676	12 016	–	33 013	21 111	9	1 940	9 950	3
800,– bis unter 1 000,–	80 773	37 875	16 371	5 827	1 348	14 329	–	42 898	32 304	60	3 394	7 139	1
1 000,– bis unter 1 200,–	84 184	42 037	18 406	15 012	1 539	7 080	–	42 147	36 105	88	3 616	2 336	2
600,– bis unter 1 200,–	218 418	100 360	40 219	23 153	3 563	33 425	–	118 058	89 520	157	8 950	19 425	6
1 200,– bis unter 1 400,–	54 745	30 501	15 677	11 437	1 778	1 609	–	24 244	16 606	43	7 303	292	–
1 400,– bis unter 1 600,–	24 124	16 460	8 629	5 149	2 453	229	–	7 664	5 175	15	2 434	40	–
1 600,– bis unter 1 800,–	7 384	4 802	2 474	1 434	865	29	–	2 582	1 603	8	971	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	86 253	51 763	26 780	18 020	5 096	1 867	–	34 490	23 384	66	10 708	332	–
1 800,– bis unter 2 000,–	3 187	2 062	974	646	438	4	–	1 125	608	1	516	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	1 387	804	342	214	248	–	–	583	350	3	230	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	625	381	192	90	99	–	–	244	26	–	218	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	5 199	3 247	1 508	950	785	4	–	1 952	984	4	964	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	158	156	4	84	68	–	–	2	–	–	2	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	87	85	6	–	79	–	–	2	–	–	2	–	–
2 800,– und darüber	11	10	–	5	5	–	–	1	–	–	1	–	–
2 400,– und darüber	256	251	10	89	152	–	–	5	–	–	5	–	–
Summe	340 103	165 466	69 638	43 325	10 013	42 489	1	174 637	124 415	229	21 733	28 247	13
Durchschnittsbetrag	1 027	1 086	1 154	1 178	1 308	829	382	970	989	1 140	1 188	720	634

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 22

Empfänger von Arbeitslosenhilfe[1]) nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Leistungsgruppen[2])

Ende Oktober 1985

– Insgesamt –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	14 851	4 413	1 628	1 226	742	816	1	10 438	8 369	194	1 412	462	1
200,– bis unter 400,–	38 763	9 083	2 204	4 189	1 809	881	–	29 680	26 114	561	2 594	407	4
400,– bis unter 600,–	72 873	15 112	2 233	8 343	3 849	686	1	57 761	51 341	1 650	4 130	634	6
unter 600,–	126 487	28 608	6 065	13 758	6 400	2 383	2	97 879	85 824	2 405	8 136	1 503	11
600,– bis unter 800,–	171 979	28 371	2 569	12 781	12 645	376	–	143 608	127 605	5 287	10 385	325	6
800,– bis unter 1 000,–	164 443	41 705	2 373	11 450	27 880	2	–	122 738	100 334	6 985	15 418	1	–
1 000,– bis unter 1 200,–	64 601	28 093	676	6 453	20 964	–	–	36 508	22 623	3 328	10 557	–	–
600,– bis unter 1 200,–	401 023	98 169	5 618	30 684	61 489	378	–	302 854	250 562	15 600	36 360	326	6
1 200,– bis unter 1 400,–	17 831	8 403	138	1 646	6 619	–	–	9 428	5 351	705	3 372	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	7 135	3 309	51	477	2 781	–	–	3 826	1 862	249	1 715	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	2 913	1 741	–	191	1 550	–	–	1 172	–	101	1 071	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	27 879	13 453	189	2 314	10 950	–	–	14 426	7 213	1 055	6 158	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	1 893	1 004	–	–	1 004	–	–	889	–	–	889	–	–
2 000,– bis 2 044,–	744	744	–	–	744	–	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	2 637	1 748	–	–	1 748	–	–	889	–	–	889	–	–
Summe[2])	558 026	141 978	11 872	46 756	80 587	2 761	2	416 048	343 599	19 060	51 543	1 829	17
Durchschnittsbetrag	782	860	582	756	979	342	311	756	730	852	905	388	503
						– Prozentzahlen –							
unter 200,–	2,7	3,1	13,7	2,6	0,9	29,6	50,0	2,5	2,4	1,0	2,7	25,3	5,9
200,– bis unter 400,–	6,9	6,4	18,6	9,0	2,2	31,9	–	7,1	7,6	2,9	5,0	22,3	23,5
400,– bis unter 600,–	13,1	10,6	18,8	17,8	4,8	24,8	50,0	13,9	14,9	8,7	8,0	34,7	35,3
unter 600,–	22,7	20,1	51,1	29,4	7,9	86,3	100,0	23,5	25,0	12,6	15,8	82,2	64,7
600,– bis unter 800,–	30,8	20,0	21,6	27,3	15,7	13,6	–	34,5	37,1	27,7	20,1	17,8	35,3
800,– bis unter 1 000,–	29,5	29,4	20,0	24,5	34,6	0,1	–	29,5	29,2	36,6	29,9	0,1	–
1 000,– bis unter 1 200,–	11,6	19,8	5,7	13,8	26,0	–	–	8,8	6,6	17,5	20,5	–	–
600,– bis unter 1 200,–	71,9	69,1	47,3	65,6	76,3	13,7	–	72,8	72,9	81,8	70,5	17,8	35,3
1 200,– bis unter 1 400,–	3,2	5,9	1,2	3,5	8,2	–	–	2,3	1,6	3,7	6,5	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	1,3	2,3	0,4	1,0	3,5	–	–	0,9	0,5	1,3	3,3	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	0,5	1,2	–	0,4	1,9	–	–	0,3	–	0,5	2,1	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	5,0	9,5	1,6	4,9	13,6	–	–	3,5	2,1	5,5	11,9	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	0,3	0,7	–	–	1,2	–	–	0,2	–	–	1,7	–	–
2 000,– bis 2 044,–	0,1	0,5	–	–	0,9	–	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	0,5	1,2	–	–	2,2	–	–	0,2	–	–	1,7	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Leistungsempfänger, die am Auswertungsstichtag, dem 29. Oktober 1985 im EDV-gestützten Zahlungssystem erfaßt waren. Weitere methodische Hinweise siehe ANBA Nr. 3/1985, S. 193.

2) Leistungsgruppen – Leistungsgruppe A: Nichtverheiratete Arbeitnehmer ohne Kinder und verheiratete Arbeitnehmer mit St.-Kl. IV; Leistungsgruppe B: Nichtverheiratete Arbeitnehmer mit mind. einem Kind und verheiratete Arbeitnehmer mit St.-Kl. I oder II; Leistungsgruppe C: Verheiratete Arbeitnehmer mit St.-Kl. III; Leistungsgruppe D: Verheiratete Arbeitnehmer mit St.-Kl. V; Leistungsgruppe E: Arbeitnehmer mit St.-Kl. VI.
Steuerklassen (Stand: 1985) Steuerklasse I gilt für ledige und geschiedene Arbeitnehmer sowie für verheiratete Arbeitnehmer, deren Ehegatte im Ausland wohnt oder die von ihrem Ehegatten dauernd getrennt leben. Verwitwete Arbeitnehmer gehören ebenfalls in die Steuerklasse I, wenn der Ehegatte vor 1984 verstorben ist; Steuerklasse II gilt für die zu Steuerklasse I genannten Arbeitnehmer, wenn mindestens ein Kind auf der Lohnsteuerkarte eingetragen ist; Steuerklasse III gilt für verheiratete Arbeitnehmer, wenn beide Ehegatten im Inland wohnen, nicht dauernd getrennt leben und der Ehegatte des Arbeitnehmers keinen Arbeitslohn bezieht oder Arbeitslohn bezieht und in die Steuerklasse V eingereiht wird. Verwitwete Arbeitnehmer gehören nur dann in Steuerklasse III, wenn der Ehegatte im Kalenderjahr 1984 verstorben ist, beide am Todestag im Inland gewohnt und nicht dauernd getrennt gelebt haben; Steuerklasse IV gilt für verheiratete Arbeitnehmer, wenn beide Ehegatten Arbeitslohn beziehen, im Inland wohnen und nicht dauernd getrennt leben; Steuerklasse V tritt für einen der Ehegatten an die Stelle der Steuerklasse IV, wenn der andere Ehegatte in die Steuerklasse III eingereiht wird; Steuerklasse VI ist auf der zweiten oder weiteren Lohnsteuerkarte von Arbeitnehmern zu bescheinigen, die nebeneinander von mehrerern Arbeitgebern Arbeitslohn beziehen.

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 23

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Leistungsgruppen

Ende Oktober 1985

– Männer –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	6 393	1 677	944	51	475	206	1	4 716	3 562	60	890	204	–
200,– bis unter 400,–	16 959	2 748	1 214	143	1 166	225	–	14 211	11 931	199	1 912	165	4
400,– bis unter 600,–	35 479	4 841	1 332	425	2 851	233	–	30 638	26 327	648	3 367	292	4
unter 600,–	58 831	9 266	3 490	619	4 492	664	1	49 565	41 820	907	6 169	661	8
600,– bis unter 800,–	123 731	15 444	1 833	2 203	11 180	228	–	108 287	95 241	3 581	9 195	265	5
800,– bis unter 1 000,–	141 445	33 560	1 930	4 905	26 724	1	–	107 885	86 999	6 168	14 717	1	–
1 000,– bis unter 1 200,–	56 432	24 536	536	3 653	20 347	–	–	31 896	18 520	3 091	10 285	–	–
600,– bis unter 1 200,–	321 608	73 540	4 299	10 761	58 251	229	–	248 068	200 760	12 840	34 197	266	5
1 200,– bis unter 1 400,–	15 693	7 411	114	907	6 390	–	–	8 282	4 365	652	3 265	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	6 467	2 987	42	262	2 683	–	–	3 480	1 579	229	1 672	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	2 786	1 636	–	137	1 499	–	–	1 150	–	97	1 053	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	24 946	12 034	156	1 306	10 572	–	–	12 912	5 944	978	5 990	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	1 859	988	–	–	988	–	–	871	–	–	871	–	–
2 000,– bis 2 044,–	737	737	–	–	737	–	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	2 596	1 725	–	–	1 725	–	–	871	–	–	871	–	–
Summe	407 981	96 565	7 945	12 686	75 040	893	1	311 416	248 524	14 725	47 227	927	13
Durchschnittsbetrag	838	956	626	957	997	404	102	802	773	903	931	432	512
					– Prozentzahlen –								
unter 200,–	1,6	1,7	11,9	0,4	0,6	23,1	100,0	1,5	1,4	0,4	1,9	22,0	–
200,– bis unter 400,–	4,2	2,8	15,3	1,1	1,6	25,2	–	4,6	4,8	1,4	4,0	17,8	30,8
400,– bis unter 600,–	8,7	5,0	16,8	3,4	3,8	26,1	–	9,8	10,6	4,4	7,1	31,5	30,8
unter 600,–	14,4	9,6	43,9	4,9	6,0	74,4	100,0	15,9	16,8	6,2	13,1	71,3	61,5
600,– bis unter 800,–	30,3	16,0	23,1	17,4	14,9	25,5	–	34,8	38,3	24,3	19,5	28,6	38,5
800,– bis unter 1 000,–	34,7	34,8	24,3	38,7	35,6	0,1	–	34,6	35,0	41,9	31,2	0,1	–
1 000,– bis unter 1 200,–	13,8	25,4	6,7	28,8	27,1	–	–	10,2	7,5	21,0	21,8	–	–
600,– bis unter 1 200,–	78,8	76,2	54,1	84,8	77,6	25,6	–	79,7	80,8	87,2	72,4	28,7	38,5
1 200,– bis unter 1 400,–	3,8	7,7	1,4	7,1	8,5	–	–	2,7	1,8	4,4	6,9	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	1,6	3,1	0,5	2,1	3,6	–	–	1,1	0,6	1,6	3,5	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	0,7	1,7	–	1,1	2,0	–	–	0,4	–	0,7	2,2	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	6,1	12,5	2,0	10,3	14,1	–	–	4,1	2,4	6,6	12,7	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	0,5	1,0	–	–	1,3	–	–	0,3	–	–	1,8	–	–
2 000,– bis 2 044,–	0,2	0,8	–	–	1,0	–	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	0,6	1,8	–	–	2,3	–	–	0,3	–	–	1,8	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 24

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Leistungsgruppen

Ende Oktober 1985

– Frauen –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B'	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	8 458	2 736	684	1 175	267	610	–	5 722	4 807	134	522	258	1
200,– bis unter 400,–	21 804	6 335	990	4 046	643	656	–	15 469	14 183	362	682	242	–
400,– bis unter 600,–	37 394	10 271	901	7 918	998	453	1	27 123	25 014	1 002	763	342	2
unter 600,–	67 656	19 342	2 575	13 139	1 908	1 719	1	48 314	44 004	1 498	1 967	842	3
600,– bis unter 800,–	48 248	12 927	736	10 578	1 465	148	–	35 321	32 364	1 706	1 190	60	1
800,– bis unter 1 000,–	22 998	8 145	443	6 545	1 156	1	–	14 853	13 335	817	701	–	–
1 000,– bis unter 1 200,–	8 169	3 557	140	2 800	617	–	–	4 612	4 103	237	272	–	–
600,– bis unter 1 200,–	79 415	24 629	1 319	19 923	3 238	149	–	54 786	49 802	2 760	2 163	60	1
1 200,– bis unter 1 400,–	2 138	992	24	739	229	–	–	1 146	986	53	107	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	668	322	9	215	98	–	–	346	283	20	43	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	127	105	–	54	51	–	–	22	–	4	18	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	2 933	1 419	33	1 008	378	–	–	1 514	1 269	77	168	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	34	16	–	–	16	–	–	18	–	–	18	–	–
2 000,– bis 2 044,–	7	7	–	–	7	–	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	41	23	–	–	23	–	–	18	–	–	18	–	–
Summe	150 045	45 413	3 927	34 070	5 547	1 868	1	104 632	95 075	4 335	4 316	902	4
Durchschnittsbetrag	629	656	492	681	734	312	520	617	617-	677	621	343	473
– Prozentzahlen –													
unter 200,–	5,6	6,0	17,4	3,4	4,8	32,7	–	5,5	5,1	3,1	12,1	28,6	25,0
200,– bis unter 400,–	14,5	13,9	25,2	11,9	11,6	35,1	–	14,8	14,9	8,4	15,8	26,8	–
400,– bis unter 600,–	24,9	22,6	22,9	23,2	18,0	24,3	100,0	25,9	26,3	23,1	17,7	37,9	50,0
unter 600,–	45,1	42,6	65,6	38,6	34,4	92,0	100,0	46,2	46,3	34,6	45,6	93,3	75,0
600,– bis unter 800,–	32,2	28,5	18,7	31,0	26,4	7,9	–	33,8	34,0	39,4	27,6	6,7	25,0
800,– bis unter 1 000,–	15,3	17,9	11,3	19,2	20,8	0,1	–	14,2	14,0	18,8	16,2	–	–
1 000,– bis unter 1 200,–	5,4	7,8	3,6	8,2	11,1	–	–	4,4	4,3	5,5	6,3	–	–
600,– bis unter 1 200,–	52,9	54,2	33,6	58,5	58,4	8,0	–	52,4	52,4	63,7	50,1	6,7	25,0
1 200,– bis unter 1 400,–	1,4	2,2	0,6	2,2	4,1	–	–	1,1	1,0	1,2	2,5	–	–
1 400,– bis unter 1 600,–	0,4	0,7	0,2	0,6	1,8	–	–	0,3	0,3	0,5	1,0	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	0,1	0,2	–	0,2	0,9	–	–	–	–	0,1	0,4	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	2,0	3,1	0,8	3,0	6,8	–	–	1,4	1,3	1,8	3,9	–	–
1 800,– bis unter 2 000,–	0,0	0,0	–	–	0,3	–	–	0,0	–	–	0,4	–	–
2 000,– bis 2 044,–	0,0	0,0	–	–	0,1	–	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	0,0	0,1	–	–	0,4	–	–	0,0	–	–	0,4	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 25

Empfänger von Arbeitslosenhilfe[1]) nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen

Ende Oktober 1985

– Insgesamt –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.		bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	14 848	7 326	593	1 652	1 399	2 045	1 637	7 522	3 783	1 334	579	997	829
200,– bis unter 400,–	38 742	11 489	1 126	2 623	2 157	3 006	2 577	27 253	14 877	5 498	2 283	2 754	1 841
400,– bis unter 600,–	72 810	17 489	1 416	4 347	3 524	4 530	3 672	55 321	19 280	16 518	7 373	7 720	4 430
unter 600,–	126 400	36 304	3 135	8 622	7 080	9 581	7 886	90 096	37 940	23 350	10 235	11 471	7 100
600,– bis unter 800,–	171 847	41 154	2 170	9 849	9 028	12 265	7 842	130 693	24 379	44 873	24 343	25 767	11 331
800,– bis unter 1 000,–	164 370	62 698	1 966	15 646	15 816	17 921	11 349	101 672	10 139	36 216	24 911	22 025	8 381
1 000,– bis unter 1 200,–	64 577	39 932	491	7 874	11 137	11 168	9 262	24 645	735	7 997	7 731	5 639	2 543
600,– bis unter 1 200,–	400 794	143 784	4 627	33 369	35 981	41 354	28 453	257 010	35 253	89 086	56 985	53 431	22 255
1 200,– bis unter 1 400,–	17 821	11 826	67	1 788	3 384	3 340	3 247	5 995	35	1 277	2 472	1 456	755
1 400,– bis unter 1 600,–	7 132	5 125	9	540	1 389	1 426	1 761	2 007	11	213	743	694	346
1 600,– bis unter 1 800,–	2 913	2 789	5	222	711	736	1 115	124	–	6	43	51	24
1 200,– bis unter 1 800,–	27 866	19 740	81	2 550	5 484	5 502	6 123	8 126	46	1 496	3 258	2 201	1 125
1 800,– bis unter 2 000,–	1 893	1 893	–	87	421	539	846	–	–	–	–	–	–
2 000,– bis 2 044,–	744	744	1	34	221	288	200	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	2 637	2 637	1	121	642	827	1 046	–	–	–	–	–	–
Summe[2])	557 697	202 465	7 844	44 662	49 187	57 264	43 508	355 232	73 239	113 932	70 478	67 103	30 480
Durchschnittsbetrag	782	871	648	823	907	875	913	732	571	751	813	780	751
– Prozentzahlen –													
unter 200,–	2,7	3,6	7,6	3,7	2,8	3,6	3,8	2,1	5,2	1,2	0,8	1,5	2,7
200,– bis unter 400,–	6,9	5,7	14,4	5,9	4,4	5,2	5,9	7,7	20,3	4,8	3,2	4,1	6,0
400,– bis unter 600,–	13,1	8,6	18,1	9,7	7,2	7,9	8,4	15,6	26,3	14,5	10,5	11,5	14,5
unter 600,–	22,7	17,9	40,0	19,3	14,4	16,7	18,1	25,4	51,8	20,5	14,5	17,1	23,3
600,– bis unter 800,–	30,8	20,3	27,7	22,1	18,4	21,4	18,0	36,8	33,3	39,4	34,5	38,4	37,2
800,– bis unter 1 000,–	29,5	31,0	25,1	35,0	32,2	31,3	26,1	28,6	13,8	31,8	35,3	32,8	27,5
1 000,– bis unter 1 200,–	11,6	19,7	6,3	17,6	22,6	19,5	21,3	6,9	1,0	7,0	11,0	8,4	8,3
600,– bis unter 1 200,–	71,9	71,0	59,0	74,7	73,2	72,2	65,4	72,3	48,1	78,2	80,9	79,6	73,0
1 200,– bis unter 1 400,–	3,2	5,8	0,9	4,0	6,9	5,8	7,5	1,7	–	1,1	3,5	2,2	2,5
1 400,– bis unter 1 600,–	1,3	2,5	0,1	1,2	2,8	2,5	4,0	0,6	–	0,2	1,1	1,0	1,1
1 600,– bis unter 1 800,–	0,5	1,4	0,1	0,5	1,4	1,3	2,6	–	–	–	0,1	0,1	0,1
1 200,– bis unter 1 800,–	5,0	9,7	1,0	5,7	11,1	9,6	14,1	2,3	0,1	1,3	4,6	3,3	3,7
1 800,– bis unter 2 000,–	0,3	0,9	–	0,2	0,9	0,9	1,9	–	–	–	–	–	–
2 000,– bis 2 044,–	0,1	0,4	–	0,1	0,4	0,5	0,5	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	0,5	1,3	–	0,3	1,3	1,4	2,4	–	–	–	–	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Leistungsempfänger, die am Auswertungsstichtag, dem 29. Oktober 1985, im EDV-gestützten Zahlungssystem erfaßt waren. Weitere methodische Hinweise siehe ANBA Nr. 3/1985, S. 193.

2) Abweichungen gegenüber Übersicht II/14 aus auswertungstechnischen Gründen.

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 26

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen

Ende Oktober 1985

– Männer –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.		bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	6 392	3 832	114	543	750	1 322	1 103	2 560	1 337	519	231	300	173
200,– bis unter 400,–	16 953	6 258	310	862	1 120	2 027	1 939	10 695	6 197	2 066	887	1019	526
400,– bis unter 600,–	35 467	10 380	504	1 809	1 949	3 122	2 996	25 087	9 127	7 591	3 396	3 411	1 562
unter 600,–	58 812	20 470	928	3 214	3 819	6 471	6 038	38 342	16 661	10 176	4 514	4 730	2 261
600,– bis unter 800,–	123 656	32 244	1 344	6 738	6 960	10 261	6 921	91 412	17 206	31 217	18 023	18 541	6 425
800,– bis unter 1 000,–	141 398	57 607	1 723	13 628	14 472	16 864	10 920	83 791	9 007	29 446	20 688	18 659	5 991
1 000,– bis unter 1 200,–	56 418	38 014	464	7 098	10 506	10 838	9 108	18 404	661	5 743	5 733	4 434	1 833
600,– bis unter 1 200,–	321 472	127 865	3 531	27 464	31 938	37 983	26 949	193 607	26 874	66 406	44 444	41 634	14 249
1 200,– bis unter 1 400,–	15 685	11 274	65	1 549	3 214	3 236	3 210	4 411	32	850	1 836	1 139	554
1 400,– bis unter 1 600,–	6 466	4 915	8	466	1 307	1 392	1 742	1 551	11	152	545	567	276
1 600,– bis unter 1 800,–	2 786	2 708	4	205	668	726	1 105	78	–	2	22	33	21
1 200,– bis unter 1 800,–	24 937	18 897	77	2 220	5 189	5 354	6 057	6 040	43	1 004	2 403	1 739	851
1 800,– bis unter 2 000,–	1 859	1 859	–	83	412	530	834	–	–	–	–	–	–
2 000,– bis 2 044,–	737	737	1	33	218	285	200	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	2 596	2 596	1	116	630	815	1 034	–	–	–	–	–	–
Summe[1])	407 817	169 828	4 537	33 014	41 576	50 623	40 078	237 989	43 578	77 586	51 361	48 103	17 361
Durchschnittsbetrag	839	922	771	894	953	910	944	779	634	786	840	820	817
– Prozentzahlen –													
unter 200,–	1,6	2,3	2,5	1,6	1,8	2,6	2,8	1,1	3,1	0,7	0,4	0,6	1,0
200,– bis unter 400,–	4,2	3,7	6,8	2,6	2,7	4,0	4,8	4,5	14,2	2,7	1,7	2,1	3,0
400,– bis unter 600,–	8,7	6,1	11,1	5,5	4,7	6,2	7,5	10,5	20,9	9,8	6,6	7,1	9,0
unter 600,–	14,4	12,1	20,5	9,7	9,2	12,8	15,1	16,1	38,2	13,1	8,8	9,8	13,0
600,– bis unter 800,–	30,3	19,0	29,6	20,4	16,7	20,3	17,3	38,4	39,5	40,2	35,1	38,5	37,0
800,– bis unter 1 000,–	34,7	33,9	38,0	41,3	34,8	33,3	27,2	35,2	20,7	38,0	40,3	38,8	34,5
1 000,– bis unter 1 200,–	13,8	22,4	10,2	21,5	25,3	21,4	22,7	7,7	1,5	7,4	11,2	9,2	10,6
600,– bis unter 1 200,–	78,8	75,3	77,8	83,2	76,8	75,0	67,2	81,4	61,7	85,6	86,5	86,6	82,1
1 200,– bis unter 1 400,–	3,8	6,6	1,4	4,7	7,7	6,4	8,0	1,9	0,1	1,1	3,6	2,4	3,2
1 400,– bis unter 1 600,–	1,6	2,9	0,2	1,4	3,1	2,7	4,3	0,7	–	0,2	1,1	1,2	1,6
1 600,– bis unter 1 800,–	0,7	1,6	0,1	0,6	1,6	1,4	2,8	–	–	–	–	0,1	0,1
1 200,– bis unter 1 800,–	6,1	11,1	1,7	6,7	12,5	10,6	15,1	2,5	0,1	1,3	4,7	3,6	4,9
1 800,– bis unter 2 000,–	0,5	1,1	–	0,3	1,0	1,0	2,1	–	–	–	–	–	–
2 000,– bis 2 044,–	0,2	0,4	–	0,1	0,5	0,6	0,5	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	0,6	1,5	–	0,4	1,5	1,6	2,6	–	–	–	–	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Abweichungen gegenüber Übersicht II/15 aus auswertungstechnischen Gründen.

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 27

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen

Ende Oktober 1985

– Frauen –

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.		bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	8 456	3 494	479	1 109	649	723	534	4 962	2 446	815	348	697	656
200,– bis unter 400,–	21 789	5 231	816	1 761	1 037	979	638	16 558	8 680	3 432	1 396	1 735	1 315
400,– bis unter 600,–	37 343	7 109	912	2 538	1 575	1 408	676	30 234	10 153	8 927	3 977	4 309	2 868
unter 600,–	67 588	15 834	2 207	5 408	3 261	3 110	1 848	51 754	21 279	13 174	5 721	6 741	4 839
600,– bis unter 800,–	48 191	8 910	826	3 111	2 068	1 984	921	39 281	7 173	13 656	6 320	7 226	4 906
800,– bis unter 1 000,–	22 972	5 091	243	2 018	1 344	1 057	429	17 881	1 132	6 770	4 223	3 366	2 390
1 000,– bis unter 1 200,–	8 159	1 918	27	776	631	330	154	6 241	74	2 254	1 998	1 205	710
600,– bis unter 1 200,–	79 322	15 919	1 096	5 905	4 043	3 371	1 504	63 403	8 379	22 680	12 541	11 797	8 006
1 200,– bis unter 1 400.–	2 136	552	2	239	170	104	37	1 584	3	427	636	317	201
1 400,– bis unter 1 600,–	666	210	1	74	82	34	19	456	–	61	198	127	70
1 600,– bis unter 1 800,–	127	81	1	17	43	10	10	46	–	4	21	18	3
1 200,– bis unter 1 800,–	2 929	843	4	330	295	148	66	2 086	3	492	855	462	274
1 800,– bis unter 2 000,–	34	34	–	4	9	9	12	–	–	–	–	–	–
2 000,– bis 2 044–	7	7	–	1	3	3	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	41	41	–	5	12	12	12	–	–	–	–	–	–
Summe[1])	149 880	32 637	3 307	11 648	7 611	6 641	3 430	117 243	29 661	36 346	19 117	19 000	13 119
Durchschnittsbetrag	629	605	480	623	655	605	556	635	477	676	740	679	664
– Prozentzahlen –													
unter 200,–	5,6	10,7	14,5	9,5	8,5	10,9	15,6	4,2	8,2	2,2	1,8	3,7	5,0
200,– bis unter 400,–	14,5	16,0	24,7	15,1	13,6	14,7	18,6	14,1	29,3	9,4	7,3	9,1	10,0
400,– bis unter 600,–	24,9	21,8	27,6	21,8	20,7	21,2	19,7	25,8	34,2	24,6	20,8	22,7	21,9
unter 600,–	45,1	48,5	66,7	46,4	42,8	46,8	53,9	44,1	71,7	36,2	29,9	35,5	36,9
600,– bis unter 800,–	32,2	27,3	25,0	26,7	27,2	29,9	26,9	33,5	24,2	37,6	33,1	38,0	37,4
800,– bis unter 1 000,–	15,3	15,6	7,3	17,3	17,7	15,9	12,5	15,3	3,8	18,6	22,1	17,7	18,2
1 000,– bis unter 1 200,–	5,4	5,9	0,8	6,7	8,3	5,0	4,5	5,3	0,2	6,2	10,5	6,3	5,4
600,– bis unter 1 200,–	52,9	48,8	33,1	50,7	53,1	50,8	43,8	54,1	28,2	62,4	65,6	62,1	61,0
1 200,– bis unter 1 400,–	1,4	1,7	0,1	2,1	2,2	1,6	1,1	1,4	–	1,2	3,3	1,7	1,5
1 400,– bis unter 1 600,–	0,4	0,6	–	0,6	1,1	0,5	0,6	0,4	–	0,2	1,0	0,7	0,5
1 600,– bis unter 1 800,–	0,1	0,2	–	0,1	0,6	0,2	0,3	–	–	–	0,1	0,1	–
1 200,– bis unter 1 800,–	2,0	2,6	0,1	2,8	3,9	2,2	1,9	1,8	–	1,4	4,5	2,4	2,1
1 800,– bis unter 2 000,–	–	0,1	–	0,0	0,1	0,1	0,3	–	–	–	–	–	–
2 000,– bis 2 044,–	0,0	0,0	–	0,0	0,0	0,0	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis 2 044,–	–	0,1	–	–	0,2	0,2	0,3	–	–	–	–	–	–
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Abweichungen gegenüber Übersicht II/16 aus auswertungstechnischen Gründen.

ANBA Nr. 2/1986

Anlage 28

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen sowie Leistungsgruppen im Bundesgebiet West

Ende Februar 1995

– Männer und Frauen –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	14 481	10 999	243	3 130	2 506	2 048	3 072	3 482	399	644	450	707	1 282
200,– bis unter 400,–	25 095	15 166	509	4 225	3 763	2 786	3 883	9 929	4 199	2 179	1 048	1 058	1 445
400,– bis unter 600,–	39 871	19 998	677	5 434	5 795	3 723	4 369	19 873	6 082	5 919	2 929	2 424	2 519
unter 600,–	79 447	46 163	1 429	12 789	12 064	8 557	11 324	33 284	10 680	8 742	4 427	4 189	5 246
600,– bis unter 800,–	83 621	27 403	965	7 059	8 055	5 752	5 572	56 218	8 976	20 076	10 981	8 313	7 872
800,– bis unter 1 000,–	174 835	36 745	952	8 151	10 662	8 485	8 495	138 090	10 787	47 303	34 382	25 265	20 353
1 000,– bis unter 1 200,–	169 402	55 763	1 058	11 541	14 883	13 146	15 135	113 639	4 550	38 315	33 229	20 995	16 550
600,– bis unter 1 200,–	427 858	119 911	2 975	26 751	33 600	27 383	29 202	307 947	24 313	105 694	78 592	54 573	44 775
1 200,– bis unter 1 400,–	87 538	55 121	866	13 678	17 138	11 429	12 010	32 417	623	9 989	11 529	5 864	4 412
1 400,– bis unter 1 600,–	29 374	16 555	107	3 238	4 903	3 085	5 222	12 819	81	2 912	5 032	2 815	1 979
1 600,– bis unter 1 800,–	14 344	8 502	29	1 351	2 732	1 595	2 795	5 842	17	749	2 681	1 412	983
1 200,– bis unter 1 800,–	131 256	80 178	1 002	18 267	24 773	16 109	20 027	51 078	721	13 650	19 242	10 091	7 374
1 800,– bis unter 2 000,–	7 321	4 759	3	448	1 374	1 020	1 914	2 562	5	260	975	759	563
2 000,– bis unter 2 200,–	4 621	2 832	1	162	805	665	1 199	1 789	–	161	634	532	462
2 200,– bis unter 2 400,–	1 997	1 692	2	70	467	425	728	305	–	15	120	120	50
1 800,– bis unter 2 400,–	13 939	9 283	6	680	2 646	2 110	3 841	4 656	5	436	1 729	1 411	1 075
2 400,– bis unter 2 600,–	1 649	1 565	1	46	284	375	859	84	–	9	30	25	20
2 600,– bis unter 2 800,–	926	915	–	34	330	304	247	11	–	–	7	2	2
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	2 575	2 480	1	80	614	679	1 106	95	–	9	37	27	22
Summe	655 075	258 015	5 413	58 567	73 697	54 838	65 500	397 060	35 719	128 531	104 027	70 291	58 492
Durchschnittsbetrag	997	1 036	848	957	1 054	1 052	1 088	971	741	957	1 043	1 009	972

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	14 481	6 399	1 139	625	347	4 288	–	8 082	5 203	2	1 524	1 352	1
200,– bis unter 400,–	25 095	9 941	2 153	1 286	775	5 727	–	15 154	11 272	4	2 211	1 663	4
400,– bis unter 600,–	39 871	15 232	3 308	3 608	1 596	6 719	1	24 639	19 464	14	2 691	2 466	4
unter 600,–	79 447	31 572	6 600	5 519	2 718	16 734	1	47 875	35 939	20	6 426	5 481	9
600,– bis unter 800,–	83 621	21 371	6 085	5 594	2 786	6 904	2	62 250	56 123	22	3 418	2 682	5
800,– bis unter 1 000,–	174 835	33 701	14 782	10 729	4 506	3 684	–	141 134	134 828	61	5 328	912	5
1 000,– bis unter 1 200,–	169 402	50 581	24 639	10 448	14 898	596	–	118 821	100 324	51	18 320	125	1
600,– bis unter 1 200,–	427 858	105 653	45 506	26 771	22 190	11 184	2	322 205	291 275	134	27 066	3 719	11
1 200,– bis unter 1 400,–	87 538	52 199	8 946	5 801	37 350	102	–	35 339	24 119	21	11 186	13	–
1 400,– bis unter 1 600,–	29 374	14 336	3 262	2 149	8 908	17	–	15 038	9 827	5	5 200	6	–
1 600,– bis unter 1 800,–	14 344	7 161	1 322	975	4 864	–	–	7 183	4 549	3	2 631	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	131 256	73 696	13 530	8 925	51 122	119	–	57 560	38 495	29	19 017	19	–
1 800,– bis unter 2 000,–	7 321	3 681	619	496	2 566	–	–	3 640	1 940	2	1 698	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	4 621	2 047	332	218	1 497	–	–	2 574	1 550	2	1 022	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	1 997	1 389	312	134	943	–	–	608	–	2	606	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	13 939	7 117	1 263	848	5 006	–	–	6 822	3 490	6	3 326	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	1 649	754	–	91	663	–	–	895	–	–	895	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	926	926	–	–	926	–	–	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	2 575	1 680	–	91	1 589	–	–	895	–	–	895	–	–
Summe	655 075	219 718	66 899	42 154	82 625	28 037	3	435 357	369 199	189	56 730	9 219	20
Durchschnittsbetrag	997	1 065	1 030	996	1 314	520	613	962	942	990	1 163	514	616

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 29

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen sowie Leistungsgruppen im Bundesgebiet West

Ende Februar 1995

– Männer –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet							nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	4 401	3 148	23	377	519	826	1 403	1 253	149	211	161	300	432
200,– bis unter 400,–	9 388	4 692	126	658	843	1 196	1 869	4 696	2 230	951	429	468	618
400,– bis unter 600,–	14 409	6 015	171	990	1 351	1 534	1 969	8 394	3 016	2 389	1 068	960	961
unter 600,–	28 198	13 855	320	2 025	2 713	3 556	5 241	14 343	5 395	3 551	1 658	1 728	2 011
600,– bis unter 800,–	38 337	10 238	311	2 012	2 530	2 522	2 863	28 099	5 270	10 127	5 509	3 885	3 308
800,– bis unter 1 000,–	120 165	21 479	463	4 181	5 753	5 289	5 793	98 686	8 145	33 252	25 403	18 131	13 755
1 000,– bis unter 1 200,–	135 113	45 467	821	8 956	11 592	10 888	13 210	89 646	3 823	30 646	26 220	16 395	12 562
600,– bis unter 1 200,–	293 615	77 184	1 595	15 149	19 875	18 699	21 866	216 431	17 238	74 025	57 132	38 411	29 625
1 200,– bis unter 1 400,–	74 812	50 820	814	12 488	15 510	10 539	11 469	23 992	552	7 713	8 221	4 232	3 274
1 400,– bis unter 1 600,–	24 336	15 284	103	2 977	4 332	2 812	5 060	9 052	72	2 156	3 339	2 026	1 459
1 600,– bis unter 1 800,–	11 951	7 847	29	1 229	2 422	1 448	2 719	4 104	16	534	1 795	1 024	735
1 200,– bis unter 1 800,–	111 099	73 951	946	16 694	22 264	14 799	19 248	37 148	640	10 403	13 355	7 282	5 468
1 800,– bis unter 2 000,–	6 314	4 436	2	407	1 217	948	1 862	1 878	4	182	666	577	449
2 000,– bis unter 2 200,–	4 063	2 653	1	144	708	630	1 170	1 410	–	114	462	432	402
2 200,– bis unter 2 400,–	1 871	1 628	2	64	431	411	720	243	–	10	91	95	47
1 800,– bis unter 2 400,–	12 248	8 717	5	615	2 356	1 989	3 752	3 531	4	306	1 219	1 104	898
2 400,– bis unter 2 600,–	1 578	1 523	1	40	267	362	853	55	–	6	11	20	18
2 600,– bis unter 2 800,–	907	896	–	30	321	299	246	11	–	–	7	2	2
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	2 485	2 419	1	70	588	661	1 099	66	–	6	18	22	20
Summe	447 645	176 126	2 867	34 553	47 796	39 704	51 206	271 519	23 277	88 291	73 382	48 547	38 022
Durchschnittsbetrag	1 079	1 187	1 031	1 163	1 217	1 163	1 201	1 009	790	994	1 064	1 043	1 028

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)							ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	4 401	1 005	461	26	218	300	–	3 396	2 281	–	710	405	–
200,– bis unter 400,–	9 388	1 995	953	73	491	478	–	7 393	5 950	2	1 063	376	2
400,– bis unter 600,–	14 409	3 127	1 488	151	887	601	–	11 282	9 550	3	1 237	491	1
unter 600,–	28 198	6 127	2 902	250	1 596	1 379	–	22 071	17 781	5	3 010	1 272	3
600,– bis unter 800,–	38 337	6 091	3 065	278	1 715	1 031	2	32 246	29 500	3	1 898	841	4
800,– bis unter 1 000,–	120 165	16 013	10 666	798	3 269	1 280	–	104 152	100 133	6	3 497	511	5
1 000,– bis unter 1 200,–	135 113	37 310	21 691	2 335	13 037	247	–	97 803	81 719	7	16 000	76	1
600,– bis unter 1 200,–	293 615	59 414	35 422	3 411	18 021	2 558	2	234 201	211 352	16	21 395	1 428	10
1 200,– bis unter 1 400,–	74 812	45 478	8 033	1 828	35 570	47	–	29 334	18 804	6	10 515	9	–
1 400,– bis unter 1 600,–	24 336	12 065	2 912	645	8 498	10	–	12 271	7 300	2	4 963	6	–
1 600,– bis unter 1 800,–	11 951	6 047	1 183	249	4 615	–	–	5 904	3 400	–	2 504	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	111 099	63 590	12 128	2 722	48 683	57	–	47 509	29 504	8	17 982	15	–
1 800,– bis unter 2 000,–	6 314	3 157	559	162	2 436	–	–	3 157	1 534	–	1 623	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	4 063	1 804	315	91	1 398	–	–	2 259	1 274	1	984	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	1 871	1 272	305	71	896	–	–	599	–	1	598	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	12 248	6 233	1 179	324	4 730	–	–	6 015	2 808	2	3 205	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	1 578	693	–	55	638	–	–	885	–	–	885	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	907	907	–	–	907	–	–	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	2 435	1 600	–	55	1 545	–	–	885	–	–	885	–	–
Summe	447 645	136 964	51 631	6 762	74 575	3 994	2	310 681	261 445	31	46 477	2 715	13
Durchschnittsbetrag	1 079	1 222	1 091	1 213	1 343	681	688	1 016	980	1 050	1 243	573	723

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 30

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen sowie Leistungsgruppen im Bundesgebiet West
Ende Februar 1995
– Frauen –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	10 080	7 851	220	2 753	1 987	1 222	1 669	2 229	250	433	289	407	850
200,– bis unter 400,–	15 707	10 474	383	3 567	2 920	1 590	2 014	5 233	1 969	1 228	619	590	827
400,– bis unter 600,–	25 462	13 983	506	4 444	4 444	2 189	2 400	11 479	3 066	3 530	1 861	1 464	1 558
unter 600,–	51 249	32 308	1 109	10 764	9 351	5 001	6 083	18 941	5 285	5 191	2 769	2 461	3 235
600,– bis unter 800,–	45 284	17 165	654	5 047	5 525	3 230	2 709	28 119	3 706	9 949	5 472	4 428	4 564
800,– bis unter 1 000,–	54 670	15 266	489	3 970	4 909	3 196	2 702	39 404	2 642	14 051	8 979	7 134	6 598
1 000,– bis unter 1 200,–	34 289	10 296	237	2 585	3 291	2 258	1 925	23 993	727	7 669	7 009	4 600	3 988
600,– bis unter 1 200,–	134 243	42 727	1 380	11 602	13 725	8 684	7 336	91 516	7 075	31 669	21 460	16 162	15 150
1 200,– bis unter 1 400,–	12 726	4 301	52	1 190	1 628	890	541	8 425	71	2 276	3 308	1 632	1 138
1 400,– bis unter 1 600,–	5 038	1 271	4	261	571	273	162	3 767	9	756	1 693	789	520
1 600,– bis unter 1 800,–	2 393	655	–	122	310	147	76	1 738	1	215	886	388	248
1 200,– bis unter 1 800,–	20 157	6 227	56	1 573	2 509	1 310	779	13 930	81	3 247	5 887	2 809	1 906
1 800,– bis unter 2 000,–	1 007	323	1	41	157	72	52	684	1	78	309	182	114
2 000,– bis unter 2 200,–	558	179	–	18	97	35	29	379	–	47	172	100	60
2 200,– bis unter 2 400,–	126	64	–	6	36	14	8	62	–	5	29	25	3
1 800,– bis unter 2 400,–	1 691	566	1	65	290	121	89	1 125	1	130	510	307	177
2 400,– bis unter 2 600,–	71	42	–	6	17	13	6	29	–	3	19	5	2
2 600,– bis unter 2 800,–	19	19	–	4	9	5	1	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	90	61	–	10	26	18	7	29	–	3	19	5	2
Summe	207 430	81 889	2 546	24 014	25 901	15 134	14 294	125 541	12 442	40 240	30 645	21 744	20 470
Durchschnittsbetrag	819	711	642	662	752	759	681	890	650	875	992	931	868

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	10 080	5 394	678	599	129	3 988	–	4 686	2 922	2	814	947	1
200,– bis unter 400,–	15 707	7 946	1 200	1 213	284	5 249	–	7 761	5 322	2	1 148	1 287	2
400,– bis unter 600,–	25 462	12 105	1 820	3 457	709	6 118	1	13 357	9 914	11	1 454	1 975	3
unter 600,–	51 249	25 445	3 698	5 269	1 122	15 355	1	25 804	18 158	15	3 416	4 209	6
600,– bis unter 800,–	45 284	15 280	3 020	5 316	1 071	5 873	–	30 004	26 623	19	1 520	1 841	1
800,– bis unter 1 000,–	54 670	17 688	4 116	9 931	1 237	2 404	–	36 982	34 695	55	1 831	401	–
1 000,– bis unter 1 200,–	34 289	13 271	2 948	8 113	1 861	349	–	21 018	18 605	44	2 320	49	–
600,– bis unter 1 200,–	134 243	46 239	10 084	23 360	4 169	8 626	–	88 004	79 923	118	5 671	2 291	1
1 200,– bis unter 1 400,–	12 726	6 721	913	3 973	1 780	55	–	6 005	5 315	15	671	4	–
1 400,– bis unter 1 600,–	5 038	2 271	350	1 504	410	7	–	2 767	2 527	3	237	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	2 393	1 114	139	726	249	–	–	1 279	1 149	3	127	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	20 157	10 106	1 402	6 203	2 439	62	–	10 051	8 991	21	1 035	4	–
1 800,– bis unter 2 000,–	1 007	524	60	334	130	–	–	483	406	2	75	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	558	243	17	127	99	–	–	315	276	1	38	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	126	117	7	63	47	–	–	9	–	1	8	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	1 691	884	84	524	276	–	–	807	682	4	121	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	71	61	–	36	25	–	–	10	–	–	10	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	19	19	–	–	19	–	–	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	90	80	–	36	44	–	–	10	–	–	10	–	–
Summe	207 430	82 754	15 268	35 392	8 050	24 043	1	124 676	107 754	158	10 253	6 504	7
Durchschnittsbetrag	819	806	824	954	1 047	494	463	828	851	978	798	490	418

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 31

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen im Bundesgebiet Ost

Ende Februar 1995

– Männer und Frauen –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.		bis 24	25–34	35–44	45–54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	13 671	11 330	163	2 406	2 805	3 220	2 736	2 341	175	410	324	590	842
200,– bis unter 400,–	24 454	19 800	264	4 834	5 430	4 546	4 726	4 654	1 225	997	771	808	853
400,– bis unter 600,–	37 438	28 249	345	7 850	8 855	5 512	5 687	9 189	2 891	2 300	1 838	1 232	928
unter 600,–	75 563	59 379	772	15 090	17 090	13 278	13 149	16 184	4 291	3 707	2 933	2 630	2 623
600,– bis unter 800,–	83 473	38 432	467	11 493	13 792	6 821	5 859	45 041	6 550	14 187	11 291	7 488	5 525
800,– bis unter 1 000,–	89 167	31 714	334	9 603	12 611	5 411	3 755	57 453	5 023	22 765	17 246	8 065	4 354
1 000,– bis unter 1 200,–	45 334	18 569	113	5 364	8 126	2 921	2 045	26 765	1 342	10 759	9 391	3 579	1 694
600,– bis unter 1 200,–	217 974	88 715	914	26 460	34 529	15 153	11 659	129 259	12 915	47 711	37 928	19 132	11 573
1 200,– bis unter 1 400,–	15 362	7 536	46	1 878	3 673	1 192	747	7 826	202	2 751	3 229	1 115	529
1 400,– bis unter 1 600,–	3 657	1 908	7	371	872	322	336	1 749	30	508	795	281	135
1 600,– bis unter 1 800,–	1 214	725	4	96	311	153	161	489	5	123	196	107	58
1 200,– bis unter 1 800,–	20 233	10 169	57	2 345	4 856	1 667	1 244	10 064	237	3 382	4 220	1 503	722
1 800,– bis unter 2 000,–	588	371	1	44	133	86	107	217	1	51	74	59	32
2 000,– bis unter 2 200,–	219	174	–	9	49	42	74	45	1	11	17	10	6
2 200,– bis unter 2 400,–	82	75	–	13	32	20	10	7	–	1	4	2	–
1 800,– bis unter 2 400,–	889	620	1	66	214	148	191	269	2	63	95	71	38
2 400,– bis unter 2 600,–	2	2	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	4	4	–	–	1	2	1	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	6	6	–	–	3	2	1	–	–	–	–	–	–
Summe	314 665	158 889	1 744	43 961	56 692	30 248	26 244	155 776	17 445	54 863	45 176	23 336	14 956
Durchschnittsbetrag	785	710	634	721	769	661	629	861	733	889	912	844	776

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	13 671	6 334	1 652	684	111	3 887	–	7 337	4 445	3	759	2 129	1
200,– bis unter 400,–	24 454	12 777	4 115	1 497	283	6 881	1	11 677	7 124	2	1 325	3 225	1
400,– bis unter 600,–	37 438	20 926	7 601	2 812	499	10 014	–	16 512	11 500	9	1 723	3 277	3
unter 600,–	75 563	40 037	13 368	4 993	893	20 782	1	35 526	23 069	14	3 807	8 631	5
600,– bis unter 800,–	83 473	35 446	17 465	7 312	1 087	9 582	–	48 027	44 145	33	2 033	1 815	1
800,– bis unter 1 000,–	89 167	49 600	21 283	23 190	2 141	2 985	1	39 567	36 957	46	2 224	340	–
1 000,– bis unter 1 200,–	45 334	29 509	13 946	12 631	2 649	283	–	15 825	13 547	29	2 193	56	–
600,– bis unter 1 200,–	217 974	114 555	52 694	43 133	5 877	12 850	1	103 419	94 649	108	6 450	2 211	1
1 200,– bis unter 1 400,–	15 362	11 008	4 257	3 692	3 031	28	–	4 354	3 609	7	730	8	–
1 400,– bis unter 1 600,–	3 657	2 521	1 048	717	756	–	–	1 136	803	1	332	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	1 214	785	295	152	338	–	–	429	257	–	172	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	20 233	14 314	5 600	4 561	4 125	28	–	5 919	4 669	8	1 234	8	–
1 800,– bis unter 2 000,–	588	366	133	60	173	–	–	222	122	–	100	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	219	119	10	24	85	–	–	100	14	–	86	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	82	81	6	2	73	–	–	1	–	–	1	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	889	566	149	86	331	–	–	323	136	–	187	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	2	2	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	4	4	–	–	4	–	–	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	6	6	–	–	6	–	–	–	–	–	–	–	–
Summe	314 665	169 478	71 811	52 773	11 232	33 660	2	145 187	122 523	130	11 678	10 850	6
Durchschnittsbetrag	785	816	837	918	1 099	515	573	749	774	861	801	414	420

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 32

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen im Bundesgebiet Ost

Ende Februar 1995

– Männer –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	693	506	–	45	110	175	176	187	26	36	31	36	58
200,– bis unter 400,–	1 909	948	8	102	243	285	310	961	375	139	169	130	148
400,– bis unter 600,–	4 329	1 980	13	257	591	551	568	2 349	651	490	562	355	291
unter 600,–	6 931	3 434	21	404	944	1 011	1 054	3 497	1 052	665	762	521	497
600,– bis unter 800,–	25 838	5 399	45	979	1 855	1 352	1 168	20 439	2 454	6 339	6 058	3 317	2 271
800,– bis unter 1 000,–	32 623	8 211	62	1 660	3 219	1 836	1 434	24 412	1 956	8 680	8 076	3 746	1 954
1 000,– bis unter 1 200,–	18 414	6 791	51	1 474	2 755	1 346	1 165	11 623	690	4 279	4 129	1 669	856
600,– bis unter 1 200,–	76 875	20 401	158	4 113	7 829	4 534	3 767	56 474	5 100	19 298	18 263	8 732	5 081
1 200,– bis unter 1 400,–	7 718	3 901	34	874	1 713	716	564	3 817	126	1 345	1 448	571	327
1 400,– bis unter 1 600,–	2 260	1 259	5	235	511	224	284	1 001	18	279	424	182	98
1 600,– bis unter 1 800,–	876	544	2	65	211	120	146	332	2	89	119	77	45
1 200,– bis unter 1 800,–	10 854	5 704	41	1 174	2 435	1 060	994	5 150	146	1 713	1 991	830	470
1 800,– bis unter 2 000,–	463	315	1	35	105	77	97	148	1	36	41	42	28
2 000,– bis unter 2 200,–	189	158	–	7	39	39	73	31	–	6	12	8	5
2 200,– bis unter 2 400,–	75	69	–	11	29	19	10	6	–	–	4	2	–
1 800,– bis unter 2 400,–	727	542	1	53	173	135	180	185	1	42	57	52	33
2 400,– bis unter 2 600,–	2	2	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	4	4	–	–	1	2	1	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	6	6	–	–	3	2	1	–	–	–	–	–	–
Summe	95 393	30 087	221	5 744	11 384	6 742	5 996	65 306	6 299	21 718	21 073	10 135	6 081
Durchschnittsbetrag	918	968	949	992	999	926	935	895	779	913	921	896	863

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	693	194	112	12	10	60	–	499	381	–	52	66	–
200,– bis unter 400,–	1 909	538	356	30	34	118	–	1 371	1 157	–	88	126	–
400,– bis unter 600,–	4 329	1 203	845	50	74	234	–	3 126	2 584	2	223	315	2
unter 600,–	6 931	1 935	1 313	92	118	412	–	4 996	4 122	2	363	507	2
600,– bis unter 800,–	25 838	4 680	3 782	96	265	537	–	21 158	20 281	1	504	371	1
800,– bis unter 1 000,–	32 623	10 295	8 655	425	918	297	–	22 328	21 235	3	959	131	–
1 000,– bis unter 1 200,–	18 414	8 467	6 467	437	1 499	64	–	9 947	8 653	4	1 254	36	–
600,– bis unter 1 200,–	76 875	23 442	18 904	958	2 682	898	–	53 433	50 169	8	2 717	538	1
1 200,– bis unter 1 400,–	7 718	4 623	2 399	218	1 995	11	–	3 095	2 568	–	522	5	–
1 400,– bis unter 1 600,–	2 260	1 395	757	85	553	–	–	865	591	–	274	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	876	529	236	27	266	–	–	347	196	–	151	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	10 854	6 547	3 392	330	2 814	11	–	4 307	3 355	–	947	5	–
1 800,– bis unter 2 000,–	463	281	115	15	151	–	–	182	93	–	89	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	189	92	10	9	73	–	–	97	12	–	85	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	75	74	6	1	67	–	–	1	–	–	1	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	727	447	131	25	291	–	–	280	105	–	175	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	2	2	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	4	4	–	–	4	–	–	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	6	6	–	–	6	–	–	–	–	–	–	–	–
Summe	95 393	32 377	23 740	1 405	5 911	1 321	–	63 016	57 751	10	4 202	1 050	3
Durchschnittsbetrag	918	1 010	972	1 059	1 222	675	–	871	862	879	1 066	604	528

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 33

Empfänger von Arbeitslosenhilfe nach Monatssätzen, Durchschnittsbeträgen, Familienstand und Altersgruppen im Bundesgebiet Ost

Ende Februar 1995

– Frauen –

A. Altersgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	verheiratet						nicht verheiratet					
		insgesamt	Altersgruppe (Jahre)					insgesamt	Altersgruppe (Jahre)				
			bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.		bis 24	25 – 34	35 – 44	45 – 54	55 u. ä.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	12 978	10 824	163	2 361	2 695	3 045	2 560	2 154	149	374	293	554	784
200,– bis unter 400,–	22 545	18 852	256	4 732	5 187	4 261	4 416	3 693	850	858	602	678	705
400,– bis unter 600,–	33 109	26 269	332	7 593	8 264	4 961	5 119	6 840	2 240	1 810	1 276	877	637
unter 600,–	68 632	55 945	751	14 686	16 146	12 267	12 095	12 687	3 239	3 042	2 171	2 109	2 126
600,– bis unter 800,–	57 635	33 033	422	10 514	11 937	5 469	4 691	24 602	4 096	7 848	5 233	4 171	3 254
800,– bis unter 1 000,–	56 544	23 503	272	7 943	9 392	3 575	2 321	33 041	3 067	14 085	9 170	4 319	2 400
1 000,– bis unter 1 200,–	26 920	11 778	62	3 890	5 371	1 575	880	15 142	652	6 480	5 262	1 910	838
600,– bis unter 1 200,–	141 099	68 314	756	22 347	26 700	10 619	7 892	72 785	7 815	28 413	19 665	10 400	6 492
1 200,– bis unter 1 400,–	7 644	3 635	12	1 004	1 960	476	183	4 009	76	1 406	1 781	544	202
1 400,– bis unter 1 600,–	1 397	649	2	136	361	98	52	748	12	229	371	99	37
1 600,– bis unter 1 800,–	338	181	2	31	100	33	15	157	3	34	77	30	13
1 200,– bis unter 1 800,–	9 379	4 465	16	1 171	2 421	607	250	4 914	91	1 669	2 229	673	252
1 800,– bis unter 2 000,–	125	56	–	9	28	9	10	69	–	15	33	17	4
2 000,– bis unter 2 200,–	30	16	–	2	10	3	1	14	1	5	5	2	1
2 200,– bis unter 2 400,–	7	6	–	2	3	1	–	1	–	1	–	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	162	78	–	13	41	13	11	84	1	21	38	19	5
2 400,– bis unter 2 600,–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Summe	219 272	128 802	1 523	38 217	45 308	23 506	20 248	90 470	11 146	33 145	24 103	13 201	8 875
Durchschnittsbetrag	727	650	588	680	711	585	538	836	707	874	904	804	717

B. Leistungsgruppen

Monatlicher Betrag Durchschnittsbetrag (in DM)	Empfänger insgesamt	mit Kind(ern)						ohne Kinder					
		insgesamt	Leistungsgruppe					insgesamt	Leistungsgruppe				
			A	B	C	D	E		A	B	C	D	E
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
unter 200,–	12 978	6 140	1 540	672	101	3 827	–	6 838	4 064	3	707	2 063	1
200,– bis unter 400,–	22 545	12 239	3 759	1 467	249	6 763	1	10 306	5 967	2	1 237	3 099	1
400,– bis unter 600,–	33 109	19 723	6 756	2 762	425	9 780	–	13 386	8 916	7	1 500	2 962	1
unter 600,–	68 632	38 102	12 055	4 901	775	20 370	1	30 530	18 947	12	3 444	8 124	3
600,– bis unter 800,–	57 635	30 766	13 683	7 216	822	9 045	–	26 869	23 864	32	1 529	1 444	–
800,– bis unter 1 000,–	56 544	39 305	12 628	22 765	1 223	2 688	1	17 239	15 722	43	1 265	209	–
1 000,– bis unter 1 200,–	26 920	21 042	7 479	12 194	1 150	219	–	5 878	4 894	25	939	20	–
600,– bis unter 1 200,–	141 099	91 113	33 790	42 175	3 195	11 952	1	49 986	44 480	100	3 733	1 673	–
1 200,– bis unter 1 400,–	7 644	6 385	1 858	3 474	1 036	17	–	1 259	1 041	7	208	3	–
1 400,– bis unter 1 600,–	1 397	1 126	291	632	203	–	–	271	212	1	58	–	–
1 600,– bis unter 1 800,–	338	256	59	125	72	–	–	82	61	–	21	–	–
1 200,– bis unter 1 800,–	9 379	7 767	2 208	4 231	1 311	17	–	1 612	1 314	8	287	3	–
1 800,– bis unter 2 000,–	125	85	18	45	22	–	–	40	29	–	11	–	–
2 000,– bis unter 2 200,–	30	27	–	15	12	–	–	3	2	–	1	–	–
2 200,– bis unter 2 400,–	7	7	–	1	6	–	–	–	–	–	–	–	–
1 800,– bis unter 2 400,–	162	119	18	61	40	–	–	43	31	–	12	–	–
2 400,– bis unter 2 600,–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 600,– bis unter 2 800,–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 800,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2 400,– und darüber	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Summe	219 272	137 101	48 071	51 368	5 321	32 339	2	82 171	64 772	120	7 476	9 800	3
Durchschnittsbetrag	727	770	770	914	962	509	573	655	695	859	653	393	311

ANBA Nr. 4/1995

Anlage 34

Ledige Kinder in Familien im April 1994 nach Staatsangehörigkeit, Erwerbsbeteiligung der Eltern sowie ausgewählten Altersgruppen*)

1 000

Erwerbsbeteiligung der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 6	6 bis 15	15 und mehr	dar.: 15 bis 18
Früheres Bundesgebiet					
Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit					
Zusammen	15 471	3 604	5 296	6 571	1 606
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	2 122	318	387	1 418	121
davon:					
Kinder von Ehepaaren	12 990	3 187	4 563	5 240	1 364
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	1 011	109	138	764	55
Kinder von Alleinerziehenden	2 482	417	733	1 331	241
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	1 111	209	249	653	66
Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit					
Zusammen	2 297	643	849	805	301
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	503	142	176	185	60
davon:					
Kinder von Ehepaaren	2 062	591	769	703	272
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	381	108	137	136	46
Kinder von Alleinerziehenden	234	53	80	102	29
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	122	34	38	49	14
Kinder insgesamt					
Zusammen	17 768	4 248	6 145	7 376	1 907
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	2 625	460	562	1 603	181
davon:					
Kinder von Ehepaaren	15 052	3 778	5 332	5 943	1 637
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	1 393	217	275	900	101
Kinder von Alleinerziehenden	2 716	470	813	1 433	270
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	1 233	243	287	703	80

*) Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anlage 35

Ledige Kinder in Familien im April 1994 nach Staatsangehörigkeit, Erwerbsbeteiligung der Eltern sowie ausgewählten Altersgruppen*)

1 000

Erwerbsbeteiligung der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 6	6 bis 15	15 und mehr	dar.: 15 bis 18
Neue Länder und Berlin-Ost					
Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit					
Zusammen	4 357	772	1 903	1 683	610
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	642	121	179	342	51
davon:					
Kinder von Ehepaaren	3 377	541	1 527	1 309	497
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	242	27	54	162	18
Kinder von Alleinerziehenden	981	230	377	374	113
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	400	95	126	180	33
Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit					
Zusammen	30	10	12	7	[1])
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	12	5	[1])	[1])	[1])
davon:					
Kinder von Ehepaaren	23	8	10	[1])	[1])
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	7	[1])	[1])	[1])	[1])
Kinder von Alleinerziehenden	7	[1])	[1])	[1])	[1])
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	[1])	[1])	[1])	[1])	[1])
Kinder insgesamt					
Zusammen	4 387	782	1 915	1 690	613
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	654	126	183	345	52
davon:					
Kinder von Ehepaaren	3 400	549	1 537	1 314	500
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	249	30	56	163	19
Kinder von Alleinerziehenden	987	233	379	376	113
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	404	96	127	182	33

*) Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.

1) keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Anlage 36

Ledige Kinder in Familien im April 1994 nach Staatsangehörigkeit, Erwerbsbeteiligung der Eltern sowie ausgewählten Altersgruppen*)

1 000

Erwerbsbeteiligung der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 6	6 bis 15	15 und mehr	dar.: 15 bis 18
Deutschland					
Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit					
Zusammen	19 829	4 376	7 199	8 254	2 215
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	2 764	439	566	1 760	171
davon:					
Kinder von Ehepaaren	16 367	3 728	6 090	6 549	1 861
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	1 253	136	191	926	73
Kinder von Alleinerziehenden	3 462	647	1 110	1 705	354
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	1 511	303	374	833	98
Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit					
Zusammen	2 326	653	861	812	304
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	515	147	179	188	61
davon:					
Kinder von Ehepaaren	2 085	598	779	708	275
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	389	112	140	137	47
Kinder von Alleinerziehenden	241	55	82	104	30
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	126	36	39	51	14
Kinder insgesamt					
Zusammen	22 155	5 029	8 060	9 066	2 520
darunter:					
Eltern nicht erwerbstätig	3 279	586	745	1 948	233
davon:					
Kinder von Ehepaaren	18 452	4 327	6 868	7 257	2 136
darunter:					
Eltern beide nicht erwerbstätig	1 642	248	331	1 063	120
Kinder von Alleinerziehenden	3 703	703	1 192	1 809	383
darunter:					
Vater/Mutter nicht erwerbstätig	1 637	339	414	884	113

*) Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333